

**Gewerkschafter*innen und Antifa
gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion**

Kritische Solidarität und gegenseitige Unterstützung

Gewantifa

**Flugblätter
2020 bis 2023**



- **Gemeinsam gegen Nazis kämpfen, gemeinsam gegen Nationalismus, Chauvinismus, Rassismus und Judenfeindschaft**
- **Solidarisch mit den Refugees gegen verschärfte staatliche Schikanen, mörderische Abschiebeterror und Abwehr von Geflüchteten**
- **Arbeitskämpfe und andere Kämpfe**
- **Debatten innerhalb von Linken und Gewerkschafterinnen**

Inhaltsverzeichnis

Flugblatt Nr. 55: Trotz Demonstrations- und Versammlungsverbot: Vorbildliche Solidaritäts-Aktionen mit den Refugees an den Außengrenzen Europas!	S. 4
Flugblatt Nr. 56: In Göttingen und anderswo: Die unter dem Vorwand von „Corona“ betriebene rassistische Hetze und Polizeistaatsgewalt bekämpfen	S. 6
Flugblatt Nr. 57: Das skandalöse Verbot der Demonstration am 22. August 2020 in Hanau gegen das rassistische Nazi-Massaker am 19. Februar 2020 in Hanau	S. 8
Flugblatt Nr. 58: Brief eines Aktivisten der Gaza Youth Movement: „Wir wollen keine Antisemiten, Nazis und Israel-Hasser als Freunde“	S. 12
Flugblatt Nr. 59: Wir erinnern an die neun Opfer des Nazi-Attentats in München vom 22.07.2016	S. 14
Flugblatt Nr. 60: Unterstützen wir den mutigen Kampf aller, die Geflüchteten aus Seenot helfen!	S. 17
Flugblatt Nr. 61 Solidarität mit den Streikaktionen der Gorillas-Rider!	S. 21
Flugblatt Nr. 61-EN Solidarity with the strike actions of the Gorillas riders!	S. 25
Flugblatt Nr. 62: Zu den Streiks der Krankenhaus-Kolleg*innen 2021: „Der Krankenhausalltag gefährdet die Patient*innen, nicht der Streik!“	S. 29
Flugblatt Nr. 63: Stellungnahme aus Südafrika gegen die grundfalsche Bezeichnung von Israel als Apartheidstaat: „Stiehlt uns nicht das Wort Apartheid!“	S. 33
Flugblatt Nr. 64: Die Studie „Afrozensus“ – eine wichtige Initiative: Die vom Anti-Schwarzen-Rassismus Betroffenen kommen zu Wort – Solidarität!	S. 37
Flugblatt Nr. 64-FR Les personnes concernées par le racisme anti-noir s'expriment – Solidarité!	S. 41
Flugblatt Nr. 64-EN Those affected by anti-black racism have their say – Solidarity!	S. 45
Flugblatt Nr. 65: Solidarität mit den Gorillas-Arbeiter*inne, die gegen ihre fristlose Entlassung wegen Teilnahme an einem „wilden Streik“ kämpfen: „Ohne unser Recht auf verbandsfreien Streik ist unsere Arbeit nicht mehr als moderne, durch Richterrecht legalisierte Sklaverei“	S. 49
Flugblatt Nr. 66: Mörderische Polizeigewalt in Mannheim im Mai 2022: „Wenn die Polizei dich umbringt, stirbst du nicht. Du kollabierst.“	S. 53
Flugblatt Nr. 67: Solidarität mit den gerechten Kämpfen gegen verschärften Sozialabbau und für höhere Löhne! Kein Fußbreit den Nazifaschisten und ihren Helfern!	S. 55
Flugblatt Nr. 68: Der von Tod Refat Süleyman im Oktober 2022 – kein Einzelfall: Solidarität mit den Protesten migrantischer Arbeiter*innen gegen mörderische Arbeitsbedingungen bei ThyssenKrupp	S. 57
Flugblatt Nr. 69: Neues vom „Abschiebeministerium“: Verschärfung des Terrors gegen Geflüchtete – 200 Millionen, um Antifa und Antira einzukaufen	S. 61
Flugblatt Nr. 70: In der Kontinuität vertuschter Nazi-Morde: Das siebenfache Nazi-Massaker in Hamburg am 9. März 2023	S. 63
Solidaritätserklärung mit dem Streik der LKW-Arbeiter*innen in Gräfenhausen	S. 65
Flugblatt Nr. 71 (4/2023=neue Zählweise): Solidarität mit den Migrant*innen, die gegen extreme Ausbeutung, Rechtlosigkeit und Rassismus kämpfen!	S. 67
Flugblatt Nr. 5/2023 (Nr. 72): Beitrag der antifa-Basisgruppe Frankfurt Offenbach vom 9. Oktober 2023 anlässlich des 2. Jahrestags des Nazi-Mordanschlags in Halle: Solidarität mit allen Jüd*innen in Israel und weltweit – gegen jeden Antisemitismus!	S. 71
Plakate	S. 73
Übersicht über Broschüren 2020-2023	S. 80

Flugblätter

Trotz Demonstrations- und Versammlungsverbot: Vorbildliche Solidaritäts-Aktionen mit den Refugees an den Außengrenzen Europas!

Am Sonntag, 5. April, 15 Uhr haben mehrere Initiativen im Rahmen des bundesweiten Aktionstages „Leave No One Behind“ Protestaktionen für die sofortige Evakuierung und Aufnahme der Refugees durchgeführt.

Im Mittelpunkt stand der Protest gegen die entsetzliche Lage der Refugees auf griechischen Inseln. Annähernd 40.000 Menschen vegetieren dort schon monatelang unter katastrophal elenden Bedingungen in Flüchtlingslagern. So sind allein im Moria-Camp auf Lesbos, das für 3.000 Menschen konzipiert ist, 20.000 Menschen hinter Stacheldraht zusammengepfercht, ohne medizinische Versorgung, mit Wasser nur an 3 Stunden am Tag. Immer weniger Menschen ist es erlaubt, das Camp zu verlassen. Die Refugees sind nicht nur den Repressalien der Polizei ausgesetzt, sondern wurden in den letzten Wochen immer wieder auch von Nazis attackiert, die aus Deutschland und anderen Ländern angereist sind. Die Menschen im größten Refugee-Camp Europas werden gerade sich selbst und den menschenrechtsverletzenden Zuständen überlassen. Es fehlt ihnen jeglicher Ausweg aus dieser Situation. Nun droht angesichts des Corona-Virus ein Massensterben.

Die Heuchelei der deutsch-völkischen Staatspolitik von „alle gemeinsam“ und „Solidarität der ganzen Gesellschaft“ zeigt sich schon daran, dass Abertausende Menschen in größtem Elend und Not davon ausgeschlossen werden. Unter den ca. 40.000 Refugees auf griechischen Inseln sind ca. 14.000 Kinder. Deutschland hat sich nun bereit erklärt, gerade mal 50 Kinder aufzunehmen. Das entspricht einem Anteil von 0,3 Prozent.

Zynismus und Heuchelei der deutschen Staatspolitik zeigen sich auch daran, dass sogar trotz Pandemie Abschiebungen unbedingt durchgeführt werden sollen. So sollte jetzt eine ganze Chartermaschine angemietet werden, um mitten in der Corona-Pandemie eine Frau nach Togo abzuschicken – mit Sondererlaubnis, da gegenwärtig dort keine Landeerlaubnisse erteilt werden. Die geplante Abschiebung am 16.4. wurde nur nach Protesten vorläufig gestoppt und wurde nun auf den 11.5. verschoben! Die ebenfalls geplante Abschiebung zweier Iranerinnen per Charterflug in den Iran konnte ebenfalls nur auf Grund massiver Proteste verhindert werden.

Vorbildliche Aktionen

Gegen die geradezu mörderische deutsche und europäische Abschottungs- und Ausgrenzungspolitik hat es in den letzten Tagen eine Reihe von Protestaktionen gegeben. Praktisch alle Proteste wurden verboten. Die Polizei nahm etliche Aktivist*innen fest, teilweise im direkten körperlichen Kontakt mit den Protestierenden und ohne Atemschutz. Die nachfolgenden Aktionen sind sicherlich nicht alle:

■ Bereits am 28.3. kamen um 14 Uhr am Kottbuser Tor in Berlin rund 200 Menschen zusammen, um nicht nur gegen Zwangsräumungen und soziale Missstände hierzulande, sondern auch gegen Abschottung an den Grenzen zu protestieren. Einige Teilnehmer*innen gingen auf die Straßen und blockierten den Verkehr. Proteste gegen „Corona“-Verbote gab es an dem Tag auch in Flensburg und Kiel.

Im Rahmen des bundesweiten Aktionstages „Leave No One Behind“ gab es u. a. folgende Protestaktionen:

■ Am 4.4. kamen in Wuppertal ca. 30 Menschen zusammen, um Protest gegen die laufenden Maßnahmen in die Öffentlichkeit zu tragen. Thema war auch das Verbrechen, das derzeit auf den griechischen Inseln und an der EU-Außengrenze stattfindet.

■ In Berlin gab es eine Aktion am Brandenburger Tor mit rund 100 Teilnehmer*innen.

■ In Hamburg haben Hunderte Menschen an vielen Stellen Schuhe und Fußabdrücke hinterlassen, um für die Evakuierung der griechischen Lager für Refugees zu demonstrieren. Von der Polizei wurden mehrfach Personalien aufgenommen und Bußgeld angedroht, weil sie alleine (!) Schuhe abstellten.

■ In Bielefeld wollten Aktivist*innen Pappboote und Papierflieger vor dem Rathaus verwehen lassen.

■ In Lüneburg, Lüchow, Dannenberg und Hitzacker gab es am 4.4. Aktionen mit selbstgebastelten Schildern, die von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg unterstützt und mitgetragen wurden.

Wir sind der Meinung, dass diese Aktionen vor allem aus zwei Gründen wirklich vorbildlich sind:

□ **Zusammenwirken von Initiativen und Organisationen aus verschiedenen Bereichen:** „Seebrücke“, Sea Watch, We'll stay together, Fridays For

Future, feministischer Frauenstreik #ichstreike8M, Ende Gelände, #Mietenwahnsinn, Interventionistische Linke, Rheinmetall entwaffnen, Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte, Bürgerinitiative Lüchow-Danneberg sowie andere Organisationen. Damit wurde praktisch gezeigt, dass es Aufgabe von ALLEN demokratischen, antifaschistischen und linken Gruppen ist, solidarisch mit den Refugees zu sein.

□ Besonders wichtig ist auch, dass damit entgegen der verdamnten vorherrschenden staatstreuen Untertanenmentalität auf mutige Weise **erste politische Proteste initiiert und durchgeführt wurden entgegen dem polizeistaatlichen Demonstrationsverbot**, das mit der Aufhebung des Versammlungs- und Demonstrationsrechts unter dem Vorwand von „Corona“ verhängt wurde.

Kämpfen wir gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion für mehr und größere Protestaktionen!

Bericht einer Gewantifa-Kollegin von der Soli-Aktion am 5. April in Frankfurt/M.

Bereits in den Nächten vom 4./5. April wurden an vielen Stellen in Frankfurt unter den Labels #GrenzenlosSolidarisch & LeaveNoOneBehind Spuren in Form von Bannern, Stencils, Plakaten, gesprühten Bildern und Schriftzügen hinterlassen, um auf die unerträgliche Situation an den EU-Außengrenzen und in den Lagern & Camps aufmerksam zu machen.

Am Sonntag stellen sich dann zwischen 400 und 600 Protestierende mit jeweils einem Plakat oder Banner mit politischen Forderungen in einer Menschenkette am nördlichen Mainufer als nicht angemeldeter „individueller Protest in kollektiver Form“. Die Menschenkette reichte vom Eisernen Steg über die Alte Brücke bis ans südliche Mainufer. Sowohl im Aufruf als auch durch Megafon am Mainufer wurde betont, dass es unverantwortlich wäre, „angesichts der sich weiter zuspitzenden humanitären Katastrophe nicht zu protestieren.“ Aus den Fenstern am Mainkai gibt es dafür Applaus von Anwohner*innen. Auch „Fridays for Future Frankfurt“ beteiligte sich und unterstützte den Aufruf mit den Worten: „Unsere Solidarität darf nicht an den Landesgrenzen halt machen.“

Als ich kurz nach 15 Uhr ankomme und an der Menschenkette entlanggehe, werden Parolen gerufen wie „Um Europa keine Mauer“, „Solidarität hier und überall“, „Evakuierung sofort“ und „Refugees are welcome here“. Die Stimmung ist sehr gut. Immer mehr Jugendliche und einzelne ältere Menschen kommen an und gehen im Abstand von zwei Metern an der Menschenkette entlang, reihen sich am Ende jeweils ein und halten ihre Protestplakate hoch. Es kommen weiterhin viele vorbei und verlängern die protestierende Kette bis hin zum Ende des Eisernen Stegs am südlichen Mainufer.

Die fröhliche Stimmung wird nach einer knappen halben Stunde durch Polizeilautsprecher unterbrochen: „Achtung, Achtung, sie nehmen an einer verbotenen Versammlung teil, auch wenn sie den Mindestabstand einhalten. Ich fordere sie auf, die verbotene Versammlung zu verlassen.“ Diese dreimal wiederholte Aufforderung wird mit Buhrufen und Pfiffen begleitet und niemand verlässt seinen Platz. Viele protestieren und erklären, das ist wohl absurd und lächerlich und eindeutig Verhinderung des Protests und Einschränkung der Meinungsfreiheit. Denn niemand wird mehr gefährdet als aktuell in jedem Supermarkt. Eine Viertelstunde später beginnt die Polizei damit, wie im Lautsprecher verkündet wird, „Identitäten durch Ausweiskontrolle festzustellen und Ordnungswidrigkeiten zu ahnden“. Einige Minuten später werden die ersten Aktivist*innen und Aktivistinnen zur Personenkontrolle weggezogen, jetzt scheint der Abstand keine Rolle mehr zu spielen.

Unter der Hand wurde während der Aktion die Parole ausgegeben, dass alle sich am Willy-Brandt-Platz wieder treffen. Knapp hundert Protestierende kamen wenig später dort zusammen und behängen die Euroskulptur mit Protestplakaten gegen den Rassismus in Europa und Deutschland sowie einem Plakat mit den Namen der neun Menschen, die am 19. Februar in Hanau durch ein rassistisches Nazimassaker ermordet worden sind.

Mehrere Mannschaftsbusse der Polizei rollten an, an allen Mainuferseiten wird kontrolliert, Eiserner Steg und Mainkai werden zeitweise gesperrt. Zum Teil werden Protestierende durch mehrere Polizisten umringt und gewaltsam festgehalten, „Personalienfeststellungen werden teilweise ohne Sicherheitsabstand und ohne Mundschutz“ durchgeführt, wie es in einer späteren Mitteilung der „Seebrücke“ heißt.

Der „Ermittlungsausschuss Frankfurt“ verurteilte am nächsten Tag das repressive Vorgehen der Polizei gegen die Solidaritätsaktion und teilt mit, dass Personalien von etwa 40 Aktivist*innen aufgenommen und ca. 15 Personen vorübergehend in Gewahrsam genommen wurden. Eine Journalistin wurde trotz ihres Presseausweises in ihrer Arbeit behindert, verletzt und in Handfesseln abgeführt. Gegen sie wurde ein Strafverfahren wegen „Widerstands“ eingeleitet. Doch für uns war und ist klar: Wir müssen jetzt unseren Protest weiter auf die Straße zu tragen!! (Deborah)

In Göttingen und anderswo: Die unter dem Vorwand von „Corona“ betriebene rassistische Hetze und Polizeistaatsgewalt bekämpfen

Anti-Roma- und Anti-Muslim-Hetze ...

Anfang Juni wurde in Göttingen unter Corona-Vorwand eine rasch bundesweit verbreitete rassistische Hetzkampagne losgetreten. Vertreter*innen der Stadt Göttingen präsentierten nach dem Auftreten von Covid-19-Ansteckungen in dem Hochhauskomplex „Iduna Zentrum“ umgehend Schuldige: Die Infektionen stünden angeblich in Zusammenhang „mit mehreren größeren privaten Feierlichkeiten“ von „Mitgliedern mehrerer Großfamilien.“ Ins Visier genommen wurden vor allem Roma, die angeblich am 24. Mai in ihren Wohnungen das muslimische Zuckerfest gefeiert hätten. Wenig später legte die Stadt Göttingen nochmals nach: Angeblich gäbe es auch Hinweise auf ein Treffen in einer illegalen Shisha-Bar im Hochhauskomplex. Angeblich befand sich in dem Gebäudekomplex auch der „Patient Null“ als Ursprung für die Ausbreitung des Covid-19-Virus in dieser Zeit.

Die im Hochhaus lebenden Roma und andere „nicht deutsche“ Menschen dort wurden als Sündenböcke für die Infektionsfälle, ja für die dann folgende Schließung sämtlicher Schulen in Göttingen präsentiert. Wie es in einer Erklärung aus dem Roma Center Göttingen vom 5.6.2020 heißt, kennt in Göttingen jede*r dieses Haus und verbindet damit sozial deklassierte Roma-Familien und andere Migrant*innen.

Damit begann ein regelrechtes Lehrstück, wie nationalistische und rassistische Verhetzung in Szene gesetzt wird. Vor allem drei zentrale Lügen waren gegen die dem Haus lebenden Roma in die Welt gesetzt worden:

Erstens die Lüge von den größeren privaten Feiern „mehrerer Großfamilien“. Solche Feierlichkeiten gab es überhaupt nicht. Ein im Haus lebender Roma erklärte: „Da war keine große Feier. Wie können wir eine große Feier machen in einer Wohnung mit 71 Quadratmetern? Oder mit 50 Quadratmetern?“ (ARD Panorama 11.6.20)

Zweitens die Lüge von einer illegal eröffneten Shisha-Bar im „Iduna“-Hochhauskomplex. Das war völlig frei erfunden. Später musste die Stadt Göttingen zugeben, dass es dafür keinerlei Belege gab. „Shisha-Bar“-Hetze nach dem Nazi-Massaker am 19.2.2020 in Hanau!

Drittens die Lüge vom „Patienten Null“. Wenig später musste die Leiterin des Krisenstabs in Göttingen zugeben, dass die Behauptung vom „Patienten Null“ völlig faktenfrei war: „Ich kann Ihnen heute weder bestätigen noch dementieren... Das kann sein, das kann aber auch nicht sein.“ (Panorama 11.6.20)

Die über Presseerklärungen von der Stadt Göttingen in die Welt gesetzten Lügen wurden von bürgerlichen Medien umgehend weiterverbreitet. Roma, Muslim*innen, Araber*innen, alles egal, hetzte die „Bild“ am 5.6. anknüpfend an einen in den letzten Monaten aufgebauten

Feindbild: „Arabische Clans schuld an Göttinger Massen-Ausbruch“.



Da war es nur verständlich, dass ein Filmteam des Springer-Konzerns von Hausbewohner*innen mit Kartoffeln, Tomaten und Eiern beworfen wurde.

Ob nun dementiert oder nicht: Entscheidend war und ist, dass diese Lügen nun einmal in die Welt gesetzt und über diverse Medien in gigantischem Ausmaß verbreitet wurden und unabhängig von irgendwelchen Dementis ihre Wirkung nationalistisch-rassistischer Verhetzung entfalten. Das zeigt sich z. B. in diversen „sozialen Netzwerken“, wo im direkten Zusammenhang damit Hetze wie „Asylbetrüger raus!“ und anderer Nazi-Dreck massenhaft auftaucht.

Diese Anti-Roma- und Anti-Muslim-Hetzkampagne steht in der Kontinuität deutschnationalistisch-rassistischer Hetze und Politik in Deutschland. Die mit immer neuen Kampagnen geschürte Verunglimpfung verschiedener „nichtdeutscher“ Bevölkerungsgruppen kann inzwischen nahezu beliebig abgerufen und mobilisiert werden, wie das Beispiel Göttingen zeigt.

... und Polizeigewalt gegen „Nichtdeutsche“

Nur wenig später wurde in Göttingen nunmehr vor allem mit brutaler Polizeigewalt gegen die Bewohner*innen eines anderen großen Wohnhauskomplexes vorgegangen, in dem zum großen Teil „Nichtdeutsche“ unter prekären Verhältnissen leben, darunter zahlreiche Kinder.

Unter dem Vorwand von Corona-Fällen riegelte die Polizei am 18.6.2020 ein komplettes Wohngebäude in der Göttinger Innenstadt überfallsartig ab. Um das Haus wurde ein hoher Zaun gezogen, die Eingänge zum Grundstück verschlossen. Die 700 Bewohner*innen wurden faktisch eingesperrt. Bewohner*innen protestierten sogleich gegen diese Zwangsinternierung, wodurch Infizierte und Nichtinfizierte gezwungen werden, auf engstem Raum zusammen zu sein. Wie mit den Menschen dort umgegangen wird, zeigt die Tatsache, dass unter den „Notfallpaketen“ abgelieferte Chips waren.

Erklärung aus dem Roma Center in Göttingen vom 3. Juni 2020 [Auszüge]

Wie inzwischen jede*r in Göttingen mitbekommen haben dürfte, hat sich in unserer Stadt ein „Massenausbruch an Corona-Infektionen“ ereignet. Die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt sprach in ihren Mitteilungen immer wieder von „privaten Feiern“ von „Großfamilien“. Die Medien haben diese Ausdrucksweise unhinterfragt übernommen und dabei den vermeintlichen Tatort – ein in Göttingen als sozialer Brennpunkt geltendes Hochhaus – abgebildet oder gefilmt. In Göttingen kennt dieses Haus jede*r und verbindet mit diesem sozial deklassierte Roma-Familien und andere Migrant*innen. Faktisch leben in diesem Haus Menschen unterschiedlicher Herkunft, darunter auch Roma, die in den 1990er Jahren vor den Kriegen in Jugoslawien geflüchtet sind.

Kurze Zeit später übernahmen diverse Medien, offenbar aus einer weiteren Pressemitteilung der Stadt, die Information, weiteres Infektionsgeschehen habe in einer „illegal eröffneten Shisha-Bar“ stattgefunden. Auch dieses stünde in Zusammenhang mit den sogenannten Großfamilien. Dass kaum jemand ernstlich erkrankt ist, erfährt man höchstens am Rande. Als Reaktion auf den Ausbruch wurden sämtliche Schulen in Stadt und Landkreis Göttingen für eine Woche geschlossen.

Das Roma-Center ist tief beunruhigt über die Kommunikation der Stadt zum Geschehen und zur medialen „Aufbereitung“, die im Wesentlichen im Umschreiben der Pressemitteilungen der Stadt besteht. Sie haben inzwischen zu mehreren Hetz-Beiträgen in sozialen Medien geführt. Während einige Muslim*innen im Allgemeinen verantwortlich machen, so schießt eine Frau, die sich als Expertin in Sachen Roma aus dem Iduna-Zentrum darstellt, explizit gegen Roma. Sie benutzt negative Beispiele von Einzelfällen, die sie angeblich kennt, und verallgemeinert sie. In einem Video des NDR werden die Menschen von einer Frau als „kriminell und asozial“ bezeichnet. Bei unreflektierten Leser*innen und Zuschauer*innen werden so leicht Vorurteile und letztlich Rassismus geschürt. (...)

Roma als Sündenböcke zu benutzen und sie mit Unsauberkeit, Krankheitsübertragung und Kriminalität in Verbindung zu bringen, ist nichts Neues. In der Zeit des Nationalsozialismus wurden Roma diese Vorurteile zum tödlichen Verhängnis. Sie wurden verfolgt, gefoltert und ermordet. Nach dem Krieg wurde der Völkermord nicht als rassistisch anerkannt. Den Roma wurde dafür selbst die Schuld gegeben. Auch unter jenen, die als „asozial“ in der NS-Zeit verfolgt wurden, waren viele Roma. Ein Stempel, der bis heute für vermeintlich „volksschädigendes Verhalten“ benutzt wird.

Auch in der Corona-Krise werden Roma in vielen Ländern als Sündenböcke benutzt. Ganze Roma-Siedlungen wurden unter Quarantäne gestellt, ohne dass auch nur eine Person infiziert gewesen wäre. Sie werden als vermeintliche Übertragende des Virus öffentlich stigmatisiert. Auch von Politikern. In vielen Ländern kam es zu exzessiver Polizeigewalt gegen Roma. Auch in Deutschland. Wo Hetze hinführt, müsste man gerade in Deutschland besser wissen. Nicht nur aus der Geschichte sollte dies bekannt sein, sondern auch aus der Gegenwart. Der rassistische Terroranschlag in Hanau ist relativ schnell aus den Medien verschwunden, als die Medien begonnen haben, nur noch Corona zu thematisieren. Bei dem Anschlag wurden neun Menschen ermordet, die dem Täter nicht Deutsch genug waren. Darunter waren drei Roma. Ein Fakt, der nirgends thematisiert wurde. (...)

Am 20. Juni 2020 wurde eine an diesem Tag geplante Kundgebung zum Aktionstag „Shut down Mietenwahnsinn – sicheres Zuhause für alle!“ aus Solidarität mit den 700 eingesperrten Bewohnerinnen kurzfristig vom Marktplatz zur Groner Landstraße verlegt, wo sich das Gebäude befindet. Zahlreiche Bewohner*innen hörten den Redebeiträgen aus den Fenstern heraus zu. Mehrere Dutzend Hausbewohner*innen versammelten sich auf der Innenseite der Absperrungen und drückten lautstark ihre Empörung und ihren Protest gegen ihre unmenschliche Behandlung durch die Zwangsinternierung aus. Um Solidarisierung zu verhindern, ging die Polizei mit Pfefferspray gegen die Solidaritätskundgebung vor dem Haus vor und vertrieb die Kundgebungsteilnehmer*innen aus der Nähe des Hauses. Die Bewohner*innen setzten

ihren Protest jedoch fort. Rund 100 versuchten, an der Polizei vorbei hinaus zu kommen. Andere warfen mit Gegenständen aus Fenstern und Dächern auf die Polizisten. Die Polizei ging mit Pfefferspray gegen die protestierenden Bewohner*innen vor, auch gegen Kinder. Aus Göttingen, Hildesheim und anderen Orten wurde ein martialisches Polizeiaufgebot zusammengezogen.

Solidarität!

Aktivist*innen der Basisdemokratischen Linken und andere antirassistische Kräfte in Göttingen bleiben dran, um die internierten Bewohner*innen weiter zu unterstützen und um die Polizei im Auge zu behalten. Wir sind der Meinung, dass dies wirklich vorbildliches solidarisches Handeln ist.

Das skandalöse Verbot der Demonstration am 22. August 2020 in Hanau gegen das rassistische Nazi-Massaker am 19. Februar 2020 in Hanau

Höhepunkt der bundesweiten Kampagne zur Erinnerung an das rassistische Nazi-Massaker in Hanau vor einem halben Jahr sollte eine Großdemonstration und Kundgebung mit Angehörigen, Freund*innen der Ermordeten in Hanau am 22. August sein. Dazu war seit mehreren Wochen aufgerufen und mobilisiert worden. Bis zu 5.000 Demonstrierende wurden erwartet. Mit dem Ordnungsamt der Stadt Hanau und dem SPD-Oberbürgermeister hatte die „Initiative 19. Februar“, die die Proteste organisierte, wochenlang verhandelt. Viele Zugeständnisse für ein Demo-Konzept gemäß den Corona-Vorschriften (mit Masken- und Abstandsregeln, die durch Ordner kontrolliert werden sollten usw.) wurden gemacht.

Trotz dieser gewaltigen Zugeständnisse an Ordnungsamt und Polizei bzgl. der Demo-Auflagen wurde am Freitagabend, nur etwa 16 Stunden (!) vor Demobeginn am Samstag um 13 Uhr (somit auch ohne Zeit für eine rechtliche Überprüfung der Entscheidung) von der Stadt Hanau die Demonstration verboten - aus Gesundheitsschutz wegen Corona. Fadenscheinige Begründung war, dass die Zahl der positiven Corona-Tests bis auf 49 je 100.000 Einwohner im Wochendurchschnitt gestiegen sei. Das ist eine typische Methode der Angstmacherei mit willkürlich festgelegten Zahlen.

Sechs Monate nach dem rassistischen Nazi-Massaker am 19. Februar 2020 in Hanau, bei dem neun Menschen ermordet und fünf zum Teil schwer verletzt wurden, fanden bereits am 19. August bundesweit in über 30 Städten Kundgebungen und kleinere Demonstrationen antirassistischer und antifaschistischer Organisationen statt, in Hanau, Berlin, Hamburg, Frankfurt und anderen Städten. Unter dem Motto „Kein Vergeben, kein Vergessen!“ wurde die Tat als „Produkt des strukturellen Rassismus dieser Gesellschaft“ bezeichnet, Angeprangert wurde, dass Rassismus nicht nur in Nazi-Netzwerken

herrscht, sondern auch in zunehmender alltäglicher Polizeigewalt deutlich sichtbar wird, vor allem gegen „undeutsch“ aussehende Menschen bis hin zu zahlreichen Polizeimorden an People-of-Colour in den letzten Jahren,

Es ist sehr bezeichnend, dass seit Beginn der politisch verordneten Maßnahmen gegen Corona ab März diesen Jahres Aktionen, Demonstrationen und Kundgebungen mit antirassistischem oder antifaschistischem Inhalt, ja selbst traditionelle Aufmärsche zum 1. Mai, unter dem Vorwand „Gesundheit hat Priorität“ nur sehr eingeschränkt erlaubt, verboten wurden oder mit Polizeigewalt unterdrückt worden sind. Bestes Beispiel dafür sind die Solidaritätsaktionen für die Refugees an den Außengrenzen Europas in mehreren Städten Anfang April. Allerdings wurden, trotz vorherrschender staatstreuer Untertanenmentalität bis hinein in fortschrittliche „linke“ Kreise, z. B. in Frankfurt auf mutige Weise entgegen dem polizeistaatlichen Demonstrationsverbot erste politische Proteste initiiert und durchgeführt (Siehe dazu unser Flugblatt Nr. 55 vom April 2020: „Trotz Demonstrations- und Versammlungsverbot: Vorbildliche Solidaritätsaktionen für die Refugees an den Außengrenzen Europas!“).

Bezeichnend für das aktuelle Vorgehen des Staats ist aber auch: Am selben Tag als die Demonstration in Hanau verboten wurde, durften sogenannte Corona-Leugner in Darmstadt aufmarschieren. Vor allem aber gab es in Berlin sowohl am 1. August und später am 29. August zwei der größten, zum Teil von organisierten Nazis dominierten und geführten Aufmärsche mit insgesamt mehreren zehntausend Beteiligten, darunter u. a. Trump-Anhänger, sogenannte „Reichsbürger“, Judenfeinde und Holocaust-Leugner. Bis auf einzelne Zwischenfälle wurden diese Demonstrationen weitgehend von der Polizei geduldet und geschützt. Immerhin hatten sich am 29.08. in Berlin rund tausend Protes-

tierende gegen Rassismus, Antifas und „Omas gegen Rechts“ zu einer Gegendemonstration formiert. Diese wurde jedoch von der Polizei drangsaliert und abgedrängt. Eine ursprünglich geplante zentrale Gegenkundgebung vor dem Denkmal für die von den Nazis ermordeten Sinti und Roma Europas gegenüber dem Reichstagsgebäude war nicht erlaubt worden. Die polizeiliche Begründung war, es habe Drohungen von Nazis gegeben, die Kundgebung zu überfallen (taz, 01.09. 2020).

Die „Initiative 19. Februar“ wurde faktisch erpresst und sagte die Demonstration in Hanau ab. Die Initiative handelte mit der Stadt als Kompromiss aus, wenigstens die Kundgebung stattfinden zu lassen, um den ungeheuren Schmerz und die Wut der Angehörigen, Freundinnen und Freunde der Ermordeten in würdiger Atmosphäre laut werden zu lassen. Diese wurde jedoch nur „im kleinen Rahmen“ mit maximal 249 Zuhörenden erlaubt, die sich auf pinkfarbenen Punkten mit Abstand und Masken vor der Bühne versammeln durften. Allen erreich-

baren Gruppen in anderen Städten wurde die Demobilisierung mitgeteilt. Gleichzeitig wurde organisiert und sichergestellt, dass die Kundgebung in über 50 Städten als Videostream auf zentralen Plätzen live übertragen und gezeigt wurde. Allein im benachbarten Frankfurt gab es elf Kundgebungen mit einer anschließenden spontanen Demonstration mit fast tausend Beteiligten. Auch in Dortmund, Potsdam, Hamburg und Kassel fanden solidarische Aktionen und Demonstrationen mit jeweils mehreren hundert Teilnehmenden statt. In Offenbach, Nachbarstadt von Hanau, war eine Demonstration mit der absurden Begründung verboten worden, dass der Anschlag von Hanau sechs Monate her sei und es daher keinen Grund für eine spontane Demonstration gebe.

Unter den Angehörigen der Ermordeten gab es unüberhörbare Stimmen der Empörung gegen das Verbot. Ein Angehöriger kritisierte in seiner Rede auf der Kundgebung die kurzfristige Absage der Demonstration als „respektlos“ und rief wütend zu diesem Verbot: „Das ist einfach nur

Polizeiterror in den vergangenen Monaten

Allein im August gab es mehrere Vorfälle von brutaler Polizeigewalt in Frankfurt, in Düsseldorf, in Hamburg und Ingelheim. In Frankfurt zeigen Videoaufnahmen, wie mehrere Polizisten auf einen jungen Festgenommenen einschlagen und mit Füßen treten, der am Boden versucht, den Kopf mit seinen Armen zu schützen. In Düsseldorf wird gefilmt, wie ein Polizist den Kopf eines 15-Jährigen, ähnlich wie den in den USA am 25. Mai ermordeten George Floyd, mit seinem Knie auf den Boden drückt, während ein anderer ihm einen Arm auf den Rücken biegt. In Hamburg wird ein 15-jähriger Jugendlicher von acht Polizisten eingekreist, zu Boden gerungen und dabei Pfefferspray eingesetzt, weil er mit dem E-Scooter auf dem Gehsteig gefahren ist. (taz, 22./23.08.2020: „Guter Bulle, böser Bulle?“).

Noch brutaler ging die Polizei gegen Hunderte Menschen in Ingelheim am 15. August vor, die gegen 20 Nazis protestierten. Direkt nach Ankunft am Bahnhof wurden die Demonstrierenden, die „Antifascisti“ skandierten, unter Einsatz von Schlagstöcken und Pfefferspray in einen engen Tunnel getrieben und durch Polizeitrupps von beiden Seiten zusammengedrückt, so dass die Leute Atemnot bekamen. Zeuginnen berichteten von Panikattacken, Platzwunden und Zusammenbrüchen im Tunnel. Einzelne fürchteten um ihr Leben, es sei der reinste Horror gewesen. Nach Einkesselung der anschließenden Kundgebung kam es zu mehrfachen Schlägen auf Bewusstlose und Fixierte, eine Person im Rollstuhl wurde gar umgetreten. Am Ende war nach Angaben des Sanitätsdienstes von etwa 250 Menschen knapp die Hälfte verletzt (taz, 19.08.2020).

In Hamburg zeigte sich am 19. August, dass die Polizei sich selbst nicht scheut, unter dem Vorwand, dass mehr als 500 Demonstrierende ein Verstoß gegen die sog. Corona-Regeln seien, eine von migrantischen Organisationen getragene Gedenkdemonstration von 800 Menschen für die Hanauer Ermordeten mit brutaler Gewalt unter Einsatz von Knüppeln und Pfefferspray zu verhindern.

Forderungen der Initiative „Hanau 19. Februar“ und der Redner* innen:

Für lückenlose Aufklärung, für Gerechtigkeit und Unterstützung, für angemessenes Erinnern, für politische Konsequenzen !

Es gab eine Kette des Versagens bei der Unterbindung von Nazi-Terror. U.a. war der bei den Behörden bekannte Hanauer Nazi-Mörder im legalen Besitz von Waffen und konnte frei in einem Schützen verein trainieren, ebenso der Nazi-Schütze von Wächtersbach.

Auf der Kundgebung wurden u.a. folgende weitere Forderungen der Angehörigen genannt:

- Entwaffnung der Nazis und Rassisten
- Entnazifizierung aller Behörden und Institutionen, sowie des Bundestags
- Entlarvung der Polizeiarbeit vor, während und nach dem Anschlag
- Keine Lippenbekenntnisse und Beileidsbekundungen mehr, sondern ernsthafte Konsequenzen gegen Rechtsterror
- Hanau muss Endstation des Nazi-Terrors sein

beschämend für diese Stadt und für Oberbürgermeister Claus Kaminsky.“ Ein wachsendes Misstrauen gegenüber staatlichen Behörden und vor allem der Polizei, welche die Hinweise auf die rassistischen Absichten des Nazi-Mörders ignorierten und ihm sogar noch einen Waffenschein ausstellten, war aus den Reden der Angehörigen, Freundinnen und Freunde der Ermordeten deutlich zu spüren: „Wir werden von der Polizei als ‚Menschen zweiter Klasse‘ behandelt, wir haben ‚kein Vertrauen mehr‘.“ (FR & taz, 24.08. 2020).

Gleichzeitig zur Kundgebung war die Innenstadt Hanaus voller Menschen, die in Cafés saßen und zum Shoppen unterwegs waren. Im Statement der Initiative vom 19.2.2020 heißt es:

„... ein Demoverbot, das ... die Absurdität der herrschenden Prioritätensetzung zeigt. Einer Prioritätensetzung, die genauso falsch ist, wie sie uns nicht überrascht. Es trifft als erstes die, die es eben immer als erstes trifft. Und nebenan darf weiter in überfüllten ‚Konsumzonen‘ geshoppt werden.“ (Statement der Initiative Hanau 19. Februar zum 22. August 2020; siehe www.19feb-hanau.org)

Sicher war es gut, die Kundgebung durchzuführen, auf der die Angehörigen, Freundinnen und Freunde der Ermordeten ihren tiefen

Schmerz und ihre unbändige Wut über Nazis und Staatsapparat für alle laut hörbar und sehr beeindruckend zum Ausdruck bringen konnten. Es wurde auch ein starkes Zeichen der Solidarität gesetzt, indem die Kundgebung als Live-Video in über 50 Städten für Zehntausende hörbar und miterlebbar übertragen wurde.

Aber das Demoverbot war Erpressung, der vielleicht nachgegeben werden musste. Aber sicher durfte diese Verbotsmaßnahme nicht als „keine politisch motivierte Absage“ eingeschätzt werden. Denn genau das war sie.

Das Demonstrationsverbot ist skandalös und zu verurteilen. Durch die Kurzfristigkeit wurde zudem keine Chance gelassen, die Demonstration juristisch zu erzwingen. Wieder wurde ein polizeistaatliches Verbot, das sich der Repression des Staats unterwirft, durchgesetzt unter dem Vorwand der angeblichen Prioritätensetzung „Gesundheitsschutz hat Vorrang vor Demonstrationsfreiheit“. Diese Prioritätensetzung ist nicht nur absurd und falsch, sondern auch heuchlerisch, wenn gleichzeitig für extrem entrechtete (vor allem osteuropäische) Arbeiter* innen in den Fleischfabriken und der Landwirtschaft, für Geflüchtete in Massenlagern oder gar in den unmenschlichen Camps an Europas Außengrenzen die sogenannten „Corona-Vorschriften“ nicht mehr gelten und dort eben kei-

ne Priorität haben.

Jede fortschrittlich-demokratische Bewegung, die sich der staatlichen Willkür - wenn auch nur zeitweise - unterwirft und sich freiwillig selbst beschneidet, angeblich aus sozialer Rücksicht und Verantwortungsgefühl oft nur noch digital sichtbar ist und keine größeren Demonstrationen mehr durchführt, oder sich willkürlichen staatlichen Anordnungen unter dem Vorwand von Corona fügt und sich das Demonstrationsrecht nehmen lässt, hilft faktisch den um sich greifenden staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen. Das stärkt die in der Bevölkerung heute weit verbreitete Gläubigkeit an die Staatsautorität. Der demokratische Kampf gegen staatliche Bevormundung und Unterdrückung, gegen zunehmende polizeiliche Willkür und Gewalt, gegen strukturellen Rassismus und

Nazi-Netzwerke im Staatsapparat sowie gegen die zunehmend in der Gesellschaft Einfluss gewinnenden Nazi-Ideologien und organisierten Nazi-Mordbanden muss hingegen gestärkt werden.

Nehmen wir uns die großartige spontane „Black Lives Matter“-Solidaritätsbewegung zum Vorbild, die sich von keinen polizeistaatlichen Maßnahmen aufhalten ließ und bundesweit in vielen Städten in großen Demonstrationen mit Zehntausenden gegen rassistische und mörderische Polizeigewalt und Naziterror in Deutschland, gegen deutschen Nationalismus und deutschen Rassismus auf den Straßen und Plätzen deutlich sichtbar ankämpfte.

Es gilt nach wie vor das bekannte Motto:

„Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!“

Methoden der Vertuschung von Naziverbrechen



- I. Vertuschung der NSU-Morde und des NSU-Netzwerks
- II. Vertuschung des neunfachen Nazi-Mords in München 2016
- III. Vertuschung von Morden in Gefängnissen: Oury Jalloh und Ahmad Amad
- IV. Vertuschung der Nazi-Netzwerke im Staatsapparat: „Hannibal“ und „NSU 2.0“
- V. Vertuschung rassistischer Brandanschläge: Beispiel Neunkirchen 2018

Herausgegeben von:
GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam
gegen Dummheit und Reaktion

2. Auflage Februar 2020

Broschüre, 80 Seiten, A4

Durch ein rassistisches Nazi-Massaker in Hanau am 19.2.2020 ermordet!



Vili Viorel Păun	Said Nesar El Hashemi	Fatih Saraçoğlu	Sedat Gürbüz	Gökhan Gültekin
Kalojan Welkow	Hamza Kurtović	Mercedes Kierpacz	Ferhat Ünvar	

Nichts vergeben! Nichts Vergessen!

Kontakt: GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion
c/o Jugendzentrum in Selbstverwaltung, Postfach 12 19 65, 68070 Mannheim
Unsere Flugblätter und Broschüren sind im Internet unter gewantifa.blogspot.eu - E-mail: gewantifa@yahoo.de

A3 Plakat

Brief eines Aktivisten der Gaza Youth Movement: „Wir wollen keine Antisemiten, Nazis und Israel-Hasser als Freunde“

Mohammed Altlooli musste wegen seiner oppositionellen Aktivitäten in Gaza vor den Verfolgungen der Hamas fliehen. Er lebte zwischenzeitlich im Refugee-Lager von Leros in Griechenland, wo er unterrichtete. Aktuell ist er in Deutschland, wo er politisches Asyl beantragt hat. Mohammed Altlooli verfasste seinen „Brief an die wirklichen Freunde der Palästinenser“ während der militärischen Auseinandersetzungen zwischen der israelischen Armee und der Hamas. Auch wenn einige Darstellungen in seinem Brief offensichtlich Übertreibungen sind wie die Bezeichnung von Gaza als „Gefängnis“, drucken wir seinen Brief mit großer Freude ab. Denn er vertritt sehr überzeugend vor allem zwei Grundpositionen, die wir für sehr wichtig und richtig halten. Dies ist erstens der Gedanke der Solidarität zwischen den fortschrittlichen Teilen der israelischen und palästinensischen Bevölkerung gegen jegliche nationalistische Verhetzung durch reaktionäre Kräfte, die den Konflikt schüren und davon profitieren. Es geht zweitens, und das ist für uns sehr direkt wichtig, um die Ablehnung jeglicher „Palästina-Solidarität“ hier in Deutschland und anderswo seitens jüdenfeindlicher Kräfte, Israel-Hassern und Nazis. Dass ein solches Dokument heutzutage Seltenheitswert hat, zeigt die Schwäche fortschrittlicher Kräfte. Die Verbreitung dieses Briefes soll gerade ein Beitrag sein, dies zu ändern – gegen die vorherrschende Dummheit und Reaktion.

Ein Brief an die wirklichen Freunde der Palästinenser

Von Mohammed Altlooli

Liebe Freunde des palästinensischen Volkes, ich wende mich an Euch in diesen schrecklichen und dunklen Zeiten. Wieder einmal regnen Bomben auf Gaza, meine gequälte Heimat, und ich mache mir Sorgen um das Leben und das Wohlergehen meiner Familie, meiner Freunde und meiner Kollegen. Die Menschen in Gaza leben seit langem in Verzweiflung und Armut und sehnen sich nach einer besseren Zukunft.

Wir, die junge Generation, die aufgewachsen ist, ohne etwas anderes als diese Situation zu kennen, sind diejenigen, die auch den Preis zahlen werden, wenn sich nichts ändert. Ich selbst musste vor einiger Zeit aus Gaza fliehen, weil ich zusammen mit Gleichgesinnten gegen die Herrschaft des Hamas-Regimes protestierte. Wir haben das getan, was Millionen anderer Araber in der Region auch taten: Wir forderten mehr Freiheit und ein Ende von Korruption und Gewalt. Wenn man aber in Gaza seine Stimme gegen das Regime erhebt, wird man unterdrückt und sogar ins Gefängnis gesteckt. Sie fürchten uns, die junge Generation, viel mehr als ihren erklärten Feind Israel, weil sie wissen, dass sie uns nichts

Anderes zu bieten haben als Zerstörung, Schmerz und Armut.

Wir wollen beides: In Gaza in Freiheit leben und nicht weiter unter der Blockade und Repressionen Israels leiden müssen. Aber unser Leben findet zwischen Hammer und Amboss statt: Wir leiden unter einem intoleranten, repressiven Regime auf der einen Seite und unter der israelischen Einschnürung auf der anderen. Wir haben keine Luft zum Atmen.

Trotzdem haben wir uns der hasserfüllten Propaganda unserer Herrscher widersetzt und als „Gaza Youth Movement“ die Botschaft an die Israelis gesendet: Wir wollen Seite an Seite mit Euch in Frieden leben, aber gleichberechtigt und nicht in einem großen Gefängnis. Wir wollen eine gemeinsame Zukunft mit unseren israelischen Nachbarn und ein Ende des Krieges, des Tötens und des Hasses.

Juden und Araber sind keine Feinde

Tragischerweise wurden diese Hoffnungen letzte Woche erneut zerstört, als der Krieg zwischen der Hamas und der israelischen Armee erneut

ausbrach. Wir weigern uns, dies einen Krieg zwischen Palästinensern und Israelis zu nennen. Denn selbst wenn ich die Zerstörung in Gaza sehe, empfinde ich keinen Hass gegen die Bevölkerung Israels. Ich weiß, dass viele Israelis selbst in Angst leben und sich in Schutzräumen verstecken müssen, viele wurden getötet und verletzt. Das ist nicht mein Krieg, es ist nicht der Krieg derjenigen, die sich wie ich nach einer besseren Zukunft sehnen. Wir sehen die Bilder von Arabern und Juden, die in Haifa, Nazareth und woanders für ein friedliches Zusammenleben und gegen den Hass gerade demonstrieren. Ihr Motto lautet: Juden und Araber sind keine Feinde.

Die Menschen in Gaza, die wie ich denken, können aber nicht demonstrieren. Jeder Protest würde in Blutvergießen und im Gefängnis enden. Aber seien Sie bitte versichert: Obwohl uns in der Schule Hass beigebracht wird und wir so viel hasserfüllte Propaganda hören, in dieser Zeit sind viele von uns in unseren Herzen bei den Demonstrationen auf der anderen Seite des Zauns.

Die Hamas spricht nicht in unserem Namen

Wenn Ihr wirklich Freunde der Palästinenser seid, denkt bitte daran, dass die Hamas uns nicht vertritt; sie spricht gerne in unserem Namen, aber sie tut es in Wahrheit nicht. Wir lehnen es ab, dass sie unsere Stimme sein sollen. Unsere Stimme ist anders: es ist die Stimme des Friedens.

Und dann sehen wir die Demonstrationen in Europa, bei denen leider auch furchtbare Parolen gegen Juden und Israel gerufen werden. Wir hören auf einigen denselben Hass, den wir in den Propagandakanälen der Hamas hören. Wer unser wahrer Freund sein will, sollte nicht so reden! Wir wollen und verdienen solche Freunde nicht! Seit langer Zeit behaupten so viele Menschen, sie seien unsere Freunde, aber in Wirklichkeit geht es ihnen nur um den Hass auf Israel und die Juden. Das ist falsch: es widerspricht unseren Absichten und Überzeugungen und es schadet außerdem der gerechten Sache des palästinensischen Volkes. Wir wollen in Frieden, Würde und Selbstbestimmung Seite an Seite mit den Israelis leben. Wir wollen Gerechtigkeit und Freiheit. Wir wollen keinen Krieg und keine Zerstörung.

Wie kann jemand jemals unseren Absichten

Glauben schenken, wenn solche hasserfüllten Parolen auf den Straßen Europas und des Nahen Ostens in unserem Namen gerufen werden? Das wirft ein falsches Bild auf uns.

Wir brauchen wirkliche Freunde

Viele die gerade solche Parolen rufen, behaupten, sie seien unsere Freunde, aber sie sind falsche Freunde. Sie schaden uns und lassen ein falsches Bild von uns entstehen. Wir wollen keine Antisemiten, Nazis und Israel-Hasser als Freunde. Wir brauchen friedliebende, progressive Menschen auf unserer Seite, die unsere Ziele teilen. Wir wollen nicht, dass Juden in Europa Angst vor uns haben. Wir wollen, dass jeder versteht, dass es im Nahen Osten nur eine Zukunft für alle geben kann, eine gemeinsame Zukunft in einer friedlichen und prosperierenden Region.

Wenn Ihr zu unseren wirklichen Freunden gehören wollt, tut uns bitte einen großen Gefallen und distanziert Euch von diesen Menschen, die Hass verbreiten, lasst nicht zu, dass auch sie in unseren Namen zu sprechen versuchen. Bitte verbreitet stattdessen unsere Botschaft von Frieden und Gerechtigkeit.

Vielleicht ist diese Botschaft heute bloß eine zarte Pflanze. Wir alle können aber Zusammenarbeiten, damit sie zu einem großen Baum zu wird. Wir wissen, dass es bei uns in Gaza noch nicht so viele gibt, die so denken wie wir, aber oft in der Vergangenheit wurden wichtige Veränderungen von einer kleinen Gruppe losgetreten. Und wir hoffen, dass dieser Baum eines Tages groß genug sein wird, damit wir alle unter seiner Krone Schatten finden.

Bitte demonstriert für uns, erhebt Eure Stimme. Bitte erhebt sie gegen die falsche und zerstörerische Politik der israelischen Regierung. Bitte erhebt Eure Stimme aber auch gegen das, was die Hamas anrichtet.

Bitte stellt Euch auf die Seite des palästinensischen Volkes und unserer gerechten Sache.

Aber bitte tut es nicht gemeinsam mit diesen falschen Freunden.

Dieser Text wurde übersetzt von Yolanda Rubio

Quelle: labournet.de, jungle.world online

Wir erinnern an die neun Opfer des Nazi-Attentats in München vom 22.07.2016

Der langwierige Kampf der Angehörigen der Opfer um die Anerkennung als rassistisches Attentat

Vor fünf Jahren wurden in München bei einer rassistischen Mordaktion neun Menschen umgebracht und Dutzende schwer verletzt. Lange hatten sich Staatsanwaltschaft und Innenministerium Bayern geweigert, diese Morde als das zu bezeichnen, was sie waren: Nazi-Morde. Sie sprachen von einem Amoklauf eines psychisch Kranken. Außerdem sei der Täter der Sohn von selbst aus dem Iran Eingewanderten. Da könne auch gar nicht sein, dass er Hass und Menschenverachtung gegen diejenigen entwickeln könne, deren Eltern oder Großeltern aus anderen Herkunftsländern eingewandert sind.

Selbst am Ort des offiziellen Denkmals wurde zunächst vom „Amoklauf“ gesprochen und auf dem Denkmal dokumentiert: *„In Erinnerung an alle Opfer des Amoklaufs vom 22.7.2016“* „Das ist eine falsche Bezeichnung“, sagte Hassan Leyla, der Vater von Can Leyla, der am 22.7.2016 ermordet wurde. „Diese Schrift

muss weg!“, ergänzte Sibel Leyla, Cans Mutter. Mit anderen Opferfamilien setzte sich das Ehepaar dafür ein, die Tat als rassistische Morde zu bezeichnen. Sie schalteten eine Rechtsanwältin ein und kämpften lange Zeit für die Richtigstellung. Erst vier Jahre nach den Morden lenkten die Verantwortlichen ein und änderten die Inschrift.

Dabei gab es schon bald nach der Tat eindeutige Gutachten, dass der Täter als Nazi gehandelt hatte. Alle diese Fakten wurden bei der Ausgestaltung des Denkmals ignoriert. Es bedurfte der massiven Intervention von Opferfamilien und deren Anwältin, um vier Jahre nach den Morden durchzusetzen, dass auch in der Inschrift endlich wahrheitsgemäß steht: **„In Erinnerung an alle Opfer des rassistischen Attentats vom 22.7.2016“**.

So erinnert das Denkmal inzwischen nicht nur an die Ermordeten. Seine Geschichte steht auch für den skandalösen Umgang mit den Nazi-Opfern, den Angehörigen der Opfer und an die schwierige Anerkennung von Nazi-Gewalt in Deutschland überhaupt.

Vertuschte Fakten und Zusammenhänge des neunfachen Nazi-Mords in München 2016

Das Nazi-Massaker am 22.7.2016 in München gehört neben dem Nazi-Anschlag auf dem Oktoberfest 1980 mit 12 Ermordeten, den mindestens neun NSU-Morden und den neun Nazi-Morden 2020 in Hanau zu den größten Nazi-Mordaktionen nach 1945 in Deutschland. Und in allen drei und vielen anderen Fällen war und ist Staatsdevise: vertuschen, vertuschen, vertuschen.

Neunfacher Nazi-Mord – kein Einzeltäter

Am 22. Juli 2016 ermordete der Nazi David Sonboly im Münchner Olympia-Einkaufszent-

rum (OEZ) neun Menschen. 36 weitere Menschen verletzte er, 11 davon schwer. Der Nazi-Mörder erschoss Sevda Dağ, 45 Jahre, Selçuc Kiliç, 15 Jahre, Can Leyla, 14 Jahre, Chouseyin Daitzik, 17 Jahre, Janos Roberto Rafael, 15 Jahre, Amela Segashi, 14 Jahre, Dijamant Zabergja, 21 Jahre, Guiliano-Josef Kollmann, 19 Jahre und Sabina Sulaj, 14 Jahre.

Von der ermittelnden Staatsanwaltschaft München I bis hin zum den bayerischen Innenminister Joachim Hermann behaupteten die staatlichen Behörden sogleich unisono, dass es sich um einen „tragischen Amoklauf“

eines Einzelnen gehandelt habe, dessen Hauptursache „einstiges Mobbing in der Schule“ gewesen sei. Das bayerische Landeskriminalamt behauptete: *„Es ist nicht davon auszugehen, dass die Tat politisch motiviert war.“*

Das ist eine doppelte Lüge. Die Fakten zeigen erstens, dass das, unabhängig von möglichen psychopathologischen Aspekten, kein unpolitischer „Amoklauf“ war, sondern ein politisch bewusst vorbereiteter und durchgeführter neunfacher Nazi-Mord. Zweitens handelte der Nazi-Mörder nicht isoliert, sondern de facto als Teil eines Nazi-Netzwerkes.

Etwa ein Jahr zuvor hatte S. ein langes „Manifest“ verfasst. Darin hetzte er gegen „ausländische Untermenschen“ und „Kakerlaken“, die er „exekutieren“ werde. Am Tag seines neunfachen Nazimords speicherte der Nazi-Mörder ein weiteres Dokument auf seinem PC mit der Bezeichnung: „Ich werde jetzt jeden deutschen Türken auslöschen egal wer“. Früher schon war David S. aufgefallen, weil er den Hitlergruß gezeigt, Hakenkreuze gekritzelt und „Sieg Heil“ gerufen hatte. Er hatte seine Nazi-Morde absichtlich am 5. Jahrestag des faschistischen Massakers in Oslo und Urøya durchgeführt, bei dem der faschistische Massenmörder Anders Breivik 77 Menschen ermordete. Auf whatsapp hatte S. ein Bild von Breivik. Er verwendete bei seinen Mordtaten eine Pistole vom Typ Glock 17, wie sie sein Vorbild Breivik bei seinen 77-fachen Morden benutzt hatte. S. betonte auch, dass er stolz darauf sei, wie Adolf Hitler am 20. April Geburtstag zu haben und „Arier“ zu sein. Er bewunderte die AfD.

Nach eigener Aussage hasste er „Türken und Araber“. Als Ort für seine mörderische Nazi-Aktion hatte der Nazi-Mörder eine McDonald's-Niederlassung im Olympia-Einkaufszentrum (OEZ) in der Münchner Innenstadt ausgesucht. Um sicherzustellen, dass möglichst viele Menschen, die er ermorden wollte, dort sein würden, hat er unter falschem, türkisch klingendem Namen einen Facebook-Account genutzt und zu McDonald's eingeladen.

Das bayerische Landeskriminalamt behauptete, David S. habe „wahllos“ um sich geschossen. Doch obwohl er 300 Schuss Munition bei sich hatte, hatte er gezielt Menschen

ausgewählt, die er als „undeutsch“ ansah. Während des Nazi-Massakers schrie S. unter anderem „Ich bin Deutscher“ und „Scheiß Türken“. S. hat seine Morde lange Zeit und akribisch vorbereitet, so auch mit Schießübungen.

Um zu vertuschen, dass es sich um ein Nazi-Verbrechen handelt, hieß es immer wieder, S. sei in der Schule früher mal gemobbt worden und auch mal in psychiatrischer Behandlung gewesen. Als ob er deshalb kein Nazi gewesen sein könnte! In einem Redebeitrag „Nazi-Morde benennen“ von Café Morgenland bei der Kundgebung vor dem OEZ in München am 29.9.2018 wird dagegen festgestellt, dass es durchaus sein kann, „dass es Nazis gibt, die schon mal mies behandelt worden sind, dass es Mobbing-Opfer gibt, die zu Nazis werden“. Vor allem aber wurde betont, dass es für die Opfer keinen Unterschied macht, „ob du von einem Nazi mit oder ohne psychiatrischer Vorgeschichte umgebracht wirst.“

Auch wenn David S. allein war, als er im OEZ in München neun Menschen ermordete, ist das kein Beweis dafür, dass er ein „Einzeltäter“ war. Fakten zeigen etwas Anderes. S. gehörte zum internationalen virtuellen rassistischen Netzwerk „Anti-Refugee-Club“. Dieses umfasste mindestens 250 Nazis. Dort wurden Faschisten wie Anders Breivik glorifiziert und Mordideen gegen „Nicht-weiße“, „Migrant*innen, jüdische Menschen und Refugees“ ausgetauscht.

Gericht vertuscht die Beihilfe zum Mord in München durch den Nazi Philipp K.

Im August 2017 kam es in München zum Prozess gegen den Waffen- und Munitionslieferanten des Nazi-Mörders vom 22.7.2016 Philipp K. aus Marburg. Die Anklage lautete lediglich auf fahrlässige Tötung und illegalen Waffenhandel und nicht auf Beihilfe zum neunfachen Mord, wie das die Anklage und die 25 Nebenkläger*innen gefordert hatten. Anwalt Yavus Narin, der im Prozess gegen K. zehn Hinterbliebene vertrat, führte eine Reihe von Beweisen und Indizien an, welche die Anklage wegen neunfachen Mordes gegen Philipp K. zwingend gemacht hätten.

Philipp K. war ideologisch mit David S. auf einer Linie. Es ist aktenkundig, dass er ein überzeugter Nazi ist. Nahezu jeden seiner Chats im Darknet beendete er mit „Sieg Heil!“ oder „Heil Hitler“. Er sprach dort von „Türkenratten“, „Niggeraffen“ oder „Judenkacke“. Rechtsanwalt Narin stellte die Behauptung von K. infrage, dass dieser angeblich nichts von Sonbols Mordabsichten gewusst habe.

Z. B. hatte sich ein Zeuge an die Ermittlungsbehörden gewandt. Er erklärte, im Chat-Forum sei bekannt, dass Philipp K. dem Nazi-Mörder S. nicht nur die Waffe nebst Munition lieferte, sondern diesem auch Tipps zur Durchführung der Tat erteilte. Andere Zeugen im selben Forum bestätigten die Angaben. Doch das Gericht ignorierte dies alles.

Ein Mithäftling sagte vor Gericht, Philipp K. habe ihm anvertraut, S. habe bei der Waffenübergabe gesagt, er werde mit der Waffe „Kanaken abknallen“. Trotzdem händigte K. Waffe und Munition aus. Zeugenaussagen zufolge hat Philipp K. in seinem Umfeld mit dem Mordanschlag geprahlt.

Die Rechtsanwält*innen haben während des Prozesses – ohne Erfolg – mehrere Befangenheitsanträge gestellt, weil das Gericht die Sachaufklärung behinderte, indem es hartnäckig und ohne Begründung nahezu alle für den Angeklagten Philipp K. belastenden Beweismittel aus dem Prozess heraushielt.

Das Gericht lehnte es auch ab, den Hinweisen nachzugehen, dass verdeckte Ermittler Kontakt zu David S. und Philipp K. gehabt hatten. Bei der Durchsicht der Akten hatten die Anwälte festgestellt, dass die Behörden schon im Herbst 2015 im Rahmen verdeckter Ermittlungen mit S. und K. im Kontakt standen. Doch das Gericht verweigerte das Hinzuziehen dieser und weiterer Unterlagen.

Ein weiterer Befangenheitsgrund war, dass sich das Gericht gegenüber den Hinterbliebenen herabwürdigend und zynisch verhielt. Als Rechtsanwalt Narin dem Vorsitzenden sagte, seine Mandant*innen wollten aus Angst um ihre weiteren Kinder nicht, dass deren Privatadressen in die Akte aufgenommen werden, fragte dieser zynisch: „Haben die etwa Angst,

dass er (gemeint ist der Nazi-Mörder David S.) von den Toten aufersteht?“

Während des Prozesses empörten sich die Angehörigen der Mord-Opfer immer wieder gegen das Gericht und dessen Prozessführung, deren entscheidende Vorgabe war, unbedingt die Anklage auf Beihilfe zum Mord zu verhindern. Bevor das Urteil gegen Philipp K. (sieben Jahre wegen fahrlässiger Tötung und illegalem Waffenhandel) verkündet wurde, verließen die meisten Angehörigen und ihre Rechtsanwält*innen aus Protest den Gerichtssaal.

Es gilt die Solidarität mit allen Opfern der Nazi-Morde und allen vom mörderischen Nazi-Terror Bedrohten zu verstärken, die staatlichen Vertuschungsmanöver des Nazi-Terrors mit aller Konsequenz zu entlarven.

Nichts vergeben, nichts vergessen!

Quellen: Frankfurter Rundschau 7./8.10.17; Süddeutsche Zeitung 5.9.17, 28.9.17, 4.10.17 und 15.5.18; AZ 24.7.19; Spiegel online 28.8.17, 30.10.17 und 19.1.18; Im Internet: Gutachten im Auftrag der Stadt München, Fachstelle für Demokratie: Eine notwendige Neubewertung der Morde am Olympia-Einkaufszentrum München, TAZ, 22.7.

Methoden der Vertuschung von Naziverbrechen



- I. Vertuschung der NSU-Morde und des NSU-Netzwerks
- II. Vertuschung des neunfachen Nazi-Mords in München 2016
- III. Vertuschung von Morden in Gefängnissen: Oury Jalloh und Ahmad Amad
- IV. Vertuschung der Nazi-Netzwerke im Staatsapparat: „Hannibal“ und „NSU 2.0“
- V. Vertuschung rassistischer Brandanschläge: Beispiel Neunkirchen 2018

Herausgegeben von:
GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam
gegen Dummheit und Reaktion

2. Auflage Februar 2020

Unterstützen wir den mutigen Kampf aller, die Geflüchteten aus Seenot helfen!

Nirgends zeigt sich die mörderische Aktivität des deutschen Staates in Koalition mit anderen imperialistischen Staaten so deutlich wie im Mittelmeer. Die Skrupellosigkeit, mit der Menschen dem Ertrinken preisgegeben werden, die kennt wahrlich keine Grenzen. Umso großartiger ist es, dass Menschen aus den verschiedensten Zusammenhängen sich entschlossen haben, hier praktische Hilfe zu leisten, die Anti-Flüchtlingspolitik der herrschenden Klassen anzuprangern und

konkret unter Einsatz oft auch ihrer eigenen Freiheit geflüchteten Menschen im Mittelmeer aus der Seenot zu retten.

*Wir unterstützen ausdrücklich diesen Kampf und drucken nachfolgend Auszüge aus einem Interview mit einem Aktivist*innen der Seenotretter*innen ab. Herzlichen Dank an die Lotta-Redaktion, die das Interview geführt und in Nr. 83, Sommer 2021, abgedruckt hat.*

Kriminalisierung von Solidarität

Europas mörderische Grenzpolitik und die Lage von Seenotretter_innen

Europas Grenzregime ist auf Abschottung ausgelegt. Daher wird Fliehenden die Einreise nach Europa so schwer wie möglich gemacht, zivile Seenotretter_innen werden kriminalisiert. Dariush ist einer von ihnen. Er war seit 2016 mit verschiedenen Rettungsmissionen unterwegs, unter anderem auf der „Juventa“. Ihm und anderen zivilen Seenotretter_innen droht aktuell eine lange Haftstrafe in Italien. Ein Gespräch über den anstehenden Prozess, die Unmenschlichkeit des europäischen Grenzregimes und die Verbindungen von Seenotrettung und Antifaschismus. Das Interview führte Sonja Brasch.

Hallo Dariushi! Schön, dass du wohlbehalten wieder von deiner Mission auf der „Seawatch 4“ zurück bist und wir unser Interview machen können.

Moin Moin und danke für dieses herzliche Willkommen! Ja, das stimmt, ich war schon auf diversen Missionen auf verschiedensten Schiffen. Vereinfacht gesagt hat mich mein politisches Gewissen aufs Mittelmeer getrieben. Ich sehe zivile Seenotrettung als Teil unseres antikapitalistischen und antifaschistischen linken Kampfes. Ich betone das immer gerne, um klarzumachen, dass das keine humanitäre Aktion ist, was ich da mache. Die Menschen sind nicht wegen einer Naturkatastrophe in Lebensgefahr oder in Not, sondern weil es politisch gewollt ist. Europas Geschichte beruht auf Ausbeutung, Unterdrückung und Kolonialismus. Das Ganze setzt sich bis heute fort und damit geht es um Kapitalismus. Es sind europäische Firmen, die den Rest der Welt ausquetschen und ein Leben an vielen Orten der Welt unmöglich machen. Da ich es hier nicht schaffe, dieses System so schnell zu verändern wie ich es gern hätte, fahre ich raus.



Ich habe Fähigkeiten, die es mir ermöglichen, auf so einem Schiff zu helfen, ich kann dort eine sinnvolle Tätigkeit ausüben. Ich musste nicht lange darüber nachdenken, dass ich mich da solidarisch zeige und meine Privilegien nutze. Die Menschen in den Booten haben keine Zeit zu warten, bis wir hier was geändert haben, denn sie sterben, wenn keiner kommt und sie rettet. Sie ertrinken. Europa verwehrt den Menschen legale und sichere Einreisewege. Und deswegen ist das für mich ein Teil eines politischen Kampfes, genauso wie AfD-Veranstaltungen zu verhindern oder Nazidemos zu blockieren. Ich möchte die linken

Kämpfe nicht trennen, für mich gibt es nur einen: dieses System zu verändern, hin zu einer besseren Welt. Und da gehört das eben dazu.

Die deutsche Politik hat erneut Zugeständnisse an den rassistischen Mob gemacht, schiebt fleißig ab und hat die Konflikte wieder weit weg an die europäischen Außengrenzen verlagert. Wie haben sich die europäische Grenzpolitik und die Bedingungen für die zivile Seenotrettung entwickelt, seit du das erste Mal auf eine Mission gefahren bist?

Lange waren die NGOs die willkommenen Helferinnen der italienischen Behörden. Ab 2014 hat Italien eine erfolgreiche Seenotrettungsmission gefahren, dafür haben sie Europa um Mithilfe und finanzielle Unterstützung gebeten. Europa hat, unter deutscher Federführung, abgelehnt und eine europäische Rettungsmission angestoßen, die auch gestartet wurde, aber im Lauf der Zeit immer weiter abgebaut wurde.

Dann begann die Kriminalisierung der NGOs. Gegen fast jede sind mittlerweile Verfahren gelaufen. Die Schiffe werden regelmäßig festgesetzt, aktuell mindestens sechs, und zwei wurden beschlagnahmt. Die Begründungen dafür sind hanebüchen: es seien zum Beispiel zu viele Rettungswesten an Bord.

Die Situation ist immer beschissener geworden, vor allem natürlich für die Menschen auf der Flucht. 813 Menschen sind dieses Jahr bereits im zentralen Mittelmeer ertrunken – und es ist erst Juni. Die Dunkelziffer ist weitaus höher. Als ich 2016 das erste Mal mit der *luventa* in der Suchzone vor Libyen angekommen bin, waren acht NGO-Schiffe im Einsatz. Zur Zeit ist mit Glück mal eins dort. Ich war gerade mit der *Seawatch 4* dort, wir hatten das Glück, dass wir 456 Menschen das Leben retten konnten, die wir dann nach Italien gebracht haben. Es sind immer mal wieder Schiffe da, aber viel zu wenige, weil Europa seine Grenzen dichter macht.

Europa hat die sogenannte libysche Küstenwache finanziert, ausgerüstet und trainiert. Als ich die 2016 das erste Mal sah, hatten sie Phantasie-Uniformen an und fuhren in schrottreifen Booten. Jetzt haben sie dank Unterstützung durch die EU eine hochgerüstete Flotte, um Menschen abzufangen. Und das – das muss man ganz klar sagen – das ist illegal und widerspricht internationalem Recht. Mal abgesehen von der Frage der Menschlichkeit ist es verboten, geflohene Menschen zurück in ein Land zu bringen, in dem ihnen Folter, Hunger, Haftstrafen oder der Tod

drohen. Das ist Europa egal und man lässt die libysche Küstenwache die Drecksarbeit für sich machen. Es wurden dieses Jahr schon über 10.000 Menschen abgefangen und illegal zurückgebracht. Selbst wenn die Leute schon in europäischen Rettungsgewässern waren, haben die europäischen Behörden zugelassen, dass diese Pullbacks, also das Zurückholen der fliehenden Menschen durch die libysche Küstenwache, durchgeführt werden, wenn sie sie nicht sogar selbst beauftragt haben.

Die „luventa“ liegt jetzt im August seit vier Jahren im Hafen von Trapani auf Sizilien. Seit der Beschlagnahmung ist ja in eurem Fall eine Menge passiert.

Die Beschlagnahmung der *luventa* durch eine italienische Behörde kam für uns ganz überraschend. Die italienische Rettungsleitstelle hatte jeden Einsatz koordiniert und autorisiert. Sie sagten uns, ob wir die Leute an Bord nehmen sollen, zu welchem Schiff wir sie bringen sollen, welches Schiff die Leute schlussendlich nach Italien bringt und so weiter.

Schon seit September 2016, zwei Monate nach dem ersten Einsatz der *luventa*, war, wie wir später herausgefunden haben, angefangen worden, gegen Crewmitglieder zu ermitteln. Angefangen hatte das aufgrund von Verdächtigungen eines Mitarbeiters einer zugekauften Securityfirma auf dem Schiff einer anderen NGO. Der Chef der Firma hat Verbindungen zu den italienischen „Identitären“. Der Mitarbeiter war der Meinung, die NGOs würden mit Schmugglern zusammenarbeiten. Schon nach seinem ersten Einsatz hatte er verschiedene Geheimdienste und auch Politiker kontaktiert. Nur Matteo Salvini von der *Lega Nord* ist darauf angesprungen, der Typ wurde dann Salvinis persönlicher Spion auf dem Mittelmeer und hat nicht nur uns, sondern auch andere NGOs ausspioniert.

Die *luventa* wurde im August 2017 beschlagnahmt. Im Juni 2018 haben wir erfahren, dass gegen ehemalige Crewmitglieder ermittelt wird, auch gegen mich. Im März 2021 wurde gegen vier von uns Anklage erhoben. Dadurch hatten wir dann komplette Akteneinsicht, das sind sage und schreibe 30.000 Aktenseiten plus 400 DVDs mit Audiomitschnitten, weil unter anderem die Brücke der *luventa* über drei Monate verwandt war. Da wurde uns die Dimension des Falles klar. Die Ermittlungen waren nicht nur gegen uns gerichtet, sondern auch gegen andere NGOs wie *Ärzte ohne Grenzen* und *Save the Children*, Reedereien, die Schiffe verchartert haben, und über

20 Einzelpersonen.

Mit der Einsicht in die Akten wurde auch klar, dass diverse Journalistinnen sowie Anwält_innen und Priester abgehört worden waren. Das ist in Italien genauso illegal wie in Deutschland. Aus unserem kleinen *Iuventa-Prozess* ist ein großer Skandal geworden, der die italienischen und internationale Medien ziemlich beschäftigt hat. So hat zum Beispiel der *Guardian* immer wieder darüber berichtet.

Wenn es darum geht, Solidarität zu stoppen, dann ist ihnen jedes Mittel recht, auch die illegalen. Und wir sind ja auch nicht der einzige Fall, das möchte ich auch nochmal deutlich betonen. Sowohl in Italien gibt es mehr Fälle von Repression, aber auch in ganz Europa wird Solidarität kriminalisiert.

Ein großer Bestandteil eurer Öffentlichkeitsarbeit ist es, über die Kriminalisierung der Solidarität und der Geflohenen selbst zu sprechen. Wie siehst du in dem Kontext dem Prozess entgegen?

Natürlich möchte ich nicht ins Gefängnis, aber ich weiß zu schätzen, dass mir der Prozess die Möglichkeit gibt, Öffentlichkeit herzustellen. Ich hätte weitaus weniger Interviews geben, Texte veröffentlichen und auf Demos reden können. Wenn sie einen Scheinwerfer auf mich richten, brauchen sie sich nicht wundern, wenn ich anfangen zu singen. Und das tue ich, laut, schräg und pöbelig. Und das werde ich auch während des Prozesses weiter tun. Ich freue mich auf die Möglichkeit, gehört zu werden und über Sachen zu reden, die sonst wenig Aufmerksamkeit bekommen.

Euch drohen mit der Anklage bis zu zwanzig Jahre Haft in Italien oder eine unbezahlbare Geldstrafe wegen des Vorwurfs der Beihilfe zur illegalen Einreise. Ihr steht damit in einer langen Reihe von Kriminalisierten, die an unterschiedlichen Stellen den Kampf gegen das europäische Grenzregime führen. Kannst du uns einige aktuelle Fälle von Repression beschreiben?

Es gibt in ganz Europa Ermittlungen gegen Menschen, die sich mit Fliehenden solidarisch gezeigt haben. Ich glaube, es waren in den letzten fünf Jahren über 200 Fälle. Viel schlimmer aber sind die Verfahren, die die Geflohenen selber durchmachen müssen. Uns europäischen Aktivistinnen wird Solidarität entgegengebracht und Aufmerksamkeit geschenkt. Aber kaum jemand in Europa kennt zum Beispiel die Geschichte von

Mohamad, der vor einem Monat auf Lesbos verurteilt wurde. Er ist übers Meer von der Türkei nach Griechenland geflohen. Das Boot drohte zu sinken, er hat die Steuer übernommen, um Schlimmeres zu verhindern und die Menschen zu retten, die mit ihm an Bord waren. 33 Menschen haben überlebt, leider sind bei dieser Havarie zwei Frauen ertrunken. Mohamad wurde zu einer Haftstrafe von 146 Jahren verurteilt. Diese Prozesse sind zynisch und eine Farce. Dem Richter war es nicht zu blöd zu fragen, warum er denn nicht mit einer Fähre nach Griechenland gekommen sei. Von jedem Boot, das ankommt, landet jemand vor Gericht. Nämlich die Leute, die das Boot gesteuert haben. Diese Menschen bekommen keine Aufmerksamkeit für ihre Prozesse. In Griechenland dauern sie im Durchschnitt 38 Minuten, die durchschnittliche Strafe liegt bei 44 Jahren Haft und 370.000 Euro Geldstrafe. In Italien sitzen jetzt gerade über 1.400 Menschen unschuldig im Gefängnis wegen des Vorwurfs der Beihilfe zur illegalen Einreise. Weil es sich aber um Geflohene handelt, bekommt das Ganze kaum Aufmerksamkeit.

Wie kann man euch unterstützen und was können wir als deutsche Linke deiner Meinung nach tun, um die gemeinsamen Kämpfe gegen das europäische Migrationsregime voranzutreiben?

Also am besten würdet ihr uns unterstützen, indem ihr einfach den Kapitalismus abschafft. Hier etwas zu verändern ist die effektivste Art, Fluchtursachen zu bekämpfen. Wenn es ein bisschen kleiner sein soll, dann folgt uns auf unseren sozialen Medien, bei *Twitter*, *Instagram* und *Facebook*. Geld können wir auch immer gebrauchen, wir rechnen mit Prozesskosten von etwa 750.000 Euro. Vor allem aber: werdet aktiv! Sitzt nicht einfach nur zuhause rum. Denkt euch selbst was aus und macht was. Organisiert Demos, Infoveranstaltungen und Partys. Werdet aktiv, macht Stimmung und verändert die Welt.

Das komplette Interview ist enthalten in der Lotta #83, Sommer 2021

Mehr Informationen zum Prozess gegen die Iuventa-Crew: <http://www.iuventa10.org/>

Spenden:

IBAN DE97 4306 0967 4005 7941 04
BIC GENODEMIGLS
Bank GLS Bank
Account Holder: Borderline Europe e. V.
Reference: Solidarity at Sea

Broschüren und Flugblätter von Gewantifa zum Thema Refugees:

Die Ereignisse im DGB-Haus München im September 2013 zeigen, wie die DGB-Führung zum Kampf der Flüchtlinge steht:

“Vom ersten Tag an versuchte der DGB uns zu räumen”

(Stellungnahme der „Non-Citizens“ in München vom 8.9.2013)



Demonstration von „Non-Citizens“ und ihrer UnterstützerInnen in München

Dokumente und Materialien

- Erklärungen der Flüchtlinge
- Solidaritätserklärungen
- Die reaktionären Statements der DGB-Führung

Herausgegeben von:
GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam
gegen Dummheit und Reaktion

Oktober 2013 1 Euro

Der Kampf der Lampedusa-Flüchtlinge in Hamburg für Bleiberecht



Dokumente und Materialien

- Erklärungen und Aktionen der Lampedusa-Flüchtlinge
- Erklärungen und Aktionen der Solidaritätsbewegung mit den Lampedusa-Flüchtlingen
- Schulstreiks für Bleiberecht
- Solidarische GewerkschafterInnen contra flüchtlingfeindliche ver.di-Bürokraten

Herausgegeben von:
GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam
gegen Dummheit und Reaktion

März 2014 2 Euro

30.000 Menschen seit 2000 im Mittelmeer durch Abschottungs- politik ermordet – Solidarität mit den „Verdammten dieser Erde“

Staatlicher Terror und Nazi-Terror gegen Refugees 2015/16

- Nazi-Attacken gegen Refugees und Brandanschläge gegen Unterkünfte der Refugees
- Abschiebungen und mörderische „Abschottungspolitik“
- Proteste der Refugees und Solidarität



Anhang:
Schlaglichter auf die Kontinuität der mörderischen deutschen „Flüchtlingspolitik“ und des Nazi-Terrors gegen Refugees 1993-2014

Zusammengestellt von:
GewerkschafterInnen und Antifa
gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion

April 2016 1 Euro

GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam
gegen Dummheit und Reaktion, Flugblatt Nr. 49, Mai 2018

Gegen Polizeiterror und rassistische Hetze Solidarität mit den Refugees in Ellwangen und überall

Verstärken wir gemeinsam und in Solidarität mit den Refugees den Kampf gegen die widerrechtliche Abschiebungs- und Abschottungspolitik!

Am 30. April 2018 verbotenen Schergen in Ellwangen durch willkürliches Handeln eine Abschiebung. Kippen- geräte, Polizeibrutale, rassistische Hetze und die rassistische Politik der Abschottung und Abschiebung sind ein Angriff auf die Rechte aller Menschen in dieser Stadt und nicht nur auf die Rechte der Flüchtlinge. Wir fordern die Polizei, die Abschiebung zu stoppen und die Rechte aller Menschen zu schützen. Am 2. Mai 2018 organisierten wir eine Demonstration und Protestaktion in Ellwangen.

Präsentierung der Refugees von Ellwangen vom 7.5.2018 (Auszug)

Viel wurde über uns geredet, jetzt reden wir!

Am Montag, den 30. April gegen 2.30 Uhr sollte ein Vortrag im Rahmen der Ellwangerer Arbeitslosen Initiative abgehalten werden. Der Vortrag sollte sich um die Rechte der Flüchtlinge handeln. Die Polizei hat sich aggressiv verhalten und hat sich nicht zurückgezogen. Die Polizei hat sich aggressiv verhalten und hat sich nicht zurückgezogen. Die Polizei hat sich aggressiv verhalten und hat sich nicht zurückgezogen.

Wer noch immer diesen Polizeiterror an verantwortlicher Stelle verurteilt und bestraft, der ist ein guter Mensch.

GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam
gegen Dummheit und Reaktion, Flugblatt Nr. 50, April 2020

Trotz Demonstrations- und Versammlungsverbot: Vorbildliche Solidaritäts-Aktionen mit den Refugees an den Außengrenzen Europas!

Am Sonntag, 5. April, 15 Uhr haben mehrere Initiativen in Wuppertal eine Demonstration organisiert. Die Demonstration wurde von der Initiative 'Solidarität mit den Refugees' organisiert. Die Demonstration wurde von der Initiative 'Solidarität mit den Refugees' organisiert.

Vorbildliche Aktionen

Gegen die geradezu mörderische deutsche und österreichische Abschiebungs- und Ausgrenzungspolitik haben in den letzten Tagen ein Reihe von Initiativen Solidaritätsaktionen organisiert. Die Polizei hat sich aggressiv verhalten und hat sich nicht zurückgezogen. Die Polizei hat sich aggressiv verhalten und hat sich nicht zurückgezogen.

Am 4.4. kamen in Wuppertal ca. 30 Menschen zum Demonstrationstag zu tragen. Thema war auch die Abschiebung der Flüchtlinge aus den Lagern in der Orientierung zu tragen. Thema war auch die Abschiebung der Flüchtlinge aus den Lagern in der Orientierung zu tragen.

In Berlin gab es eine Aktion am Brandenburger Tor in Hamburg haben Flüchtlinge demonstriert. In Berlin gab es eine Aktion am Brandenburger Tor in Hamburg haben Flüchtlinge demonstriert.

In Bielefeld wollten AktivistInnen Postkarte und Solidarität vor dem Rathaus verteilen lassen. In Bielefeld wollten AktivistInnen Postkarte und Solidarität vor dem Rathaus verteilen lassen.

In Lüneburg, Lüneburg, Dannenberg und Hilsbrack

Solidarität mit den Streikaktionen der Gorillas-Rider!

Seit mehreren Wochen gibt es immer wieder Streiks beim kapitalistischen Lebensmittel-Lieferanten Gorillas. Die Gorillas-Kapitalisten machen ihre Profite damit, dass „Rider“ genannte Fahrradkuriere Lebensmittel von lokalen Lagern in die Wohnungen bringen. (10.000 Beschäftigte in Deutschland, davon ca. 6000 Rider)

Extreme Arbeitsbedingungen

Die Arbeitsbedingungen und die Ausbeutung der Rider bei Gorillas sind extrem. Die Löhne liegen an der Armutsgrenze (10,50 Euro pro Stunde), aufgrund zu schwerer Rucksäcke kommt es vielfach zu Rückenverletzungen. Die enorme Gefährlichkeit der Arbeit (mit dem Fahrrad im Eiltempo durch Großstädte rasen, um Termine einhalten zu können) verbunden mit großer Arbeitshetze führt immer wieder zu schweren Unfällen mit schlimmen Verletzungen, wie z.B. bei einem Unfall eines Rider am 11.8.2021 in Berlin.

Es gibt bei Gorillas für die Rider fast nur befristete Verträge mit sechsmonatiger Pro-

bezeit. Über 90 Prozent der Rider haben solche Verträge. Die Befristungen und die Kündigungen in der Probezeit hebeln jeglichen Kündigungsschutz aus, da fast alle Rider diesen Job nicht länger als 6 Monate am Stück machen bzw. machen können. Denn die Riders sind in der übergroßen Mehrheit Migrantinnen mit befristeter Arbeitserlaubnis von drei bis sechs Monaten. Ein Vertreter des GWC erklärt dazu:

„Die Belegschaft besteht zu großen Teilen aus Migrantinnen, die auf einen festen Arbeitsvertrag für ihr Visum angewiesen sind.“

Die Gorillas-Kapitalisten machen sich diese reaktionäre Gesetzgebung zu Nutze: Entweder werden Rider in der Probezeit einfach ohne jeden Grund entlassen und verlieren damit auch meistens ihr Arbeitsvisum oder spätestens nach sechs Monaten läuft das Visum ab und es werden einfach neue Migrantinnen angeheuert. Beides - die Kündigungen in der Probezeit und die Ausnutzung des reaktionären Aufenthaltsrechts - richtet





sich vor allem auch gegen kämpferische Kolleginnen, ist also auch Mittel der Kapitalisten, Streikaktionen zu verhindern bzw. niederzuschlagen.

Streikaktionen

Bereits am 8./9. Februar 2021 traten Gorillas-Rider in Berlin in den Streik, als die vereisten Straßen unzumutbare Unfallgefahren mit sich brachten und die Rider trotzdem durch die Kapitalisten zur Arbeit gezwungen werden sollten. Das „Gorillas Workers Collective“ (GWC) wurde in diesen Tagen gegründet und war führend an der Organisation und Durchführung dieser Streikaktionen beteiligt.

Am 9. Juni 2021 traten dann ca. 100 Riders bei Gorillas in Berlin in den Streik, nachdem ein Kollege ohne Vorwarnung in der Probezeit gekündigt worden war. Ihre Forderung war, dass ihr Kollege seine Arbeitsstelle zurückbekommt. Mehrere Lagezentren wurden blockiert.

Das war der Beginn einer Reihe beeindruckender Streik- und Kampfaktionen der Rider bei Gorillas zuerst in Berlin und dann auch in anderen Städten, die sich insgesamt gegen extreme Ausbeutung und schlimme Arbeitsbedingungen bei Gorillas richteten. Die Riders formulierten Streikforderungen, die

sie versuchten durch Kampfaktionen durchzusetzen und haben damit die Legalität und das reaktionäre „Streikrecht“ in Deutschland durchbrochen!

Es folgten nach dem 9. Juni drei weitere Streiktage, bei denen mehrere der damals noch 14 Berliner Lagezentren zeitweilig durch insgesamt mehrere Hundert Kämpfende blockiert wurden. Am 28. Juni protestierten dann Riders gegen fehlerhafte Lohnabrechnungen. Dann streikten einzelne Lagezentren in Berlin am 30. Juni und am 8. Juli. Am 17. Juli fuhren Beschäftigte als Fahrraddemo von einem Lagerhaus zum nächsten und riefen dort jeweils zum Streik auf. Das GWC war an der Initiierung und Durchführung dieser Streikaktionen führend beteiligt. Die Streikaktionen vom Juli in Berlin hatten mobilisierende Wirkung auf Gorillas-Rider in Amsterdam und London, die daraufhin versuchten eigene Kampfaktionen zu organisieren. (Delivery Riders Battle Exploitation in Berlin, YouTube, 4.8.2021)

Am 13.8. wurden dann bundesweit Aktionen und Demonstrationen gegen die Arbeitsbedingungen bei Gorillas und anderen Lieferdiensten durchgeführt, u.a. in Berlin, Bremen, Hamburg, Stuttgart und Nürnberg. Es ging auch darum, den Kampf auf andere Fahrradlieferdienste, wie z.B. Lieferando oder Wolt, auszuweiten und zusammen zu

Streikforderungen der Gorillas-Rider

Klimaanlagen in allen Lagerhäusern, sicheres Equipment für die Fahrt, Beseitigung der Rucksäcke und Ersetzung durch Container auf dem Gepäckträger, passende wetterfeste Kleidung;

Auszahlung aller noch ausstehenden Löhne, ein Monatslohn als Entschädigung für verspätete Lohnzahlung, gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, geregelte Arbeitszeiten mit ausreichend freien Tagen, Bezahlung aller Überstunden;

Schutz vor sexueller Belästigung;

Schluss mit allen willkürlichen Kündigungen, gegen alle befristeten Verträge, nur noch unbefristete Verträge sind zulässig;

Einrichtung einer Beschwerdestelle bei Gorillas für aufenthaltsrechtliche Probleme. Gleichzeitig kämpfen die Rider für die Gründung eines Betriebsrates sowie das Recht auf ein kurzes wöchentliches Meeting ohne Anwesenheit von Chefs.

(Quelle: <https://twitter.com/gorillasworkers>)

kämpfen. In Berlin gab es eine gemeinsame Demonstration von Rider von Gorillas, Lieferando, Wolt, foodpanda und Domino's. Bezeichnend ist, dass sich an diesen Aktionen weder die NGG noch andere DGB-Gewerkschaften beteiligt haben.

„Wilde“ Streiks?!

Alle Streikaktionen der Gorillas-Rider waren sogenannte „wilde“ Streiks, die nach dem reaktionären Streikrecht in Deutschland verboten sind, weil sie ohne Teilnahme einer f

Gewerkschaft organisiert und durchgeführt wurden und sich nicht auf einen engen Rahmen von Forderungen einschränken (Siehe dazu den Kasten auf S. 3) Ein Vertreter des GWC brachte es auf den Punkt:

„Die Auffassung, dass politische Streiks und sogenannte wilde Streiks verboten seien, wurde von Juristen aus der Nazi-Zeit geprägt.“

Hier ist vor allem der Nazi-Jurist Hans Carl Nipperdey zu nennen. Er war während der Nazi-Zeit einer der führenden

Juristen, Mitglied in der Nazi-Organisation „Akademie für deutsches Recht“ und einer der Verfasser der „nationalsozialistischen Arbeitsgesetzgebung“. Nach 1945 wurde dieser Nazi der erste BAG-Präsident (1954-1963) und fixierte mit seinen arbeitsgerichtlichen Urteilen und Gutachten bis heute



etwa das Verbot von sogenannten „wilden“ Streiks. Schon 1952 verboten auf der Grundlage von Nipperdeys Gutachten die meisten Landesarbeitsgerichte den politischen Streik der Zeitungsdruckerinnen gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz.

werkschaftsführung einlässt. Es wird die Gefahr gesehen, die z.B. durch die Korrumpierung von Mitgliedern des Betriebsrats durch Freistellungen ausgeht sowie die Gefahr des steigenden Einflusses der Gewerkschaftsbürokratie bei den Streikkämpfen.

Gemeinsam Kämpfen!

Für die Verstärkung des weiteren Kampfs wollen die Gorillas-Kolleg:innen auch mit Gewerkschaften zusammenarbeiten und einen Betriebsrat wählen. Im GWC gibt es allerdings auch ein Bewusstsein für die Gefahren, die da lauern, wenn man sich mit dem Gewerkschaftsapparat und der Ge-

Ein nächstes Ziel ist es, den eigenen Kampf mit Kämpfen von anderen Ausgebeuteten zu verbinden, Solidarität zu zeigen und gemeinsam zu kämpfen. Erste Ansätze gibt es hier bereits, z.B. ist in Berlin am 19.9 eine gemeinsame Demonstration von Gorillas-Rider und Kolleginnen aus anderen Bereichen geplant!

(Quellen: <https://twitter.com/gorillasworkers>, labournet.de, AK, 17.8.2021)

Keine Illusionen über das „Streikrecht“ in Deutschland heute

Der Begriff „Streikrecht“ hat zweierlei Bedeutungen. Zum einen ist damit ein allgemeines demokratisches Grundrecht gemeint. Im „Grundgesetz“ ist das Streikrecht nirgends zu finden. Geregelt ist dort lediglich das Koalitionsrecht bzw. „das Recht, zur Wahrung und Förderung der Wirtschafts- und Arbeitsbedingungen Vereinigungen zu bilden“ (Artikel 9, Abs. 3). Im Entwurf des Grundgesetzes hatte dieser Artikel noch einen vierten Absatz über „das Recht der gemeinschaftlichen Arbeitseinstellung zur Wahrung und Förderung der Wirtschafts- und Arbeitsbedingungen“. Dieser wurde dann aber gestrichen, bezeichnenderweise unter Verweis in der Parlamentsdebatte auf den Generalstreik von Millionen von Arbeiterinnen zur Abwehr des faschistischen Kapp-Putsches 1920! Das Recht auf politische Streiks bis hin zum Generalstreik sollte von vornherein ausgeschlossen werden und wurde auch ausgeschlossen.

Das wurde durch den Urteilsspruch zur Kriminalisierung des Streiks der Zeitungsdruckerinnen gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz von 1952 bis heute festgeschrieben.

Zum anderen geht es um die rechtlichen Regelungen, unter welchen Bedingungen Streiks überhaupt „zulässig“ sind. Streiks selbst für kleinste wirtschaftliche Forderungen sind in Deutschland in der Tat verboten, wenn sie sich nicht einem äußerst restriktiven Reglement unterwerfen. Streiks sind unter anderem nur dann „rechtmäßig“, wenn sie von einer Gewerkschaft geführt werden, nachdem die ansonsten immer zu geltende „Friedenspflicht“ abgelaufen ist, wenn sie „verhältnismäßig“ und „das letzte Mittel“ sind. Ansonsten gelten sie als unzulässige „wilde“ Streiks, deren Teilnehmerinnen verfolgt und bestraft werden. Dies geschah etwa beim Ford-Streik in Köln 1973, bei dessen Niederschlagung die IG-Metall-Führung und ihre Schläger-Trupps führend beteiligt waren. Klarheit darüber halten wir für enorm wichtig für das, was wirklich ansteht:

Ohne und gegen die Gewerkschaftsführung selbstständig kämpfen, den Klassenkampf innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften vorbereiten und organisieren!

Solidarity with the strike actions of the Gorillas riders!

For several weeks there have been repeated strikes at the capitalist food supplier Gorillas. Gorillas capitalists make their profits by having bike couriers called “riders” deliver food from local warehouses to homes. Locations exist in 21 German cities. In Germany and now in eight other countries, Gorillas exploits thousands of riders.

Extreme working conditions

Working conditions and exploitation of riders at Gorillas are extreme. Wages are at the poverty line (10.50 euros per hour), and back injuries often occur because the backpacks are too heavy. The enormous danger of the work (racing through large cities on a bicycle at high speed in order to meet deadlines) combined with great work pressure leads time and again to serious accidents with terrible injuries, such as an accident involving a driver in Berlin on August 11, 2021.

At Gorillas, riders almost only have fixed-term contracts with a six-month probationary period. More than 90 percent of the riders have such contracts. The fixed-term contracts and the dismissals during the probationary period cancel out any protection against dismissal, since almost all riders cannot do this job for more than 6 months

at a time. This is because the vast majority of riders are migrants with temporary work permits of three to six months. A representative of the “Gorillas Workers Collective” (GWC) explains: “The workforce is largely made up of migrant women who are dependent on a permanent work contract for their visa.”

The Gorillas capitalists take advantage of this reactionary legislation: Either riders are simply fired in the probationary period without any reason and thus usually also lose their work visa, or after six months at the latest the visa expires and new migrants are simply hired.

Both - the dismissals in the probationary period and taking advantage of the reactionary right of residence - are mainly directed against fighting colleagues, so they are also means of the capitalists to prevent or put down strike actions.

First strike actions

Already on February 8/9, 2021, gorilla riders in Berlin went on strike, when the icy roads brought unacceptable dangers of accidents and the riders should nevertheless be forced to work by the capitalists. The GWC was founded in those days and played a leading role in organizing and carry-





ing out these strike actions.

Then, on June 9, 2021, about 100 riders at Gorillas in Berlin went on strike after a colleague had been fired without warning during his probationary period. Their demand was that their colleague gets his job back. Several warehouse centers were blockaded.

This was the beginning of a series of impressive strike and struggle actions by the Riders at Gorillas, first in Berlin and then in other cities, directed against extreme exploitation and terrible working conditions at Gorillas. The Riders formulated strike demands. They tried and still try to enforce these through struggle actions. Thus, they also broke the legality and the reactionary law concerning the “right to strike” in Germany!

Three more strike days followed after June 9. Several of the then still 14 storehouses in Berlin were temporarily blocked by a total of several hundred fighters. On June 28, riders protested against incorrect pay slips. Then several storehouses in Berlin went on strike on June 30 and July 8. On July 17, workers rode from one warehouse to the next as a bicycle demonstration, calling for strikes at each. The GWC played a leading role in initiating and carrying out these strike actions. The July strike actions in Berlin had a mobilizing effect on gorilla riders in Amsterdam and London, who then attempted to organize their own combat actions. (Delivery Riders Battle Exploitation in Berlin, YouTube, Aug. 4, 2021)

On 13.8. there were further actions and demonstrations against the working conditions at Gorillas and other delivery services nationwide, among others in Berlin, Bremen, Hamburg, Stutt-

gart and Nuremberg. It was also about extending the struggle to other bike delivery services such as Lieferando or Wolt and to fight together. In Berlin there was a joint demonstration by Rider from Gorillas, Lieferando, Wolt, foodpanda and Domino's. It is significant that neither the NGG nor other DGB unions participated in these actions.

Intensification of the fight at the beginning of October 2021

On Oct. 1, Gorillas riders in Berlin went on strike again at several Gorillas locations. Gorillas depots were paralyzed in the Bergmannkiez, Schöneberg and Gesundbrunnen. Banners were placed on Gorillas buildings with inscriptions such as “This workplace is on strike,” “No pasarán,” and “Bu işyerinde grev var” - “You will not get through.”

Right at the beginning, two members of management had tried to sneak into the Bergmannkiez branch. A female driver reported: “They had dressed up as ‘riders’ and wanted to elicit statements from us that they could use against us (...) However, they were miserable actors, and when it became clear what was going on, they treated us extremely unfriendly.” (Quoted from taz online 4.10.21)

In addition to the demands of the strikers (see box on page 2), the issue is also the defense against the so-called “transition contracts.” In Berlin, the Gorillas capitalists sent letters to 1,700 of 2,000 Gorillas workers that they would be employed in a formally outsourced company starting in October. This is clearly also an attempt to torpedo the election of a works council.

According to the Gorillas Workers Collective, almost all workers at the Bergmannkiez, Gesundbrunnen and Schöneberg locations have now been summarily dismissed by the Gorillas capitalists by letter or phone call. A Gorillas spokesman explained that all those would be dismissed who had participated in the unannounced, “not authorized” and non-unionized strikes and blockades (see spiegel online 5.10.21).

On October 6, a loud protest demonstration took place in front of the Gorillas headquarters at Schönhauser Allee 180 in Berlin. Workers from other delivery companies such as Lieferando and solidarians from other sectors also participated.

Strike demands of the Gorillas-Riders

- Air conditioning in all warehouses, safe equipment for the ride, elimination of backpacks and replacement with containers on the luggage rack, appropriate weatherproof clothing;
- Payment of all outstanding wages, one month's pay as compensation for late payment of wages, equal pay for equal work, regulated work hours with sufficient days off, payment of all overtime;
- Protection against sexual harassment;
- An end to all arbitrary dismissals, against all fixed-term contracts, only permanent contracts allowed;
- Establishment of a grievance office at Gorillas for residency problems. At the same time, the riders are fighting for the establishment of a works council and the right to a short weekly meeting without the presence of bosses.

(Source: <https://twitter.com/gorillasworkers>)

“Wild” strikes?!

All strike actions of the Gorillas-Riders were and are so-called “wild” strikes according to the prevailing legal situation. According to the law on strikes in Germany, these are illegal, i.e. forbidden, because they are organized and carried out without the participation of a trade union and are not limited to a narrow framework of demands (See the box on p. 4) A representative of the GWC put it in a nutshell: “The view that political strikes and so-called wildcat strikes are forbidden was shaped by lawyers from the Nazi era.”

The Nazi jurist Hans Carl Nipperdey (President of the Federal Labour Court, 1954–1963) is particularly noteworthy here. This was one of the leading jurists during the Nazi period, a member of the Nazi organization “Academy for German Law” and one of the authors of the “National Socialist Labor Legislation.” After 1945, this Nazi became the first president of the Federal Labor Court and, with his labor court rulings and opinions, fixed, for example, the prohibition of so-called “wildcat” strikes until today. On the basis of Nipperdey's expert opinion, most state labor courts banned the political strike of newspaper printers in 1952 against the reactionary Works Constitution Act.

Fighting together!

To strengthen the further struggle, the Gorillas colleagues also want to cooperate with trade unions and elect a works council. In the GWC, however, there is also an awareness of the dangers that lurk when one gets involved with the union ap-

paratus and the union leadership. The danger is seen, for example, of corrupting members of the works council by special company leave, as well as the danger of the increasing influence of the union bureaucracy in strike struggles.

A next goal is to link one's own struggle with struggles of other exploited people, to show solidarity and to fight together. There are already first approaches, e.g. in Berlin on 19.9 at the joint demonstration of Gorillas- Rider and colleagues from other sectors.

(Sources: <https://twitter.com/gorillasworkers>, labornet.de, AK 17.8.2021, junge Welt 1.10.21, spiegel online 5.10.21)



No illusions about the “right to strike” in Germany today

The term “right to strike” has two meanings. On the one hand, it refers to a general democratic fundamental right. The right to strike is nowhere to be found in the “Basic Law”. It merely regulates the right of association or “the right to form associations for the protection and promotion of economic and working conditions” (Article 9, Paragraph 3). In the draft version of the Basic Law, this article still had a fourth paragraph on “the right of collective action of work stoppage to safeguard and promote economic and working conditions”. But this was then deleted, significantly with reference in the parliamentary debate to the general strike of millions of women workers to repel the fascist Kapp putsch in 1920! The right to political strikes, up to and including a general strike, was to be excluded from the outset, and was excluded.

This was codified until today by the verdict criminalizing the strike of the newspaper printers against the reactionary Works Constitution Act of 1952.

On the other hand, it is a question of the legal regulations under which conditions strikes are “permissible” at all. Strikes for even the smallest economic demands are in fact forbidden in Germany unless they are subject to extremely restrictive regulations. Among other things, strikes are only “lawful” if they are led by a union after the “peace obligation” that would otherwise always apply has expired, if they are “proportionate” and if they are “the last resort.” Otherwise, they are considered illegal “wildcat” strikes, whose participants are prosecuted and punished. This happened, for example, in the Ford strike in Cologne in 1973, in the suppression of which the IG Metall leadership and its goon squads played a leading role. We consider clarity about this to be enormously important for what is really at stake:

Fighting independently without and against the union leadership, preparing and organizing the class struggle inside and outside the unions!

Ein großartiger internationalistischer Streik-
kampf und wie er niedergeschlagen wurde:

Der Ford-Streik in Köln 1973



**Wer kämpft, kann
verlieren, wer
nicht kämpft, hat
schon verloren!**



(Bild vom 31. August 1973)
Deutsch-nationalistische Drecksdemagogie
der Bildzeitung: Jedes Wort eine Lüge!

Herausgegeben von:
Gewerkschafter*innen und Antifa gemeinsam Gegen Dummheit und Reaktion
2. Auflage September 2021

About 50 years ago there was a wave of important strikes in West/Germany. These were the so-called “wildcat” strikes in the years 1969 to 1973. They were independent strikes without and against the union leadership. These were strikes that broke the “rules” established by the ruling class on a broad front and provoked a great howl of rage from the reactionary media and politicians, while the DGB and IG Metall leadership did everything to stifle this fighting movement. The wave of spontaneous “wildcat” strikes culminated in the large and militant Ford strike of 1973, which was decisively carried by workers mainly from Turkey, but also from other countries of origin, who were called “guest workers.”

In this brochure, this strike struggle, which can be called historic for the history of the Federal Republic of Germany, is therefore deliberately traced in detail.

This brochure is available in German and Turkish. Brochure can be ordered for free. A4, 28 Pages.

Zu den Streiks der Krankenhaus-Kolleg*innen 2021: „Der Krankenhausalltag gefährdet Patientinnen, nicht der Streik!“

In den letzten Monaten von 2021 fanden Streiks der Kolleg*innen in Krankenhäusern deutschlandweit statt, vor allem für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und die Einstellung von mehr Personal. Es wurde fünf Wochen in Kliniken von Vivantes und Charité, acht Wochen bei ausgelagerten Servicebetrieben von Vivantes gestreikt. Das waren die längsten Streiks in den Krankenhäusern der BRD seit 1945. Die unter dem Vorwand der Corona-Pandemie weiter verschärften unerträglichen Arbeitsbedingungen sowie verschärfte Ausbeutung in den Krankenhäusern des profitorientierten Gesundheitssystems in Deutschland waren der Auslöser für diese Streiks, die Großteils von Frauen getragen waren.

Wütend und geifernd wurde in der bürgerlichen Presse gegen diese Kämpfe gehetzt: Trotz „Überlastung der Intensivstationen“ wegen Corona erdreiste sich das Personal, „gerade jetzt“ zu streiken – so hieß es.

Die kämpfenden Kolleg*innen ließen sich durch diese Hetze nicht einschüchtern. Sie führten einen gut geplanten und entschlossenen wochenlangen Kampf mit Streiks, Kundgebungen und Demonstrationen, der seinen Ausgangspunkt in Berlin hatte. Eine Parole dieser Kämpfe war direkt gegen diese Hetze gerichtet: „Der Krankenhausalltag gefährdet Patientinnen, nicht der Streik!“

Streiks der Krankenhausbewegung in Berlin

Im Mai 2021 begann ein entschlossener Kampf der Krankenhausbewegung in Berlin (Charité, Vivantes und deren Tochtergesellschaften). Es gab einen gemeinsamen Kampf von den outgesourcten Kolleg*innen der Reinigung bis hin zu den Krankenpfleger*innen in der Intensivpflege. Kolleg*innen der ausgelagerten Betriebe, Kolleg*innen in den Küchen, Werkstätten und der Reinigung schlossen sich dem Kampf des Pflegepersonals an. Die Streikenden forderten 5% mehr Lohn und Gehalt, alle nach Tarif zu bezahlen, Abbau von Überstunden und deutlich mehr Personal. Ein Ultimatum von 100 Tagen wurde den Klinikleitungen und der SPD/Grüne/Die Linke-Regierung in Berlin gesetzt.

Der Kampf begann im Mai 2021 bis August 2021 mit **Aktionstagen, Demos, kleinen Streiks und Kundgebungen.**

■ Am 12.Mai fand ein Aktionstag der Berliner Krankenhausbewegung statt, am 2.Juni fand eine Kundgebung vor dem Vivantes Klinikum Neukölln statt. Weitere Kundgebungen fanden am 18.Juni vor dem Urban-Klinikum statt. Am 29.Juni fand eine Streikdemo vor dem Klinikum Neukölln statt, 300 Kolleg*innen der outgesourcten Betriebe der klinischen Versorgung, der Reinigung, der Reha, der Servicebeschäftigten und der Speiseversorgung und -Logistik beteiligten sich am Streik.

■ Am 8.Juli versuchte Vivantes dann einen geplanten Streik durch ein Gericht verbieten zu lassen. Das gelang, aber am Freitag gab es dann trotzdem eine Streikversammlung mit mindestens 1.000 Teilnehmenden im Stadion von Union Berlin.

■ Am 7./8. August solidarisierten sich die Kolleg*innen des zur Charité gehörenden Virchow-Klinikums in Wedding mit Klinik-Kolleg*innen im Kampf gegen Outsourcing und schlechte Bezahlung bei den Kolleg*innen von Vivantes.

■ Vom 9.bis 14.August berieten die Kolleg*innen dann über den geplanten großen Streik. Der Berliner Senat und die Krankenhaus-Führung machte keine Anstalten, das Ultimatum umzusetzen. Deswegen wurde in dieser Woche der Streik in den Kliniken konkret vorbereitet und in den insgesamt 500 Teams die



Abstimmung über den Streik durchgeführt. Über 60% stimmten für den Streik. Die Klinikleitungen ließen das Ultimatum verstreichen.

■ Daraufhin gab es ab dem 23. August **Warnstreiks** bei Charité, Vivantes und Vivantes-Tochter Firmen. Die Klinikleitung ließ den Streik durch eine einstweilige Verfügung durch ein Gericht stoppen! Trotz Verbots fand der Streik jedoch ohne Unterstützung der Verdi-Führung statt, nach vier Stunden musste er jedoch abgebrochen werden.

Die Haltung der Verdi-Führung wurde treffend von einer Auszubildenden kritisiert:

„Die kleineren Erfolge, wie die Durchsetzung unseres Streikrechts, zeigen, dass der gesetzliche Rahmen der uns auferlegt wird, immer auch eine Frage der Kräfteverhältnisse ist. Das heißt, wenn sich eine große Mehrheit der Kolleg*innen beispielsweise weigert, ein Streikverbot zu akzeptieren, könnten es sich die Bosse und die Regierung nicht leisten, einfach tausende Beschäftigte mit Sanktionen zu überschütten. ... Trotzdem beharrte die ver.di-Bürokratie darauf, dass es tausende Euro an Strafen bedeuten würde, wenn die Gewerkschaft trotz Verbot offiziell streiken würde. Tatsächlich sind solche Schadenersatzforderungen aber extrem selten – und ob sie durchgesetzt werden, ist ebenfalls eine Frage der Kräfteverhältnisse. Außerdem ist ver.di nicht nur an Mitgliederzahlen, sondern auch in Mitgliedsbeiträgen millionenschwer...“ (Auszubildende bei Vivantes, Berlin)

Das Berliner Arbeitsgericht kassierte noch am Montag das Urteil und ab Dienstag wurde weiter gestreikt. Rund 1.000 Teilnehmer*innen kamen vor die Vivantes Zentrale in Reinickendorf und protestierten gegen das Vorgehen der Geschäftsführung.

Trotz Verhandlungen ab dem 3.9. mit Vivantes wurde der Streik bei Tochterunternehmen von Vivantes weitergeführt, ja sogar ausgebaut!

■ **Ab dem 9.9. begann ein unbefristeter Streik bei Vivantes und Charité.** 2.000 Kolleg*innen befanden sich im Streik, da das Ultimatum weiterhin ignoriert wurde. Auch Kolleg*innen der Vivantes-Tochtergesellschaften für Reinigung, Transport, Küche und anderer Dienste beteiligen sich. Labor-Berlin drohte den Streikenden mit Verlust der Arbeitsplätze, da durch Tarifgehälter die Firma angeblich schließen müsste.

■ Zur Unterstützung des Streiks fanden am 9.9., 12.9. und 14.9. Demos in Berlin statt, am 14.9. mit 2500 Teilnehmer*innen.

■ Am 16.9. versammelten sich dann 300 Streikende der Berliner Krankenhäuser Charité und Vivantes vor dem Berliner Abgeordnetenhaus, um weiteren Druck

auszuüben. Am 17.9. begann dann der Streik bei Labor Berlin (Tochterfirma von Vivantes und Charité.)

Die Vivantes Geschäftsführung lenkte daraufhin scheinbar ein: Sie versprach, ab 2028 den Tariflohn des öffentlichen Dienstes zu zahlen, im Gegenzug soll es absolute Friedenspflicht geben und in den kommenden sieben (!) Jahren keinen Streik. Dieses lächerliche Angebot akzeptierten die Streikenden nicht. Der Kampf ging weiter.

■ Am 29.9. gab es den sog. „Walk of Care“, eine Demonstration der Pflegekräfte am Platz der Republik in Berlin. Am 9.10. gab es dann eine Demo in Berlin mit mindestens 5.000 Teilnehmer*innen der Berliner Krankenhausbewegung, Kurierfahrer*innen von Gorillas, Miet-Aktivist*innen und Lehrer*innen.

In der Hoffnung, dass die Streiks aufhören, zeigte sich die Charité kompromissbereit und ging auf einzelne Forderungen ein. So sollen angeblich 700 zusätzliche Beschäftigte angeworben werden. Die Berliner Krankenhausbewegung streikte jedoch weiter unter dem Motto „Wir lassen uns nicht spalten und kämpfen gemeinsam – bis alle Tarifabschlüsse erreicht werden.“ Der Streik ging dann noch weiter bis Ende Oktober.

Die Forderungen der Streikenden waren 5% mehr Gehalt, Zahlung aller nach Tariflohn sowie mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen.

Und was hatte die ver.di-Führung schlussendlich ausgehandelt? Für 2022 einige Zulagen und Sonderzahlung und magere 2,8 Prozent Lohnerhöhung! Die Lohnerhöhung erst ab Dezember 2022 und mit einer Laufzeit bis 2025, obwohl die Inflation schon jetzt 5% beträgt! Das bedeutet real weniger Lohn und Gehalt. Die Forderung nach Bezahlung aller Kolleg*innen nach Tariflohn wurde durch faule „Vergleiche“ unterlaufen. Die ausgelagerten Bereiche mit ihrer eklatanten Lohndiskriminierung sollen bis 2025 „Schritt für Schritt“ mehr Geld bekommen. Eine vollständige Tarifangleichung ist gar nicht vorgesehen. Die Löhne sollen dort in den nächsten vier Jahren lediglich auf 91 beziehungsweise 96 Prozent steigen. Aber eins steht auch fest: Ohne die Streiks hätte es auch dies nicht gegeben!

Breite Solidarität

75% der Auszubildenden in der Pflege in Berlin beteiligten sich an den Aktionen und Streiks, mit teilweise eigenen Forderungen nach guter Betreuung während ihrer Zeit auf den Stationen, anstatt als Lückenbüßer für Pfleger*innen eingesetzt zu werden.

■ Unterstützung und Solidarität gab es von den „Kritischen Mediziner*innen“, von Patient*innen- und Angehörigenverbänden, von Fridays for Future und Miet- Aktivist*innen und Arbeiter*innen des Lieferdienstes Gorillas. Unterstützung gab es auch von den Lehrenden des Pflegestudiengangs ASH Berlin.

Zum profitorientierten Gesundheitswesen

Durch die seit Jahrzehnten laufende Privatisierung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie die Einführung der sogenannten diagnosebezogenen Fallpauschalen (DRGs) ab 2003 wurde die Profitorientierung im Gesundheitswesen massiv verstärkt. Das ging einher mit immer höherer Arbeitsbelastung von Ärzt*innen und Pflegepersonal, immer größerem Abbau von Pflegekräften sowie einer massenhaften Schließung von Krankenhäusern – und das nicht nur in den privatisierten Bereichen, sondern auch den staatlichen, nach wie vor in „öffentlicher Hand“ befindlichen Krankenhäusern und anderen Gesundheitseinrichtungen.

Hier nur einige wenige Fakten, die das belegen:

→ Seit Jahrzehnten nimmt die Anzahl der Krankenhäuser kontinuierlich ab, um circa 500 seit 1991. 2019 gab es in Deutschland 1.914 Krankenhäuser, 170 weniger als zehn Jahre zuvor. Selbst während der Corona-Pandemie wurden 2020 mindestens 20 Krankenhäuser geschlossen, 2021 gab es weitere 9 Schließungen und 22 Teilschließungen. Die Krankenhausbetten insgesamt nahmen seit 2000 über 10% ab. Allein im Jahr 2020 wurden fast 4000 Intensivbetten abgebaut, d.h. diese Betten waren nicht mehr betriebsbereit.

→ **„Das eigentlich Kritische ist, dass wir 365 Tage im Jahr mit einer Notbesetzung arbeiten“**, so die Aussage von Krankenpfleger*innen. Seit der Einführung der sogenannten Fallpauschalen wurden 50.000 Pflegekräfte abgebaut. In Deutschland fehlen aktuell mindestens 170.000 Beschäftigte, um eine halbwegs zufriedenstellende Versorgung von Patient*innen zu gewährleisten. Ende 2019 hat die „Deutsche Krankenhausgesellschaft“ 17.000 unbesetzte Stellen im Bereich der Intensivpflege festgestellt, 63.000 Pfleger*innen müssten zusätzlich im Bereich der stationären Altenpflege eingestellt werden. Zum Vergleich: In den Niederlanden betreut eine Pflegekraft sieben Personen, in der Schweiz sind es acht Personen. In Deutschland hat eine einzige Pflegekraft durchschnittlich 13 Personen (!) zu betreuen.

→ In Deutschland gibt es laut der „Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene“ Jahr für Jahr bis zu 900.000 in Krankenhäusern erworbene Infektionen und mindestens 30.000 tödliche Verläufe. Davon könnte ein Großteil vermieden werden durch bessere Krankenhaushygiene, die jedoch nicht umgesetzt wird, um die Profite der Kapitalisten nicht zu schmälern.



■ Die Streiks bedeuten für die Geringverdienenden vor allem bei den ausgelagerten Vivantes Betrieben eine enorme finanzielle Belastung (nur 80% des regulären Gehaltes). Das „Bündnis Gesundheit statt Profite“ rief deshalb zu einer Spendenkampagne auf.

■ Auch Student*innen in Berlin erklärten sich solidarisch mit den Streikenden und riefen zu einem gemeinsamen Kampf auf:

„Ein gemeinsamer Kampf gegen schlechte Arbeitsbedingungen an den Berliner Hochschulen und in den Krankenhäusern könnte bessere Arbeitsbedingungen für alle, Studierende, Jugendliche, Frauen, Migrant*innen etc. sicherstellen.“

Streiks und Demonstrationen auch in anderen Städten

Die Kämpfe blieben nicht auf Berlin beschränkt, sondern fanden bundesweit statt.

In den Asklepios Kliniken Brandenburg, Lübben und Teupitz und in 16 Tageskliniken streikten Pfleger*innen insgesamt an 20 Tagen, um endlich einen Tarifvertrag zu erhalten und das Lohnniveau des öffentlichen Dienstes, sowie für mehr Personal. Asklepios, als einer der großen Klinikbetreiber mit rund 67.000 Beschäftigten, verweigert vielen Belegschaften Tarifverträge und bezahlt bis zu 20% weniger als der Tariflohn. Dagegen wehrten sich die Kolleg*innen der Kliniken in Brandenburg. Der Streik begann schon im Juni. Nach insgesamt 20 Streiktagen kam es wieder zu Verhandlungen. Die Forderungen nach schrittweiser Anhebung des Lohnes auf 95% des Tariflohns wurde bis Mitte November immer wieder abgelehnt.

Weitere Kämpfe gab es ab November 2021 bundesweit.

Streiks: Frankfurt/Uniklinik: 400 Streikende, Leipzig/Uniklinik: 200 Streikende, Erlangen/Uniklinik: 200 Streikende, NRW: 2.000 Kolleg*innen im Warnstreik,

Aachen/Uniklinik: 100 Streikende,

Demonstrationen: München: 400 Kolleg*innen des Klinikums rechts der Isar, der LMU-Kliniken und des Münchner Herzzentrums. Augsburg: 200 Pflugschüler*innen für bessere Ausbildungsbedingungen und mehr Geld. Würzburg: 250 400 Kolleg*innen des Uniklinikums, darunter 150 Auszubildende. Düsseldorf: 400, Münster: 300 demonstrierten für Lohnerhöhung und zusätzliche Pflegekräfte.

Kundgebungen: Münster/Uniklinik: 300 Kolleg*innen, überwiegend Pflegekräfte. Regensburg: 250 Kolleg*innen der Uniklinik., Am 11.12. protestierten in Nürnberg 150 Menschen, die meisten von ihnen Kolleg*innen im Service am Nürnberger Klinikum, gegen Outsourcing und schlechte Bezahlung. Sie verlangten Wiedereingliederung der Servicegesellschaft und bessere Bezahlung.

Weitere Streiks in den Kliniken sind in Planung. So haben die 400 Kolleg*innen der sechs Unikliniken in Nordrhein-Westfalen am 21.1.2022 die Klinikchefs aufgefordert, sofort Maßnahmen gegen den Personalnotstand einzuleiten. Dafür wurde wiederum eine Frist von 100 Tagen gestellt, ansonsten soll gestreikt werden.

* * *

Die Stärke des Streiks war die hohe Selbstorganisation und der enge Zusammenschluss der Streikenden, das Standhalten gegen den Druck der Medienhetze und die große Solidarität.

Der Kampf geht weiter!

GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam
gegen Dummheit und Reaktion, Flugblatt Nr. 61, Oktober 2021

Solidarität mit den Streikaktionen der Gorillas-Rider!

Seit mehreren Wochen gibt es immer wieder Streiks beim kapitalistischen Lebensmittel-Lieferanten Gorillas. Die Gorillas-Kapitalisten machen ihre Profite damit, dass „Rider“ genannte Fahrradkurier*innen Lebensmittel von lokalen Lagern in die Wohnungen bringen. Standorte gibt es in 21 deutschen Städten. In Deutschland und nunmehr in acht anderen Ländern betut Gorillas Tausende Rider aus.

Extreme Arbeitsbedingungen

Die Arbeitsbedingungen und die Ausbeutung der Rider bei Gorillas sind extrem. Die Löhne liegen an der Amtsgrenze (10,50 Euro pro Stunde), aufgrund zu schwerer Rucksacke kommt es vielfach zu Rückenverletzungen. Die enorme Gefahrlichkeit der Arbeit (mit dem Fahrrad im Eiltempo durch Großstädte rasen, um Termine einhalten zu können) verbunden mit großer Arbeits- und Verkehrsbelastung führt immer wieder zu schweren Unfällen mit schlimmen Verletzungen, wie z.B. bei einem Unfall eines Fahrers am 11.8.2021 in Berlin.

Es gibt bei Gorillas für die Rider fast nur befristete Verträge mit sechsmonatiger Probezeit. Über 90 Prozent der Rider haben solche Verträge. Die Befristungen und die Kündigungen in der Probezeit hebeln jeglichen Kündigungsschutz aus, da fast alle Rider diesen Job nicht länger als 6 Monate am Stück machen bzw. machen können. Denn die Riders sind in der überwiegenden Mehrheit Migrant*innen mit befristeter Arbeitserlaubnis von drei bis sechs Monaten. Ein Vertreter des „Gorillas Workers Collective“ (GWC) erklärt dazu: *„Die Belegschaft besteht zu großen Teilen aus Migrantinnen, die auf einen festen Arbeitsvertrag für ihr Visum angewiesen sind.“*

Die Gorillas-Kapitalisten machen sich diese reaktionäre Gesetzgebung zu Nutzen: Entweder werden Rider in der Probezeit einfach ohne jeden Grund entlassen und verlieren damit auch meistens ihr Arbeitsvisum oder spätestens nach sechs Monaten läuft das Visum ab und es werden einfach neue Migrant*innen angeheuert.

Beides – die Kündigungen in der Probezeit und die Ausnutzung des reaktionären Aufenthaltsrechts – richtet sich vor allem auch gegen kämpferische Kolleginnen, ist also auch Mittel der Kapitalisten, Streikaktionen zu verhindern bzw. niederzuschlagen.



**Ein großartiger internationalistischer Streik-
kampf und wie er niedergeschlagen wurde:**

Der Ford-Streik in Köln 1973





(Bild* vom 31. August 1973)
Deutsch-nationalistische Drecksdemagogie
der Bildzeitung: Jedes Wort eine Lüge!

**Wer kämpft, kann
verlieren, wer
nicht kämpft, hat
schon verloren!**

Herausgegeben von:
Gewerkschafter*innen und Antifa gemeinsam Gegen Dummheit und Reaktion
2. Auflage September 2021

Stellungnahme aus Südafrika gegen die grundfalsche Bezeichnung von Israel als Apartheidstaat

„Stehlt uns nicht das Wort Apartheid!“

Wir drucken nachfolgend die Stellungnahme eines Aktivisten der Studierenden der ANC-Jugendliga aus Südafrika gerne ab. Diese wurde bereits 2017 verfasst, hat aber gerade auch angesichts der aktuellen jüdenfeindlichen Attacken, zuletzt besonders das Dokument von Amnesty International in England „Israels Apartheid gegen die Palästinenser“ von 2022, nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt. Aus der Sicht des Verfassers ist die Darstellung des Staates Israel als „Apartheid-Staat“ eine widerliche Verharmlosung der damaligen Realität der Apartheid in Südafrika. Seine Argumente sind überzeugend. Sicherlich wird hie und da die Lage in Israel nicht genau genug beschrieben, da es ja um den Unterschied zur Apartheid in Südafrika geht.

Das Geschrei von „Israel – Apartheidstaat“ ist Teil einer weltweiten jüdenfeindlichen Propaganda. Wir schließen uns daher der Argumentation der nachfolgenden Stellungnahme aus Südafrika in den entscheidenden Punkten an.

Im Anschluss an die Stellungnahme aus Südafrika bringen wir unsere eigene Stellungnahme gegen das jüdenfeindliche Dokument von Amnesty International von 2022.

Stellungnahme des Vorsitzenden der ANC-Jugendliga Nkululeko Nkosi gegen jüdenfeindliche Angriffe

Fast ein Jahrhundert lang bestimmte die Apartheid Südafrika durch die Institutionalisierung der Rassentrennung, sie war die Grundlage unseres politischen Systems. „Apartheid“ ist ein Wort aus dem Afrikaans und bedeutet „Getrenntheit“. **Für unsere Eltern und Großeltern waren die Jahre der Apartheid eine Quelle für tiefsitzende individuelle Traumata.** Ihre Generationen waren gezwungen, in diesem üblen diskriminierenden System zu leben. Diejenigen, die im Post-Apartheid-Südafrika aufgewachsen sind, können dieses rassistische Erbe noch heute deutlich spüren.

Gerade deshalb, weil wir Südafrikaner*innen genau wissen, was Apartheid bedeutete, haben wir die Pflicht zu hinterfragen, ob es ein angemessenes Wort ist, um den Israel-Palästina-Konflikt zu beschreiben.

Das heißt im Klartext: Da niemand den Schmerz und die Schrecken der Apartheid besser kennt als wir, sind wir es, die der Welt signalisieren sollten, wann es angemessen ist, das Wort zur Beschreibung einer Situation zu verwenden – und wann nicht.

Was die Apartheid in Südafrika bedeutete

Apartheid bedeutete in Südafrika die Verankerung von Rassismus in einem System von Gesetzen und Reglementierungen. Es war ein rechtliches Mittel der weißen Minderheit, die sich auf weniger als zehn Prozent der Bevölkerung belief, ihre ökonomische und politische Vormachtstellung zu stabilisieren. Zugleich wertete die Apartheid sowohl die Identität als auch die Würde der schwarzen Bevölkerung herab: Schwarzen und anderen nicht-weißen Bevölkerungsgruppen wurden Landrechte, Wahlrecht, Redefreiheit und letztlich das Recht auf Selbstbestimmung vorenthalten.

Die Wurzeln der Apartheid reichen bis ins Jahr 1913 zurück, als der so genannte „Land Act“ verabschiedet wurde, drei Jahre nachdem die Buren und die britische Kolonialmacht die Unabhängigkeit Südafrikas vereinbart hatten. Nach diesem Gesetz wurde die Schwarze Bevölkerungsmehrheit gezwungen, ausschließlich in so genannten „Eingeborenen-Reservaten“ zu leben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, der Südafrika in eine tiefe ökonomische Krise gestürzt hatte, gewann die National Party die Parlamentswahlen (an der nur weiße Wähler*innen teilnehmen durften) mit dem Versprechen, die „Rassentrennung“ zu formalisieren und auszuweiten. Zum ersten Mal fiel nun das Wort „Apartheid“. Der designierte Premierminister Hendrik Verwoerd, aus dessen Feder die Apartheidgesetze stammen, äußerte dabei ganz offen, dass es darum ging, die an sich schon sehr starke rassistische Ungleichbehandlung im Land noch weiter zu verschärfen: «Warum sollten die Bantu-Kinder (Schwarzen) in Mathematik unterrichtet werden, wenn sie diese niemals praktisch benutzen werden? Das ist doch absurd. Bildung sollte an die Chancen und die Lebensumstände eines Menschen angepasst werden.» Für Verwoerd und andere Rassist*innen gehörten Schwarze Menschen ganz „natürlich“ an den unteren Rand der sozialen Hierarchie.

In den folgenden Jahren wurde eine Reihe weiterer Gesetze verabschiedet, welche die Apartheid weiter verfestigten, etwa indem verhindert wurde, dass Weiße und Schwarze Menschen in den gleichen Gebieten leben und einander heiraten durften. Darunter waren folgende Gesetze:

- Der Population Registration Act (1950) als Basis der Apartheid teilte die Südafrikaner*innen in drei getrennte, ungleiche Gruppen ein: „Weiße“, „Schwarze“ und „Farbige“.

- Der Group Areas Act (1950): Mit diesem Gesetz wurden Schwarze gezwungen, in von Weißen getrennten Gebieten zu leben. Zwangsumsiedlungen von Schwarzen aus Gebieten die für Weiße bestimmt waren, wurden durch dieses Gesetz rechtlich erlaubt.
- Der Prohibition of Mixed Marriages Act (1949) verbot Ehen zwischen Menschen unterschiedlicher „Rassenzugehörigkeiten«.
- Der Sexual Offences Act (1957) untersagte sexuelle Kontakte zwischen Weißen und Schwarzen sowie Homosexualität.
- Der Suppression of Communism Act (1950) zählte jegliche Form des Widerstandes gegen die rassistische Trennung zum „Kommunismus“. (...)

Diese Zusammenstellung von Apartheid-Gesetzen ist nur ein Auszug, jedoch wird deren repressives Wesen mehr als deutlich. Ihr primäres Ziel war es, die weiße Vorherrschaft im Land auszubauen, indem nichtweißen Menschen grundlegende Menschenrechte verwehrt wurden. **Es gab keine Schwarzen Parlamentsvertreter*innen oder Richter*innen. Die gesamte politische Macht lag in den Händen der Weißen.** Als gesellschaftliches System war die Apartheid omnipräsent, sie erkannte weder Privatsphäre noch Individualität an. Sie und nicht persönliche Präferenzen bestimmten, wer mit wem in Verbindung stand, zusammenarbeitete, befreundet war oder eine Liebesbeziehung entwickelte. (...)

Was die Apartheid vor allem von den Schwarzen wollte, war ihre Arbeitskraft - so billig wie möglich. Dies beruhte auf Verwoerds Ansicht, dass Schwarze Menschen den Weißen unterlegen seien. Die Bildungspolitik sollte die Schwarzen daran hindern, ihre Lebenslage zu verbessern. Durch den „Bantu Education Act« wurde der Unterricht für Schwarze Schüler*innen auf Afrikaans abgehalten - eine Sprache, die diese weder sprachen noch verstanden. Die meisten Schulen für Schwarze hatten weder sanitäre Anlagen noch Strom. An diesen Schulen wurde den Schüler*innen vermittelt, dass sie als Schwarze nichts Besseres in ihrem Leben zu erwarten hätten.

Selbstverständlich nahmen die Schwarzen diese Unterdrückung nicht einfach hin. Es gab viele Proteste und Aufstände gegen die staatlichen Institutionen. Der sicherlich bedeutendste fand am 16. Juni 1976 statt, als tausende Schüler*innen in Soweto, einem ausgedehnten Township bei Johannesburg, auf die Straße gingen, um gegen den zwangsverordneten Unterricht auf Afrikaans zu demonstrieren. Die Polizei ging hart gegen die Demonstrierenden vor. 600 Menschen wurden erschossen und mehr als 3.000 verletzt, was landesweite Proteste und letzten Endes die Abschaffung der Apartheid gut zwanzig Jahre später nach sich zog.

Jedoch weitete die Regierung das Apartheidregime und die damit verbundenen Verfolgungen vor allem der kritischen Presse nach den ersten Aufständen in Soweto noch aus. So wurden etwa das „Drum Magazine« und „Daily Dispatch« verboten, nachdem diese eine Kampagne zur

Ermordung des Anti-Apartheid-Aktivisten Steve Biko lanciert hatten. Die Unterdrückung der Pressefreiheit war ein verzweifelter Versuch des Apartheidregimes, die Wahrheit sowohl für die Bürger*innen im eigenen Land als auch für die Öffentlichkeit im Ausland unhörbar zu machen.

Kann die Apartheid in Südafrika mit Israel gleichgestellt werden?

Schon seit über 50 Jahren wird Apartheid-Südafrika mit Israel verglichen. Ursprünglich geschah dies aber nicht durch Schwarze Südafrikaner*innen oder Palästinenser*innen, sondern durch die UdSSR, die aus geopolitischen Gründen die arabischen Staaten in ihrem Kampf gegen Israel rhetorisch unterstützen wollte.¹ 1975 verabschiedete die UN-Generalversammlung eine Resolution, in der Zionismus mit Rassismus gleichgestellt wurde und dementsprechend Südafrika in einem Atemzug mit Israel genannt wird. Auch wenn diese Resolution 1991 wieder außer Kraft gesetzt wurde, ist diese Gleichstellung nach wie vor präsent und wird durch Veranstaltungen befeuert wie zum Beispiel mit der jährlich weltweit stattfindenden „Israel- Apartheid-Woche“. Wir müssen deshalb prüfen, ob darin ein Körnchen Wahrheit enthalten ist.

Es ist allgemein bekannt, dass der Israel-Palästina-Konflikt ein religiöser und territorialer ist. Bei der Apartheid ging es um rassistische, nicht religiöse und Nationale Unterdrückung. Im Gegensatz zur Apartheid haben arabische Bürger*innen Israels die gleichen Rechte und Freiheiten wie jüdische Bürger*innen. (...) Während meines Besuchs habe ich intensiv mit Palästinenser*innen und Israelis gesprochen und diskutiert. Dabei stellte ich fest, dass sie alle ein sehr ausgeprägtes Bedürfnis haben, in Frieden Seite an Seite als Nachbar*innen zu leben. Demgegenüber verachteten während der Apartheid die Weißen Bürger*innen Südafrikas die Schwarzen und tun es zum Teil bis heute.

Manche behaupten, dass zumindest der Vergleich der palästinensischen Autonomiegebiete mit den so genannten südafrikanischen Bantustans funktioniere. Bantustans waren mehr oder minder autonome Gebiete für Schwarze, die vom Apartheidregime geschaffen wurden. Allerdings sollten diese verarmten Landstriche nicht mit eigenständigen Staaten verwechselt werden. Trotz einiger struktureller Ähnlichkeiten hinkt der Vergleich aus mehreren Gründen. In den 1970ern lebten ungefähr vier Millionen Schwarze in den Bantustans. Die Regierung plante letzten Endes, alle Schwarzen des Landes dorthin umzusiedeln. Nichts annähernd Vergleichbares wurde je von der israelischen Regierung angedacht, die stets betont, dass sie die Palästinenser*innen nicht auf unbestimmte Zeit regieren möchte.

Außerdem waren die Lebensbedingungen in den Bantustans wesentlich schlechter als in den palästinensischen Autonomiegebieten, nicht zuletzt, weil ausländische Regierungen die Bantustans nicht anerkannten und somit auch nicht wirtschaftlich oder anderweitig unterstützten. Die palästinensischen Autonomiegebiete werden hingegen international als zukünftiger souveräner Staat aner-

¹ In der Tat geht die Bezeichnung Israels als Apartheidstaat, der mit dem Apartheidstaat Südafrika vergleichbar sei, insbesondere auf die UdSSR der 1970er Jahre zurück. Es sollte jedoch auch nicht über-

sehen werden, dass die UdSSR 1947/48 die Gründung Israels eindeutig unterstützt hat. (Anmerkung von Gewerkschafter*innen gegen Dummheit und Reaktion)

kannt und haben dementsprechend internationale Hilfgelder in Milliardenhöhe erhalten. (...)

Für den Befreiungskampf war zentral, was der Welt von den zensierten Medien über die Verhältnisse in Südafrika mitgeteilt wurde. Die Antwort des Apartheidregimes war, die Pressefreiheit einzuschränken und jeglichen Dissens zu unterbinden. In Israel hingegen werden die Pressefreiheit und die Rechte von Journalist*innen verteidigt und geschützt. So unterstützte zum Beispiel der Oberste Gerichtshof in Israel die Journalistin Ilana Dayan, die in ihren investigativen Fernsehberichten einen ehemaligen Offizier belastete, der 2004 ein palästinensisches Mädchen umgebracht hatte. Seiner Klage wegen Rufmordes wurde nicht stattgegeben. Im Südafrika der Apartheid hätte es nie ein ähnliches Urteil zugunsten einer Journalistin gegeben. Im Gegenteil, das Presserecht enthielt eine Reihe von Verbots- und Einschüchterungsparagrafen, die auch angewandt wurden.

Im Gegensatz zu den Schwarzen während der Apartheid können die Araber*innen in Israel wählen, sie haben ihre eigenen parlamentarischen Vertreter*innen und Interessenvertreter*innen in politischen Debatten. 2015 gewann die von Palästinenser*innen dominierte Vereinte Liste 15 Sitze in der Knesset und ist somit drittstärkste Kraft im Land. Diese Partei ist dafür bekannt, eine der schärfsten Kritiker*innen der israelischen Regierung zu sein. Die israelische Politik lässt also Opposition und Kritik zu (...).

Im Südafrika der Apartheid hatten Nichtweiße weder ein Wahlrecht noch eine gewählte politische Repräsentation. Im Gegensatz zu den Bewohner*innen der Bantustans haben die Palästinenser*innen ihre eigene unabhängige Regierung, die sie selbstverständlich selbst wählen. Im Südafrika der Apartheid wurden alle Repräsentant*innen der Nichtweißen von der Regierung in Pretoria ernannt und waren dieser Rechenschaft schuldig. Daher lautete eine der Hauptforderungen der Anti-Apartheid-Bewegung „one person, one vote“.

In Südafrika konnten Schwarze von Gleichberechtigung nicht einmal träumen. Die Apartheid war so engstirnig, dass es unvorstellbar gewesen wäre, dass ein Schwarzer Richter einen Fall bearbeitet, der auch eine Weiße Person betrifft. Ob Busse, Parks, öffentliche Toiletten oder Bänke, ihre Benutzung wurde durch Apartheidgesetze geregelt, die dafür sorgten, dass Weiße und Schwarze nicht die gleichen Orte nutzen konnten. Die Regierung hätte es verhindert, dass eine Schwarze Person einen einflussreichen Posten bekleidet, wohingegen in Israel sehr wohl Araber*innen in den höheren Rängen des politischen, gesellschaftlichen und militärischen Lebens zu finden sind.

Entwürdigung der damals in Südafrika unter der Apartheid lebenden Menschen

Israel schützt sowohl Freiheit als auch Diversität. Araber*innen genießen in Israel mehr Freiheit als in Palästina, besonders dort, wo die islamistische Hamas Angst verbreitet. Genauso wie in Zeiten der Apartheid werden die Rechte der Frauen in Palästina nicht respektiert. Damals war die Verfügungsgewalt Schwarzer Frauen über ihr Eigentum an die Zustimmung eines Mannes geknüpft. Während der Apartheid stand Homosexualität unter Gefängnis- oder Geldstrafe; Israel war hingegen eines der ersten Länder, welche die Rechte der gesamten LGBT-Community anerkannten.

Bitte steht uns also nicht das Wort Apartheid! Für schwarze Südafrikaner*innen bedeutete Apartheid mehr als nur systematische Diskriminierung unserer Bevölkerungsgruppe. Es war ein Projekt, das zum Ziel hatte, einer bestimmten „Rasse“ ihre Geschichte, Kultur, Würde und Menschlichkeit zu entreißen. **Wer das Wort Apartheid benutzt, um die israelisch-palästinensische Patt-Situation zu beschreiben, führt das Projekt der Entwürdigung Schwarzer Südafrikaner*innen fort, indem die Einzigartigkeit des Rassismus und des Hasses, mit dem wir damals konfrontiert wurden und den wir mit viel Blut und Tränen überwinden konnten, negiert wird.** Die Herausforderungen, mit denen Israel und sein Nachbar Palästina konfrontiert sind, können zwar dazu führen, dass sich die eine Gruppe von der anderen diskriminiert fühlt. Aber es unterscheidet sich doch sehr stark von dem juristisch-institutionell legitimierten Rassismus, der auf dem Konstrukt weißer Überlegenheit basiert, das einst in meinem Land herrschte.

Nkululeko Nkosi kommt aus dem Township Kathlehong bei Johannesburg und ist der erste Student der dortigen High School, der an der Universität Witswaterand Jura studieren konnte. Er ist Vorsitzender der Universitätssektion der ANC-Jugendliga.

Die Übersetzung aus dem Englischen beruht im Wesentlichen auf der von Swetlana Hildebrandt vorgenommenen Übersetzung des Originals aus dem Englischen, die in der Zeitschrift iz3W Nr. 359 leicht gekürzt veröffentlicht wurde.

Quelle: https://www.iz3w.org/zeitschrift/ausgaben/359_rechtspopulismus/apartheid. Englische Originalfassung: <https://africansforpeace.com/reclaiming-word-apartheid/>

Gewerkschafter*innen und Antifa gemeinsam
gegen Dummheit und Reaktion, Flugblatt Nr. 58, Juni 2021

Brief eines Aktivisten der Gaza Youth Mouvement:
**„Wir wollen keine Antisemiten, Nazis
und Israel-Hasser als Freunde“**

Mohammed Altlooli musste wegen seiner oppositionellen Aktivitäten in Gaza vor den Verfolgungen der Hamas fliehen. Er lebte zwischenzeitlich im Refugee-Lager von Leros in Griechenland, wo er unterrichtete. Aktuell ist er in Deutschland, wo er politisches Asyl beantragt hat. Mohammed Altlooli verfasste seinen „Brief an die wirklichen Freunde der Palästinenser“ während der militärischen Auseinandersetzungen zwischen der israelischen Armee und der Hamas. Auch wenn einige Darstellungen in seinem Brief offensichtlich Übertreibungen sind wie die Bezeichnung von Gaza als „Gefängnis“, drucken wir seinen Brief mit großer Freude ab. Denn er vertritt sehr überzeugend vor allem zwei Grundpositionen, die wir für sehr wichtig und richtig halten. Dies ist erstens der Gedanke der Solidarität zwischen den fortschrittlichen Teilen der israelischen und palästinensischen Bevölkerung gegen jegliche nationalisistische Verhetzung durch reaktionäre Kräfte, die den Konflikt schüren und davon profitieren. Es geht zweitens, und das ist für uns sehr direkt wichtig, um die Ablehnung jeglicher „Palästina-Solidarität“ hier in Deutschland und anderswo seitens jüdenfeindlicher Kräfte, Israel-Hassern und Nazis. Dass ein solches Dokument heutzutage Seltenheitswert hat, zeigt die Schwäche fortschrittlicher Kräfte. Die Verbreitung dieses Briefes soll gerade ein Beitrag sein, dies zu ändern – gegen die vorherrschende Dummheit und Reaktion.

Ein Brief an die wirklichen Freunde der Palästinenser

Von Mohammed Altlooli

Liebe Freunde des palästinensischen Volkes,

ich wende mich an Euch in diesen schrecklichen und dunklen Zeiten. Wieder einmal regnen Bomben auf Gaza, meine gequälte Heimat, und ich mache mir Sorgen um das Leben und das Wohlergehen meiner Familie, meiner Freunde und meiner Kollegen. Die Menschen in Gaza leben seit langem in Verzweiflung und Armut und sehen sich nach einer besseren Zukunft.

Wir, die junge Generation, die aufgewachsen ist, ohne etwas anderes als diese Situation zu kennen, sind diejenigen, die auch den Preis zahlen werden, wenn sich nichts ändert. Ich selbst musste vor einiger Zeit aus Gaza fliehen, weil ich zusammen mit Gleichgesinnten gegen die Herrschaft des Hamas-Regimes protestierte. Wir haben das getan, was Millionen anderer Araber in der Region auch taten: Wir forderten mehr Freiheit und ein Ende von Korruption und Gewalt. Wenn man aber in Gaza seine Stimme gegen das Regime erhebt, wird man unterdrückt und sogar ins Gefängnis gesteckt. Sie fürchten uns, die junge Generation, viel mehr als ihren erklärten Feind Israel, weil sie wissen, dass sie uns nichts

Anderes zu bieten haben als Zerstörung, Schmerz und Armut.

Wir wollen beides: In Gaza in Freiheit leben und nicht weiter unter der Blockade und Repressionen Israels leiden müssen. Aber unser Leben findet zwischen Hammer und Amboss statt: Wir leiden unter einem intoleranten, repressiven Regime auf der einen Seite und unter der israelischen Einschünerung auf der anderen. Wir haben keine Luft zum Atmen.

Trotzdem haben wir uns der hasserfüllten Propaganda unserer Herrscher widersetzt und als „Gaza Youth Movement“ die Botschaft an die Israelis gesendet: Wir wollen Seite an Seite mit Euch in Frieden leben, aber gleichberechtigt und nicht in einem großen Gefängnis. Wir wollen eine gemeinsame Zukunft mit unseren israelischen Nachbarn und ein Ende des Krieges, des Tötens und des Hasses.

Juden und Araber sind keine Feinde

Tragischerweise wurden diese Hoffnungen letzte Woche erneut zerstört, als der Krieg zwischen der Hamas und der israelischen Armee erneut

Anlässlich der Erklärung von Amnesty International, dass Israel angeblich ein Apartheid-Staat sei:

Stellungnahme von Gewerkschafter*innen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion

Seit vielen Jahren gibt es eine Kampagne, einen Boykott gegen alle jüdischen Angehörigen des israelischen Staates, ob aus den Bereichen der Kunst und Kultur oder der Wissenschaft, die auszuladen seien, also wegen ihrer Staatsangehörigkeit diskriminiert werden sollen. Dazu kommt der Boykott-Aufruf gegen Produkte aus Israel. Mit alledem wird auf die Boykott-Erfahrung des Kampfes gegen das südafrikanische Apartheid-System abgehoben. Der Vorwurf: Israel ist Apartheid.

1.) Nun hat publikumswirksam die englische Sektion von Amnesty International England in dem auch im Internet verbreiteten Dokument „Israels Apartheid gegen die Palästinenser“ 2022 genau dieses Schlagwort aufgegriffen. Neben Kritiken an Netanjahu und Regierungsmaßnahmen, über die gestritten werden könnte, geht es aber vor allem um das Gesamturteil. Das vernichtende Urteil lautet: Israel ist ein Apartheid-Staat. Und zwar von Anfang an, seit der Gründung 1948!

Auf irgendein UNO-Dokument gestützt wird immer und immer wieder hinausposaunt: Jüd*innen und Palästinenser*innen seien angeblich verschiedene „Rassengruppen“ („racial groups“). Die Jüd*innen als „Rassengruppe“ würden die zur anderen „Rassengruppe“ gehörenden Palästinenser*innen in Israel und darüber hinaus unterdrücken. Juden als „Rasse“? Das ist schamlos und unerträglich. Und das ist leider der Kern. Nochmals, über eine Reihe einzelner Kritikpunkte wie der Siedlerpolitik kann und soll diskutiert werden. Dazu ist das Amnesty International-Dokument aber nicht nötig. Und gerade nicht die faktische Unterstützung der BDS-Kampagne gegen alle jüdischen Israelis.

Die neueste Variante der Vertuschung ist, dass angeblich der Begriff Apartheid eigentlich, so wird in dem Papier getönt, nichts mehr mit dem rassistischen Südafrika zu tun habe. Eine Analogie würde angeblich nicht gezogen, sondern es sei lediglich eine Definition von Apartheid in einem UNO-Papier. Dort würde eben allgemein jede „Getrenntheit“ als Apartheid bezeichnet. Das ist ein ganz schlechter Witz. Denn bei Apartheid denkt jede*r an Südafrika zur Zeit der Herrschaft der weißen Rassist*innen.

Zudem, dann wäre ja wohl der deutsche Staat der erste Staat, der wegen seiner diversen Staatsbürgergesetze, Ausländergesetze, fehlendem Wahlrecht für hier lebende und arbeitende Menschen, usw. als Apartheid-Staat zu bezeichnen, ganz abgesehen von den massenhaften Abschiebungen von Refugees sowie der mörderischen Abschottung an den verschiedenen Außengrenzen Europas, die vom deutschen Staat mitorganisiert wird.

Nein, es geht nicht um eine abstrakte Definition von Apartheid, sei sie von der UNO oder sonst jemand. **Wer heute von Apartheid spricht, weiß ganz genau, dass damit Südafrika in der Zeit der rassistischen Vorherrschaft der weißen Rassen und Faschisten gemeint ist**, die auf das Brutalste die große Mehrheit der Bevölkerung unterdrückt und massakriert haben, bevor sie durch den bewaffneten Widerstand gestürzt werden konnten.

2.) Das Thema Apartheid Südafrika-Israel hat eine Vorgeschichte, die wenigstens kurz angerissen werden soll. Für alle demokratischen und revolutionären Kräfte in Israel ist es ein großer Schmerz, dass die israelische Regierung nicht nur die faschistische Diktatur in Chile unter Pinochet und den Vietnam-Krieg der USA, sondern auch das Apartheidregime in Südafrika in verschiedenster Weise unterstützte. Das stand im Gegensatz zur Sympathie gewichtiger Teile der Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Südafrika mit dem Anti-Apartheid-Kampf in Südafrika. Das stand ebenso konträr zur Unterstützung demokratisch-revolutionärer Aktivist*innen in Israel für den Kampf gegen die Apartheid in Südafrika. Wir wollen damit unterstreichen: Wenn es gilt, jüdenfeindliche Denkfiguren anzuprangern und zurückzuweisen, kann es nicht darum gehen, die Regierungspolitik von Israel in Schutz zu nehmen.

Um das zu verdeutlichen: Wenn jemand behauptet, in Deutschland würden heute Gaskammern gebaut, um Menschen zu ermorden, so ist das natürlich ein absoluter Unsinn. Dies muss in jeder Hinsicht zurückgewiesen werden, ohne deshalb unsere Kritik an der bundesrepublikanischen Regierung und am bundesrepublikanischen Staat, am deutschen Imperialismus, am Erstarben der Nazis usw. in irgendeiner Weise zurückzunehmen. Ähnlich absurd ist es aber, den Staat Israel als Apartheidstaat zu bezeichnen. Das wird in der von uns abgedruckten Stellungnahme aus Südafrika Stellungnahme sehr deutlich herausgearbeitet. Wie gesagt hat das nichts damit zu tun, dass gerade in Israel selbstverständlich Maßnahmen der israelischen Regierung und des israelischen Staates hart und überzeugend kritisiert werden können und kritisiert werden müssen.

* * *

Mag in dem von uns abgedruckten Dokument aus Südafrika dieses oder jenes übertrieben sein. Die grundlegende Position ist unterstützenswert:

Israel kann nicht mit dem rassistischen Südafrika gleichgesetzt werden.

Die Studie „Afrozensus“ – eine wichtige Initiative Die vom Anti-Schwarzen-Rassismus Betroffenen kommen zu Wort – Solidarität!

Dass es massiven Anti-Schwarzen-Rassismus in Deutschland gibt, lässt sich kaum mehr leugnen. Die Selbstorganisation der davon Betroffenen, die großen Demonstrationen von Tausenden Jugendlichen von Black lives matter, die jahrelange Mobilisierung der Initiative zur Aufklärung der Ermordung von Oury Jalloh in Polizeigewahrsam, die Initiative Death in Custody, die Kampagne für Opfer rassistischer Gewalt und andere antirassistische Initiativen haben dafür gesorgt, dass vieles aufgedeckt und in die Öffentlichkeit gerückt wurde.

Letztes Jahr wurde nun von demokratisch-fortschrittlichen Kräften unter dem Titel „Afrozensus 2020“ eine beeindruckende Studie veröffentlicht. Diese beruht auf einer Befragung von insgesamt fast 6.000 Menschen, die vom Anti-Schwarzen-Rassismus betroffen sind. Das sind Menschen, die sich selbst überwiegend als Schwarz, Afrodeutsch, Person of Colour oder auch Afrodiasporisch oder Afrikanisch bezeichnen. Sie berichten von ihren schlimmen Erfahrungen mit Rassismus auf den verschiedensten Gebieten. Das geht in dieser Studie von Diskriminierungen und physischen Attacken durch die Polizei und „Sicherheitspersonal“, bei Ämtern, Behörden und der Justiz, im Gesundheitswesen, im Arbeitsleben und auf dem Wohnungsmarkt, alltäglichen Diskriminierungen im Berufsleben, in der Schule und im Privatleben bis hin zur tödlichen Abschottungspolitik der EU im Mittelmeer.

Das Ergebnis dieser bisher größten Befragung der vom Anti-Schwarzen-Rassismus Betroffenen zeigt, wie breit und tief dieser Rassismus in Staat und Gesellschaft präsent und verankert ist. Nachfolgend wollen wir aus der Fülle der beeindruckenden Berichte exemplarisch Stimmen Betroffener sowie zusammenfassende Ergebnisse bringen. All das wird in dieser Studie mit wissenschaftlicher Genauigkeit aufbereitet und in den Kontext der Befragten gestellt. (Die Anzahl der Befragten ist unterschiedlich je nach Themenbereich.)

Erfahrungen und Fakten zum Anti-Schwarzen-Rassismus

■ Die Diskriminierung durch Polizei und „Sicherheitsdienste“ wird von Betroffenen als eine sehr häufig gemachte Erfahrung genannt. Über 80 % der Afrozensus-Befragten geben an, in den letzten zwei Jahren im Kontakt mit der Polizei diskriminiert worden zu sein. Unter 2.000 Befragten gibt fast jede dritte Person an, bereits Polizeigewalt erlebt zu haben. Unter mehr als 4.000 Befragten geben über die Hälfte an, bereits mindestens einmal in ihrem Leben ohne erkennbaren Grund von der Polizei kontrolliert worden zu sein, also Racial Profiling.

„Ich wurde von drei Zivilpolizisten aus dem Nichts auf der Straße angehalten und beschuldigt, Gras verkauft zu haben. Dabei war ich bloß unterwegs, um einen Kaffee trinken zu gehen. Obwohl sie bei der Durchsuchung keine Drogen bei mir fanden oder sonstige Beweise für ihre Anschuldigungen hatten, wurde Anzeige gegen mich erstattet.“ (S. 120)

■ Es geht nicht nur um institutionellen Rassismus, sondern gerade auch um Alltagsrassismus und sogenannte „Mikro-Aggressionen“, mit denen schwarze Menschen tagtäglich konfrontiert sind.

Die umfangreichste Erfahrung mit rassistischer Diskriminierung haben 90 % in der Öffentlichkeit und Freizeit erlebt, 85 % in Geschäften, 83 % im Privatleben, über 70 % bei der Wohnungssuche und 80 % im Arbeitsleben.

In der Öffentlichkeit beispielsweise:

„Ich wurde in der öffentlichen Toilette im Einkaufszentrum beim Händewaschen auf die dreckige Kabine aufmerksam gemacht, weil man automatisch dachte [,] Schwarze Frauen sind immer die Toilettenfrauen.“ (S. 218)

Im Berufsleben gegen eine Schwarze Frau: „Ich habe nach einem Bewerbungsgespräch eine Absage erhalten. Die Begründung lautete: ‚Es geht nicht um Ihre Qualifikation, aber die weißen [Hochrangigen Beamt*innen] werden sich von einer Schwarzen Frau keine Anweisung geben lassen, das möchte ich Ihnen ersparen.“ (S. 97)

Im Privatleben: „Ich wurde in meiner Freundesgruppe diskriminiert, mir wurde in die Haare gefasst, das-N-Wort ist öfters gefallen etc. Diskussionen wurden nicht ernst genommen und ins Lächerliche gezogen.“ (S. 129)

Viele bittere Erfahrungen werden auch im Gesundheitswesen gemacht, wie hier:

„Häufig habe ich keine Lust, Arzttermine zu vereinbaren oder neue Praxen aufzusuchen, weil ich unangenehme, diskriminierende Erfahrungen vermeiden will. Außerdem recherchiere ich seit längerer Zeit bewusst nach Ärzt*innen, die Schwarz oder of Color sind, um den zuvor geschilderten Erlebnissen zu entgehen.“ (S. 151)

Bei der Wohnungssuche:

„Bei der Wohnungssuche erhielt ich trotz Verdienstnachweis und einer telefonischen Zusage (meine Hautfarbe war ja nicht sichtbar am Telefon!) nach dem Vorstellungsgespräch eine plötzliche Absage. Es hieß, ‚wir‘ tendieren zu Besuch von Verwandtschaft aus weiter Ferne, und das wäre unerwünscht in diesem Appartement.“ (S. 106)

Es gehört zu den „Schwarze Erfahrungen im Bildungswesen“, dass die eigenen Kinder rassistisch diskriminiert werden, sei es von anderen Kindern oder Jugendlichen oder gar vom Lehrpersonal selbst.

„Ich habe letztendlich in der Schule viel Rassismus erfahren und man hätte mich in der Grundschule fast in eine Sonderschule geschickt (objektiv gesehen bestand keine Lese- oder Rechenschwäche). Meiner Meinung nach aufgrund meiner Hautfarbe. Retrospektiv musste ich immer mehr leisten als Biodeutsche und kann mir auch gefühlt weniger Fehler erlauben.“ (S. 180)

„Ich habe das Gefühl, mein Gehirn ist so voll mit so vielen Diskriminierungserfahrungen [...], weil es immer so konstant war, das war wie eine Kette. Da gab es nie so ein Ende und dann geht es ins nächste Jahr.“ (S. 183)

„Und dann habe ich mich zur Wahl aufgestellt dort und habe halt auch klar die Wahl gewonnen. Und meine Lehrerin hat dann nur direkt verneint: Nein, nein, nein. Du kannst nicht Klassensprecher werden, weil du auch schon alleine durch deine Hautfarbe auffällst.“ (S. 185)

Die Problematik wird dabei auch aus der Sicht der Schwarzen Lehrkräfte mit ihren Erfahrungen und ihrem Blick auf die Situation eindringlich dargestellt. Eine Schwarze Lehrerin berichtet:

„Ein Schüler erhält von mir eine schlechte Note für ein Bild. Er fragt, warum. Ich antworte, dass er sich keine Mühe gegeben habe und dass der Inhalt (sexuelle, unpassende Darstellung) in der Schule nichts verloren habe. Er antwortet, dass Schwarze in der Schule auch nichts verloren hätten und geht.“ (S. 192)

■ Vor allem geht es auch um alle nichtmännlichen Schwarzen Menschen, die ganz besonders mit üblen sexistisch-rassistischen Sprüchen und Attacken bis hin zu brutaler Gewalt attackiert werden. So haben 70 % der Frauen schon in unterschiedlicher Häufigkeit erlebt, dass ihnen ungefragt, also krass übergriffig in die Haare gegriffen wurde. Die Situationen sind oft bedrohlich wie hier:

„Alter weißer Mann schreit mir im Bordrestaurant eines ICEs entgegen, dass ich mich auf seinen Schoß setzen soll. Er klopft auf seinen Schoß und ruft: ‚Komm her[,] schöne afrikanische Prinzessin/Königin. Hier ist noch Platz!‘ Er war ca. 70 und ich alleine unterwegs und 20 J. alt. Alle haben gelacht, niemand was gesagt und ich hatte Panik.“ (S. 226)

■ Diskriminierende Äußerungen: 80 % der Befragten haben in unterschiedlicher Häufigkeit erlebt, dass ihnen rassistisch diskriminierende Dinge gesagt werden wie: „Woher kommst du *eigentlich*?“ oder rassistisch gehetzt wird: „Mir wird gesagt, ich solle dahin zurückgehen, wo ich herkomme.“ (S. 212)

Ein besonderes Gewicht legt die Studie auf die Auswertung jener Form des Anti-Schwarzen-Rassismus, die

Was umfasst Anti-Schwarzen-Rassismus?

Es wird klargestellt, dass der Rassismus gegen Schwarze nicht auf die Hautfarbe reduziert werden kann und der Begriff „Schwarze“ selbst wesentlich mehr umfasst als Hautfarbe in verschiedenen Schattierungen. Dabei ist bei der Beschreibung der Diskriminierung klar, dass Hautfarbe und damit verbundene angebliche ethnische Zuordnung zu den Hauptmerkmalen des Anti-Schwarzen-Rassismus gehört. Das schätzen über 90 % der Befragten so ein. Ebenso wird auf die progressive Tradition der Begriffe „Black“ und „Schwarze“ verwiesen, die ebenfalls wesentlich mehr umfassen als eine Beschreibung der Hautfarbe.

Die Autor*innen der Studie stellen sich auch ausdrücklich in die Tradition der Kämpfe gegen die Kolonisierung, d. h. des Kolonialismus, aber auch, wie es heißt, gegen die Existenz „anhaltender neokolonialer Unterdrückung bis in die Gegenwart“ (S. 39). Bemerkenswert ist, dass das Theoriegebäude und das Vokabular des sogenannten Postkolonialismus nicht behandelt wird. Die Rede ist klar von „neokolonial“. Das halten wir für sehr richtig.

scheinbar unauffällig daherkommt und wo dann oft mit fadenscheinigen Ausreden abgewiegelt wird, dass es „nicht so gemeint“, „nur Spaß“ sei. Das schlägt sich auch in nur scheinbar positiven Beschreibungen von schwarzen bzw. afrikanischen Menschen in Sport und Musik nieder.

■ Einer der größten Bereiche der Diskriminierung sind Medien und Internet. Fast 90 % der Befragten geben an, in den letzten zwei Jahren im Bereich „Medien und Internet“ in Darstellungen und Kommentaren rassistisch diskriminiert worden zu sein.

■ Soziale Faktoren spielen innerhalb der rassistischen Diskriminierungen auch nochmals eine Rolle. Befragte mit niedrigem Einkommen geben – verglichen mit Befragten mit hohem Einkommen – signifikant häufiger an, in den letzten zwei Jahren rassistisch diskriminiert worden zu sein. Ähnliches gilt besonders im Bereich „Arbeitsleben“ für Befragte mit eigener und/oder familiärer Fluchterfahrung, die im Vergleich mit Befragten ohne Fluchterfahrung stärker diskriminiert werden. Auch Befragte mit zwei schwarzen/afrikanischen/afrodiasporischen Elternteilen werden im Arbeitsleben und anderen Bereichen mehr diskriminiert als Befragte mit nur einem solchen Elternteil.

■ Ca. 60 % der Befragten schätzen es klar so ein, dass der Anti-Schwarzen-Rassismus in den in den letzten 5 Jahren zugenommen, ja stark zugenommen hat.

■ Viele Befragten äußerten sich empört über den Umgang mit den Kunstwerken, die in den deutschen Kolonien geraubt und nach Deutschland gebracht wurden, wo sie zum Großteil noch heute sind.

■ Den geringschätzigen Umgang mit dem Völkermord an den Herero und Nama 1904-1908 in Namibia („Deutsch-Südwestafrika“) und die Verweigerung von Entschädigungen nehmen Befragte ebenfalls als rassistische Diskriminierung wahr.

Schwierigkeiten der Gegenwehr

In Berichten wird das ganze Ausmaß des gesellschaftlichen Rassismus, hier konkret des Anti-Schwarzen-Rassismus, der ungeheure Druck und die grundlegende Problematik einer so umfassenden Diskriminierung auch daran deutlich, dass das „Sich wehren“ mit einer ganzen Fülle von Repressionen bedroht ist, die sehr konkret beschrieben werden.

„Ich wurde ohne erkennbaren Grund extrem aggressiv von Türstehern aus [einer] Studi-Party geschmissen und getreten. Die Anzeige bei der Polizei wurde am Ende für mich gefährlich, da ich eine Gegenanzeige bekam, der nach Aussage der Polizei eher geglaubt [werden würde] vor Gericht. Als Hauptproblem meiner Anzeige benannte der Polizist, dass ich erwähnte, dass ich die Vermutung hatte, dass die Situation aufgrund rassistischer Vorurteile (ich als Schwarzer Mann als besonders gefährlich wahrgenommen) so eskaliert sei. Im Anschluss wurde mir von einem Chirurgen noch gesagt, dass er es nicht mehr hören kann, dieses ‚Rassismus‘[-Thema]. Ich solle einfach eingestehen, dass ich daran Schuld habe.“ (S. 224)

Da gibt es nicht selten das Dilemma, ob jemand rassistische Äußerungen und Taten ignoriert, einfach übergeht und nicht so ernst nimmt oder die Konfrontation und Kritik sucht, sich selbst klar positioniert, also in den Konflikt geht, Grenzen zieht und sich gegen den Rassismus verteidigt. Das ist nur auf den ersten Blick eine unkomplizierte Entscheidung. In der konkreten Lebenssituation ist das ein ausgesprochen ernstes, oft alltägliches Dilemma, insbesondere auch bei Kindern in der Schule, aber auch dort, wo jemand jeden Tag mit denselben Personen beruflich zu tun hat und mit diskriminierenden Konsequenzen rechnen muss.

„Leider muss ich sagen, dass es mein Leben nicht leichter macht, eine antirassistische Haltung zu vertreten, aber es fühlt sich besser an. Ich hoffe, meine Kinder lernen am Modell.“ (S. 162)

Im Detail wird in der Studie aufgezeigt: Die Mehrheit der Befragten hat verständlicherweise weder in Polizei noch in Ausländerbehörden, aber auch in Kirchen kein großes Vertrauen. Auch in die Gewerkschaften ist das Vertrauen mehrheitlich nicht groß: 23 % haben es gar nicht oder „eher nicht“, 43 % haben es nur „teilweise“.

Die Zahl derjenigen, die sich mit Beschwerden und Anzeigen gewehrt haben, beträgt ca. 20 %. Das bedeutet, dass 80 % nicht oder noch nicht mit Beschwerden und Anzeigen reagiert haben. (Über 70 % haben danach allerdings mit verschiedenen Personen aus dem sozialen Umfeld geredet und über 85 % die Diskriminierung offen angesprochen.)

Auf die Frage, was nach einer Meldung, einer Beschwerde oder Anzeige geschehen ist, haben über 60 % feststellen müssen, dass es keine Konsequenzen gegeben hat. Nur ca. 7 % der Täter*innen seien bestraft worden. Da wundert es nicht, dass 75 % eher unzufrieden oder sehr unzufrieden sind, wie mit der Meldung diskriminierender Vorfälle umgegangen wird. Zwei Drittel der Befragten waren durch diesen Umgang „frus-

triert“. Über 45 % geben als Folge eine seelische Belastung an. Fast 10 % sind in solchen Konflikten seelisch krank geworden.

*

Der „Afrozensus“ 2020 schließt mit diesen Darstellungen und Ergebnissen eine wichtige Lücke. Den Verfasser*innen ist allerdings auch bewusst, dass die in dieser Art erste Pilotstudie auch ihre Grenzen hat. Sie konnte trotz aller Bemühungen, so heißt es, „viele Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Lebensrealitäten und Expertisen nicht abdecken“ (S. 281). Dazu gehört auf jeden Fall die rassistische Hetze und die mörderische Gewalt der Nazis, die in dieser Studie nicht aufgearbeitet wurde bzw. nicht aufgearbeitet werden konnte.

Forderungen gegen Anti-Schwarzen-Rassismus

Die Befragten sind sich in ihrer Meinung ziemlich einig, worauf es ankommt: Selbstvertrauen stärken, präsent sein, Wissen über die Rechte haben, politisch eingreifen!

Die politischen Forderungen sind klar und „eigentlich“ demokratische Selbstverständlichkeiten, die aber in der Realität bis heute nicht erfüllt sind. Einige der wichtigsten sind dem Sinn nach:

- Schluss mit der Diskriminierung durch Polizei, Behörden, Medien und in Schulen**
- Schluss mit Racial Profiling und Polizeigewalt**
- Aufklärung und juristische Strafverfolgung von Todesfällen Schwarzer Menschen in staatlicher Gewalt**
- Ausbau von Beratungsstellen zu Anti-Schwarzen-Rassismus**
- Ausreichende Repräsentation Schwarzer Menschen auf allen gesellschaftlichen Ebenen**
- Diskriminierungskritische Ausbildung in pädagogischen und sozialen Berufen**
- Schluss mit der schikanösen und die Refugees abwehrenden Asylpolitik**
- Anerkennung des deutschen Völkermordes an den Herero und Nama und Entschädigung**
- Rückgabe kolonialer Raubkunst**
- Anerkennung der Schwarzen NS-Opfer**

**Gemeinsam dafür kämpfen,
SOLIDARITÄT!**

Aikins, Muna AnNisa; Bremberger, Teresa; Aikins, Joshua Kwesi; Gyamerah, Daniel; Yildirim-Caliman, Deniz:

Afrozensus 2020: Perspektiven, Anti-Schwarze Rassismuserfahrungen und Engagement Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen in Deutschland, Berlin 2021. Online: www.afrozensus.de

Die Polizei-Staats-Rassisten bei der Arbeit: Planmäßige Provokation in Köln 31.12.2016

Silvester 2016 in Köln

Silvester 2016 hat die Polizei systematisch Menschen, die aus Sicht der Polizei aussahen wie Nordafrikaner und im Polizeijargon sowie in den Medien als „Naftris“ („nordafrikanische Intensiväter“) bezeichnet wurden, aus Zügen herausgeholt oder von der Straße weg festgenommen und zu einem großen Sammelplatz, einem so genannten Polizeikessel gebracht. Die Polizei, die selbst von „Selektion“ gesprochen haben soll, entschied einzig und allein nach dem Aussehen. Das berichten antifaschistische BeobachterInnen aus Köln detailliert (siehe facebook.com/Koeln.gegen.Rechts!).

Im Kölner Hauptbahnhof wurde ausgesondert, indem Menschen, die nicht aussahen wie Heino, durch eine Tür geschleust wurden, die direkt in den Polizeikessel führte, während alle anderen den normalen Ausgang benutzen konnten. In dem Kessel wurden allein aufgrund ihres Aussehens völlig willkürlich ausgewählte Personen mehrere Stunden festgehalten. Nachdem der Polizeikessel sich mit mehreren Hunderten – am Schluss fast 1000 – Personen gefüllt hatte, wurden TV-Sender und Presse herbeigeholt und der Ansehens erweckt, als sei von diesen willkürlich herausgegriffenen Menschen eine Art Marsch auf den Kölner Domplatz geplant gewesen. Das war völlig frei erfunden, da alle diese eingekesselten Menschen separat voneinander nichts weiter wollten wie alle anderen auch, nämlich Silvester feiern. Am HBF werden derzeit mehrere hundert Naftris überprüft, verkündete die Kölner Polizei demagogisch per twitter.

Diese „Freiheitsberaubungen im Amt“ und die staatlich durchgeführte rassistische Auslese wurden in aller Öffentlichkeit durchgeführt, auch wenn im Nachhinein die Überwachungskameras im Hauptbahnhof mit ihren Videoaufzeichnungen nicht freigegeben wurden, um die ras-

sistische Willkür nun doch der internationalen Öffentlichkeit lieber vorzuenthalten.

Dieses polizeistaatliche Verhalten wurde wie abgeprochen in den nächsten Stunden und Tagen von den Spitzen der politischen Parteien von CDU, SPD bis Grüne hoch gelobt (Frau Wagenknecht sagte diesmal nichts, aber wir wissen, was sie denkt). Die Methode des Vorgehens der Polizei wurde als vorbildlich dargestellt. Denn angeblich sei es ja darum gegangen, so die infame Unterstellung, die „deutsche blonde Frau“ vor den Übergriffen – so wortwörtlich in einem WDR-Kommentar, der von der Bild-Zeitung (Bild online vom 04.01.2017) groß heraus gestellt wurde – von „gewalteligen Männerhorden“ zu schützen.



„Da waren sie wieder, die gewalteligen Männerhorden“

Wer auch nur vorsichtig, wie eine Politikerin der Partei der Grünen, das Vorgehen der Polizei infrage stellte, wurde beschimpft, fertig gemacht, gedemütigt und zum Rückzug gezwungen.

Die Initiierung dieses ganzen Vorganges war so perfekt geplant und durchgeführt, dass auch die große Mehrheit der an der Basis arbeitenden antifaschistischen und antirassistischen, demokratischen Organisationen überumpelt wurde. Offenbar hielten und halten viele eine solche Initiierung nicht für möglich, auch wenn hier und da im Internet oder in Presseerklärungen das Vorgehen der Polizei kritisiert wurde. Einen großen Aufschrei oder gar Massenaktionen gegen dieses unerhörte Vorgehen von Polizei, Politik und Medien gab es nicht.

Wichtig und dringend ist es, dass alle antifaschistischen und antirassistischen, auch alle

Stellungnahme aus Südafrika gegen die grundfalsche Bezeichnung von Israel als Apartheidstaat

„Steht uns nicht das Wort Apartheid!“

Wir drücken nachfolgend die Stellungnahme eines Aktivisten der Studierenden der ANC-Jugendliga aus Südafrika gerne ab. Diese wurde bereits 2017 verfasst, hat aber gerade auch angesichts der aktuellen jüdenfeindlichen Attacken, zuletzt besonders das Dokument von Amnesty International in England, „Israels Apartheid gegen die Palästinenser“ von 2022, nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt. Aus der Sicht des Verfassers ist die Darstellung des Staates Israel als „Apartheid-Staat“ eine widerliche Verharmlosung der damaligen Realität der Apartheid in Südafrika. Seine Argumente sind überzeugend. Sicherlich wird hier und da die Lage in Israel nicht genau genug beschrieben, da es ja um den Unterschied zur Apartheid in Südafrika geht.

Das Geschrei von „Israel – Apartheidstaat“ ist Teil einer weltweiten jüdenfeindlichen Propaganda. Wir schließen uns daher der Argumentation der nachfolgenden Stellungnahme aus Südafrika in den entscheidenden Punkten an. Im Anschluss an die Stellungnahme aus Südafrika bringen wir unsere eigene Stellungnahme gegen das jüdenfeindliche Dokument von Amnesty International von 2022.

Stellungnahme des Vorsitzenden der ANC-Jugendliga Nkululeko Nkosi gegen jüdenfeindliche Angriffe

Fast ein Jahrhundert lang bestimmte die Apartheid Südafrika durch die Institutionalisierung der Rassentrennung sie war die Grundlage unseres politischen Systems. „Apartheid“ ist ein Wort aus dem Afrikaans und bedeutet „Getrenntheit“. Für unsere Eltern und Großeltern waren die Jahre der Apartheid eine Quelle für tiefstehende individuelle Traumata. Ihre Generationen waren gezwungen, in diesem über diskriminierendem System zu leben. Diejenigen die im Post-Apartheid-Südafrika aufgewachsen sind, können dieses rassistische Erbe noch heute deutlich spüren.

Gerade deshalb, weil wir Südafrikaner*innen genau wissen, was Apartheid bedeutet, haben wir die Pflicht zu hinterfragen, ob es ein angemessenes Wort ist, um den Israel-Palästina-Konflikt zu beschreiben.

Das heißt im Klartext: Da niemand den Schmerz und die Schrecken der Apartheid besser kennt als wir, sind wir es, die der Welt signalisieren sollten, wann es angemessen ist, das Wort zur Beschreibung einer Situation zu verwenden – und wann nicht.

Was die Apartheid in Südafrika bedeutete

Apartheid bedeutete in Südafrika die Verankerung von Rassismus in einem System von Gesetzen und Reglementierungen. Es war ein rechtliches Mittel der weißen Mehrheit, die sich auf weniger als zehn Prozent der Bevölkerung belief, ihre ökonomische und politische Vormachtstellung zu stabilisieren. Zugleich wertete die Apartheid sowohl die Identität als auch die Würde der schwarzen Bevölkerung herab: Schwarzen und anderen nicht-weißen Bevölkerungsgruppen wurden Landrechte, Wahlrecht, Redefreiheit und letztlich das Recht auf Selbstbestimmung vorenthalten.

Die Wurzeln der Apartheid reichen bis ins Jahr 1913 zurück, als der so genannte „Land Act“ verabschiedet wurde, drei Jahre nachdem die Buren und die britische Kolonialmacht die Unabhängigkeit Südafriks vereinbart hatten. Nach diesem Gesetz wurde die Schwarze Bevölkerungsmehrheit gezwungen, ausschließlich in so genannten „Eingeborenen-Reservaten“ zu leben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg der Südafrika in eine tiefe ökonomische Krise gestürzt hatte, gewann die National Party die Parlamentswahlen (an der nur weiße Wähler*innen teilnehmen durften) mit dem Versprechen, die „Rassentrennung“ zu formalisieren und auszuweiten. Zum ersten Mal fiel nun das Wort „Apartheid“. Der designierte Premierminister Hendrik Verwoerd, aus dessen Feder die Apartheidgesetze stammten, äußerte dabei ganz offen, dass es darum ging, die an sich schon sehr starke rassistische Ungleichbehandlung im Land noch weiter zu verschärfen: „Worum sollten die Bantu-Kinder (Schwarzen) in Mathematik unterrichtet werden, wenn sie dies niemals praktisch benutzen werden? Das ist doch absurd. Bildung sollte an die Chancen und die Lebensumstände eines Menschen angepasst werden.“ Für Verwoerd und andere Rassisten*innen gehörten Schwarze Menschen ganz „natürlich“ an den unteren Rand der sozialen Hierarchie.

In den folgenden Jahren wurde eine Reihe weiterer Gesetze verabschiedet, welche die Apartheid weiter verfestigten, etwa indem verhindert wurde, dass Weiße und Schwarze Menschen in den gleichen Gebieten leben und einander heiraten durften. Darunter waren folgende Gesetze:

- Der Population Registration Act (1950) als Basis der Apartheid teilte die Südafrikaner*innen in drei getrennte, ungleiche Gruppen ein: „Weiße“, „Schwarze“ und „Farbige“.

Tote durch rassistische Polizeigewalt seit 1990

Mehr als 200 Todesfälle erwiesen

2022: 09.02. Name unbekannt, Hamburg 06.01. Name unbekannt, Bonn 2021: 01.11. Georgios Zonicki, Wuppertal 04.10. Kamil Harselin Harselof 07.02. Eyles H., Werbellinsee 24.08. Abdul L., Groß-Ge. au 28.05. Oms K., Hamburg 09.05. Name unbekannt, Berlin 1. Teil 03.06. Cossay Sadam Khafaf, 12.03. Sivan, Weil i. M. Schw. buch 2020: 16.10. Name unbekannt, 26.08. Name unbekannt, 20.07. Ferhat Mehyat, 07.09. Name unbekannt, 20.06. Name unbekannt, 15.06. Name unbekannt, 10.06. Name unbekannt, 03.06. Saïou Hektor, 27.03. Mousa K., Schw. Buch, 17.03. Name unbekannt, D. Buch 14.02. Mohamed S., Berlin 06.02. Name unbekannt, Garbsen (Niedersachsen) 05.01. Name unbekannt, Cebaski chm 2019: 28.12. Name unbekannt, Stuttgart 02.11. Name unbekannt, Heppes Aellen-Wee slach 19.06. Name unbekannt, 17.06. Anson Alzaida, Stede, 20.07. Sadiya Revid, Erfurt 22.06. Name unbekannt, K. el 28.06. Adil B., Essen 14.06. Name unbekannt, Bayreuth (Baden-Württemberg) 26.04. Teresa Mladka, Hamburg 26.02. Cecilia Wa nara, Schw. Buch 21.02. Name unbekannt, 26.01. Name unbekannt, Stuttgart 23.01. Name unbekannt, Stuttgart 2018: 28.12. Name unbekannt, 27.12. Aristidis L., He. in 26.10. Name unbekannt, Bayreuth 19.09. Anad Ahmad, Kieve 29.06. Name unbekannt, 04.06. Name unbekannt, 30.05. Mahrood S., bei F. enburg 29.04. Name unbekannt, 13.04. MaLuliah Jabarrh, Fl. ds 10.04. Name unbekannt, Bremen 03.03. Bekir B., Neubrandenburg 09.02. Harid M., Wuppertal 27.01. Name unbekannt, Darmstadt 2017: 10.10. Name unbekannt, 28.06. Reza P., 06.06. Name unbekannt, 01.06. Name unbekannt, 27.04. Michal, Halle, Essen 16.03. Name unbekannt, 19.02. Name unbekannt, Herles 2016: 17.10. Name unbekannt, 17.10. Tschabe a. R. Assaged A., Ort unbekannt genaues Datum unbekannt, Name unbekannt, bloedoff genaues Datum unbekannt, Jaber A., Leipzig 27.09. Hussam Fadi, Berlin 06.08. Name unbekannt, Heidelberg 18.07. Name unbekannt, bei Würzburg 13.07. Anis Thomas, Erfurt 07.19.04. Kalip A., 11.04. Name unbekannt, Wulkow 13.03. Name unbekannt, bei He. schen 02.02. Name unbekannt, 19.02. Jia Oubi, Hamburg, 20.10. Miro, Name unbekannt, bei -p. ssu 06.07. Jijid M., Zwickau 2014: 04.12. Name unbekannt, Nordfriesland 31.08. Constantin M., 09.08. Rasmene Kiala, 29.07. André B. 24.05. Muslim H., Lindshut 2013: José C., Weh. heden 2012: genaues Datum unbekannt, Name unbekannt, München genaues Datum unbekannt, Name unbekannt, 26.11. Name unbekannt, 14.10. Name unbekannt, München 17.08. Name unbekannt, Nürnberg 07.07. Oksman Sey, Dortmund 14.02. Bary Hubok, Hamburg 2011: 21.10. Name unbekannt, Nov. st. in 19.05. Christy Schowindek, Frankfurt a. M. 08.02. Name unbekannt, München 2010: 02.07. Slawik C., Hannover 16.04. Yoni P., Hamburg 03.07. David M., Hamburg 28.02. Siliran Hamodo, Berlin 2009: 25.08. Mahmud O., Nürnberg 25.06. Name unbekannt, bei in 2008: genaues Datum unbekannt, Name unbekannt, Rottenburg genaues Datum unbekannt, Dennis Jockel, Berlin 14.10. J. V. O., Bautzen 16.07. Davit Sargisjan, Nürnberg 13.07. Ibouahima K., Bremen 17.02. Adem Özdamar, Hagen 01.01. Mohamed M., Berlin 2007: 02.10. Name unbekannt, Lübn. 27.06. Mustafa Alabi, Frankfurt a. M. 27.06. Hiba C., Hamburg 14.09. Name unbekannt, Hagen 2006: 03.11. Niedersachen (genaues Datum unbekannt) 01.12. Name unbekannt, Zell am Main, 29.10. Assaged A., München 08.03. Name unbekannt, Gerstede 07.05. Xia Z., Neuss 14.04. Dominique Kouamado, Dortmund, 29.01. Name unbekannt, 2005: 21.10. Michal S., Hamburg 05.04. K.P., München 07.01. Oury Zallah, Dessau 07.02. Laya-Alama Conde, Bremen 2004: 27.09. Navica M., B. ren 11.04. Name unbekannt, Hamburg 2002: 15.03. Name unbekannt, Hamburg 2002: 24.05. Name unbekannt, J. h. ren 30.10. Manis Bidhomov, Dessau, 2001: genaues Datum unbekannt, Name unbekannt, massou 31.12. Name unbekannt, 22.12. Achidi John, Hamburg 12.12. Michael N., Hamburg 19.07. Nguyen Thi Nga, Meppac brun 14.07. N. deya Maree ne Sarr, Aschaffenburg 18.04. Name unbekannt, Sebnitz 26.01. Corn Amadi, Düsseldorf, 2000: genaues Datum unbekannt, Name unbekannt, Leipzig genaues Datum unbekannt, Name unbekannt, Chemnitz 23.12. Name unbekannt, 31.12. Name unbekannt, 08.12. Anuragashmy S., Hannover 02.11. Name unbekannt, Rethenheiden 30.08. Altanovic Dogospondal, Berlin 05.06. Name unbekannt, Frankfurt a. M. 2000 (genaues Datum nicht bekannt), Artur M., Mühlhausen (Thüringen) 03.01. Nelson G. P., Mannheim 1999: 10.12. Zdravko Nikolic Dimitrov, Drauschwag 30.08. Rachid S., Büren 19.08. Ousmane Sou, Düsseldorf (Abschiebezug) 28.05. Amir Ageeb, Frankfurt a. M. (Abschiebezug) 23.03. Veunpita B., Meers 31.01. E. L., München 01.12. H. Merikuu G., Lübecke 01.04. Berzan Oezirk genaues Datum unbekannt, Stuttgart 1998: genaues Datum unbekannt, Testis B., München genaues Datum unbekannt, Harinder S. C., Halle 01.06. Hassan A., Ligen 02.05. Mouedine E. A., Kromsch 1997: 07.11. Akim, Bremen 26.07. Mihai Sandu, Oldenburg 04.07. Name unbekannt, Longu ch (Rheinland-Pfalz) 09.06. F. F., Augsburg 31.05. Name unbekannt, Halle 08.02. Name unbekannt, FC st. envalde 08.12. Hans-Jürgen Rose, Dessau 1996: 29.12. Sakou L., Berlin 24.11. Alih B. S. T., Lorch 14.11. Dan Yarada 15.07. Jun S., Erding 06.06. Jude A., Hamburg 26.05. Name unbekannt, Kassel 26.05. Name unbekannt, Kassel 1995: 16.11. Name unbekannt, Dresden 11.05. Esser F., Hamburg 25.08. Name unbekannt, Frankfurt a. M. 22.05. Name unbekannt, Frankfurt a. M. 16.08. Louis L., Wolfenbüttel 17.06. Vo Xuan C., Bei in 13.06. Moses G., Halle 11.06. Mappi J., Volkstedt (Sachsen-Anhalt) 05.04. Name unbekannt, Kassel 06.04. Gilie K., Harburg 06.04. Name unbekannt, 12.03. F. K., Wiesbaden 26.02. Aliou T., Würzburg 02.03. Saury N., München 25.02. Name unbekannt, T. eb. n. z (Brandenburg) 20.01. Arna T., Wittlich 1994: genaues Datum unbekannt, Name unbekannt, T. h. in. gen Name unbekannt, Freiburg 13.12. Name unbekannt, 16.10.03. Abu, J. h. z., Ludwigsl. bü. 30.08. Jo. a. Dav. vote, Frankfurt a. M. (Abschiebezug) 25.07. Name unbekannt, Bayern (genaues Ort unbekannt) 25.07. J. K., Wessau (Bayern) 05.07. Name unbekannt, B. L. ow (Mecklenburg-Vorpommern) 30.06. Haimi Dener, Hannover 29.06. Name unbekannt, Vechta 15.06. Name unbekannt, Kyriz (Brandenburg) 02.06. Zhou Z. G., Halle 09.05. Name unbekannt, P. esden 05.05. Oussou M., München 16.03. Name unbekannt, Bei F. n. of (Bayern) 25.02. Chi slau T., 1993: Thomas T., Heine (NRW) 25.12. Erman T., Regensburg 19.03. B., L. end. weis Schwandorf (Bayern) 15.10. Massid D. L., 23.07. Muzriah C., Bei in, 30.06. Andreas Rostars, Sch. h. en. be. g. K. belberg (Sachsen-Anhalt) 06.05. Miralawa Kofaladziska, Frankfurt a. M. 25.04. Name unbekannt, F. S. in. gen (Baden-Württemberg) 11.03. Name unbekannt, Harburg 03.03. Name unbekannt, Dinsaken (NRW) 22.01. Cori Radu, Straßfurt (Sachsen-Anhalt) 1992: 14.04. Name unbekannt, Beiefeld

Stand: 15. März 2022,
Quelle: de.wikipedia.org/wiki/Death_in_custody
Die Recherche wird laufend ergänzt. Für Fälle, die nicht in der Liste vertreten sind, wendet euch an: death-in-custody@seup.net

Kontakt: Gewerkschafter*innen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion/c/o Jugendzentrum
in Selbstverwaltung, Postfach 12 19 65, 68070 Mannheim – E-Mail: gewantifa@yahoo.de
Unsere Flugblätter und Broschüren sind auch im Internet unter: <http://gewantifa.wordpress.com>

George Floyd am 25.5.2020 von rassistischer Polizei ermordet!



Gegen rassistische Morde durch Polizei und Nazis sind militante Massenkämpfe auch in Deutschland die richtige Antwort!

Kontakt: GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion
c/o Jugendzentrum in Selbstverwaltung, Postfach 12 19 65, 68070 Mannheim
Unsere Flugblätter und Broschüren sind im Internet unter: gewantifa.blogspot.de E-Mail: gewantifa@yahoo.de

L'étude "Afrozensus 2020" - Une initiative importante: Les personnes concernées par le racisme anti-noir s'expriment – Solidarité!

Il est désormais difficile de nier l'existence d'un racisme anti-noir massif en Allemagne. L'auto-organisation des personnes concernées par ce phénomène, les grandes manifestations de milliers de jeunes de Black lives matter, la mobilisation de plusieurs années de l'initiative pour l'élucidation du meurtre d'Oury Jalloh en garde à vue, l'initiative Death in Custody, la campagne pour les victimes de la violence raciste et d'autres initiatives antiracistes ont fait en sorte que beaucoup de choses soient révélées et mises sur la place publique.

L'année dernière, des forces démocratiques et progressistes ont publié une étude impressionnante intitulée "Afrozensus 2020". Celle-ci repose sur une enquête menée auprès de près de 6.000 personnes concernées par le racisme anti-Noir. Il s'agit de personnes qui se définissent majoritairement comme noires, afro-allemandes, Person of Colour ou encore afro-diasporiques ou africaines. Elles racontent leurs terribles expériences du racisme dans les domaines les plus divers. Dans cette étude, cela va des discriminations et attaques physiques par la police et le "personnel de sécurité", dans les administrations, les autorités et la justice, dans le secteur de la santé, dans la vie professionnelle et sur le marché du logement, des discriminations quotidiennes dans la vie professionnelle, à l'école et dans la vie privée, jusqu'à la politique de fermeture mortelle de l'UE en Méditerranée.

Le résultat de cette enquête, la plus importante jamais réalisée auprès des personnes concernées par le racisme anti-Noir, montre à quel point ce racisme est présent et profondément ancré dans l'État et la société. Ci-après, nous souhaitons présenter des exemples de témoignages de personnes concernées ainsi que des résumés des résultats. Tout cela est présenté dans cette étude avec une précision scientifique et placé dans le contexte des personnes interrogées. (Le nombre de personnes interrogées varie selon le domaine thématique).

Expériences et faits concernant le racisme anti-Noirs

■ La discrimination par la police et les "services de sécurité" est citée par les personnes concernées comme une expérience très fréquemment vécue. Plus de 80 % des personnes interrogées dans le cadre d'Afrozensus déclarent avoir été victimes de discrimination au cours des deux dernières années dans leurs contacts avec la police. Parmi les 2.000 personnes interrogées, près d'une personne sur trois déclare avoir déjà subi des violences policières. Parmi plus de 4.000 personnes interrogées, plus de la moitié déclarent avoir déjà été contrôlées au moins une fois dans leur vie par la police sans raison apparente, c'est-à-dire avoir subi un profilage racial.

"J'ai été arrêté dans la rue par trois policiers en civil venus de nulle part et m'ont accusé d'avoir vendu de l'herbe. J'étais juste en train de prendre un café. Bien qu'ils n'aient pas trouvé de drogue sur moi lors de la fouille ou qu'ils n'aient pas d'autres preuves pour étayer leurs accusations, une plainte a été déposée contre moi." (S. 120)

■ Il ne s'agit pas seulement du racisme institutionnel, mais aussi du racisme quotidien et des "micro-agressions" auxquelles les personnes noires sont confrontées tous les jours.

L'expérience la plus étendue de la discrimination raciste a été vécue par 90% d'entre eux dans les lieux publics et les loisirs, 85% dans les magasins, 83% dans la vie privée, plus de 70% dans la recherche d'un logement et 80% dans la vie professionnelle.

En public, par exemple: *"On m'a fait remarquer la cabine sale dans les toilettes publiques du centre commercial en me lavant les mains, parce qu'on pensait automatiquement [...] les femmes noires sont toujours les femmes de toilettes". (S. 218)*

Dans la vie professionnelle, contre une femme noire: *"J'ai reçu un refus après un entretien d'embauche. Le motif était le suivant : 'Il ne s'agit pas de vos qualifications, mais les blancs [hauts/hauts fonctionnaires] ne se laisseront pas donner d'instructions par une femme noire, je veux vous épargner cela'". (S. 97)*

Dans la vie privée : *"J'ai été discriminée dans mon groupe d'amis, on m'a touché les cheveux, le mot en N a été prononcé plus souvent, etc. Les discussions n'étaient pas prises au sérieux et étaient tournées en ridicule". (S. 129)*

De nombreuses expériences amères sont également vécues dans le secteur de la santé, comme ici: *"Souvent, je n'ai pas envie de prendre des rendez-vous chez le médecin ou de me rendre dans de nouveaux cabinets, car je veux éviter les expériences désagréables et discriminatoires. En outre, je fais depuis longtemps des recherches conscientes pour trouver des médecins noirs ou of color afin d'éviter les expériences décrites précédemment". (S. 151)*

Lors de la recherche d'un logement : *"Lors de la recherche d'un appartement, j'ai reçu un refus soudain après l'entretien, malgré une attestation de revenus et une promesse d'embauche par téléphone (ma couleur de peau n'était pas visible au téléphone !). On m'a dit que*

"nous' avons tendance à recevoir la visite de parents lointains, et que ce n'était pas souhaitable dans cet appartement". (S. 106)

Le fait que ses propres enfants soient victimes de discrimination raciste, que ce soit de la part d'autres enfants ou adolescents, voire du personnel enseignant lui-même, fait partie des "expériences noires dans l'enseignement".

"J'ai finalement subi beaucoup de racisme à l'école et on a failli m'envoyer dans une école spéciale à l'école primaire (objectivement, il n'y avait pas de problèmes de lecture ou de calcul). Selon moi, en raison de la couleur de ma peau. Rétrospectivement, j'ai toujours dû en faire plus que les 'Allemands biologiques' et j'ai aussi l'impression de pouvoir me permettre moins d'erreurs". (S. 180)

"J'ai l'impression que mon cerveau est tellement rempli d'expériences de discrimination [...] parce que c'était toujours si constant, c'était comme une chaîne. Il n'y avait jamais de fin comme ça et puis ça passe à l'année suivante". (S. 183)

"Et puis je me suis présentée aux élections là-bas et j'ai clairement gagné les élections. Et mon enseignante m'a répondu directement par la négative : "Non, non, non. Tu ne peux pas être délégué de classe, parce que tu te fais déjà remarquer par la couleur de ta peau". (S. 185)

La problématique y est également présentée avec force du point de vue des enseignants noirs, avec leurs expériences et leur regard sur la situation. Une enseignante noire témoigne: *"Un élève reçoit de moi une mauvaise note pour un tableau. Il me demande pourquoi. Je réponds qu'il n'a fait aucun effort et que le contenu (représentation sexuelle et inappropriée) n'a rien à faire à l'école. Il me répond que les Noirs n'ont pas non plus leur place à l'école et qu'il s'en va". (S. 192)*

■ Il s'agit avant tout de toutes les personnes noires qui ne sont pas des hommes et qui sont particulièrement attaquées par des propos et des agressions sexistes et racistes allant jusqu'à la violence brutale. Ainsi, 70% des femmes ont déjà fait l'expérience, à des fréquences variables, de se faire saisir les cheveux sans qu'on le leur demande, c'est-à-dire d'une agression flagrante. Les situations sont souvent menaçantes comme ici :

"Un vieil homme blanc me crie dans le restaurant de bord d'un ICE que je dois m'asseoir sur ses genoux. Il tape sur ses genoux et crie : 'Viens ici[,] belle princesse/reine africaine. Il y a encore de la place ici! Il avait environ 70 ans, j'étais seule et j'avais 20 ans. Tout le monde a ri, personne n'a rien dit et j'ai paniqué". (S. 226)

■ Propos discriminatoires: 80 % des personnes interrogées ont fait l'expérience, à des fréquences variables, de propos racistes et discriminatoires tels que : *"Mais d'où viens-tu ?"* ou de chantage raciste : *"On me dit de retourner d'où je viens". (S. 212)*

L'étude met particulièrement l'accent sur l'évaluation de cette forme de racisme anti-noir qui passe apparemment inaperçue et qui est ensuite souvent balayée par des excuses fallacieuses selon lesquelles "ce n'est pas ce que je voulais dire", "c'est juste pour rire". Cela se traduit également par des descriptions apparemment

Que comprend le racisme anti-Noirs ?

Il est clairement établi dans l'étude "Afrozensus 2020" que le racisme anti-Noirs ne peut être réduit à la couleur de peau et que le terme "Noirs" lui-même englobe bien plus que la couleur de peau dans ses différentes nuances. En l'occurrence, il est clair, dans la description de la discrimination, que la couleur de peau et la prétendue classification ethnique qui y est liée font partie des caractéristiques principales du racisme anti-Noirs. Plus de 90 % des personnes interrogées l'estiment ainsi. De même, il est fait référence à la tradition progressive des termes "Black" et "Noirs", qui englobent également bien plus qu'une description de la couleur de peau.

Les auteurs de l'étude se placent aussi explicitement dans la tradition des luttes contre la colonisation, c'est-à-dire le colonialisme, mais aussi, comme il est dit, contre l'existence d'une "oppression néocoloniale persistante jusqu'à nos jours" (p. 39). Il est remarquable que l'édifice théorique et le vocabulaire du soi-disant postcolonialisme ne soient pas abordés. Il est clairement question de "néocolonial". Nous pensons que c'est très juste.

positives de personnes noires ou africaines dans le sport et la musique.

■ L'un des principaux domaines de discrimination est celui des médias et d'Internet. Près de 90 % des personnes interrogées déclarent avoir été victimes de discrimination raciste dans le domaine "médias et Internet" au cours des deux dernières années, dans des représentations et des commentaires.

■ Les facteurs sociaux jouent à nouveau un rôle dans les discriminations racistes. Les personnes interrogées à faible revenu sont nettement plus nombreuses que celles à revenu élevé à déclarer avoir été victimes de discrimination raciste au cours des deux dernières années. Il en va de même, en particulier dans le domaine de la "vie professionnelle", pour les personnes interrogées ayant une expérience personnelle et/ou familiale de l'asile, qui sont davantage discriminées que les personnes interrogées sans expérience de l'asile. Les répondants ayant deux parents noirs/africains/afro-diasporiques sont également plus discriminés dans la vie professionnelle et dans d'autres domaines que les répondants n'ayant qu'un seul de ces parents.

■ Environ 60 % des personnes interrogées estiment clairement que le racisme anti-Noir a augmenté, voire fortement augmenté, au cours des cinq dernières années.

■ De nombreuses personnes interrogées ont exprimé leur indignation face au traitement réservé aux œuvres d'art volées dans les colonies allemandes et ramenées en Allemagne, où la plupart d'entre elles se trouvent encore aujourd'hui.

■ Le traitement dédaigneux du génocide des Herero et des Nama de 1904 à 1908 en Namibie ("Afrique du Sud-Ouest allemande") et le refus d'indemnisation sont également perçus par les personnes interrogées comme une discrimination raciste.

Difficultés de la riposte

Dans les rapports, toute l'ampleur du racisme dans la société, ici concrètement le racisme anti-noir, l'énorme pression et la problématique fondamentale d'une discrimination aussi étendue se révèlent aussi par le fait que "se défendre" est menacé par toute une série de répressions qui sont décrites très concrètement.

"J'ai été expulsé de [une] soirée étudiante de manière extrêmement agressive par des videurs sans raison apparente et j'ai reçu des coups de pied. La plainte à la police a fini par devenir dangereuse pour moi, car j'ai reçu une contre-plainte qui, selon la police, serait plus facilement crue au tribunal. Le problème principal de ma plainte était que j'avais mentionné que je soupçonnais que la situation avait dégénéré en raison de préjugés racistes (en tant qu'homme noir, j'étais perçu comme particulièrement dangereux). Par la suite, un chirurgien m'a dit qu'il n'en pouvait plus d'entendre parler de 'racisme'. Je devrais simplement admettre que c'est de ma faute". (S. 224)

Il n'est pas rare qu'un dilemme se pose alors : soit quelqu'un ignore les propos et les actes racistes, les passe simplement sous silence et ne les prend pas au sérieux, soit il cherche la confrontation et la critique, se positionne lui-même clairement, c'est-à-dire entre en conflit, pose des limites et se défend contre le racisme. Ce n'est une décision simple qu'à première vue. Dans la situation concrète de la vie, c'est un dilemme extrêmement sérieux, souvent quotidien, notamment chez les enfants à l'école, mais aussi là où quelqu'un a affaire tous les jours aux mêmes personnes dans le cadre de son travail et doit s'attendre à des conséquences discriminatoires.

"Malheureusement, je dois dire que le fait d'adopter une position antiraciste ne me facilite pas la vie, mais je me sens mieux. J'espère que mes enfants apprendront sur le modèle". (S. 162)

L'étude montre en détail: La majorité des personnes interrogées n'a pas une grande confiance, ce qui est compréhensible, ni dans la police, ni dans les autorités chargées des étrangers, mais aussi dans les églises. La majorité n'a pas non plus confiance dans les syndicats : 23 % ne l'ont pas du tout ou "plutôt pas", 43 % ne l'ont que "partiellement".

Le nombre de ceux qui ont réagi par des plaintes et des dénonciations est d'environ 20 %. Cela signifie que 80 % n'ont pas ou pas encore réagi par des plaintes et des dénonciations. (Plus de 70 % ont toutefois parlé ensuite à différentes personnes de leur environnement social et plus de 85 % ont abordé ouvertement la discrimination).

A la question de savoir ce qui s'est passé après un signalement, une plainte ou une dénonciation, plus de 60 % ont dû constater qu'il n'y a pas eu de conséquences. Seuls environ 7 % des auteurs ont été punis. Il n'est donc pas étonnant que 75 % soient plutôt insatisfaits ou très insatisfaits de la manière dont les incidents discriminatoires ont été traités. Deux tiers des personnes interrogées ont été "frustrées" par ce traitement. Plus de 45 % indiquent comme conséquence une charge mentale. Près de 10 % sont

tombés malades psychologiquement dans le cadre de tels conflits.

*

Avec ces présentations et ces résultats, l'"Afrozensus 2020" comble une lacune importante. Les auteurs* sont toutefois conscients que cette étude pilote, la première du genre, a aussi ses limites. Malgré tous les efforts, elle n'a pas pu couvrir "de nombreuses réalités et expertises noires, africaines et afro-diasporiques" (p. 281). En font en tout cas partie l'incitation raciste et la violence meurtrière des nazis, qui n'ont pas été traitées dans cette étude ou n'ont pas pu l'être.

Revendications contre le racisme anti-Noirs

Les personnes interrogées sont assez unanimes sur ce qui est important : renforcer la confiance en soi, être présent, avoir des connaissances sur les droits, intervenir politiquement !

Les revendications politiques sont claires et "en fait" des évidences démocratiques, mais elles n'ont pas été satisfaites dans la réalité jusqu'à aujourd'hui. Certaines des plus importantes sont, en substance:

- Mettre fin à la discrimination par la police, les autorités, les médias et dans les écoles**
- Mettre fin au profilage racial et aux violences policières**
- Enquête et poursuites judiciaires sur les décès de personnes noires sous l'emprise de l'État**
- Développement de services de conseil sur le racisme anti-Noir**
- Représentation suffisante des personnes noires à tous les niveaux de la société**
- Formation anti-discriminatoire dans les professions éducatives et sociales**
- Mettre fin à la politique d'asile chicanière et qui repousse les réfugiés**
- Reconnaissance du génocide allemand contre les Herero et les Nama et indemnisation**
- Restitution d'œuvres d'art coloniales spoliées**
- Reconnaissance des victimes noires du nazisme**

Lutter ensemble pour cela, SOLIDARITÉ !

Aikins, Muna AnNisa; Bremberger, Teresa; Aikins, Joshua Kwesi; Gyamerah, Daniel; Yildirim-Caliman, Deniz:

Afrozensus 2020: Perspektiven, Anti-Schwarze Rassismuserfahrungen und Engagement Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen in Deutschland, Berlin 2021. Online: www.afrozensus.de

Ce tract a été fait en français avec un programme de traduction automatique.

Ce tract est aussi disponible en anglais et allemand.

Die Polizei-Staats-Rassisten bei der Arbeit: Planmäßige Provokation in Köln 31.12.2016

Silvester 2016 in Köln

Silvester 2016 hat die Polizei systematisch Menschen, die aus Sicht der Polizei aussahen wie Nordafrikaner und im Polizeijargon sowie in den Medien als „Nafris“ („Nordafrikanische Intensiväter“) bezeichnet wurden, aus Zügen herausgeholt oder von der Straße weg festgenommen und zu einem großen Sammelplatz, einem so genannten Polizeikessel gebracht. Die Polizei, die selbst von „Selektion“ gesprochen haben soll, entschied einzig und allein nach dem Aussehen. Das berichten antifaschistische BeobachterInnen aus Köln detailliert (siehe facebook.com/Koeln.gegen.Rechts!).

Im Kölner Hauptbahnhof wurde ausgedostert, indem Menschen, die nicht aussahen wie Heino, durch eine Tür geschleust wurden, die direkt in den Polizeikessel führte, während alle anderen den normalen Ausgang benutzen konnten. In dem Kessel wurden allein aufgrund ihres Aussehens völlig willkürlich ausgewählte Personen mehrere Stunden festgehalten. Nachdem der Polizeikessel sich mit mehreren Hunderten – am Schluss fast 1000 – Personen gefüllt hatte, wurden TV-Sender und Presse herbeigeholt und der Ansehenerwerb, als sei von diesen willkürlich herausgegriffenen Menschen eine Art Marsch auf den Kölner Domplatz geplant gewesen. Das war völlig frei erfunden, da alle diese eingekesselten Menschen separat voneinander nichts weiter wollten wie alle anderen auch, nämlich Silvester feiern. „Am HBF werden derzeit mehrere hundert Nafris überprüft“, verkündete die Kölner Polizei demagogisch per Twitter.

Diese „Freiheitsberatungen im Amt“ und die staatlich durchgeführte rassistische Auslese wurden in aller Öffentlichkeit durchgeführt, auch wenn im Nachhinein die Überwachungskameras im Hauptbahnhof mit ihren Videoaufzeichnungen nicht freigegeben wurden, um die ras-

sistische Willkür nun doch der internationalen Öffentlichkeit lieber vorzuenthalten.

Dieses polizeistaatliche Verhalten wurde wie abgesprochen in den nächsten Stunden und Tagen von den Spitzen der politischen Parteien von CDU, SPD bis Grüne hoch gelobt (Frau Wagenknecht sagte diesmal nichts, aber wir wissen, was sie denkt!). Die Methode des Vorgehens der Polizei wurde als vorbildlich dargestellt. Denn angeblich sei es ja darum gegangen, so die infame Unterstellung, die „deutsche blonde Frau“ vor den Übergriffen – so wortwörtlich in einem WDR-Kommentar, der von der Bild-Zeitung (Bild online vom 04.01.2017) groß heraus gestellt wurde – von „gewaltigen Männerhorden“ zu schützen.

„Da waren sie wieder, die gewaltigen Männerhorden“

Wer auch nur vorsichtig, wie eine Politikerin der Partei der Grünen, das Vorgehen der Polizei infrage stellte, wurde beschimpft, fertig gemacht, gedemütigt und zum Rückzug gezwungen. Die Initiierung dieses ganzen Vorganges war so perfekt geplant und durchgeführt, dass auch die große Mehrheit der an der Basis arbeitenden antifaschistischen und antirassistischen, demokratischen Organisationen überrollt wurde. Offenbar und halten viele eine solche Initiierung nicht für möglich, auch wenn hier und da im Internet oder in Presseerklärungen das Vorgehen der Polizei kritisiert wurde. Einen großen Aufschrei oder gar Massenaktionen gegen dieses unerhörte Vorgehen von Polizei, Politik und Medien gab es nicht.

Wichtig und dringend ist es, dass alle antifaschistischen und antirassistischen, auch alle

Stellungnahme aus Südafrika gegen die grundfalsche Bezeichnung von Israel als Apartheidstaat „Stehlt uns nicht das Wort Apartheid!“

Wir drucken nachfolgend die Stellungnahme eines Aktivisten der Studierenden der ANC-Jugendliga aus Südafrika gerne ab. Diese wurde bereits 2017 verfasst, hat aber gerade auch angesichts der aktuellen jüdenfeindlichen Attacken, zuletzt besonders das Dokument von Amnesty International in England, „Israels Apartheid gegen die Palastenser“ von 2022, nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt. Aus der Sicht des Verfassers ist die Darstellung des Staates Israel als Apartheid-Staat eine widerliche Verharmlosung der Apartheid in Südafrika. Seine Argumente sind überzeugend. Sicherheit wird hier und da der Lage in Israel nicht genau genug beschrieben, da es ja um den Unterschied zur Apartheid in Südafrika geht.

Das Geschrei von „Israel – Apartheidstaat“ ist Teil einer weltweiten jüdenfeindlichen Propaganda. Wir schließen uns daher der Argumentation der nachfolgenden Stellungnahme aus Südafrika in den entscheidenden Punkten an. Im Anschluss an die Stellungnahme aus Südafrika bringen wir unsere eigene Stellungnahme gegen das jüdenfeindliche Dokument von Amnesty International von 2022.

Stellungnahme des Vorsitzenden der ANC-Jugendliga Nkululeko Nkosi gegen jüdenfeindliche Angriffe

Fast ein Jahrhundert lang bestimmte die Apartheid Südafrika durch die Institutionalisierung der Rassentrennung, die die Grundlage unseres politischen Systems „Apartheid“ ist ein Wort aus dem Afrikaans und bedeutet „Getrenntheit“. Für unsere Eltern und Großeltern waren die Jahre der Apartheid eine Quelle für tief sitzende individuelle Traumata. Ihre Generationen wurden gezwungen, in diesem tiefen diskriminierenden System zu leben. Diejenigen, die im Post-Apartheid-Südafrika aufgewachsen sind, können dieses rassistische Erbe noch heute deutlich spüren.

Gerade deshalb, weil wir Südafrikaner*innen genau wissen, was Apartheid bedeutete, haben wir die Pflicht zu hinterfragen, ob es ein angemessenes Wort ist, um den israel-Palastina-Konflikt zu beschreiben.

Das heißt im Klartext: Da niemand den Schmerz und die Schrecken der Apartheid besser kennt als wir, sind wir es, die der Welt signalisieren sollten, wann es angemessen ist, das Wort zur Beschreibung einer Situation zu verwenden – und wann nicht.

Was die Apartheid in Südafrika bedeutete

Apartheid bedeutete in Südafrika die Verankerung von Rassismus in einem System von Gesetzen und Regulierungen. Es war ein rechtliches Mittel der weißen Minderheit, die sich auf weniger als zehn Prozent der Bevölkerung belief, ihre ökonomische und politische Vormachtstellung zu stabilisieren. Zugleich verletzte die Apartheid sowohl die Identität als auch die Würde der schwarzen Bevölkerung herab. Schwarzen und anderen nicht-weißen Bevölkerungsgruppen wurden Landrechte, Wahlrecht, Redefreiheit und letztlich das Recht auf Selbstbestimmung vorenthalten.

Die Wurzeln der Apartheid reichen bis ins Jahr 1913 zurück, als der so genannte Land Act verabschiedet wurde, drei Jahre nachdem die Buren und die britische Kolonialmacht die Unabhängigkeit Südafriks vereinbart hatten. Nach diesem Gesetz wurde die Schwarze Bevölkerungsmehrheit gezwungen, ausschließlich in so genannten „Einigeboeren-Reservaten“ zu leben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, der Südafrika in eine tiefe ökonomische Krise gestürzt hatte, gewann die National Party die Parlamentswahlen (an der nur weiße Wähler*innen teilnehmen durften) mit dem Versprechen, die „Rassentrennung“ zu formalisieren und auszuweiten. Zum ersten Mal fiel nun das Wort „Apartheid“. Der designierte Premierminister Hendrik Verwoerd, aus dessen Feder die Apartheidgesetze stammten, äußerte dabei ganz offen, dass es darum ging, die an sich schon sehr starke rassistische Ungleichbehandlung im Land noch weiter zu verschärfen: „Warum sollten die Bantu-Kinder (Schwarzen) in Mathematik unterrichtet werden, wenn sie diese niemals praktisch benutzen werden?“ Das ist doch absurd. Bildung sollte an die Chancen und die Lebensumstände eines Menschen angepasst werden. Für Verwoerd und andere Rassisten gehörten Schwarze Menschen ganz „natürlich“ an den unteren Rand der sozialen Hierarchie.

In den folgenden Jahren wurde eine Reihe weiterer Gesetze verabschiedet, welche die Apartheid weiter verfestigten, etwa indem verhindert wurde, dass Weiße und Schwarze Menschen in den gleichen Gebieten leben und einander heiraten durften. Darunter waren folgende Gesetze:

- Der Population Registration Act (1950) als Basis der Apartheid teilte die Südafrikaner*innen in drei getrennte, „farbige“ Gruppen ein: „Weiße“, „Schwarze“ und „Farbige“.

Tote durch rassistische Polizeigewalt seit 1990

Mehr als 200 Todesfälle erwiesen

2022: 09.02. Name unbekannt, Hamburg 06.01. Name unbekannt, Bonn **2021:** 01.11. Georges Zentgraf, Wuppertal 04.10. Kemal Ibrahim Huseinovic 07.09. David 05.09. Abdul 05.09. Nyan K. Heiburg 09.06. Name unbekannt, Berlin Tegel 03.06. Cossy Siddiq Khalid, 12.03. Swaa, Weil in Schönbuch **2020:** 16.10. Name unbekannt, 16.08. Name unbekannt, 23.07. Ferhat Mayouf, 07.07. Name unbekannt, 20.06. Mananda Alpha Diallo, 18.06. Mohamed Idiss, 10.06. Name unbekannt, 03.06. Sa Lou Hydera, 27.03. Marius K. Scham, Berlin 17.03. Name unbekannt, Buchsahl 14.02. Mohamed S., Berlin 06.02. Name unbekannt, Garbsen (Niedersachsen) 05.01. Name unbekannt, Gelsenkirchen **2019:** 26.12. Name unbekannt, Stuttgart 02.11. Name unbekannt, Hauptallee-Wiese-Straße 19.06. Name unbekannt, 17.08. Anou Alizada, Stade, 20.07. Sidia Raci'dy, Erfurt 22.06. Name unbekannt, Köln 16.06. Adil B., Essen 14.06. Name unbekannt, Bayreuth (Baden-Württemberg) 26.04. Tonou Mizobaki, Hamburg 26.02. Rochelle Vasaire, Schweinfurt 21.02. Name unbekannt, 26.01. Name unbekannt, Stuttgart 28.01. Name unbekannt, 27.12. Aristidis L., Berlin 26.10. Name unbekannt 27.09. Ahmad Ahmad, Köln 29.06. Name unbekannt, 08.06. Name unbekannt, 30.05. Mahmood J., bei Fensburg 29.04. Name unbekannt, 13.04. Melchiah Jabarihi, Hildt 10.04. Name unbekannt, Bremerhaven 03.03. Bokil B., Neubrandenburg 09.02. Herud P., Wuppertal 22.03. Name unbekannt, Darmstadt **2017:** 10.10. Name unbekannt, 28.06. Reza F., 06.06. Name unbekannt, 01.06. Name unbekannt, 27.04. Michael, Halle, Essen 16.03. Name unbekannt, 19.02. Name unbekannt, Heiler **2016:** 17.10. Name unbekannt, 12.10. Tschabab a.R. Assaged A., Ort unbekannt genaues Datum unbekannt, Name unbekannt, Bielefeld genaues Datum unbekannt, Jaber A., Leipzig 27.09. Hussam Fadi, Berlin 06.08. Name unbekannt, Heidelberg 18.07. Name unbekannt, bei Wilms 13.07. Anas Thomas, Berlin/Tug, 19.04. Kallio A., 11.04. Name unbekannt, Weilsice 11.03. Name unbekannt, bei München 02.03. Name unbekannt, 19.02. Jaja Dabi, Hamburg, **2015:** Mitsuo Uchi, Name unbekannt, bei Passau 04.07. Iljaz M., Zwickau **2014:** 04.12. Name unbekannt, Nordfries 31.08. Constantin M., 09.08. Rasmane Koaia, 29.07. André B. 24.05. Musir H., Lindshut **2013:** José C., Weihenstephan **2012:** genaues Datum unbekannt, Name unbekannt, München genaues Datum unbekannt, Name unbekannt, 26.11. Name unbekannt, 14.10. Name unbekannt, München 27.08. Name unbekannt, Nürnberg 07.07. Gerson Soy, Uetendorf 18.02. Harry Bilekovic, Hamburg **2011:** 21.10. Name unbekannt, Neumünster 19.05. Christy Schneuwede, Frankfurt a.M. 08.02. Name unbekannt, München **2010:** 02.07. Slawic C., Hannover 16.04. Yehi P., Hamburg 03.07. David M., Hamburg 28.02. Siloman Hamado, Berlin **2009:** 25.08. Mahmud O., Nürnberg 25.06. Name unbekannt, Berlin **2008:** genaues Datum unbekannt, Name unbekannt, Rottenburg genaues Datum unbekannt, Dennis Jockel, Berlin 14.10. J. V. O., Bötzen 16.07. Davi Sargisjan, Nürnberg 15.07. Bourahima K., Bremen 17.02. Adem Özdemir, Hagen 01.01. Mohamed M., Berlin **2007:** 02.10. Name unbekannt, Lübeck 27.06. Mustafa Alqali, Frankfurt a.M. 27.06. Ilbor C., Hamburg 14.05. Name unbekannt, Hagen **2006:** G.V., Niedersachsen (Genauer Ort unbekannt) 01.12. Name unbekannt, Zell am Main, 29.10. Assaged A., München 08.03. Name unbekannt, Gerstfeld 07.09. Xiao Z., Nexas 14.04. Dominique Kouamado, Dortmund, 29.01. Name unbekannt, **2005:** 21.10. Michael S., Hamburg 05.04. K.P., München 07.01. Dury Jhalil, Dessau 07.01. Leye-Nama Gindri, Bremen **2004:** 27.09. Nicolas M., 30.09.11.04. Name unbekannt, Hamburg **2003:** 25.03. Name unbekannt, Hamburg **2002:** 24.05. Name unbekannt, Rehenow 30.10. Mario Böhleken, Dessau **2001:** genaues Datum unbekannt, Name unbekannt, Passau 31.12. Name unbekannt, 22.12. Achidi John, Hamburg 12.12. Michael N., Hamburg 19.07. Nguyen Thi Nga, Mospo-brunn 14.07. N'Geye Marene Sarri, Aschaffenburg 18.04. Name unbekannt, Sebnitz 26.01. Jonin Amadi, Düsseldorf, **2000:** genaues Datum unbekannt, Name unbekannt, Leipzig genaues Datum unbekannt, Name unbekannt, Chemnitz 23.12. Name unbekannt, 31.12. Name unbekannt, 08.12. Asum-gasany S., Hannover 01.11. Name unbekannt, Rietzbecken 30.08. Altanidzu Dagwasundel, Berlin 05.06. No rami H., Frankfurt a.M. **2000:** genaues Datum nicht bekannt, Artur M., Mülhausen (Chiringen) 03.01. Nelson O.P., Mannheim **1999:** 10.12. Zdravko Ncklov Dimitrov, Drauschweg 30.08. Rachid S., Daren 19.08. Ousmane Sow, Düsseldorf (Abschiebung) 28.05. Amir Ageeb, Frankfurt a.M. (Abschiebung) 23.03. Veappilla B., Meers 31.01. L.L., München 01.12. H. Merkeb, G. Lübbesche 01.04. Berzan Öztürk İğnani Murat, Stuttgart **1998:** genaues Datum unbekannt, Teda D., München genaues Datum unbekannt, Harinder S.G., Halle 01.06. Hason A., Ligne 02.05. Noureddine C.A., Kromach **1997:** 07.11. Akim, Drennen 26.07. Mihai Sandu, Oldenburg 04.07. Name unbekannt, Longu ca (Rheinland-Pfalz) 09.06. F.F., Augsburg 31.05. Name unbekannt, Halle 08.02. Name unbekannt, Fuldaerwald 06.12. Hans-Jürgen Rose, Dessau **1996:** 29.12. Saiko L., Berlin 24.11. Alla B.S.T., Lorch 14.11. David Yarada 15.07. Juri T., Dring 06.06. Jude A., Hamburg 26.05. Name unbekannt, Kassel 26.05. Name unbekannt, Kassel **1995:** 16.11. Name unbekannt, Dörselen 11.05. Ester F., Hamburg 25.08. Name unbekannt, Frankfurt a.M. 22.05. Name unbekannt, Frankfurt a.M. 16.08. Louis L., Wolfenbüttel 17.06. Vo Xuan C., Berlin 13.06. Moses G., Halle 11.06. Mappsi J., Volkstedt (Sachsen-Anhalt) 05.04. Name unbekannt, Kassel 08.04. Gili K., Haritz 07.06.04. Name unbekannt, 12.03. F.K., Wiesbaden 26.02. Aliou T., Würzburg 02.03. Saunry N., München 25.02. Name unbekannt, T. ehruz (Brandenburg) 20.01. Ama T., Wittlich **1994:** genaues Datum unbekannt, Name unbekannt, Thüdingen Name unbekannt, Freiburg 11.12. Name unbekannt, 15.10. Abd. Jab. C., Ludwigslburg 30.08. Rosa Davalos, Frankfurt a.M. (Abschiebung) 25.07. Name unbekannt, Bayern (Genauer Ort unbekannt) 25.07. J.K., Wassenburg (Bayern) 05.07. Name unbekannt, BClzow Mecklenburg-Vorpommern) 30.06. Halim Dener, Hannover 29.06. Name unbekannt, Yehna 15.06. Name unbekannt, Kyritz (Brandenburg) 02.06. Zhou Z. G., Halle 09.05. Name unbekannt, D. vedon 05.05. Ousou M., München 16.03. Name unbekannt, Ral Füllif (Bayern) 25.07. Ch. slau N., **1993:** Thomas T., Heine (NRW) 25.12. Ernest T., Neapelsg. Mittel T., Landau (Schwarzwald) (Bayern) 15.10. Massimo D.L., 23.07. Maurizio C., Berlin, 30.06. Andreas Romanz, Schönheide-GCK-Heilberg (Sachsen-Anhalt) 06.05. Micalawa Kolobzisska, Frankfurt a.M. 25.04. Name unbekannt, Esingen (Baden-Württemberg) 11.03. Name unbekannt, Hamburg 03.03. Name unbekannt, Dins Aken (NRW) 22.01. Lora Ralu, Straßfurt (Sachsen-Anhalt) **1992:** 14.04. Name unbekannt, Bielefeld

Stand: 15. März 2022
Quelle: dokudeth.nustody.info
Die Recherche wird laufend ergänzt. Für Fälle, die nicht in der Liste vertreten sind, wendet euch an: death-in-custody@seup.net

Kontakt: Gewerkschafter*innen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion/fo Jugendzentrum
In Selbstverwaltung, Postfach 12 19 65, 68070 Mannheim – E-Mail: gewantifa@yahoo.de
Unsere Hügler*innen und Broschüren sind auch im Internet unter: http://gewantifa.wordpress.com

George Floyd am 25.5.2020 von rassistischer Polizei ermordet!



Gegen rassistische Morde durch Polizei und Nazis sind militante Massenkämpfe auch in Deutschland die richtige Antwort!

Kontakt: GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion
fo Jugendzentrum in Selbstverwaltung, Postfach 12 19 65, 68070 Mannheim
Unsere Flugblätter und Broschüren sind im Internet unter: gewantifa.blogspot.eu - E-Mail: gewantifa@yahoo.de

The "Afrozensus 2020" Study – An Important Initiative: Those affected by anti-black racism have their say – Solidarity!

It is now difficult to deny the existence of massive anti-black racism in Germany. The self-organisation of those affected by this phenomenon, the large demonstrations of thousands of young people from Black Lives Matter, the multi-year mobilisation of the initiative for the clarification of the murder of Oury Jalloh in police custody, the Death in Custody initiative, the campaign for victims of racist violence and other anti-racist initiatives have ensured that a lot has been exposed and brought into the public arena.

Last year, progressive democratic forces published an impressive study entitled "Afrozensus 2020". It is based on a survey of almost 6.000 people affected by anti-black racism. These are people who mostly identify themselves as black, Afro-German, Person of Colour, Afro-diasporic or African. They tell of their terrible experiences of racism in the most diverse areas. In this study, this ranges from physical discrimination and attacks by police and "security personnel", in administrations, authorities and justice, in the health sector, in working life and in the housing market, from everyday discrimination in working life, at school and in private life, to the EU's deadly closure policy in the Mediterranean.

The results of this survey, the largest ever conducted among people affected by anti-black racism, show how present and deeply rooted this racism is in the state and society. In the following, we would like to present examples of testimonies of those affected and summaries of the results. All of this is presented in this study with scientific precision and placed in the context of the interviewees. (The number of respondents varies according to the thematic area).

Experiences and facts about anti-black racism

■ Discrimination by the police and the 'security services' is cited by the respondents as a very common experience. More than 80% of the Afrozensus respondents stated that they had been discriminated against in the last two years in their contacts with the police. Of the 2,000 respondents, almost one in three said they had experienced police violence. Of the more than 4,000 respondents, more than half said that they had been stopped at least once in their lives by the police for no apparent reason, i.e. they had been racially profiled.

"I was stopped in the street by three plainclothes policemen who came out of nowhere and accused me of selling pot. I was just having a coffee. Although they didn't find any drugs on me when they searched me or have any other evidence to support their charges, a complaint was filed against me." (S. 120)

■ It is not only about institutional racism, but also about everyday racism and the 'microaggressions' that black people face every day.

The most extensive experience of racial discrimination was experienced by 90% in public places and leisure activities, 85% in shops, 83% in private life, over 70% in finding accommodation and 80% in working life.

In public, for example:

"I was pointed out the dirty stall in the public restroom in the mall when I was washing my hands, because they

automatically thought [,] black women are always the toilet ladies." (S. 218)

In professional life, against a black woman:

"I was turned down after a job interview. The reason was: 'It's not about your qualifications, but white people [senior civil servants] won't be instructed by a black woman, I don't want you to do that'." (S. 97)

In private life:

"I was discriminated against in my group of friends, my hair was touched, the N-word was said more often, etc. Discussions were not taken seriously and were ridiculed. Discussions were not taken seriously and were ridiculed". (S. 129)

There are also many bitter experiences in the health sector, such as here:

"I often don't feel like making doctor's appointments or going to new practices because I want to avoid unpleasant and discriminatory experiences. In addition, I have long been consciously searching for black or coloured doctors in order to avoid the experiences described above." (S. 151)

When looking for accommodation:

"When looking for a flat, I was suddenly turned down after the interview, despite a proof of income and a promise of employment over the phone (my skin colour was not visible on the phone!). I was told that 'we' tend to have distant relatives visiting us, and that this was not desirable in this flat." (S. 106)

The experience of one's own children being racially discriminated against, whether by other children or young people, or even by teachers themselves, is part of the 'black experience in education'.

"I eventually experienced a lot of racism at school and was almost sent to a special school in primary school (objectively, there were no problems with reading or arithmetic). In my opinion, this was because of the colour of my skin. In retrospect, I always had to do more than the 'biological Germans' and I also feel that I can afford fewer mistakes. (S. 180)

"I feel like my brain is so full of discrimination experiences [...] because it was always so constant, it was like a chain. There was never an end like that and then it moves on to the next year." (S. 183)

"And then I stood for election there and I clearly won the election. And my teacher told me straight no: 'No, no, no. You can't be a class representative, because you're already noticed for your skin colour. You can't be a class representative, because you already stand out because of the colour of your skin". (S. 185)

The issue is also strongly presented from the point of view of black teachers, with their experiences and their view of the situation. A black teacher testifies

"A student gets a bad mark from me for a painting. He asks me why. I reply that he has made no effort and that the content (sexual and inappropriate representation) does not belong in school. He tells me that black people don't belong in school either and he leaves. (S. 192)

■ It is above all all black people who are not men who are particularly attacked by sexist and racist comments and aggression, including brutal violence. For example, 70% of women have experienced, with varying frequency, having their hair grabbed without being asked, i.e. a blatant assault. The situations are often threatening, as here:

"An old white man shouts at me in the on-board restaurant of an ICE that I should sit on his lap. He slaps his lap and shouts: 'Come here[,] beautiful African princess/queen. There's still room here! He was about 70 years old, I was alone and 20 years old. Everybody laughed, nobody said anything and I panicked". (S. 226)

■ Discriminatory language: 80% of respondents experienced, with varying frequency, racist and discriminatory language such as: "But where are you from?" or racist blackmail: *"They tell me to go back to where I came from". (S. 212)*

The study places particular emphasis on the assessment of that form of anti-black racism which apparently goes unnoticed and which is then often brushed aside with spurious excuses that "I didn't mean that", "it's just a joke". This also translates into seemingly positive portrayals of black or African people in sport and music.

■ One of the main areas of discrimination is the media and the Internet. Almost 90% of the respondents stated that they had experienced racial discrimination in the area of 'media and internet' in the last two years, in representations and comments.

■ Social factors again play a role in racial discrimination. Significantly more low-income respondents than

What means anti-black racism?

It is clearly stated in this study "Afrozensus 2020" that anti-black racism cannot be reduced to skin colour and that the term "blacks" itself encompasses much more than skin colour in its various shades. In this case, it is clear from the description of discrimination that skin colour and the alleged ethnic classification linked to it are among the main characteristics of anti-black racism. More than 90% of the respondents felt this to be the case. Similarly, reference is made to the progressive tradition of the terms "Black" and "Noirs", which also encompass much more than a description of skin colour.

The authors of the study also explicitly place themselves in the tradition of struggles against colonisation, i.e. colonialism, but also, as it is said, against the existence of a "neo-colonial oppression persisting to the present day" (p. 39). Remarkably, the theoretical edifice and vocabulary of so-called post-colonialism is not discussed. There is a clear reference to 'neo-colonial'. We think this is very true.

high-income respondents reported experiencing racial discrimination in the last two years. The same is true, especially in the area of "working life", for respondents with personal and/or family experience of asylum, who are discriminated against to a greater extent than respondents with no experience of asylum. Respondents with two black/African/Afro-diasporic parents are also more discriminated against in working life and in other areas than respondents with only one such parent.

■ About 60% of the respondents clearly believe that anti-black racism has increased, or strongly increased, over the last five years.

■ Many interviewees expressed their indignation at the treatment of works of art stolen from German colonies and brought back to Germany, where most of them remain today.

■ The dismissive treatment of the 1904-1908 Herero and Nama genocide in Namibia ('German South West Africa') and the denial of compensation were also perceived by the interviewees as racial discrimination.

Difficulties of the response

In the reports, the full extent of racism in society, in this case specifically anti-black racism, the enormous pressure and the fundamental problem of such widespread discrimination are also revealed by the fact that "defending oneself" is threatened by a whole series of repressions which are described very concretely.

"I was expelled from [a] student party in an extremely aggressive manner by bouncers for no apparent reason and kicked. The complaint to the police ended up being dangerous for me, as I received a counter-complaint which the police said would be more easily believed in court. The main problem with my complaint was that I had mentioned that I suspected that the situation had escalated due to racial prejudice (as a black man I was perceived as particularly dangerous). Subsequently, a

surgeon told me that he was sick of hearing about 'racism'. I should just admit that it's my fault." (S. 224)

It is not uncommon for a dilemma to arise: *either* one ignores racist statements and actions, simply ignores them and does not take them seriously, *or one* seeks confrontation and criticism, and takes a clear position oneself, i.e. enters into conflict, sets limits and defends oneself against racism. This is only a simple decision at first sight. In the concrete situation of life, it is an extremely serious dilemma, often on a daily basis, especially among children at school, but also where someone has to deal with the same people every day in the context of his or her work and must expect discriminatory consequences.

"Unfortunately, I have to say that taking an anti-racist stance doesn't make my life any easier, but I feel better. I hope my children will learn from the model. (S. 162)

The study shows in detail: The majority of respondents understandably do not have much confidence in the police, the authorities dealing with foreigners, or the churches. The majority do not trust the trade unions either: 23% do not trust them at all or "rather not", 43% trust them only "partially".

The number of those who have reacted with complaints and denunciations is about 20%. This means that 80% have not or not yet reacted with complaints and denunciations. (More than 70%, however, have subsequently spoken to different people in their social environment and more than 85% have spoken openly about the discrimination).

When asked what happened after a report, complaint or denunciation, more than 60% had to say that there were no consequences. Only about 7% of the perpetrators were punished. It is therefore not surprising that 75% were rather dissatisfied or very dissatisfied with the way discriminatory incidents were handled. Two-thirds of the respondents were 'frustrated' by this treatment. More than 45% report a mental burden as a result. Almost 10% had become psychologically ill as a result of such conflicts.

*

With these presentations and results, the "Afrozensus 2020" fills an important gap. However, the authors* are aware that this pilot study, the first of its kind, also has its limitations. Despite all efforts, it could not cover "many black, African and Afro-diasporic realities and expertise" (p. 281). These include racist incitement and Nazi murderous violence, which were not or could not be addressed in this study.

Demands against anti-black racism

Respondents were fairly unanimous on what was important: building self-confidence, being present, having knowledge about rights, being politically active!

The political demands are clear and "in fact" democratic givens, but these have not been fulfilled in reality until today. Some of the most important ones are, according to the sense:

- End discrimination by the police, authorities, media and in schools**
- Ending racial profiling and police violence**
- Investigation and prosecution of deaths of black people under state control**
- Development of counselling services on anti-black racism**
- Sufficient representation of black people at all levels of society**
- Anti-discrimination training in the educational and social professions**
- Ending the chicanery of asylum policy that pushes refugees away**
- Recognition of the German genocide against the Herero and Nama and compensation**
- Restitution of looted colonial works of art**
- Recognition of black victims of Nazism**

Fighting together for this, SOLIDARITY!

Aikins, Muna AnNisa; Bremberger, Teresa; Aikins, Joshua Kwesi; Gyamerah, Daniel; Yildirim-Caliman, Deniz:

Afrozensus 2020: Perspektiven, Anti-Schwarze Rassismuserfahrungen und Engagement Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen in Deutschland, Berlin 2021. Online: www.afrozensus.de

This leaflet was produced in English by an automatic translation programme.

This leaflet is also available in German and French.

Solidarität mit den Gorillas-Arbeiter*innen, die gegen ihre fristlose Entlassung wegen Teilnahme an einem „wilden Streik“ kämpfen

„Ohne unser Recht auf verbandsfreien Streik ist unsere Arbeit nicht mehr als moderne, durch Richterrecht legalisierte Sklaverei“

Drei ehemalige Rider von Gorillas waren wegen ihrer Teilnahme an einem „wilden Streik“ im Warehouse Bergmannkiez in Berlin-Kreuzberg im Oktober 2021 fristlos entlassen worden. Dagegen klagten sie. Ihre Klage richtete sich gleichzeitig gegen das extrem restriktive Streikrecht in Deutschland, auf dessen Grundlage die Kündigungen erfolgten. Demnach sind Streiks ohne Aufruf durch eine „anerkannte“ Gewerkschaft illegal. Duygu Kaya wollte am 6. April 2022 in der Verhandlung über ihre Kündigungsschutzklage vor dem Arbeitsgericht Berlin eine Erklärung abgeben. Ihr Anwalt Benedikt Hopmann forderte das Gericht auf, sich diese Erklärung anzuhören, um sich selbst ein Bild davon zu machen, unter welchen Bedingungen die Gorillas-Beschäftigten arbeiten und warum die Beschäftigten die Arbeit niederlegten. Obwohl der Anwalt ausdrücklich darauf hinwies, dass der Klägerin rechtliches Gehör zusteht, unterband der Richter die Erklärung mit der Begründung, die Klägerin wolle sich nicht zur Sache äußern. Aber der Richter kannte die Erklärung nicht, welche die Klägerin abgeben wollte. Das Arbeitsgericht Berlin erklärte in seinem Urteilsspruch die Kündigung der Gorillas Mitarbeiter*innen für rechtmäßig und bekräftigte damit das restriktive Streikrecht in Deutschland. Die drei Entlassenen legen gegen die Urteile des Arbeitsgerichts Berufung ein. Hier die Erklärung von Duygu Kaya im Wortlaut:

Erklärung von Duygu Kaya am 6. April vor dem Arbeitsgericht Berlin

„Sehr geehrte Richter und Richterinnen

ich möchte Sie bitten, mir als Zivilperson mit offenen Herzen und als Richter*innen mit aufmerksamen Ohren zuzuhören. Es wird länger dauern, deshalb bitte ich Sie um Ihre Geduld.

Mein Name ist Duygu Kaya, ich bin 33 Jahre alt und komme aus Istanbul. In der Türkei habe ich zwei Studien abgeschlossen; zum ersten, Lehramt für Englisch und zum zweiten, Filmwissenschaft. Im Moment schreibe ich neben meinen Brotjobs meine Masterarbeit.

2018 bin ich aus persönlichen Gründen nach Deutschland gekommen. Ich habe sofort begonnen, den Deutschunterricht zu besuchen, denn ich wollte so schnell wie möglich meine Diplome anerkennen lassen, um wieder als Lehrerin arbeiten zu können. Aber bald schon musste ich so viel arbeiten, um meinen grundlegenden Lebensunterhalt zu bestreiten, dass ich schlicht keine Zeit mehr hatte für meine Deutschkurse. Sozialleistungen konnte ich nicht beantragen, weil ich damit mein Aufenthaltsverfahren in Gefahr gebracht hätte. Zu dem Zeitpunkt begann ich langsam zu begreifen, wie das System aufgebaut ist, das uns, die neuen Migrant*innen, offenbar zu den neuen Gastarbeiter*innen für Deutschland machen soll.

Ich brauchte Deutschkenntnisse auf C2-Niveau, um Lehrerin zu werden, also Muttersprachler-Niveau zu erreichen, während ich entweder in türkisch-, spanisch-, indisch- oder englischsprachigen Jobs arbeiten musste. Übrigens ist das Erlernen der deutschen Sprache nur eines der Haupthindernisse bei der Arbeitssuche. Keinen deutschen Namen zu haben oder einen Namen, den der Personalverantwortliche nicht aussprechen kann, ist meiner Meinung nach ein mindestens so großes Hindernis.



Kundgebung am 6. April 2022 vor dem Arbeitsgericht Berlin

Und was passiert in der Zwischenzeit, bis wir unsere Ziele erreichen? Es ist eine lange Geschichte voller Ausbeutung... Wir stecken in einem Teufelskreis fest, wie Beutetiere. Dieser Teufelskreis bedient Firmen wie Gorillas, Getir, Lieferando und all die anderen Unternehmen, die stark von Arbeitsmigrant*innen abhängig sind. Wir brauchen Jahre, um Deutsch zu lernen und einen sinnvollen Job zu finden, der unsere sozialen, kulturellen und finanziellen Bedürfnisse befriedigt.

Die gängige Vorstellung am Arbeitsmarkt ist die folgende: Ihr seid Migranten und solltet sogar dankbar sein, hier in Deutschland überhaupt einen Job zu finden. Und ihr solltet damit einverstanden sein, wenn ihr von diesen Unternehmen ausgebeutet werdet, bis ihr dort ankommt, wo ihr hinwollt – wenn ihr das überhaupt schafft. Es wird für richtig gehalten, dass wir bei der Arbeit in diesen Betrieben unserer Würde beraubt werden. Nicht, weil die Arbeitsplätze nicht unseren Erwartungen entsprechen, sondern weil wir fast wie Objekte betrachtet werden, denen man einen eigenen Willen abspricht. Wir sind die soziale Klasse der Gesellschaft, der der Wille abgesprochen wird, unser Wille wird gefesselt und in den Briefkästen eingeschlossen, die wir jeden Tag sehen, wenn wir nach Hause kommen.

Wussten Sie, dass der Briefkasten zur lebenden Metapher für Angst, Furcht und Kontrolle im Leben der Migrant*innen geworden ist? Der Briefkasten... der Staatsapparat, der uns mit jedem Brief, den wir erhalten, in jeder Sekunde einschüchtert. Wir sind keine Bürger*innen dieses Landes. Wir sind die Verletzlichsten und doch diejenigen, die am wenigsten geschützt sind. Und genau das ist der Grund, warum Unternehmen wie Gorillas machen, was sie wollen und mit fast allem durchkommen.

Sie unterschlagen die Löhne der Arbeiter*innen. Sie bieten uns keine Sicherheit. Sie geben uns keine Schichten, die es uns ermöglichen würden, unsere Kurse an der Universität oder der Sprachschule zu besuchen. Sie entlassen uns am Ende unserer Probezeit und lassen uns nicht einmal die geringste Chance, ALG 1 zu beantragen.

Was wird von uns erwartet? Schweigen, Gehorsam, einen anderen prekären Job zu finden, wo wir wieder genauso behandelt werden ... nur bis ... bis wir da sind, wo wir sein wollen. Wann soll das sein? Bei mir sind es schon fast vier Jahre. zehn Jahre für jemand anderen...

Sehr geehrter Herr Richter Kühn, Sie scheinen gewerkschaftliche Arbeit zu befürworten. Das tue ich auch. Mein Vater war sein Leben lang Gewerkschafter, und ist es immer noch. Die Gewerkschaften gehören auch zu uns. Allerdings sind diese derzeit für unsere Lebensbedingungen zu institutionalisiert. Es gibt kaum einen tatsächlichen Kontakt zwischen den Beschäftigten und ihnen.

Ich bin Mitglied in zwei verschiedenen Gewerkschaften. Und von mir als prekär Beschäftigte wird erwartet, dass ich den Arbeitsplatz selbst organisiere und "Mitgliedsbeiträge" in die Kasse der Gewerkschaft bringe. Das ist es, was Verdi von uns verlangt: die nötigen 50 % der „Arbeitnehmer*innen“ zu Verdi zu bringen. Wie sollen wir uns in solchen Betrieben gewerkschaftlich organisieren, wenn wir keinen Schutz haben?

In der ersten Anhörung haben Sie uns auch gefragt, warum wir den Streik nicht mit den Gewerkschaften organisiert haben. Glauben Sie mir, ich habe mir diese Frage auch schon oft gestellt. Wo waren die Gewerkschaften? Ich sage es Ihnen:

Sie sitzen hinter ihren Schreibtischen und stecken den Kopf in den Sand wie ein Vogelstrauß. Sie finden Ausreden, warum sie unsere Arbeitsplätze nicht organisieren können. Einige reden von Sprachbarrieren. Sprachbarrieren? Die Arbeiterinnen bei Gorillas kommen aus vielen verschiedenen Ländern und sprechen viele verschiedene Sprachen – und wir haben es trotzdem geschafft, uns zu organisieren! – obwohl uns kein Gewerkschaftsbudget und keine hauptamtlichen Gewerkschafterinnen zur Verfügung standen.

Nein, das kann also nicht der Grund sein. Der eigentliche Grund ist der, dass wir am Ende unserer Probezeit entlassen werden: Das bedeutet, dass es sich für die Gewerkschaften nicht lohnt, in uns zu investieren. Warum sollten sie sich die Mühe machen, zu uns zu kommen und eine Menge Arbeit zu investieren, wenn sie wissen, dass keiner dieser Arbeiterinnen sechs Monate später noch da sein wird?

Eine Gewerkschaft braucht im Durchschnitt bis zu 2 Jahren, um einen Arbeitsplatz zu organisieren. Ich habe aber noch nie eine*n Fahrer* in bei Gorillas oder bei den anderen Lieferdiensten getroffen, die länger als ein Jahr, geschweige denn zwei Jahre, in demselben Unternehmen gearbeitet hat. Es ist die planmäßig herbeigeführte Prekarität dieser Arbeitsplätze, die die Gewerkschaften von uns fernhält. Von denen, für die sie sich eigentlich am allermeisten zuständig fühlen müssten. In ihren Augen sind wir aber offenbar die Arbeiterklasse mit Lepra!

Bitte versetzen Sie sich in unsere Lage. Was hätten wir anderes tun sollen, als zu streiken? Unsere Löhne wurden gestohlen. Wir waren ständig unterbesetzt. Wir wurden zu irrsinnigen und illegalen Schichten eingeteilt, die gegen die Arbeitszeit-Regelungen verstoßen... und nichts davon alarmiert die Behörden? Was für eine beschämende Realität das ist! Das klingt wie eine Arbeitergeschichte aus den Jahren der industriellen Revolution, oder? Nein, das ist erst letztes Jahr bei Gorillas in Berlin passiert und auch letzte Woche bei einem anderen Lieferdienst, Getir. Wahrscheinlich wird dieses Gerichtsverfahren nicht das letzte sein, das sich mit diesem Thema befasst: Denn unsere Ausbeutung hat System.

Es gehörte nicht zu meinen Plänen für mein Leben in Deutschland, heute hier vor Ihnen zu stehen. Aber die Realität einer Migrantin ist immer politisch. Beispielsweise konnten wir ihr nicht entkommen, weil wir entlassen wurden, sobald wir einfach nur für unsere grundlegenden Rechte eingetreten haben, während diese Unternehmen einzig und allein auf Grundlage der Ausbeutung von migrantischer Arbeiter*innen weiter expandieren. Weil sie ganz genau wissen, dass niemand hinschaut. Und sie haben Recht: Keiner schaut hin!

Diese Unternehmen machen – legitimiert durch die aktuell geltende Rechtsprechung – jede Errungenschaft zunichte, die sich die „Arbeitnehmer*innen“ in den vergangenen hundert Jahren in Deutschland hart erarbeitet und mit ihrem Schweiß, und ihrem Körper erkämpft haben. Diese Zerstörung der „Arbeitnehmerrechte“ wird nicht nur bei den Arbeitsmigrant*innen aufhören. Unsere Ausbeutung ist ein Prototyp, der dazu benutzt werden wird, alle „Arbeitnehmer*innen“ in Deutschland zu erniedrigen und herabzusetzen. Dies ist die Verarmung des Lebens, was in Berlin bereits versucht wurde zu normalisieren, indem man Armut als sexy bezeichnete.

Dies ist die Prekarisierung des Lebens, ohne Ausnahmen zu machen. Und ist ganz und gar nicht sexy!

Das liegt vor allem daran, dass die aktuell mangelhafte gesetzliche Lage und andere staatliche Institutionen sich scheinbar eher darauf konzentrieren, die prekären Arbeiter*innen zu sanktionieren und drangsalieren, anstatt ihnen die Rechte zuzusprechen, die ihnen verfassungsmäßig zustünden.

Ich hatte Sie, Herr Richter Kühn, bei der ersten Anhörung gefragt, wer hinter dieser Rechtsprechung von vor 70 Jahren steckt. Sie meinten, es stecke ein Senat dahinter, nicht eine einzelne Person. Aber was ich über den aktuellen Stand des Streikrechts in Deutschland gelesen habe, weist tatsächlich auf eine Person hinter dieser Rechtsprechung hin, die für das Nazi-Regime aktiv gearbeitet hat, nämlich Hans Carl Nipperdey. Er gab im Rechtsstreit um den sogenannten Zeitungsstreik von 1952 ein Gutachten ab, mit dem die Weichen für das bis heute geltende Streikrecht gestellt wurden. In diesem Gutachten wurde der Streik rechtlich beschrieben als Eingriff in den Gewerbebetrieb. Das war eine unerlaubte Handlung. Erlaubt war der Streik nur, wenn er „sozialadäquat“ war. Politische Streiks und verbandsfreie Streiks sind nicht sozialadäquat und damit nicht erlaubt.

Nipperdey war dann auch derjenige, auf den sich das Bundesarbeitsgericht später berief, als es das erste Mal über einen Streik ohne Aufruf der Gewerkschaften zu entscheiden hatte. Sein Name ist nicht zuletzt auf dem Umschlag dieses Buches zu sehen: Gesetz zur Ordnung der Nationalen Arbeit. Es ist so-

Der Nazi-Jurist Nipperdey – Nach 1945 erster Präsident des Bundesarbeitsgerichts und DGB-Berater

Nipperdey (1895-1968) war während der Nazi-Zeit einer der führenden Juristen. Er war Mitglied in der Nazi-Organisation „Akademie für deutsches Recht“ und einer der Verfasser des Kommentars zum „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ (AOG).

1954 wurde dieser Nazi-Jurist zum Präsidenten des Bundesarbeitsgerichts ernannt. Er fixierte mit seinen arbeitsgerichtlichen Urteilen und Gutachten bis heute z. B. das Verbot von sogenannten „wildem“ Streiks. Auf Grundlage von Nipperdeys Gutachten verboten schon 1952 die meisten Landesarbeitsgerichte den politischen Streik der Zeitungsdrucker*innen 1952 gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz.

Nipperdey avancierte auch zum Chefberater des DGB. Speziell zwischen Nipperdey und dem DGB-Vorsitzenden Hans Böckler fand eine enge Zusammenarbeit statt. Praktisch im Auftrag des DGB produzierte Nipperdey einen Entwurf des Tarifvertragsgesetzes (TVG), der 1949 im Wesentlichen unverändert Gesetz wurde und bis heute gilt. Das Tarifvertragsgesetz ist ein Kern des extrem restriktiven Streikrechts in Deutschland.

gar auf Wikipedia einsehbar: Es wurde am 20. Januar 1934 von der NS-Führung erlassen. Es regelte den äußeren Aufbau der Betriebe und führte in der Wirtschaft das Führerprinzip ein. Es wurde durch das Kontrollratsgesetz Nr. 40 vom 30. November 1946 und Gesetz Nr. 56 vom 30. Juni 1947 aufgehoben.

Sein Buch ist „aufgehoben“, aber nicht sein Gutachten? Ich frage mich: Wie kann sich ein Richter innerhalb weniger Jahre „entnazifizieren“ und weiter das Arbeitsrecht bestimmen? In den 40ern Jahren war er ein Nazi, in den 50ern Jahren aber offensichtlich nicht?

Das Streikrecht auf der Grundlage des Gutachtens von Nipperdey wird bis heute unverändert ausgeübt, obwohl im Gesetz selbst nicht festgelegt ist, ob man nur für den Tarifvertrag und im Rahmen einer Gewerkschaft streiken darf. Das kann man in der Tat ein Richterrecht nennen; ein Richterrecht, das, unserer Ansicht nach, gegen das Grundgesetz, die Europäische Sozialcharta und grundlegende Menschenrechte verstößt. Aber wie Sie sicher am besten wissen: Gesetze sind größer als Richter. Das Gesetz steht selbst über Richter*innen. Wie kann man dann guten Gewissens an diesem Streikrecht festhalten wollen?

Deutschland braucht Arbeitsmigrant*innen nicht nur, weil wir billige Arbeitskräfte sind, weil wir leichter zu

manipulieren, zu verängstigen, zu unterwerfen und zu kontrollieren sind. Deutschland braucht uns auch, weil wir das Gewissen dieses Landes sind. Gerade weil wir so verletztlich sind, stolpern wir über die Unzulänglichkeiten des Staates oder über den Staub, der unter den Teppich gekehrt wird, über den Rassismus, den niemand hinterfragen will – im Leben, bei der Arbeit und im Justizsystem.

Manchmal finden wir jedoch auch vergessene Schätze:

Es gibt ein Zitat aus einem Grundsatzurteil aus dem Jahre 1980 beim Bundesarbeitsgericht, das ich sehr mag: "Ohne Streiks wären Tarifverhandlungen nicht mehr als kollektives Betteln". Das macht sehr deutlich, wie wichtig Streiks sind. In unserem Fall als prekär Beschäftigte, die nicht von den Gewerkschaften geschützt werden können, geht es nicht einmal um die Tarifverträge, sondern um das nackte Überleben. Ohne unser Recht auf verbandsfreien Streik ist unsere Arbeit nicht mehr als moderne, durch Richterrecht legalisierte Sklaverei.

Der erste Artikel im Grundgesetz lautet: "Die Würde des Menschen ist unantastbar" Und es geht so weiter: "Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" Das wurde in die deutsche Verfassung geschrieben, damit die Schrecken des Nationalsozialismus keinen Platz mehr in dieser Gesellschaft finden, weil die Menschenwürde so verletzt wurde, dass sie durch die Verfassung geschützt werden musste.

Ich stehe heute vor Ihnen wegen eines Menschen, dessen Bild noch immer an den Wänden des Bundesarbeitsgerichts hängt, der zu diesen Gräueln beigetragen hat, und er hat es auf dem Weg des Gesetzes getan. Er konnte weiterarbeiten, anstatt in Nürnberg vor Gericht gestellt zu werden und er trägt bis heute zur Verletzung unserer Würde bei, indem sein Erbe uns rechtlich zum Schweigen und Gehorsam zwingt. Es war die eine Motivation, die uns alle streikenden Beschäftigten zusammenbrachte: unsere Würde. Heute schämen sich die Menschen, wenn sie sagen, dass ihre Großeltern Nazis waren. Es scheint paradox, dass die Stimme des Gesetzes dann so leise ist, wenn es darum geht, sich diesem schrecklichen Erbe zu widersetzen! Ich kann nicht anders, als mich zu fragen, wie viele andere Gutachten, Richterrechte usw. von Nazirichtern immer noch angewendet werden.

Wenn dieser Prozess weitergehen muss, werden wir vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte landen. Denn dieser Rechtsstreit um Streikrechte ist ein Rechtsstreit um Arbeitsrechte und im Endeffekt ein Rechtsstreit um Menschenrechte.

Und ich erachte dieses Richterrecht als ein Verstoß dagegen.

Heute werden Sie eine Entscheidung treffen, die in jedem Fall historisch ist.

Wenn Sie entscheiden, dass die Kündigungen rechtmäßig waren, weil wir illegalerweise gestreikt haben, dann spielen Sie in die Hände jener, die die auf Nipperdey vererbte Lücke im Streikrecht, unsere diskriminierten und diskriminierenden Arbeitsverhältnisse ausnutzen. Diese Verhältnisse und diese Akteure arbeiten gegen unsere Würde, unsere Hoffnungen auf ein besseres Leben und gegen eine gerechte Arbeitswelt. Sie werden diese Unternehmen noch mehr ermutigen und mit lauten juristischen Worten sagen: Ihr, die prekär Beschäftigten, verdient, was man euch antut.

So ein Entschluss wäre nicht nur die Vollstreckung des Richterrechts, sondern auch die Billigung der Präsenz des Erbes des Nationalsozialismus im Gesetz. Die Billigung der Tatsache, dass Deutschland sich seiner Vergangenheit auch dann nicht stellt, wenn ihm die Gelegenheit dazu geboten wird.

Wir fordern Sie nicht auf, neue Gesetze zu schaffen.

Wir fordern Sie auf, das geltende Recht anzuwenden, das im Schatten eines schändlichen Präzedenzfalls ungehört bleibt.

Anschließend, möchte ich eine filmbezogene Anmerkung machen: Haben Sie jemals einen guten Film gesehen, in dem die Menschen, die für ihre Rechte gegen jede Form der Ausbeutung oder gegen ein rechtseinschränkendes Gesetz kämpfen, die Antagonisten, die Bösewichte waren? Ich bin mir sicher, dass die Antwort darauf nein lautet.

Denn so funktioniert die Kunst und die Geschichte. Sie machen aus den Unzulänglichkeiten der Gegenwart ein Gebot. Es gibt nur eine unterstützenswerte Seite in dieser Geschichte, und das ist unsere Seite. Dorthin wird die Gerechtigkeit schließlich gehören, und hoffentlich auch Sie mit Ihrem Urteil heute.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit"

Duygu Kaya für das Gorillas Workers Collective

Gewantifa-Flugblatt Nr. 61, Oktober 2021:

Solidarität mit den Streikaktionen der Gorillas-Rider!

- Extreme Arbeitsbedingungen
- Streikforderungen der Gorillas-Rider
- „Wilde“ Streiks?! – Gemeinsam kämpfen!
- Keine Illusionen über das „Streikrecht“ in Deutschland heute

Mörderische Polizeigewalt in Mannheim im Mai 2022:

**„Wenn die Polizei dich umbringt,
stirbst du nicht. Du kollabierst.“**

In den letzten Jahren ist immer deutlicher geworden: Opfer von rassistischer, immer wieder auch tödlicher, ja mörderischer Polizeigewalt sind in Deutschland „nichtweiße“ Menschen, Geflüchtete und überhaupt Menschen, die als „undeutsch“ angesehen werden. Doch auch Menschen mit psychischen Erkrankungen, Menschen, die sich entsprechend ihrem Krankheitsbild verhalten, laufen offenbar schnell Gefahr, Opfer von brutaler, ja mörderischer Polizeigewalt zu werden. Das haben im Mai 2022 zwei Fälle tödlicher Polizeigewalt in Mannheim innerhalb weniger Tage wieder einmal deutlich gemacht.

Tödliche Polizeigewalt in Mannheim im Mai 2022

Am 2. Mai 2022 wurde im Zentrum von Mannheim ein 47jähriger Mann mit kroatischen Wurzeln von zwei Polizisten ermordet.

Das Opfer hatte sich aus dem Zentralinstitut für Seelische Gesundheit entfernt. Der zuständige Arzt rief die Polizei, da der Mann möglicherweise in seiner psychischen Notsituation Hilfe brauchte. Diese hatte er nicht erhalten, stattdessen starb er nach dem Polizeieinsatz.

Diese tödliche Polizeigewalt geschah mitten in Mannheim und vor vielen Zeugen. Es gibt Videoaufnahmen von der brutalen Polizeigewalt. Dort ist zu sehen, wie zwei Polizisten dem psychisch kranken Mann hinterherlaufen und ihn mit Pfefferspray attackierten. Und wie dann die Polizisten den auf dem Bauch liegenden Mann auf dem Boden fixieren. Deutlich ist zu hören, wie er ruft: „Ich will einen Richter!“. Als er seinen Kopf hob, schlug ihn ein Polizist mehrfach mit der Faust gegen den Kopf und legte ihm Handschellen an. Die Polizei behauptete später, der Mann habe „Widerstand geleistet“, weswegen „unmittelbarer Zwang“ habe angewandt werden müssen. „Der 47-Jährige kollabierte plötzlich und wurde aus bislang unbekannter Ursache reanimationspflichtig.“, so die lügnerische Darstellung der Polizei.

Eine Woche später, am 10. Mai 2022 kam es im Stadtteil Mannheim-Waldhof schon wieder zu einem tödlichen Polizeieinsatz. Die Polizei wurde zu einem Fall gerufen, bei dem ein 31-Jähriger angeblich mit einem Messer seine Mutter bedrohte. Laut Polizei bedrohte der Mann sich selbst und die Polizisten mit einem Messer. Er ließ sich angeblich nicht beruhigen. Und die Polizei schoss auf ihn. Der 31-Jährige starb noch in der Wohnung! Er sei nicht durch Polizeigewalt gestorben, sondern an Herz-Kreislaufversagen und hohen Blutverlust!

Proteste nach der tödlichen Polizeigewalt in Mannheim

Am 2.5., am Tag des ersten Mordes, hatten sich in Mannheim 200 Menschen versammelt, um gegen die mörderische Polizeigewalt zu protestieren. Am 3. Mai trafen sich in Heidelberg und Mannheim insgesamt mindestens 300 Teilnehmer*innen, um gegen den Polizeimord zu demonstrieren. Auch in Frankfurt gab es am 3. Mai unter dem Motto „Mannheim, das war Mord!

Widerstand an jedem Ort!“ eine Spontandemo mit 500 Teilnehmer*innen. Am Donnerstag fanden in Mannheim und auch in München, am Freitag in Stuttgart und im Rems-Murr Kreis Demonstrationen statt. Am Samstag, 7. Mai gab es eine große überregionale Demo in Mannheim. In Berlin fand unter dem Motto „Mannheim war kein Einzelfall“ eine Kundgebung statt. Auch in Magdeburg und weiteren Städten gab es Demonstrationen und Kundgebungen.

Wie gehabt: Vertuschungsmanöver der Polizei

Laut LKA sei die Todesursache des 47-Jährigen unklar, und die Obduktion werde erst in einige Wochen vorliegen. So hieß es. Die Polizei lehnte sogleich auch die Einschaltung externer Ermittlungsstellen ab. Und ging in die Offensive: Da es für die Polizei belastende Filmdokumente im Internet gibt, wurden gleich mal „wegen scharfer Kommentierungen in den sozialen Medien“ ungefähr 150 Verfahren eingeleitet.

Mannheim ist kein Einzelfall. Die Muster der Polizei bei der Rechtfertigung derartiger mörderischer Polizeigewalt sind immer wieder nahezu identisch: Die von der Polizei Getöteten hätten sich widersetzt. Zweifel werden geäußert, dass es sich überhaupt um eine polizeiliche Tötung handelte. Stattdessen wird eine „natürliche“ Todesursache hervorgezaubert. Es gibt schleppende interne Ermittlungen, wenn überhaupt ermittelt wird. Und dann werden die Ermittlungen gegen die Polizei zumeist eingestellt. So wurden von 2019 bis 2021 allein in Baden-Württemberg 1.039 Strafanzeigen gegen Polizist*innen gestellt. Nur in 6 Fällen kam es zu einer Verurteilung oder Disziplinarmaßnahme. Die tötenden Polizist*innen schweigen oder haben „fehlende Erinnerung.“

Infam ist auch, wie immer wieder das Krankheitsbild oder mit Krankheit zusammenhängendes Verhalten zur Täter-Opfer-Umkehr und zur Rechtfertigung tödlicher, ja mörderischer Polizeigewalt benutzt wird. Das bringen Genoss*innen der Antifa Süd treffend auf den Punkt: *„In dem Wissen, dass Menschen mit psychischen Krankheiten oder psychischen Notsituationen nach wie vor gesellschaftliche Tabuisierung und Ächtung entgegen-schlägt, betont die Polizei immer wieder, der Tote sei zuvor in medizinischer Behandlung gewesen. Damit soll suggeriert werden, die Polizisten hätten gar nicht anders handeln können.“* (antifa-sued.org)

In einem Statement gegen die Vertuschungsmanöver der Polizei heißt es völlig zurecht: „*Wenn die Polizei dich umbringt, stirbst du nicht. Du kollabierst!*“ (#polizeigewalt#mannheim,antira.org/2022/05/09)

Es ist signifikant, dass ganze Teams von Polizisten bei Geiselnahmen manchmal erstaunlich große Geduld aufbringen, bei Menschen mit psychischen Problemen aber keinen anderen Weg sehen, als – oftmals tödliche – Schüsse. In Deutschland werden Tötungen in Notwehr- oder angeblichen Notwehrsituationen der Polizist*innen nicht in der Kriminalstatistik erfasst, sondern als „Notwehr“ zu den Akten gelegt. In Großbritannien, Kanada und Australien werden dagegen – immerhin – tödliche Einsätze der Polizei systematisch erfasst und wissenschaftlich ausgewertet. (Psychiatrische Praxis 2014, S. 50)

Diese Praxis des Vertuschens der Tötung und Ermordung von Menschen mit psychischer Behinderung in Deutschland darf auch nicht losgelöst von der Ge-

schichte gesehen werden. Die rassistische und deutsch-nationalistische Diskriminierung von Menschen mit schweren Behinderungen oder Krankheiten, sowie die mörderische Ideologie vom „lebensunwerten Leben“ haben in Deutschland eine tief verwurzelte Tradition, die in der gezielten Ermordung von tausenden behinderten und psychisch Kranken während der Nazi-Zeit gipfelte.

Gemeinsam die mörderische Polizeigewalt aufdecken und bekämpfen!

Was Polizei und andere Staatsorgane selbst der Öffentlichkeit präsentieren, darf nicht geglaubt werden. Es gilt, die Aufklärung mörderischer Polizeigewalt in die eigenen Hände nehmen! So wie die Initiative zu Oury Jalloh, die den Mord an ihm in einem Dessauer Gefängnis 2005 überhaupt erst aufgeklärt hatte und seit vielen Jahren nicht locker lässt. Oder die Initiative 19. Februar 2020 in Hanau, welche gegen polizeiliche Vertuschungen beim neunfachen Nazi-Mord am 19. Februar 2020 in Hanau für Aufklärung kämpft – oder viele andere Initiativen.

Nicht nur in Mannheim: Mörderische Polizeigewalt und Todesschüsse

„Die Tat in Mannheim geschah nicht als Einzelfall, nicht aus subjektiver Motivation oder der Unfähigkeit einzelner Beamt*innen. Sie ist das traurige Resultat eines Systems, das der Polizei die Freiheit und die Legitimation für brutale Gewalt nicht nur lässt, sondern für ihre Ordnung notwendig macht. Auch Rassismus spielt im polizeilichen Kontext eine Rolle.“ (antifa-sued.org) Seit 2007 sind in Deutschland mindestens 16 Menschen mit psychischer Erkrankung von der Polizei getötet worden! (Asmus Finzen: Tödliche Polizeischüsse. Schlechte Karten für psychisch Kranke, Soziale Psychiatrie 2014, im Internet) Hier einige krasse Beispiele:

■ 30. April 2009 in Regensburg: Auf den Studenten Tennessee Eisenberg wurden 16 Polizeischüsse abgegeben, 12 davon waren tödlich, **siebenmal wurde er in den Rücken geschossen**. Nach einem Streit mit seinem Mitbewohner, der unverletzt die gemeinsame Wohnung verlassen konnte, sei Tennessee angeblich „im Bluttausch und wirr“. Die Polizei fuhr mit insgesamt vier Einsatzwagen zur Wohnung. Eisenberg war allein in der Wohnung, trat nach dem Klingeln an die Wohnungstür, angeblich mit einem Messer. Die Polizei fühlte sich bedroht, setzte Pfefferspray und Schlagstöcke ein. Und dann die tödlichen Schüsse!

■ Juni 2010: Vor der Tür eines Krankenhauses in Frankfurt starb ein 28-jähriger Student durch Polizeikugeln. Der unter Schizophrenie Leidende war verzweifelt, da er nicht sofort zur medizinischen Behandlung in die Klinik eingelassen wurde. Er soll angeblich mit einem Schälmesser auf seine Begleitung losgegangen sein. Die Polizei schoss vier Mal auf ihn, zwei Kugeln trafen Leber und Lunge und waren tödlich.

■ 6. Oktober 2012 in Berlin Wedding: Ein 50-jähriger Mann wurde von der Polizei erschossen. Er ging eine belebte Straße entlang und trug eine Axt und ein Messer. Er wirkte bedrohlich, bedrohte jedoch niemanden. Die Polizei rückte an und forderte ihn auf, Axt und Messer abzugeben. Angeblich ging er auf die Polizisten los. Diese schossen insgesamt sechsmal auf ihn. Es gab ein Filmdokument: Dieses zeigt, dass die Polizei mit Schlagstöcken, Tritten und einem Hund auf ihn losgegangen war, als er schon auf dem Boden lag. Der 50-Jährige starb zwei Wochen später an seinen schweren Verletzungen.

■ 28. Juni 2013 Berlin: Ein 31-Jähriger wurde im Neptunbrunnen in Berlin von der Polizei erschossen. Er war allein im Brunnen, hatte ein Messer in der Hand und verletzte sich selbst. Dann kam die Polizei und umstellte mit 8 bis 10 Beamt*innen den Brunnen. Einer der Polizisten stieg auf den Brunnenrand. Der junge Mann ging langsam auf diesen zu. Der Polizist im Brunnen schoss aus nächster Nähe in die Brust des 31-Jährigen, der taumelnd in den Brunnen fiel und sofort starb.

■ 18. Juni 2020 in Bremen: Eine Vermieterin hatte die Polizei zu einer Wohnungsbesichtigung gerufen. Angeblich hatte Mohamed Idrissi eine „psychosoziale Krise“ und seine Wohnung mit Wasser stark beschädigt. Nach der Besichtigung sollte Mohamed zum Psychologen auf die Polizeiwache gebracht werden, was er verweigerte. Weitere Polizisten kamen zur Verstärkung. Vom folgenden Polizeimord gibt es ein Video: Mohamed Idrissi hatte ein Messer in der Hand, bedrohte aber nicht die Polizei. Erst als einer der Polizisten mit Pfefferspray auf ihn zielte, rannte Mohamed auf diesen zu. Der Polizist schoss zweimal in den Oberkörper und tötete Mohamed Idrissi.

■ In Frankfurt-Griesheim wurde am 21. Juni 2021 Soner A., „ein psychisch kranker, seit Jahren polizeilich nicht auffälliger Mann nach einer Beschwerde wegen einer vermeintlichen Ruhestörung von Polizeibeamten regelrecht hingetrichtet“ (Anwältin bei der Verhandlung ein Jahr später) Auf ihn wurden 10 Schüsse abgegeben. Weil er angeblich gefährlich war, wartete die Polizei mehrere Stunden auf das SEK. Inzwischen war Soner A. verblutet.

Solidarität mit den gerechten Kämpfen gegen verschärften Sozialabbau und für höhere Löhne!

Kein Fußbreit den Nazifaschisten und ihren Helfern!

Es ist im Grunde nicht neu, auch wenn es heute eine viel größere Dimension hat: Überall, wo es gerechte Kämpfe gegen Sozialabbau und für mehr Lohn, also soziale Kämpfe gegen zunehmende Ausbeutung gibt, werden sich Elemente der Nazibewegung einschalten und versuchen, Einfluss zu bekommen oder auch versuchen, sich an die Spitze der Kämpfe zu stellen. Dabei wird die ganze Palette durchgespielt werden: Offene Nazis, sich mehr oder minder bedeckt haltende Nazis oder sich gar ganz zurückhaltend gebende pronazistische Kräfte, die ununterbrochen ihre Unschuld beteuern, werden verstärkt versuchen, sich an spontanen Kämpfen, an von demokratischen Kräften initiierten Kämpfen zu beteiligen. Und sie werden versuchen, eigenständige Demonstrationen oder Proteste zu initiieren. Es wird also von einer entscheidenden Bedeutung sein, in klarer Abgrenzung zur Nazi-Bewegung verschiedenste Formen des Protests und des Widerstandes gegen verschärfte Ausbeutung durchzuführen – auf der Straße und in den Betrieben.

Es ist klar, dass sich die sozialen Kämpfe in den nächsten Monaten verschärfen werden, da die Herrschenden diese oder jene angebliche oder wirkliche Krise für eine Verschärfung von Ausbeutung und Unterdrückung nutzen. Die soziale Lage gerade der großen Masse der Lohnabhängigen, des Proletariats in den Industriebetrieben usw. verschlechtert sich und wird sich noch weiter verschlechtern. Dagegen werden Kämpfe entstehen, die unterstützt und organisiert werden müssen.

Eine zentrale Aufgabe wird dabei sein, bei den gegen verschärfte Ausbeutung Kämpfenden ein Minimum an demokratischer Selbstverständlichkeit durchzusetzen. Es geht darum, immer und immer wieder herauszustellen, dass eins völlig unmöglich ist: Die Teilnahme von nazistischen und pronazistischen Kräften! Hier wird es keine „Einheitsfront“ geben, hier wird es keinerlei Kompromisse geben, hier müssen alle Ansätze solcher Einmischungsversuche und jeder Form von Einflussnahme (auch Deutschland-Fahnen usw.) von vornherein mit allen Kräften bekämpft werden!

Warum der kompromisslose Kampf gegen jede Duldung von Nazis nötig ist

Nazis keinen Millimeter Spielraum zu geben, ist eine humanistisch-demokratische Selbstverständlichkeit.

Sicherlich werden Versuche in Zukunft noch zunehmen, alle sozialen Bewegungen als „von Rechten angeführt“ zu diffamieren. Dabei wird auch das reaktionäre Manöver benutzt werden, demokratische und linke Kräfte, die gegen verstärkte Ausbeutung und Unterdrückung ankämpfen, als „Extremisten“ mit den Nazis gleichzusetzen. Auch gegen diese Demagogie, gegen diese Verleumdung ist es von vornherein wesentlich, Nazis, AfD, Reichsbürgern, „Querdenken“ und sonstigen pronazistischen Kräften keinerlei Spielraum zu geben.

Das ist auch eine eminent inhaltliche Frage. Denn es zeigt sich immer wieder: Den Nazis geht es darum, soziale und wirtschaftliche Kämpfe auszunutzen, um mit ihrer deutsch-nationalistischen und nazistischen Hetze

verstärkt Einfluss zu bekommen, mit Parolen wie „Deutschland zuerst“ gegen Geflüchtete zu hetzen usw.

Die Gefahr der Nazi-Einflussnahme nicht unterschätzen

Dass eine Gefahr der Einflussnahme der Nazi-Bewegung existiert, zeigte aktuell z.B. eine Demonstration am 5.9.2022 in Leipzig gegen verstärkten Sozialabbau, welche die Partei „Die Linke“ (PdL) angemeldet hatte. Dort sollte auch Sahra Wagenknecht sprechen. Das kommentierte die Nazi-Bewegung vor der Demonstration begeistert in den „sozialen Medien“. (Wagenknecht sprach dann jedoch nicht). Die Nazis organisierten zeitgleich eine eigene Demonstration am selben Ort mit einem Aufruf. Dieser suggerierte, dass Nazis und PdL zusammen demonstrieren würden. Auf dem Nazi-Aufruf waren als Redner neben Nazis wie Jürgen Elsässer auch Gregor Gysi angekündigt, und es wurde eine „Einheitsfront von rechts und links“ propagiert. Parolen „Gegen Sozialabbau“ und Sprechchöre wie „Sahra, Sahra, Sahra“ waren dann auf der Nazi-Demonstration massenweise zu hören. Warum? Weil Wagenknecht immer wieder gezeigt hat, dass sie mit Nazis „reden will“ und weil Wagenknecht vor allem in ihrer Hetze gegen Geflüchtete in vielen Punkten mit der Nazi-Bewegung übereinstimmt. Allerdings gab es auch Gegendemonstrationen gegen die Nazis. Diese schafften es zeitweise trotz Polizeischutz für die Nazis, die Nazis am Marschieren zu behindern.

Diese Vorgehensweise der Nazi-Bewegung ist, wie gesagt, nicht neu. Hier drei weitere Beispiele, die zum Teil auch gelungene Abwehr der Nazis zeigen:

■ Die IG Metall rief am 27.11.2017 in Erfurt zu einem „Schweigemarsch“ gegen den von Siemens geplanten Stellenabbau auf, der vom Siemens Generatorenwerk Erfurt in die Innenstadt führte. In einer Art „Volksgemeinschaft“ gingen an der Spitze des Zuges unter dem Motto „Wir sind Siemens“ neben Funktionären der IG Metall, des Siemens-Betriebsrats auch Spitzenpolitiker von SPD und CDU. Auch Ramelow, Ministerpräsident von

Thüringen von der PdL, lief an der Spitze und trug das Frontransparent mit. Sehr gut sichtbar und von niemandem zu übersehen hatte sich auch die nazistische Partei AfD an der Demonstrationsspitze eingereiht und positioniert. Umgeben von anderen AfD-Nazis mit aufgespannten AfD-Regenschirmen und Deutschland-Fahne marschierte Bernd Hoecke an der Spitze der Demonstration – zusammen mit IG-Metall-Funktionären, Rame-low usw. Nach einer Weile zog es Hoecke vor, sich aus dem „Schweigemarsch“ zu entfernen. Tatsache ist allerdings, dass auch später auf der Demonstration gut sichtbar ein AfD-Block weiter mitlief – noch vor dem Block der PdL. Eine solche Duldung von Nazis hat es unseres Wissens bei gewerkschaftlichen Protesten, ja sogar an der Spitze der Demonstration, so bis dahin noch nicht gegeben. (Siehe unser Flugblatt Nr. 48 unten)

■ Bei einer Demonstration in Eisenach gegen Stellenabbau am 24.4.2018 mit 1.400 Demonstrierenden wurde Hoecke und andere AfD-Nazis jedoch nicht geduldet. Sie wurden von Anfang an von antinazistischen gewerkschaftlichen Kräften aus der Demonstration verjagt und auch nicht auf die Kundgebung vor dem Opel-Werk gelassen.

■ Nicht nur bei sozialen Protesten besteht die Gefahr, dass Nazis und Pro-Nazis-Kräfte versuchen, Einfluss zu

nehmen und darauf spekulieren, dass dies geduldet würde. So war das z. B. in Kassel am 3.9.2022 bei der antimilitaristischen Demo des Bündnisses „Rheinmetall Entwaffnen“. Einige Leute von der Pro-Nazi-„Querfront“-Partei „Die Basis“, die sich hinter einem eigenen Transparent versammelt hatten, versuchten sich in die Kundgebung und Demo zu drängen. Das Bündnis reagierte völlig richtig. Über Lautsprecher wurde darüber informiert und erklärt, dass dies auf keinen Fall geduldet würde. Tatsächlich wurde das auch verhindert.

Auch wenn es anfänglich vielleicht hier und da schwierig und unangenehm ist, sich dieser nazistischen Kräfte zu entledigen und gegen sie – wenn nötig und möglich auch militant – vorzugehen, so ist dieser Kampf wichtig und unerlässlich. Dieser Kampf wird die Solidarität aller, die gegen die Verschlechterung der sozialen Lage, gegen verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung ankämpfen, nicht schwächen, sondern stärken.

Im Betrieb und auf der Straße – überall den Vormarsch der Nazis bekämpfen!

Gewerkschafterinnen und Antifa GEMEINSAM gegen Ausbeutung und Nazis, gegen Nationalismus, Rassismus und Judenfeindschaft!

Bestellen und weiterverbreiten!
(Auflage: 20.000)

Das Gift des Nationalismus wirkt!

**Es geht nicht nur um Wagenknecht:
Die rechte Ideologie und Politik
der sogenannten Linkspartei**

Kommentierte Materialien zusammengestellt von
StipendiatInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Herausgegeben von GewerkschafterInnen und Antifa
gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion (Gewantifa)

August 2016

Gewerkschafterinnen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion
Flugblatt Nr. 48, Dezember 2017, 2. Auflage Mai 2018

IG Metall-Funktionäre und Linke-Ramelow Schulter an Schulter mit AfD-Nazi Höcke

**Bei sozialen Protesten und überall
jede Teilnahme von Nazis bekämpfen!**

Über das, was sich im November 2017 in Erfurt beim „Schweigemarsch“ gegen drohende Entlassungen bei Siemens ereignete, darf nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen werden.

Im Herbst 2017 kündigte Siemens den Abbau von zirka 6.900 Arbeitsplätzen an, darunter 3.500 in Deutschland. Wie nicht anders zu erwarten reagierte die IG-Metall-Führung darauf keineswegs mit entschlossenen Kampfmaßnahmen. Es gab keinen Streik, nichts dergleichen. Bald schon erklärten sich die IG Metall-Bürokraten zu „Gesprächen“ bereit. Das ist nichts Neues. Was allerdings beim „Schweigemarsch“ am 21. November 2017 in Erfurt geschah, muss unserer Meinung nach von allen Antifas und fortschrittlichen GewerkschafterInnen entschieden angeprangert werden.

Die IG Metall in Erfurt rief zu einem „Schweigemarsch“ gegen Stellenabbau auf, der vom Generatorenwerk in die Innenstadt führte. In einer Art „Volksgemeinschaft“ gingen an der Spitze des Zuges neben Funktionären der IG Metall, des Siemens-Betriebsrats auch Spitzenpolitiker von SPD und CDU. Auch Ramelow, Ministerpräsident von

Thüringen von der Partei „Die Linke“, lief an der Spitze und trug das Frontransparent mit.

Sehr gut sichtbar und von niemandem zu übersehen hatte sich auch die nazistische Partei AfD an der Demonstrationsspitze eingereiht und positioniert. Umgeben von anderen AfD-Nazis mit aufgespannten AfD-Regenschirmen marschierte Bernd Höcke an der Spitze der Demonstration – zusammen mit IG-Metall-Funktionären, Ramelow usw.

Nach einer Weile zog es Höcke vor, sich aus dem „Schweigemarsch“ zu entfernen. Tatsache ist allerdings, dass auch später auf der Demonstration gut sichtbar ein AfD-Block weiter mitlief – noch vor dem Block der Partei Die Linke. Eine solche Duldung von Nazis hat es unseres Wissens bisher bei gewerkschaftlichen Protesten, ja sogar an der Spitze der Demonstration, so noch nicht gegeben.

Geduldet wurde offensichtlich auch deutschnationalistische Hetze. Direkt hinter Ramelow wurde ein Schild hochgehalten, auf dem suggeriert werden soll, Siemens folge mit angekündigten Produktionsverlagerungen in die USA dem Motto „Amerika first“.



Zweiter von links am Transparent, direkt vor dem IGM-Logo, Ramelow von „Die Linke“, zweiter von rechts hinter dem Transparent, direkt hinter dem anderen IG-Metall-Logo, der AfD-Nazi Hoecke

Der Tod Refat Süleyman im Oktober 2022 – kein Einzelfall

Solidarität mit den Protesten migrantischer Arbeiter*innen gegen mörderische Arbeitsbedingungen bei ThyssenKrupp

Am 18. Oktober 2022 wurde der aus Bulgarien stammende Arbeiter Refat Süleyman, der am 15. Oktober 2022 spurlos verschwunden war, tot in einem Schlackebecken von ThyssenKrupp in Duisburg aufgefunden. Am 23. Oktober 2022 führten weit über 1.000 Arbeiter*innen und Werk tätige, die meisten von ihnen aus Bulgarien stammend, eine Demonstration und Kundgebung vor ThyssenKrupp durch. Sie forderten vollständige Aufklärung des Vorfalls. Diese ist bis heute nicht erfolgt. Die Demonstrierenden trugen Transparente und Tafeln mit den Forderungen wie „Nicht verstecken und verheimlichen“ und „Wir wollen, dass die Wahrheit ans Licht kommt“. Viele der Demonstrierenden schufteten bei ThyssenKrupp unter miesesten Arbeitsbedingungen in der Reinigung der Anlagen und anderen gefährlichen Bereichen, wo es immer wieder zu Todesfällen und schweren Verletzungen kommt.

Wir drucken nachfolgend Auszüge aus einem Artikel von Polina Manolova ab. Der Artikel beleuchtet konkret die Frage, wie es zum Tod von Refat Süleyman kommen konnte und der die extreme Ausbeutung von Arbeiter*innen aus Bulgarien und anderen Herkunftsländern anprangert. Viel zu gering noch ist die Unterstützung für den Kampf der Arbeiter*innen aus anderen Herkunftsländern, die vielfach „ganz unten“ sind. Die Unterstützung und Solidarität, den solidarischen Zusammenschluss mit ihnen zu organisieren, das ist unsere Aufgabe.

Warum starb Refat Süleyman?

Konzerne wie ThyssenKrupp heuern Leiharbeiter an, um massiv Kosten zu sparen. Lohnraub, die Missachtung von Sicherheitsbestimmungen und katastrophale Arbeitsunfälle sind die drastische Konsequenz dieser Strategie. Warum der tragische Tod des Leiharbeiters Refat Süleyman kein Einzelfall ist.

Von Polina Manolova

Übersetzung von Loren Balhorn

30. November 2022

Es ist spätnachmittags am Freitag, den 14. Oktober: Eine Gruppe von Menschen versammelt sich um einen kleinen Kaffeetisch in einer Wohnung im Zentrum von Duisburg-Bruckhausen. Am Abend reicht der Berg an Schuhen, der sich vor dem Eingang der Wohnung anhäuft, bis zur Holzterrasse, weil immer mehr unangemeldete Besucherinnen und Besucher eintreffen. Alle stellen die gleiche Frage: „Wo bleibt Refat?“

Vor einigen Stunden, am selben Tag, war der 26-jährige Refat Süleyman, ein bulgarischer Leiharbeiter türkischer Abstammung, auf dem Gelände des

ThyssenKrupp-Stahlwerks in Bruckhausen verschwunden. Es war die dritte Woche, in der Refat als Aushilfs-Industriereiniger für das Oberhausener Subunternehmen Eleman GmbH arbeitete, und erst sein dritter Tag im Stahlwerk.



Refat Süleyman

Refat, der mit acht anderen Kollegen die 5-Uhr-Schicht übernahm, wurde an jenem Freitagmorgen zur Buchen GmbH versetzt, einem der anderen Subunternehmen für Reinigungsarbeiten auf dem Gelände. Ihm wurde gemeinsam mit einem Vorarbeiter und einem Fahrer ein Auftrag im Bereich des Tores 4 zugewiesen. Diese zwei Menschen waren die letzten, die Refat lebend gesehen haben, bevor er gegen 9:20 Uhr mit einem Firmenfahrzeug in die Pause geschickt wurde. Er kehrte nie zurück. (...)

Aus Sicht der Familie war die offizielle Suche eher eine Alibimaßnahme seitens der Behörden und der Werksleitung. (...) In der Zwischenzeit ging die Werksleitung ihren Geschäften nach, als wäre nichts gewesen. Sie weigerte sich, die Produktion einzustellen, während Sicherheitskräfte den Familienangehörigen mit Strafen drohten, sollten sie das Firmengelände betreten.

»Fragt man sie nach Refats Tod, beharren die Beschäftigten darauf, dass es pro Jahr zehn bis fünfzehn solcher Fälle gibt, die das Unternehmen unter den Teppich kehrt.«

Doch Refats Familie und Freunde gaben nicht auf. Sie organisierten ihre eigene Suche entlang der Fabrikzäune und der angrenzenden Grünflächen, während seine Arbeitskollegen die gewohnten Arbeitsstätten nach ihm absuchten. Drei Tage später wurde seine Leiche von einem bulgarischen Kollegen gefunden. Er hatten ein Stück von Refats weißer Schutzkleidung in einem teilweise entleerten



Schlackebecken entdeckt. Das von Betonwänden umgebene Becken enthält giftige Abfälle wie Schlacke, Schlamm und andere Nebenprodukte der Stahlproduktion und befindet sich in einer geschützten Sicherheitszone, die von dem Subunternehmen Buchen betrieben wird. Es wird außerdem von einem nur wenige Meter entfernten Thyssen-Krupp-Bürogebäude direkt überwacht.

Was wird verheimlicht?

Laut Aussagen der Polizei ergab die Obduktion wenige Tage später, dass Erstickung die primäre Todesursache war. Doch seitdem stellen die schleppende Polizeiarbeit und zunehmenden Ungereimtheiten in dem Fall die Geduld von Refats Freunden und Verwandten sowie der bulgarischen Gemeinschaft in Duisburg auf die Probe. Seine Kollegen und ihre Familien verweisen darauf, dass bei Thyssenkrupp die Sicherheit am Arbeitsplatz nicht gewährleistet wurde und die Subunternehmen, die die Industriereinigung dominieren, grundlegende Arbeitsrechte verweigern würden. Sie fragen, warum Refat an seinem dritten Arbeitstag in einen Hochrisikobereich geschickt wurde. Die gesetzlich erforderlichen Trainings und medizinischen Untersuchungen wurden bei ihm nicht durchgeführt.

Die Polizei behauptet, Refat sei versehentlich ins Becken gefallen. Ungeklärt ist aber, warum er beim Reinigen des Schlackebeckens alleine vor Ort war, denn laut Vorgabe des Betriebs müssen die Angestellten immer zu zweit arbeiten. Außerdem ist eine konstante Aufsicht des Beckens vorgesehen. Wenn Refats Leiche drei Tage lang in dem Becken lag, warum waren dann nur sein Gesicht und Oberkörper von der dicken, nicht zu entfernenden schwarzen Schlackeschicht bedeckt, wie auf einem nicht veröffentlichten Foto des Leichnams zu sehen ist? (...)

Diejenigen, die mit tödlichen Arbeitsunfällen in der Region besser vertraut sind, befürchten jedoch, dass ein weiterer Todesfall aufgrund von Verstößen gegen den Arbeitsschutz vertuscht wurde. Denn obwohl die Ermittlungen zu Refats Tod noch andauern, besteht kein Zweifel daran, dass die schlechten Arbeitsbedingungen, die in deutschen Subunternehmen üblich sind, Unfälle und Missbrauch ermöglichen und sogar begünstigen.

Überausbeutung nach Plan

Refat war einer von rund 1 Million Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern in Deutschland, die die Hälfte aller Beschäftigten in der Reinigungsbranche ausmachen. Letztere ist das dynamischste Segment des Dienstleistungssektors und erwirtschaftet einen

Jahresumsatz von rund 18 Milliarden Euro. Inzwischen hat sich das Outsourcing von Reinigungsdiensten zu einem weit verbreiteten Mechanismus entwickelt, mit dem große Unternehmen Lohnkosten senken, Arbeitern ihre Verhandlungsmacht nehmen und tarifliche Bestimmungen wie Mindestlöhne und Sicherheitsstandards unterlaufen.

Die Nische des Arbeitsmarkts, in die Duisburgs Arbeitsmigranten gedrängt werden, wird fast vollständig von Subunternehmern dominiert, sei es in der Reinigung, bei Lieferdiensten, auf dem Bau oder in der Produktion. ThyssenKrupp ist ein typisches Beispiel dafür: Nachdem das Unternehmen mehrere Fehlinvestitionen getätigt hatte und die Nachfrage stagnierte, verfolgte ThyssenKrupp eine rücksichtslose Strategie der Kostensenkung. Im Zuge dessen wurden Produktion und Arbeitsorganisation grundlegend umstrukturiert. Heute vergibt ein ausuferndes System von Tochtergesellschaften gering qualifizierte Arbeiten wie die Reinigung an große externe Dienstleister, während Leiharbeitsfirmen wie Eleman oder Randstad - die größte in Europa - für einen Dauerstrom an billigen, flexiblen Arbeitskräfte sorgen, die je nach Bedarf in die Produktionskette eingegliedert und kurz darauf wieder rausgeworfen werden können.

»Viele bezeichnen ihren Job als Sklavenarbeit.«

Derzeit sind bei ThyssenKrupp in Bruckhausen etwa zwanzig Reinigungsunternehmen mit Tausenden von Arbeitskräften an der Industriereinigung beteiligt. Die Hälfte aller Reinigungskräfte (etwa 13.000) arbeitet unter Zeitverträgen, die sie in Bezug auf Löhne, Jobsicherheit und Arbeitsschutz stark benachteiligen. Der Großteil der Belegschaft sind bulgarische Migranten, gefolgt von Rumänen und Asylbewerbern. Viele bezeichnen ihren Job als »robski trud« - Sklavenarbeit.

Agenturen wie Eleman und der Oberhausener Personalservice (OPS), die Refat beschäftigten, sind bei den Arbeitsmigranten in Duisburger Stadtteilen wie Marxloh und Bruckhausen dafür berüchtigt, Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften nicht einzuhalten. Sie beschwerten sich darüber, dass die Risiken, die mit ihrer Arbeit verbunden sind, nicht richtig erläutert werden, während Sicherheitstrainings selten stattfinden und unzugänglich sind, da sie nur auf Deutsch angeboten werden. Statt regelmäßigen Trainings werden sie direkt an die Arbeit geschickt, was dazu führt, dass es selbst bei der Ausführung von Routineaufgaben vermehrt zu Unfällen kommt.

Salim, der nicht mit seinem echten Namen genannt werden möchte, ist seit weniger als zwei Monaten

Diskriminierung in Bulgarien, Diskriminierung in Deutschland

Viele der bei oder für ThyssenKrupp in der Reinigung der Anlagen oder anderen Tätigkeiten Arbeitenden stammen aus Bulgarien und gehören zur türkischen Minderheit (ca. 9 % der Bevölkerung Bulgariens) oder zur Minderheit der Roma (ca. 7 % der Bevölkerung, die meisten von ihnen sprechen Türkisch, ein kleinerer Teil Romanes oder andere Sprachen). Beide Bevölkerungsgruppen werden in Bulgarien stark diskriminiert.

In Bulgarien sind die türkische Minderheit und die Roma von hoher Erwerbslosigkeit betroffen und haben häufig keine Krankenversicherung. Bezeichnend ist die Situation in Stolipino, einem Stadtteil in Plowdiw, in dem fast nur Roma und Menschen der türkischen Minderheit wohnen, und dies in einer fast ghetto-artigen Lage. Dort wurde im Jahr 2002 schon einmal der Strom für das ganze Viertel mit ca. 50.000 Bewohner*innen abgeschaltet. Die Versorgung mit Trinkwasser ist miserabel. Die Kanalisation ist größtenteils verrottet. Abwasser läuft zum Teil oberirdisch von den Häusern zu den Abwässerschächten in den Hauptstraßen. An vielen Orten, an denen Roma und Menschen der türkischen Minderheit leben, ist die Lage nicht viel anders. Die Erwerbslosenquote liegt bei 80 Prozent.

Kommen Menschen von dort nach Deutschland, befinden sie sich Großteils in einer elenden und diskriminierten Lage. Über die von Polina Manolova dargestellte ökonomische Ausbeutungssituation hinaus sind sie mit einer Menge von sozialen und politischen Diskriminierungen konfrontiert. Dazu gehören der Entzug sozialer und gesundheitlicher Rechte, dauernde polizeiliche Kontrollen und Willkür, illegale Abschiebungen ganzer Familien, dazu rassistische Hetze von Politikern und Medien sowie Bedrohungen bis hin zu Mordanschlägen durch Nazis.

Die Protestdemonstration in Duisburg nach dem Tod von Refat steht dafür, dass sich die Roma und Angehörigen der türkischen Minderheit aus Bulgarien sich diese Situation nicht mehr gefallen lassen wollen. Die Initiative „Stolipino in Europa“ mit Sitz in Marxloh hat sich zum Ziel gesetzt, sich für die Rechte und Interessen von Migrant*innen aus Bulgarien und anderen Ländern einzusetzen.

Text von Gewantifa nach Informationen der uns bekannten Quellen.

bei Eleman beschäftigt, muss aber regelmäßig gefährliche Arbeiten ausführen. Oft muss er ohne Schutzseile auf eine 9 Meter hohe Leiter klettern, um die Schornsteininnenwände zu reinigen, oder bei 150 Grad ohne Schutzkleidung Metallsplitters

aufsaugen – Aufgaben, für die er nie geschult wurde.

Fragt man sie nach Refats Tod, beharren die Beschäftigten darauf, dass es pro Jahr zehn bis fünfzehn solcher Fälle gibt, die das Unternehmen unter den Teppich kehrt. Zu den häufigsten Unfällen gehören schwere Verbrennungen durch Schlacke und heiße Metalle, die sich Arbeiter bei der Reinigung der Hochöfen zuziehen, beinahe tödliche Stürze bei der Reinigung hoher Kräne ohne Schutzseile und der Verlust von Gliedmaßen bei der Wartung von Turbinen. Die Arbeiter behaupten, dass die meisten Unfälle nicht an Thyssenkrupp gemeldet werden. Betroffene werden oft mit den Folgen des Unfalls allein gelassen und davon abgehalten, Entschädigungsansprüche geltend zu machen. Wenn sie sich weigern, gefährliche Arbeiten zu übernehmen, wird ihnen mit einer Entlassung gedroht.

Abgesehen von der mangelnden Arbeitssicherheit bedeutet ihr Status als Leiharbeiter auch, dass sie kaum Möglichkeiten haben, ihre Rechte einzufordern. Auf dem Papier verdienen die Eleman-Beschäftigten zwar den Mindestlohn, doch eine Reihe von rechtswidrigen Abzügen seitens der Arbeitgeber - wie 80 Euro für Schutzkleidung oder 1,50 Euro pro Tag für Transport - führen dazu, dass die Beschäftigten einen viel geringeren Nettolohn von etwa 8 Euro erhalten. Das zwingt viele dazu, lange Arbeitszeiten und ständig wechselnde Arbeitszeiten hinzunehmen.

Überstunden sind ein weiteres Werkzeug der Überausbeutung. Oft werden die Überstunden von den Arbeitgebern zu niedrig beziffert oder ihre Auszahlung wird schlichtweg verweigert, sobald Beschäftigte versuchen, ihre Rechte einzufordern. »Ich habe einen Monat lang ohne Pause gearbeitet, ich wurde für 80 Stunden bezahlt und der Rest wurde als Überstunden berechnet. Als ich die Bezahlung verlangte, wurden meine Überstunden um die Hälfte gekürzt«, sagt der 41-jährige Petjo (Name geändert), der Eleman vor ein paar Monaten verlassen hat.

Leiharbeiter wie Refat und Petjo unterzeichnen in der Regel Einjahresverträge mit einer sechsmonatigen Probezeit, innerhalb derer sie grundlos entlassen werden können. Um Vorschriften zur Lohnangleichung zwischen Leiharbeitern und Festangestellten und deren Überführung in unbefristete Verträge zu unterlaufen, werden alle paar Monate neue Reinigungskräfte eingestellt oder zwischen

den beiden Tochtergesellschaften hin- und hergeschoben. Außerdem verweigern beide Arbeitgeber – unter Verstoß gegen das deutsche Arbeitsrecht – die Zahlung von Krankengeld. Die meisten Arbeiter berichten auch, dass ihnen bezahlter Urlaub vorenthalten wird.

Die Beschäftigten von OPS, Eleman und anderen Subunternehmen in Duisburg blicken eher verzweifelt auf ihre Lage: »Für uns gibt es keine sicheren Arbeitsplätze - es besteht immer ein Risiko. Auf einer Baustelle oder bei der stressigen Paketauslieferung ist man nicht sicher. Nur Bürojobs sind sicher, aber zu denen haben wir keinen Zugang«, sagt Metin (Name geändert), ein 22-jähriger Arbeiter, der überlegt, zu kündigen.

Es reicht

Der Tod von Refat Süleyman im vergangenen Monat war für viele scheinbar ein Kipppunkt, denn in den letzten Wochen sind aus der türkisch-bulgarischen Gemeinschaft in Duisburg eine Reihe von Protestaktionen hervorgegangen. Am 23. Oktober demonstrierten türkische Bulgarinnen und Bulgaren zusammen mit ihren Roma-Kollegen und Rumäninnen und Rumänen vor den Toren des Thyssenkrupp-Geländes in Bruckhausen. Sie forderten »adalet« - Gerechtigkeit - nicht nur für Refat, sondern auch für die Tausenden Angehörigen ethnischer Minderheiten aus Osteuropa, die in ganz Deutschland in der Leiharbeit tätig sind.

Wenige Tage nach der Demonstration startete die in Marxloh ansässige Initiative für bulgarische Wanderarbeiter, »Stolipinovo in Europa«, eine Petition, die die konsequente Untersuchung von Refats Tod und ein Ende des Subunternehmer-tums in der Industriereinigung fordert. Dort heißt es: »Wie das bisherige Ausbleiben von Konsequenzen von dem Tod von Refat Süleyman zeigt, führt der Einsatz von Subunternehmen mit ihren undurchsichtigen Vertragspraxen in der Reinigungsbranche zu einem intransparenten Geflecht von Akteuren. Sie umschiffen Fragen der Arbeitssicherheit und vermeiden effektiv die Haftung und Verantwortungsübernahme für Unfälle und Todesfälle.« Der aktuelle Fall eines um sein Leben kämpfenden Thyssenkrupp-Arbeiters, der im Warmbandwerk 1 während Reparaturarbeiten von einer Tragevorrichtung in einen Ofen gedrückt wurde, unterstreicht noch einmal die Dringlichkeit dieser Forderungen. (...)

Der komplette Artikel steht auf labournet.de.

Neues vom „Abschiebeministerium“: Verschärfung des Terrors gegen Geflüchtete – 200 Millionen, um Antifa und Antira einzukaufen

Auf ihrem „Migrations-Gipfel“ im Februar 2023, haben die in Deutschland Herrschenden beschlossen, ihre Politik und Maßnahmen gegen Geflüchtete mit all ihren mörderischen Konsequenzen massiv zu verschärfen. Gleichzeitig soll vom deutschen Herrenmenschenstandpunkt aus kontrollierte Migration „in unserem Interesse“ erleichtert werden, die selbstverständlich unter dem drohenden Damoklesschwert von Abschiebung stattfindet, wenn Migrierende nicht „nützlich“ sind. Kritik und wirksamer Widerstand dagegen soll nicht nur mit immer mehr und verschärften Polizeigesetzen verhindert werden. Gleichzeitig wendet das Innenministerium allein für 2023 200 Mio. Euro auf, scheinbar um gegen Nazis und Rassismus Engagierte in ihrer Arbeit zu unterstützen, in Wirklichkeit aber mit dem Ziel, sie politisch einzubinden, so dass – unter der ständigen Drohung, „Unterstützung“ zu entziehen – gerade auch der unmenschlichen und wahrhaft mörderischen Politik gegen Geflüchtete in ihrem gesamten Ausmaß nicht mehr wirklich konsequent der Kampf angesagt und Solidarität mit den vor Elend und Verfolgung Geflüchteten verhindert wird. Wir halten es für wichtig, diese Zusammenhänge zu thematisieren.

Das Innenministerium beschließt: Mörderische Maßnahmen gegen Geflüchtete

Die im Februar 2023 beschlossenen und geplanten Maßnahmen umfassen besonders:

■ **Weitere Verschärfung des Abschiebesystems:** Woche für Woche erfolgen von deutschen Flughäfen „Sammelabschiebungen“ nach Nigeria, Pakistan usw. Am 17.3.23 wurde ein aus dem Iran Geflüchteter direkt am Flughafen Frankfurt zurück nach Iran abgeschoben.

Nun soll noch „konsequenter“ abgeschoben werden: In einem EU-Staat einmal abgelehnte Asylsuchende sollen in keinem anderen EU-Land mehr eine Chance haben.

■ **Erpressung abhängiger Länder, Geflüchtete „zurücknehmen“:** Diese sollen durch den Einsatz „aller einschlägigen Strategien, Instrumente und Werkzeuge“ gefügig gemacht werden, z. B. durch „restriktive Visamaßnahmen“ wie Entzug des zollfreien Handels.

■ **Milliarden für Stacheldraht und Mauern um die „Festung Europa“:** Mit Milliarden Euro soll die „Infrastruktur zum Grenzschutz“ ausgebaut werden. Da ein offizieller EU-Beschluss zum Bau einer mehrere Meter hohen Mauer mit Stacheldraht drauf nicht so gut aussieht, beschloss die deutsche Regierung an führender Stelle mit: Die EU-Kommission finanziert Wachhäuschen, Kameras, Scheinwerfer und Drohnen. Dadurch sollen in den einzelnen staatlichen Haushalten Mittel für Zäune, Mauern und Stacheldraht freierwerden. Beschlossen ist auch die Frontex-Aufstockung. Frontex, das 2020 knapp 1.000 Beamte hatte, soll im Jahr 2027 über 10.000 Beamte verfügen. Allein zwischen 2014 und 2022 sind selbst laut bürgerlichen Kriterien (Statista) mehr als 25.000 Geflüchtete im Mittelmeer ertrunken. Der Ausbau von Frontex zielt auf noch mehr Abwehr von Geflüchte-

ten ab, bedeutet noch mehr Pushbacks mit noch mehr Toten – Die deutsche Kriegsmarine vorneweg dabei!

■ **Humanitäre Seenotrettung soll weitgehend unmöglich gemacht werden:** Die Verschärfung der „Schiffsicherheitsverordnung“ zielt darauf ab, die Arbeit der humanitären Seen Rettungsorganisationen noch mehr zu erschweren, ja weitgehend unmöglich zu machen. Unter absurden Anschuldigungen werden immer wieder jahrelange Haftstrafen gegen Menschen verhängt, welche sich für die Rettung von Geflüchteten einsetzen.

Zugleich, so wird berichtet, ziehen Deutschland und andere EU-Staaten Frontex-Schiffe aus Gebieten ab, in denen sie am wahrscheinlichsten auf Geflüchtete in Seenot stoßen würden – eine wahrhaft mörderische Politik!

■ **Deutscher Herrenmenschenstandpunkt: Nur „für uns nützliche“ Migrierende hereinlassen:** Nur scheinbar im Gegensatz zu alledem verkündete Scholz, die Förderung von „Erwerbsmigration“. Deutschland müsse „ein gemeinsames Interesse daran haben, dass diejenigen, die wir für unsere Arbeitsmärkte brauchen, auch herkommen.“ – Ein wahrer deutscher „Herrenmenschenstandpunkt“! Nicht mehr „nützliche“ Migrierende sollen dann wieder abgeschoben werden.

Wie verkündet wurde, sollen die beschlossenen und geplanten Maßnahmen gegen Geflüchtete und Migrierende „nur ein Etappenziel“ sein.

Das alles macht drastisch deutlich, wie nötig es ist, mehr denn je mit aller Energie und Konsequenz die Solidarität und den gemeinsamen Kampf mit allen von dieser inhumanen und mörderischen deutschen Politik Betroffenen zu verstärken!

Das Innenministerium plant einzukaufen: 200 Millionen Euro für Antifa- und Antira-Arbeit?

Selbstredend, so einfach ist das nicht. Weder LOTTA noch SEEBRÜCKE und andere erhalten das Geld. Doch zunehmend werden für politisch Aktive, die gegen Rassismus und Nazis, gegen die Judenfeindschaft, gegen die Feindschaft gegen Sinti und Roma, gegen Nationalismus ankämpfen, in staatlich finanzierten Projekten und neu gegründeten Institutionen Lohnarbeitsplätze geschaffen.

Betreuung der von Rassismus und Nazi-Aktionen Betroffenen, Aufklärungsarbeit im Namen von Anne Frank, Gedenkstättenarbeit, örtliche Initiativen, neue, aber auch länger schon existierende Organisationen – sie alle sollen mit 200 Millionen Euro ab 2023 einen „warmen Regen“ erhalten. Irgendwas stimmt da doch nicht? Abgesehen von dem so erzeugten Gerangel um die Millionen zwischen früher eher befreundeten Organisationen und Institutionen: Was ist los mit dem Innenministerium, zuständig für „Heimat“ und Abschiebungen, Verfassungsschutz und Polizei?

1. Es begann sozusagen mit der Kohl-Regierung. Diese hatte bereits 1992 ein „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG) in Regie des Familienministeriums („Senioren – Frauen – Jugend“) ins Leben gerufen, um das aus der Drogenarbeit stammende Projekt der „akzeptierenden Jugendarbeit“ aufzustellen. Dieses wurde von den Nazis gnadenlos zur Nazijugendarbeit, Aufbau von NSU und so weiter genutzt, wie es heute schon die Spatzen von den Dächern pfeifen. Ideologisch verbrämt: Gegen rechte und linke „Extremisten und Gewalttäter“! (Hufeisentheorie)

Begleitet war das Programm von einer **Verschärfung der Abschiebepolitik** nach dem Motto, so würde rechts das Wasser abgegraben. Die demokratisch aktiven Initiativen bekämpften dieses Doppelprogramm. Es war relativ leicht durchschaubar.

2. **1999:** Die nächste Etappe wurde schon schwieriger: Imagepflege für die Welt angesichts nicht abbreißender Nazi-Mordanschläge. Nach 1999 hieß es zunehmend: Extremismusprävention! Große Show „Aufstand der Anständigen“ ohne Aufstand. Teile und herrsche: Anwerbung von Fachkräften und verschärfte Abschiebung der ökonomisch „Unbrauchbaren“!

3. **2001** dann das Bundesprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie“: Nun direkt Projekte gegen „Linksextremismus“ (Hufeisentheorie). Es wird komplizierter. Beginn der Finanzierung durch das **Innenministerium**. Erste Jobs für Aktive der „Szene“.

4. **2023** dann Erhöhung aller Gelder für solche Programme um das Zehnfache gegenüber 2001. Mehr und mehr Jobs in diesen Bereichen. 200 Millionen. Teile und Herrsche: Die Abschiebeministerin für Heimatschutz (SPD) wirbt: Aufklärung **UND** Zentralisierung und Effektivierung der Abschiebungen bei verstärkter Anwerbung von Fachkräften.

Wer da mitmacht und dennoch den Mund aufmacht, muss aufpassen. Sonst könnte es folgende Schlagzeile geben:

„850 Mitarbeitende in den verschiedenen gegen Extremismus geschaffenen und geförderten Institutionen vom Anne-Frank-Haus in Frankfurt über die Antonio-Amadeo-Stiftung protestieren gegen die Abschiebe-Initiative der Innenministerin und gegen die mörderische Beteiligung an Frontex im Mittelmeer. Das Innenministerium diagnostiziert „Linksextremismus“ und spricht Hunderte von fristlosen Kündigungen aus!“

Langer Rede kurzer Sinn: Eigentlich wissen es alle, dass nach wie vor die „Extremismusklausel“ gilt: Wenn heute hinausposaunt wird: „**Gegenwärtig** (Betonung auf „gegenwärtig“!!) ist der Rechtsextremismus die größte Gefahr“, dann wird damit schon der morgige „Doppelwums“ angekündigt: Massenverhaftungen, wenn sie mal aus Prestigegründen gegen Nazis nötig erscheinen, werden **kombiniert mit Massenverhaftungen der sogenannten „Linksextremen“**. Modell Hamburg, wo der heutige Kanzler gegen Anti-Gipfel-Demos seinen Terror gegen „Linksextremismus“ durchexistiert hat. So geht das!

Was tun?

Alle, die in solchen Förderprogrammen arbeiten, müssen wissen, dass sie bei allen vernünftigen Tätigkeiten gleichzeitig Teil eines herrschaftsstabilisierenden Gesamtprojektes sind. Also Vorsicht und kein Vertrauen in diesen Staat. Noch wichtiger:

Keinesfalls die eigentliche politische Arbeit in staatsunabhängigen Gruppen und Kollektiven aufgeben. Im Gegenteil, die unabhängige politische Arbeit bewusst verstärken und die Heuchelei der „Abschiebemeister“ aus Deutschland mit ihren Taschenspielertrickereien anprangern, den staatlichen Rassismus, den Rassismus der sogenannten „Mitte“ und den Nazi-Rassismus bekämpfen, selbstständig bleiben und handeln!

(Hinweis: Zahlenmaterial und Überlegungen zu diesem Gesamtkomplex im Heft 58/2022 der Zeitschrift „Phase 2“ von Paul Buchmann (Translib).

In der Kontinuität vertuschter Nazi-Morde: Das siebenfache Nazi-Massaker in Hamburg am 9. März 2023

Zu der langen Reihe vertuschter Nazi-Massaker, vom Nazi-Anschlag in München 1980 mit 12 ermordeten Menschen über den 10-fachen Nazi-Mord 1996 in Lübeck, über die neun NSU-Nazi-Morde zwischen 2000 und 2006, über das Nazi-Massaker in München am 22.7.2016 mit neun ermordeten Menschen bis zum Nazimassaker am 19. Februar 2020 in Hanau mit neun ermordeten Menschen, ist am 9. März 2023 ein weiteres hinzugekommen: Das Nazi-Massaker an sieben Menschen in Hamburg. Und einmal mehr wurde und wird sogleich alles getan, um zu vertuschen, worum es sich tatsächlich handelte: Ein Massaker, durchgeführt von einem Nazi, der dieses mit offen judenfeindlicher Begründung vorbereitet und ausgeführt hat. Unserer Meinung nach dürfen wir als Gewerkschaft*innen und Antifa keinesfalls daran vorbeigehen.

Am 9. März 2023 erschoss ein judenfeindlicher Nazi-Mörder in Hamburg in einer Kirche sieben Mitglieder der Religionsgemeinschaft Jehovas Zeugen und verletzte weitere neun Menschen zum Teil schwer. Der Nazi-Mörder hatte sich mit einer halbautomatischen Waffe und mehreren hundert Schuss Munition bewaffnet. Er drang in die Kirche ein, mit dem Ziel ein möglichst großes Massaker anzurichten. Die Waffe hatte er Ende 2022 legal erworben und angemeldet. Als sog. „Sportschütze“ konnte er sich auf seine Mordtat unbehelligt vorbereiten.

Dabei hatte er Ende 2022 ein judenfeindliches Buch veröffentlicht. Darin verbreitet er nicht nur nazistische Judenfeindschaft, sondern bezeichnet auch den Nazifaschismus und den Nazi-Genozid an der jüdischen Bevölkerung als ein „Werk des Himmels“. Stunden vor seiner Mordtat preiste er nochmal sein Machwerk im Internet als „epochales Werk“.

Obwohl die deutsche Polizei einen Tipp bekommen hatte, wie mörderisch-gefährlich diese Person sein könnte, obwohl seine Hetzschrift bei Amazon weltweit zum Verkauf angeboten wurde und somit seit Ende 2022 öffentlich einsehbar war, wurde nichts Wesentliches unternommen. Der Nazi-Mörder durfte mit Hilfe des deutschen Staats seinen Waffenschein und damit seine legale Bewaffnung behalten!

Was nach diesem Nazi-Massaker an Lügen und Vertuschung von Polizei, bürgerlichen Parteien und bürgerlichen Medien aufgefahren wurde, zeigt erneut wie auch zuletzt beim Nazi-Massaker in Hanau 2020, dass es bestimmte, immer wiederkehrende Methoden gibt, die ein System der Vertuschung der Naziverbrechen darstellen.

Erstes Manöver: „Kein rechtsextremer Hintergrund“

Zu den sogleich präsentierten Verschleierungsmanövern gehörten Behauptungen wie „Nichts Genaueres weiß man nicht“ und Phrasen wie „Es wird in alle Richtungen ermittelt“. Ein „terroristisches Motiv“ schloss die Polizei

sogleich aus. „Für einen rechtsradikalen Hintergrund gibt es keine Hinweise“, das sind typische Aussagen, die – wieder einmal – bei den Hamburger Nazi-Morden zum Einsatz kamen.

Als „Erklärung“ wird dann die Phrase „psychisch krank“ oder „Amoklauf“ präsentiert. Es soll nicht bei jedem Nazimörder bestritten werden, dass sicherlich hier und da auch Krankheitsbilder zu finden sind. Darum geht es aber gar nicht. Ein Beispiel: Wenn etwa ein Nazi wie in München am 22.7.2016 in einem Einkaufszentrum bewusst und gezielt neun Menschen erschießt, die er für „nichtdeutsch“ hält, dann handelt es sich um die Tat eines Nazis. Das muss so verstanden werden und ist völlig unabhängig vom Gesundheitszustand dieses mordenden Nazis. Und genauso ist es in Hamburg. Wenn ein mörderischer Judenfeind, der den Nazi-Faschismus verherrlicht, gezielt Mitglieder der Religionsgemeinschaft Jehovas Zeugen ermordet, die von den Nazis von 1933 bis 1945 als Verbündete des angeblichen „Jüdisch-bolschewistischen Feindes“ verfolgt und ermordet wurden, dann ist das die Tat eines Nazis.

Zweites Manöver: Vertuschung der nazistischen Judenfeindschaft des Nazi-Mörders

Als es nicht mehr zu leugnen war, dass der Nazi-Mörder in seinem Buch judenfeindliche Positionen vertrat, wurde versucht mit Hilfe von „Experten“ fest zu klopfen, dass er eben ein sogenannter „religiöser Fanatiker“ gewesen sei. Judenfeind? Das sei „alles andere als klar“, so heißt es aus „Expertenkreisen.“ Das ist nichts als eine Lüge. In Wirklichkeit enthält sein Machwerk extreme nazistische Judenfeindschaft.

In seinem 300 Seiten umfassenden Machwerk, das im Internet verbreitet und über Amazon zu bestellen war, verbreitet der Nazi-Mörder ganz offen judenfeindliche Nazihetze. Er konstruiert einen angeblichen „Bruch mit dem Judentum“ durch Gott, da die Juden selbst mit Gott

gebrochen und Jesus nicht anerkannt hätten. Darüber sei Jesus sehr wütend gewesen. Im nächsten Schritt kommt dann der Kern seiner mörderischen jüdenfeindlichen Hetze. Er schreibt:

„Adolf Hitler war also der menschlich Ausführende von Jesus Christus.“ (Fusz, Philipp, The Truth About God, Jesus Christ and Satan - A New Reflected View of Epochal Dimensions, Hamburg 2022, S. 164)

Und weiter heißt es, dass der Nazifaschismus eben das „1000-Jährige Reich unter Jesus Christus“ werden solle. Daraus folgert der Nazi-Mörder, dass die „Judenverfolgung während der Nazizeit ein Akt des Himmels“ war, sozusagen die „Rache“ von Jesus an der jüdischen Bevölkerung. Ja der Nazifaschismus insgesamt war für ihn ein „Werk des Himmels“. (Ebenda, S. 165, 166)

Das sind klare und offene Worte eines Anhängers nazistischer Judenfeindschaft und Anhängers und Verehrers von Hitler und dem Nazifaschismus, der den Nazifaschismus als Ganzes, also auch den Genozid an der jüdischen Bevölkerung als „Werk des Himmels“ lobpreist.

Drittes Manöver: „Streit unter Jehovas Zeugen“

Zusätzlich wurde eine weitere Methode der Vertuschung eingesetzt. Es wurde die Lüge gestreut, es handele sich bei den Nazi-Morden um einen „Streit unter Jehovas Zeugen“. Angeblich wäre der Nazimörder aus der Religionsgemeinschaft Jehovas Zeugen ausgeschlossen worden und wollte sich deshalb „rächen“. Der Nazi-Mörder war in der Tat eine Zeit lang Mitglied bei Jehovas Zeugen. Jedoch ist es eine üble Hetze und Ablenkungsmanöver, wenn suggeriert wird, dass er diese Morde durchgeführt habe, weil er bei Jehovas Zeugen war.

Es ist kein Wunder, dass sich dieser Nazi seine Opfer bei Jehovas Zeugen gesucht hat. Erstens hatte er den Vorteil, dass er sich als ehemaliges Mitglied dort auskannte und zweitens handelte er in der Tradition des Nazifaschismus, den er anbetete und verehrte, und der Tausende Mitglieder von Jehovas Zeugen in Deutschland verfolgt, in KZs verschleppt und ermordet hat - auch weil sich Jehovas Zeugen eindeutig auf die Seite der verfolgten und von Mord bedrohten jüdischen Bevölkerung stellten.

Das System der Vertuschung von Naziverbrechen bekämpfen!

Unserer Meinung nach ist es wichtig zu verstehen, dass diese Methoden der Vertuschung und eine Fülle anderer Manöver, die wir in der Broschüre „Methoden der Vertuschung von Naziverbrechen“ genauer analysiert haben, kombiniert werden können und kombiniert werden: Gleichzeitig durch verschiedene Akteure oder durch dieselben Akteure hintereinander. Dies geschieht je nach Lage, je nachdem, wie weit es gelungen ist, in der Öffentlichkeit Aufklärungsarbeit zu leisten, also Gegenöffentlichkeit herzustellen und entsprechend zu mobilisieren.

Vielleicht gibt es kein Handbuch, in dem all diese Methoden für die Profession der Vertuschung zusammengefasst wurden. Diese Manöver gehören zum Alltagshandwerk der Vertuscher und unsere Aufgabe ist es, im Kampf gegen die Naziverbrechen und ihre Vertuschung immer und immer wieder auf diese üblen Manöver hinzuweisen, den wirklichen Sachverhalt aufzuklären, hartnäckig zu bleiben und nicht aufzugeben. Es gehört zur Realität, dass die Notwendigkeit dieser Aufgabe größer, und nicht kleiner wird. Es bleibt dabei:

Nichts vergeben, nichts vergessen!

Methoden der Vertuschung von Naziverbrechen



- I. Vertuschung der NSU-Morde und des NSU-Netzwerks
- II. Vertuschung des neunfachen Nazi-Mords in München 2016
- III. Vertuschung von Morden in Gefängnissen: Oury Jalloh und Ahmad Amad
- IV. Vertuschung der Nazi-Netzwerke im Staatsapparat: „Hannibal“ und „NSU 2.0“
- V. Vertuschung rassistischer Brandanschläge: Beispiel Neunkirchen 2018

Herausgegeben von:
GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam
gegen Dummheit und Reaktion

2. Auflage Februar 2020

Broschüre, 80 Seiten A4

Solidarität!«Солидарность!«Солідарність!«Solidarność!«Якдилй!«Birdamlik!«სოლიდარობა!«Dayanışma!

Liebe Kollegen und Kolleginnen,

Seit mehreren Wochen führt ihr euren gerechten Streik für die Auszahlung der euch zustehenden Löhne, die ihr oft seit vielen Monaten nicht erhalten habt.

Wir sind beeindruckt von eurem gemeinsamen Kampf der Kollegen*innen verschiedener Nationalitäten, den ihr unter dem Motto führt: „Wir bleiben hier, bis alle ihren Lohn bekommen haben, und zwar gemeinsam!“

Euer Kampf hat deutlich gemacht, dass ihr von den kapitalistischen Konzernen nur Hungerlöhne bekommt, die für euch und eure Familien nicht zum Leben reichen, und dass ihr unter wahrhaft unmenschlichen Arbeitsbedingungen leidet. Gerade auch deutsche Unternehmen wie DHL, VW und Mercedes profitieren direkt oder indirekt von eurer extremen Ausbeutung.

Wir wünschen euch, dass ihr einen vollen Erfolg erzielt. Unsere Spende soll ein kleiner Beitrag für die Unterstützung eures Streiks sein.

Solidarische Grüße!

Gewerkschafter*innen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion - 31. August 2023

Уважаемые коллеги,

Вот уже несколько недель вы ведете справедливую забастовку за выплату причитающейся вам заработной платы, которую вы зачастую не получаете уже много месяцев.

Нам импонирует ваша общая борьба коллег разных национальностей, которую вы ведете под лозунгом: „Мы останемся здесь до тех пор, пока все не получат свою зарплату, и мы сделаем это вместе!“.

Благодаря вашей борьбе стало ясно, что вы получаете от капиталистических компаний только голодную зарплату, которой не хватает на жизнь вам и вашим семьям, и что вы страдаете от поистине бесчеловечных условий труда. Особенно такие немецкие компании, как DHL, VW и Mercedes, прямо или косвенно получают прибыль от вашей жесточайшей эксплуатации.

Мы желаем вам полного успеха. Наше пожертвование должно стать небольшим вкладом в поддержку вашей забастовки.

Приветствуем вас из солидарности!

Профсоюзные активисты и антифашисты вместе против глупости и реакции - 31 августа 2023 года

Шановні колеги,

Вже кілька тижнів ви проводите свій справедливий страйк за виплату належної вам заробітної плати, яку ви часто не отримуєте протягом багатьох місяців.

Нам імпонує ваша спільна боротьба коллег різних національностей, яку ви ведете під гаслом: „Ми залишимося тут, поки всі не отримають свою заробітну плату, і ми зробимо це разом!“.

Ваша боротьба дала зрозуміти, що ви отримуєте від капіталістичних компаній лише мізерну зарплату, якої не вистачає на життя вам і вашим сім'ям, і що ви страждаєте від справді нелюдських умов праці. Особливо німецькі компанії, такі як DHL, VW і Mercedes, прямо чи опосередковано наживаються на вашій екстремальній експлуатації.

Ми бажаємо вам повного успіху. Наша жертва має стати невеликим внеском на підтримку вашого страйку.

Вітання солідарності!

Профсп Профспілкові діячі та антифашисти разом проти дурості та реакції - 31 серпня 2023 року ілкові активісти

Drogi Koleżanki i Koledzy,

Od kilku tygodni prowadzicie słuszny strajk o wypłatę należnych Wam wynagrodzeń, których często nie otrzymaliście od wielu miesięcy.

Jesteśmy pod wrażeniem waszej wspólnej walki kolegów różnych narodowości, którą prowadzicie pod hasłem: „Zostaniemy tutaj, dopóki wszyscy nie otrzymają swoich wynagrodzeń i zrobimy to razem!“.

Wasza walka jasno pokazała, że od kapitalistycznych firm otrzymujecie jedynie głodowe pensje, które nie wystarczają na utrzymanie was i waszych rodzin, i że cierpicie z powodu naprawdę nieludzkich warunków pracy. Zwłaszcza niemieckie firmy, takie jak DHL, VW i Mercedes, czerpią bezpośrednio lub pośrednio zyski z waszego skrajnego wyzysku.

Życzymy Wam pełnego sukcesu. Nasza darowizna powinna być niewielkim wkładem we wsparcie strajku.

Solidarność pozdrawia!

Związkowcy i antyfaszyści razem przeciwko głupocie i reakcji - 31 sierpnia 2023 r.

Qadrlı hamkasblar,

Bir necha hafta davomida siz ko'p oylar davomida olmagan ish haqini to'lash uchun adolatli ish tashlashni o'tkazdingiz.

"Hamma o'z maoshini olmaguncha shu yerda qolamiz, buni birga qilamiz!" shiori ostida olib borayotgan turli millat vakillarining hamkasblarining birgalikdagi kurashi bizda katta taassurot qoldirdi.

Sizning kurashingiz shuni ko'rsatdiki, siz faqat kapitalistik korporatsiyalardan ochlik uchun maosh olasiz, bu sizga va oilangizga yashash uchun etarli emas va siz haqiqatan ham g'ayriinsoniy mehnat sharoitlaridan aziyat chekasiz. Ayniqsa, DHL, VW va Mercedes kabi nemis kompaniyalari sizning ekstremal ekspluatatsiyangizdan bevosita yoki bilvosita foyda keltiradi.

Sizga to'liq muvaffaqiyatlar tilaymiz. Bizning xayriyamiz ish tashlashingizni qo'llab-quvvatlash uchun kichik hissa bo'lishi kerak.

Birdamlik tabrikleri!

Ittifoqchilar va antifashistlar ahmoqlik va reaksiyaga qarshi birlashadilar - 2023 yil 31 avgust

66

ძვირფასო კოლეგებო,

რამდენიმე კვირაა, რაც თქვენ აწარმოებთ თქვენს სამართლიან გაფიცვას თქვენი დაკისრებული ხელფასის გადასახდელად, რომელიც ხშირად არ მიგიღიათ მრავალი თვის განმავლობაში.

ჩვენ აღფრთოვანებული ვართ სხვადასხვა ეროვნების კოლეგების თქვენი ერთობლივი ბრძოლით, რომელსაც თქვენ წარმართავთ დევიზით: "ჩვენ აქ დავრჩებით მანამ, სანამ ყველა არ მიიღებს თვის ხელფასს და ამას ერთად გავაკეთებთ!"

თქვენმა ბრძოლამ ნათლად აჩვენა, რომ თქვენ მხოლოდ შიმშილის ხელფასს იღებთ კაპიტალისტური კორპორაციებისგან, რომლებიც საკმარისი არ არის თქვენთვის და თქვენი ოჯახებისთვის საცხოვრებლად და რომ თქვენ განიცდით სამუშაოს მართლაც არაადამიანურ პირობებს. განსაკუთრებით გერმანული კომპანიები, როგორცაა DHL, VW და Mercedes, პირდაპირ თუ ირიბად სარგებლობენ თქვენი ექსტრემალური ექსპლუატაციით.

გისურვებთ სრულ წარმატებას. ჩვენი შემოწირულობა უნდა იყოს მცირე წვლილი თქვენი გაფიცვის მხარდასაჭერად.

სოლიდარობის გილოცავთ!

იუნინონისტები და ანტიფაშისტები ერთიანდებიან სისულელისა და რეაქციის წინააღმდეგ - 2023 წლის 31 აგვისტო

Ҳамкасбони муҳтарам,

Якчанд ҳафта аст, ки шумо корпартоии одилонаи ҳудро барои пардохти музди меҳнати худ, ки аксар вақт моҳҳои зиёд нагирифтаед, гузаронида истодаед.

Мо аз муборизаи якҷояи шумо ҳамкасбони миллатҳои гуногун, ки шумо таҳти шиори: «Мо то даме ки хама музди ҳудро нагирад, дар ин чо мемонем ва якҷоя мекунем!» ба мо таассуроти калон бахшид.

Муборизаи шумо равшан нишон дод, ки шумо аз корпорацияҳои капиталистӣ танҳо музди гуруснагӣ мегиред, ки барои зиндагонии шумо ва оилаҳои шумо кифоя нест ва шумо аз шароити ҳақиқатан ғайриinsonии меҳнат азоб мекашед. Хусусан ширкатҳои олмонӣ ба монанди DHL, VW ва Mercedes аз истисмори шадиди шумо мустақим ё бавосита манфиат мегиранд.

Ба шумо муваффақиятҳои комил орзу мекунем. Саҳмиаи мо бояд як саҳми ночиз барои дастгирии корпартоии шумо бошад.

Саломи ҳамраъӣ!

Иттифоқчиён ва зиддифашистҳо бар зидди беақлӣ ва реаксия муттаҳид мешаванд - 31 августи соли 2023

Sevgili Arkadaslar,

Birkaç haftadır, aylardır alamadığınız maaşlarınızın ödenmesi için haklı grevinizi sürdürüyorsunuz.

Farklı uluslardan meslektaşlarınızla birlikte yürüttüğünüz ortak mücadeleden ve şu slogandan çok etkilendik: „Herkes maaşını alana kadar burada kalacağız ve bunu birlikte yapacağız!“

Mücadeleniz, kapitalist şirketlerden salt açlık ücreti aldığınızı, bu ücretin sizin ve ailelerinizin yaşaması için yeterli olmadığını ve gerçekten insanlık dışı çalışma koşullarından muzdarip olduğunuzu açıkça ortaya koydu. Özellikle DHL, VW ve Mercedes gibi Alman şirketleri de sizin aşırı sömürünüzden doğrudan ya da dolaylı olarak kâr elde ediyor.

Size gönüldenr başarı diliyoruz. Bağışımız grevinizi desteklemek için küçük bir katkı olacaktır.

Dayanışmacı selamlar!

Sendikacılar ve antifaşistler olarak aptallığa ve gericiliğe karşı ortak mücadele - 31 Ağustos 2023

Kontakt: Gewerkschafter*innen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion
c/o Jugendzentrum in Selbstverwaltung, Postfach 12 19 65, 68070 Mannheim eMail: gewantifa@yahoo.de
Unsere Flugblätter und Broschüren sind auch im Internet unter: <https://gewantifa.wordpress.com>

Solidarität mit den Migrant*innen, die gegen extreme Ausbeutung, Rechtlosigkeit und Rassismus kämpfen!

Deutschland ist in vielerlei Hinsicht ein „Paradies“ für Kapitalisten. Das wird sehr deutlich beim immer größeren Bereich der sogenannten „prekären Arbeit“. Wer diesen Bereich kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse genauer unter die Lupe nimmt, wird feststellen, dass dort immer mehr Lohnabhängige in Jobs schuften, die zum Leben kaum oder gar nicht ausreichen, kaum oder gar nicht sozial abgesichert sind und kaum aushaltbare Arbeitsbedingungen haben.

Wer genauer hinsieht, wird zugleich feststellen, dass das Kapital und sein Staat gemäß dem alten Motto „Teile und herrsche“ die Sphäre der Ausbeutung ganz bewusst und gezielt aufgesplittert haben: von der Minderheit vergleichsweise privilegierter Beschäftigter innerhalb der „Stammebelegschaften“, über die „normal“ lohnabhängig Beschäftigten in einer relativ abgesicherten, wenn auch zunehmend gefährdeten Lage, bis hin zur immer größeren Anzahl von Menschen, die in ökonomischem und sozialem Elend leben müssen.

Gleichzeitig ist festzustellen: Bei einem großen, ja sehr großen Teil jener, die „ganz unten“ in Industrie, Bauwirtschaft, Landwirtschaft, Handel, Transport und im Gesundheitswesen besonders brutal ausgebeutet werden, handelt es sich um Migrant*innen, Menschen aus anderen Ländern ohne gesicherten Aufenthaltsstatus, Geflüchtete und nach deutschem Recht sogenannte „Illegale“. Wie sich zeigt gibt es Streiks und andere Widerstandshandlungen auch unter diesen teilweise äußerst schwierigen Bedingungen. Nötig ist die Solidarität mit allen „ganz unten“, mit ihrem Widerstand und ihrer Selbstorganisation, der Zusammenschluss zum gemeinsamen Kampf!

Der deutsche Staat hat in den letzten Jahrzehnten den Kapitalisten immer bessere Ausbeutungsbedingungen geschaffen. Da gibt es seit 1996 die sog. „Entsendungsrichtlinie“. Diese besagt, dass für Menschen aus anderen Herkunftsländern ohne deutschen Pass, die in Deutschland arbeiten, bis auf einige Ausnahmen, nicht das Arbeitsrecht hier gilt, sondern das Arbeitsrecht des jeweiligen Herkunftslandes. Ab 2002 kamen im Zusammenhang mit der „Agenda 2010“ die „Hartz“-Verschärfungen. Diese sind u.a. Grundlage für den Ausbau der Leiharbeit und der Minijobs. Hartz IV ist vor allem Kontroll- und Unterdrückungsinstrument gegen Erwerbslose und zur weiteren Lohnsenkung und heißt seit kurzem – im Kern unverändert – „Bürgergeld“. Die sog. „EU-Freizügigkeit“, (2011/2014) zielt darauf ab, die massenhafte Ausbeutung von Menschen aus osteuropäischen und südosteuropäischen Ländern mit Hilfe von Werkverträgen und Leiharbeit weiter anzukurbeln.

So wurden mit Hilfe des kapitalistischen Staats systematisch Rahmenbedingungen für einen Niedriglohnsektor geschaffen. Ca. 18 Millionen aller „Erwerbstätigen“ in Deutschland (ca. 45 Millionen) arbeiteten 2020 in Niedriglohnsektoren, davon über 7 Millionen in sog. Minijobs, über 4 Millionen als sog. „geringfügig Beschäftigte“, eine Million in Leiharbeit und eine immer größere Anzahl mit sog. „Werkverträgen“. Es geht also um Millionen von Werktätigen, zunehmend aber auch um Studierende in einer wirtschaftlich und sozial verelendeten Lage.

Die „prekäre Arbeit“ hat viele Gesichter: Minijobs und Teilzeitjobs, ja auch Vollzeitjobs, die kaum

oder nicht zum Leben reichen, geringe oder keine Arbeitsplatzsicherheit, Befristungen, fehlender Arbeits- und Krankheitsschutz, vor allem im untersten Bereich oftmals unregelmäßige und extrem hohe Arbeitszeiten (pro Woche bis zu 6 Tage mit 12-16 Stunden), Löhne ohne Tarifvertrag (oft unter Mindestlohn), unbezahlte Arbeit (oft durch Arbeitszeitbetrug), keine Bezahlung bei Krankheit, Urlaub, Erwerbslosigkeit, keine Bezahlung von Überstunden, schwere und gefährliche Tätigkeiten „ganz unten“.

Gerhard Schröder, Ex-Bundeskanzler, brachte es schon 2005 auf den Punkt: „Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt“. Deutschland ist auch ein Meister der Ausbeutung!



Erfolgreicher Streik von Landarbeiter*innen vor allem aus Rumänien im April 2020 im kapitalistischen Unternehmen Spargel Ritter in Bonn-Bornheim

Die brutale Ausbeutung und die elenden Lebensverhältnisse von migrantischen Werk tätigen

Ganz unten stehen Migrant*innen v. a. aus Ost- und Südosteuropa, Geflüchtete und – jenseits aller gesetzlichen Bestimmungen – Menschen „ohne Papiere“, von denen mindestens 500.000 in Deutschland leben. Sie haben zu meist die schwersten und auch gefährlichsten Jobs. So sind in der Fleischindustrie ca. zwei Drittel der Werk tätigen Nichtdeutsche. Am Fließband gibt es fast nur Nichtdeutsche, vielfach mit Befristungen oder mit Werkverträgen. Die Arbeit erfolgt im Akkordtempo. Die größtenteils migrantischen Arbeiter*innen werden dabei permanent von deutschen Vorarbeitern kontrolliert und angetrieben. Dazu drohen besonders in der Baubranche, aber nicht nur dort, staatliche Razzien, was häufig Abschiebung bedeutet.

Dazu kommen großteils katastrophale Wohnverhältnisse. Die versprochenen billigen oder sogar kostenlosen Unterkünfte entpuppen sich in der Realität häufig als Elendsquartiere, für die nicht selten hohe Summen des Lohns einbehalten werden. In der Landwirtschaft sind dies oftmals Baracken oder Holzverschläge direkt auf den Höfen bzw. am Rand der Felder. Die Unterkunft im Bausektor ist häufig direkt auf bzw. regelrecht in ihren Baustellen. LKW-Fahrer*innen müssen ohne Unterbrechung oftmals Monate lang in ihren Fahrzeugen hausen.

Solche oder ähnliche elenden Lebens- und Arbeitsbedingungen herrschen heute quer durch alle Bereiche, in der Landwirtschaft, in der Fleischproduktion, im Transportbereich, in der Bauindustrie, im Bereich der häuslichen Pflege – gewiss keine vollständige Aufzählung!

Drei Methoden der Ausbeutung, die besonders migrantische Arbeiter*innen treffen, stechen hervor, wobei diese in unterschiedlicher Weise miteinander kombiniert werden.

- **Die Methode der „Subunternehmen“**

Dieses bedeutet: Ein Netz von Subfirmen, die mit dem Entsendesystem arbeiten, bilden die Basis für systematischen Lohnraub, Arbeitszeitbetrug und Hinterziehung von Sozialbeiträgen, für unsichere und teils lebensgefährliche Arbeitsbedingungen sowie weitgehende Entrechtung der Arbeiter*innen. Dieses spielt praktisch in allen Branchen eine riesige Rolle. Es beginnt meist schon in den Herkunftsländern. „Agenturen“ kassieren schon für die Vermittlung bis zu 500 Euro. Dazu nehmen sie Geld für den „Transport“, Dokumentenbeschaffung und anderes.

Das System der Subunternehmen gehört zur „Normalität“ kapitalistischen Wirtschaftens in Deutschland heute. Zum Beispiel besteht etwa für die Hälfte der Fahrer*innen, die für die Deutsche Post bzw. DHL Briefe und Pakete befördern, keine direkte Beschäftigung. Sie arbeiten meist für osteuropäische Subfirmen oder deutsche „Servicepartner“ mit Niederlassung in Osteuropa, die oft Arbeiter*innen aus Osteuropa einsetzen. Die anderen drei großen Lieferdienste, Hermes, DPD und GLS, haben die Zustellung ihrer Pakete fast vollständig ausgelagert.

Die Methode „Subunternehmen“ erfolgt insbesondere in zwei Formen: Leiharbeit und Werkverträge.

- **Die Methode der Leiharbeit und der Werkverträge**

Die über Agenturen in den Herkunftsländern angeworbenen Leiharbeiter*innen spielen nach wie vor eine wichtige

Gegen Migrant*innen gerichtete deutsche Herrenmenschen-Politik während der Corona-Pandemie

Während der Corona-Pandemie zeigte sich die Diskriminierung, ja rassistische Behandlung der osteuropäischen saisonalen Arbeitskräfte besonders krass. Während 2020 in ganz Europa die Schließung ganzer Wirtschaftszweige bestanden und Grenzen geschlossen wurden, organisierte die deutsche Regierung im April und Mai Sonder-Charterflüge von jeweils 80.000 Arbeitsmigrant*innen zur Spargelernte – bei mangelhaftem Infektionsschutz. Z.B. wurden die Migrant*innen in überfüllten Mehrbettzimmern untergebracht. Das vom deutschen Staat verhängte Kontaktverbot galt ausschließlich für Kontakte mit der deutschen Bevölkerung (auch mit gewerkschaftlichen Beratern) und bedeutete, dass die Migrant*innen faktisch in ihren Unterkünften interniert wurden. Die Erntearbeiter*innen durften zwei Wochen das Betriebsgelände nicht verlassen, aber arbeiteten und lebten zusammen auf engstem Raum.

Rolle besonders für Großbetriebe. Konzerne wie ThyssenKrupp heuern Leiharbeiter*innen aus anderen Herkunftsländern an, um massiv Kosten zu sparen. Die Bezahlung liegt nämlich bis zu 40 Prozent unter der der Festangestellten. Der Anteil von Leiharbeiter*innen ohne deutschen Pass ist zwischen 2016 und 2022 von ca. 26 Prozent auf 43 Prozent gestiegen. Sie verdienen im Schnitt nochmals 470 Euro weniger als deutsche Leiharbeiter*innen.

Häufig, ja immer häufiger werden die Arbeiter*innen von Subfirmen im EU-Ausland nicht mit einem Arbeitsvertrag eingestellt, sondern mittels Werkverträge als „Soloselbstständige“ nach Deutschland geschickt – oft mangels Sprachkenntnisse ohne ihr Wissen. Sie arbeiten dann mit einer Gewerbebeanmeldung. Das bedeutet: Schutzregeln des Arbeitsrechts wie z. B. Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder Mindestlohn, gelten für sie nicht.

Die Zahl dieser Arbeiter*innen ist unbekannt. Die Verantwortlichkeit für die üblen Arbeitsbedingungen schieben die Konzerne auf die beauftragten Werkvertragsfirmen ab. Die deutschen Industrieunternehmen haben offiziell mit den Werkvertragsarbeiter*innen nichts zu tun. Es gibt auch formell keine „Generalunternehmerhaftung“.

Auch in Schlüsselindustrien wie Maschinenbau und der Automobilbranche (bei BMW/Leipzig arbeiten mehr unter Werkvertrag als fest angestellte), in der Fleischindustrie, in der Schwerindustrie (z. B. ThyssenKrupp), im Schiffbau usw. sind solche Werkverträge weit verbreitet. Es geht dabei vor allem um körperlich belastende Arbeiten an schmutzigen, extrem heißen oder gefährlichen Orten oder mit gesundheitsgefährdenden Stoffen. Ob bei Leiharbeit oder mit Werkvertrag, die Unfallzahlen sind hier viel höher als bei dem „Stammpersonal“.

Mit beiden Methoden haben die Kapitalisten eine wichtige Reserve, um je nach Auftragslage einen Teil der Kolleg*innen rasch zu entlassen, vor allem aber auch, um geschlossene Streikaktionen der Belegschaften zu erschweren und zu verhindern.

- **Methode der Verknüpfung von befristeten Arbeitsverträgen und Aufenthaltsrecht**

Die Methode der Befristungen ist allgemein schon übel. Bei etlichen Menschen ohne deutschen Pass kommt aber noch eine weitere, direkt existenzbedrohliche Dimension dazu: Ohne Job kein Aufenthaltsrecht, befristeter Job gleich befristetes Aufenthaltsrecht.

Besonders krass ist das z. B. bei den Gorillas-Ridern. Es gibt dort für über 90 Prozent nur befristete Verträge mit sechsmonatiger Probezeit. Dies hebt jeglichen Kündigungsschutz aus. Denn die Riders sind in der übergroßen Mehrheit Migrant*innen mit befristeter Arbeitserlaubnis von drei bis sechs Monaten. Beides – die Kündigungsmöglichkeit in der Probezeit und die Ausnutzung des reaktionären Aufenthaltsrechts – richtet sich vor allem auch gegen kämpferische Kolleg*innen, um Streikaktionen zu verhindern bzw. niederzuschlagen.

Schlaglichter auf die Kämpfe von migrantischen Kolleg*innen

Trotz ihrer schwierigen Lage, trotz rassistischer und sexistischer Unterdrückung (wie im häuslichen Pflegebereich), trotz der Spaltungspolitik von Staat, Kapital und Gewerkschaftsführung wurden bis heute immer wieder beeindruckende Kämpfe geführt, die zum Teil auch von fortschrittlichen Gruppen oder Einzelpersonen aus der Gewerkschaftsbewegung unterstützt werden. Im Folgenden haben wir exemplarisch Kämpfe herausgegriffen, die vor allem von Migrant*innen aus Osteuropa und Südosteuropa geführt wurden und kaum bekannt sind.

■ **Landwirtschaft:** Besondere Bedeutung erhielt der Arbeitskampf von Hunderten Saisonarbeitskräften vor allem aus Rumänien, die im April 2020 auf dem Spargel- und Erdbeerhof Ritter in Bornheim bei Bonn zur Ernte eintrafen. Sie wussten nicht, dass der Betrieb bereits unter Insolvenzverwaltung stand. Statt der erwarteten bis zu 2.000 Euro Lohn erhielten sie Mitte Mai teilweise nur 100 bis 200 Euro und erfuhren, dass sie auf eigene Kosten zurück nach Rumänien reisen sollten. Daraufhin beschlossen die etwa 200 Erntehelfer*innen am 15. Mai zu streiken. Sie versammelten sich morgens auf dem Hof und forderten, neben den noch ausstehenden Löhnen, dass sie bis zur Abreise in ihren Unterkünften bleiben durften. Polizei und ein privater Sicherheitsdienst sperrten zwischenzeitlich das Gelände ab. Die Presse berichtete von der Besetzung des Spargelhofes. Bei ihrem selbstorganisierten Kampf erhielten die Streikenden Unterstützung von der FAU (Freie Arbeiter Union), die einen Anwalt stellte, Übersetzung und Solidaritätskundgebungen organisierten. Teilweise durchgesetzte völlig willkürliche Lohnauszahlungen von 5 bis 500 Euro wurden in folgenden Tagen mit Demonstrationen zum Auszahlungsbüro sowie zum Sitz des Insolvenzverwalters in Bonn beantwortet. Auf Plakaten war auf Englisch zu lesen: „Deutscher Spargel schmeckt nach Ausbeutung“. Danach zogen die Streikenden zum rumänischen Konsulat in Bonn. Dieses sicherte ihnen angeblich Unterstützung bei der Heimreise bzw. beim Wechsel in andere Betriebe zu. Eine weitere durchgesetzte Teilauszahlung der Löhne sowie eine Spendensammlung für die Heimreise führten zur Beendigung des Kampfes. Eine wichtige Erfahrung war und ist: Durch gemeinsamen selbst organisierten Kampf, der die Isolation durchbrach und solidarische Unterstützung erhielt, ist es den Streikenden gelungen, große Teile der Forderungen durchzusetzen.

■ **Bauwirtschaft:** Zum Symbol für den Widerstand gegen Lohnraub und Ausbeutung wurde im Herbst 2014 der Kampf von Hunderten Bauarbeiter*innen aus Rumänien und anderen osteuropäischen Ländern beim Bau des Einkaufszentrums „Mall of Berlin“. Mit Unterstützung der FAU wurden Streiks, Demonstrationen und Proteste durchgeführt, die bundesweit bekannt wurden. Auch danach gibt es immer wieder Streikaktionen und Proteste:

Mehr als 300 Bauarbeiter*innen aus Polen, Rumänien und Kroatien wurde 2018 von einer Offenbacher Subfirma wochenlang ihr Lohn vorenthalten. Diese Firma handelte im Auftrag von mehreren Baukonzernen im Rhein-Main-Gebiet. Durch Protestaktionen, insbesondere eine Demonstration von über 50 Bauarbeiter*innen, ständige Berichte in der lokalen Presse sowie Unterstützung von Gewerkschafter*innen, gelang es innerhalb von zwei Wochen, sämtliche Generalkonzerne zur Zahlung der ausstehenden Löhne zu zwingen.

■ **Industrie:** Nachdem am 18. Oktober 2022 der aus Bulgarien stammende Arbeiter Refat Süleyman tot in einem Schlackebecken von ThyssenKrupp in Duisburg aufgefunden wurde, führten am 23. Oktober 2022 weit über 1.000 Arbeiter*innen und Werk tätige, die meisten von ihnen aus Bulgarien stammend, eine Demonstration und Kundgebung vor ThyssenKrupp durch. Sie forderten vollständige Aufklärung des Vorfalles, die bis heute verwehrt wird.

■ **Liefererunternehmen:** In verschiedenen Liefer-Unternehmen wie Lieferando, Gorillas und anderen ist es in den letzten Jahren immer wieder zu Streiks und anderen Protestaktionen gekommen. So traten am 8./9. Februar 2021 Gorillas-Rider in Berlin in den Streik. Die von ihnen gegründete gewerkschaftliche Organisation war führend bei der Organisation und Durchführung dieser Streikaktionen. Damit haben sie auch das reaktionäre „Streikrecht“ in Deutschland durchbrochen!

■ **Transport:** Ende März traten mehr als 60 hauptsächlich aus Georgien und Usbekistan stammende LKW-Fahrer auf einer Raststätte in der Nähe von Darmstadt in den Streik und erhoben ihre Stimme. Auch in Niedersachsen, in Italien (Südtirol) und der Schweiz streikten Fahrer desselben Unternehmens. Die Streikenden fahren als sog. „Selbstständige“ für ein Unternehmen in Polen. Die Fahrer fordern ihre seit Monaten ausstehenden Löhne. Sie arbeiten unter katastrophal schlechten Bedingungen. So haben einige Fahrer aus Georgien seit einem Jahr ihre Familien nicht mehr gesehen, da sie ständig mit ihren LKWs unterwegs sind. Am 7. April fuhr das bestreikte Unternehmen

Flugblätter von Gewantifa zu Kämpfen migrantischer Kolleg*innen

- Solidarität mit den Streikaktionen der Gorillas-Rider! (Flugblatt Nr. 61, Oktober 2021)
- Solidarität mit den Gorillas*Arbeiter*innen, die gegen ihre fristlose Entlassung wegen Teilnahme an einem „wilden Streik“ kämpfen: „Ohne unser Recht auf verbandsfreien Streik ist unsere Arbeit nicht mehr als moderne, durch Richterrecht legalisierte Sklaverei“ (Flugblatt Nr. 65, Mai 2022)
- Der Tod von Refat Süleyman im Oktober 2022 – kein Einzelfall: Solidarität mit den Protesten migrantischer Arbeiter*innen gegen mörderische Arbeitsbedingungen bei ThyssenKrupp (Flugblatt Nr. 68, Januar 2023)

Luksz Masur mit einem gepanzerten Fahrzeug und martialisches ausgerüsteten Schlägern auf, um den Streik der Fahrer auf der Raststätte bei Darmstadt gewaltsam niederzuschlagen, den Streikenden ihre LKWs zu entreißen. Nach Einschaltung der Öffentlichkeit stoppte die deutsche Polizei die Attacke. Der Eindruck, dass hier deutsche Staatsorgane und Politiker wirklich für die Interessen der Fahrer*innen eintreten würden, ist allerdings ganz falsch. Diese wollen sich nur nicht auf deutschem Territorium das Heft aus der Hand nehmen lassen und selbst für die „Ruhe und Ordnung“ der Ausbeutung sorgen. Streikende berichten, dass die Lastwagen des polnischen Speditionskapitalisten unter anderem für DHL, VW und Mercedes fahren. Die Streikenden erklärten: Wir streiken, bis alle ihren Lohn erhalten haben!

Aufgaben zur Unterstützung des Kampfes der migrantischen Kolleg*innen

Die Streiks der migrantischen Arbeiter*innen zeigen, dass Widerstand und Streiks auch unter extremen Ausbeutungs- und Unterdrückungsbedingungen möglich sind. Allerdings sind die Kolleg*innen bei ihren Aktionen zunächst weitgehend oder ganz auf sich allein gestellt. Sie haben diese zumeist ohne vorhandene Organisation begonnen und durchgeführt, auch wenn es dann durchaus Unterstützung von solidarischen Kräften gab und gibt, wenn auch noch viel zu wenig.

Auch viele Gewerkschafter*innen waren und sind ehrlich solidarisch. Was die DGB-Spitze und ihren bürokratischen Apparat angeht, hat sich allerdings immer wieder gezeigt: Wenn sie sich an die Spitze von Kämpfen stellen, wollen sie diese damit vor allem „in den Griff bekommen“, um sie dann abzuwürgen. Und mehr noch: Alles das, was vor allem den am meisten Ausgebeuteten das Leben zur Hölle

macht, wird von der DGB-Spitze und ihrem bürokratischen Apparat – „Einwände“ an diesen oder jenen Aspekten hin oder her – im Kern mitgetragen. So wird vom DGB das „Bürgergeld“ (= aktualisiertes Hartz IV) unterstützt. Das stark eingeschränkte Streikrecht in Deutschland wird nicht in Frage gestellt. Ja nicht einmal der staatliche Abschiebungsterror wird grundsätzlich abgelehnt.

Dagegen ist es die Aufgabe der gewerkschaftlichen und antirassistischen Kräfte, die Solidarität mit allen diesen Kampfkationen auszubauen und zu erweitern. Dies muss zum unverzichtbaren und integralen Teil des Kampfs gegen verschärfte Ausbeutung, Sozialabbau und verschärfter politischer Unterdrückung werden, der angesichts von Reallohnabbau (v. a. durch hohe Inflation), vermehrter Rufe nach weiterer Einschränkung oder gar Abschaffung des Streikrechts immer notwendiger wird. Als drei wichtige Aufgaben möchten wir hervorheben:

- Aufbau einer gemeinsamen Kampffront der festgestellten Arbeiter*innen mit den Leiharbeiter*innen und mit denen, die insbesondere auch als migrantische Arbeiter*innen mit Hilfe von Werkverträgen besonders ausgebeutet werden.
- Kampf für die gleichen Rechte aller in Deutschland lebenden und unterdrückten Menschen. Kampf gegen jede Einwanderungsbeschränkung und gegen den staatlichen Abschiebungsterror.
- Kampf gegen den deutschen Nationalismus und den deutschen Rassismus, gegen die Spaltung in „deutsche“ und „nichtdeutsche“ Werk tätige.

Dem Instrument des „Teile und Herrsche“ der Kapitalisten und ihres deutschen Staats kann nur so gegen jegliche Ausbeutung wirksam entgegengetreten werden.

Über uns keine Herren, unter uns keine Sklaven!

Veranstaltung:

Solidarität mit den Migrant*innen, die gegen extreme Ausbeutung, Rechtlosigkeit und Rassismus kämpfen!

- **Ausmaß und Methoden extremer Ausbeutung insbesondere migrantischer Arbeiter*innen**
- **Streiks und andere Widerstandsaktionen**
- **Aufgaben der solidarischen Unterstützung**
- **Diskussion**

**Samstag 3. Juni 16 Uhr, JUZ „Friedrich Dürr“,
Käthe-Kollwitz-Str. 2-4, 68169 Mannheim**

**Beitrag der antifa-Basisgruppe Frankfurt Offenbach vom 9. Oktober
2023 anlässlich des 2. Jahrestags des Nazi-Mordanschlags in Halle:**

Solidarität mit allen Jüd*innen in Israel und weltweit – gegen jeden Antisemitismus!

Wir drucken nachfolgend den Redebeitrag ab, der im Namen der Antifa Basisgruppe Frankfurt Offenbach am 9. Oktober 2023 auf der vom Offenen Antifa Treff Frankfurt (OAT) organisierten Kundgebung in Gedenken an die Opfer des Nazi-Anschlags in Halle 2019 gehalten wurde. Daran nahmen außerdem die Antifa 069 sowie die Jüdische Studierendenorganisation auch mit eigenen Redebeiträgen teil. Wir sind mit dem Redebeitrag sehr einverstanden und möchten lediglich drei Bemerkungen hinzufügen, die wir für die aktuelle Positionierung für wichtig halten. **Erstens** geht es um die wichtige, ja zentrale Rolle des faschistischen Staats des Iran, mit dem der deutsche Staat und die deutsche Wirtschaft beste Beziehungen haben, bei den Versuchen der militärischen Vernichtung des Staats Israel mit Hilfe von faschistischen Organisationen wie Hamas, Hisbollah, Dschihad und anderen, die in hohem Maß als dessen Stellvertretungen agieren. **Zweitens** geht es darum, dass der deutsche Staat unter dem Mantel humanitärer Hilfe de facto die Hamas mitfinanziert. Denn dadurch wird das Budget der Hamas massiv entlastet und werden höhere Militärausgaben für den Krieg zur Vernichtung Israels ermöglicht. **Drittens** halten wir es für völlig falsch, die diversen Aktivitäten zur Unterstützung des jüdenfeindlichen faschistischen Hamas-Terrors als „pro-palästinensisch“ zu bezeichnen. Die Hamas ist der größte Feind der in Gaza lebenden palästinensischen Bevölkerung.

Redebeitrag:

Solidarität mit allen Jüd*innen in Israel und weltweit - gegen jeden Antisemitismus!

Heute ist der Jahrestag des antisemitischen Anschlags von Halle. Unsere Gedanken sind bei Jana Lange und Kevin Schwarze, ihren Familien und Angehörigen. Unsere Gedanken sind bei den Überlebenden, die nur durch die Holztür der Synagoge gerettet wurden.

Noch vor 4 Tagen wäre das hier eine komplett andere Rede geworden. Wir hätten auf den antisemitischen Charakter der Tat aufmerksam gemacht. Wir hätten davon gesprochen, dass es deutsche Faschistinnen sind, die in diesem Land noch immer die größte Bedrohung für jüdisches Leben sind. Wir hätten die AfD als das bezeichnet, was sie ist: nämlich als den parlamentarischen Arm des Rechtsterrorismus - und wir hätten die Gefahr betont, die von den faschistischen Wahlerfolgen ausgeht. Wir hätten zur antifaschistischen Einheit aufgerufen.

Und das alles wäre und ist heute bestimmt noch richtig. Doch jedes Wort klingt leer und jeder Satz verhallt neben dem ohrenbetäubenden Lärm und der lähmenden Angst im Angesicht des antisemitischen Terrors in Israel.

Tausende Raketen auf Wohngebiete. Über 700 Menschen ermordet. Unzählige Fälle sexualisierter Gewalt, Misshandlungen und Entführungen. Shoah-Überlebende, die als Geiseln nach Gaza verschleppt werden. Videos von barbarischen Hinrichtungen, misogynen Gewalt und Leichenschändung. Das

antisemitische Grauen war nie weg doch am Wochenende drang es mit brachialer Gewalt in unsere Gegenwart. Denn die Hamas und ihre Verbündeten haben deutlich gezeigt, was Antizionismus in der Praxis bedeutet: die Vernichtung von so viel jüdischem Leben wie möglich.

Aber der antisemitische Horror endet nicht in Israel. In verschiedenen Städten auf der ganzen Welt zogen Menschen auf die Straßen und feierten das Pogrom, die Massaker, die kaltblütigen Morde. Samidoun, die Gefangenenhilfe der vermeintlich linken Terrorpartei PFLP, verteilte in Berlin sogar Süßigkeiten, um ihren blutigen Widerstand gebührend zu feiern. Es gibt erste Berichte über Angriffe auf jüdische Demos und jüdische Einrichtungen und sie werden sich häufen. Die Solidarität gilt vieler Orts nicht den jüdischen Opfern der Gewalt, sondern den antisemitischen und misogynen Tätern der Hamas.

Und auch in der radikalen Linken, unter Antifaschist*innen, ja teilweise bei unseren eigenen Genoss*innen hat sich gezeigt, was wir eigentlich gewusst, was wir verdrängt oder als aushaltbaren Widerspruch abgetan haben: linker Antisemitismus.

Denn wir haben wenige linke Solidaritätsbekundungen mit den Betroffenen gelesen. Dafür gab es umso mehr Täter-Opfer-Umkehr. Es gab kaum Verurteilung der antisemitischen Morde, ohne dass ein großes

„...aber die Juden“ dahinterstand. Gruppen und Personen, für die sonst Betroffenen-solidarität an erster Stelle steht, übten sich in kalter, empathieloser „Analyse“. Aus diesen vermeintlichen Analysen resultierten meist Schuldzuweisungen - nicht an die Mörder von der Hamas, sondern an Israelis, Zionistinnen, die israelische Regierung. Schuldzuweisungen, die eigentlich alle sagen: „Die Juden sind doch selber schuld“. Wir lasen und hörten klammheimliche und offene Freude darüber, dass endlich ernst gemacht würde mit dem „From the river to the sea“ oder dass nun die praktische Dekolonisierung gekommen sei. In Frankfurt fand gestern sogar eine antifaschistische Demonstration zur Hessenwahl statt, bei der die Moderation uns eine Solidaritätserklärung mit den Jüdinnen in Israel untersagte. Man wolle nicht spalten. Lieber Seite an Seite mit Antisemitinnen laufen, als den größten judenfeindlichen Pogrom seit der Shoah zu thematisieren.

Was bleibt ist ein Haufen Scherben - insbesondere für jüdische Antifaschist*innen, die nicht nur den antisemitischen Terror erleben, sondern auch die Entsolidarisierung, ja den Verrat ihrer vermeintlichen Genoss*innen. Gerade jetzt bräuchte es eine starke antifaschistische Einheit. Aber wie weiter mit selbsternannten Antifaschist*innen und vermeintlichen Genossinnen, die nicht einfach antisemitischen Terror verurteilen können, die keinen Platz für Betroffenen-solidarität haben, wenn die Opfer Jüd*innen in Israel sind?

Für uns ist klar: es kann kein weiter so, keine Relativierung und kein Aushalten von linkem Antisemitismus mehr geben.

Wir sind in Gedanken bei Jana Lange und Kevin Schwarze, ihren Familien und Angehörigen, die vor 4

Zwei Flugblätter von Gewantifa mit Stellungnahmen aus Gaza und Südafrika gegen Judenfeindschaft:

☐ Gewantifa-Flugblatt Nr. 58, Juni 2021:

Brief eines Aktivisten der Gaza Youth Movement: „Wir wollen keine Antisemiten, Nazis und Israel-Hasser als Freunde“

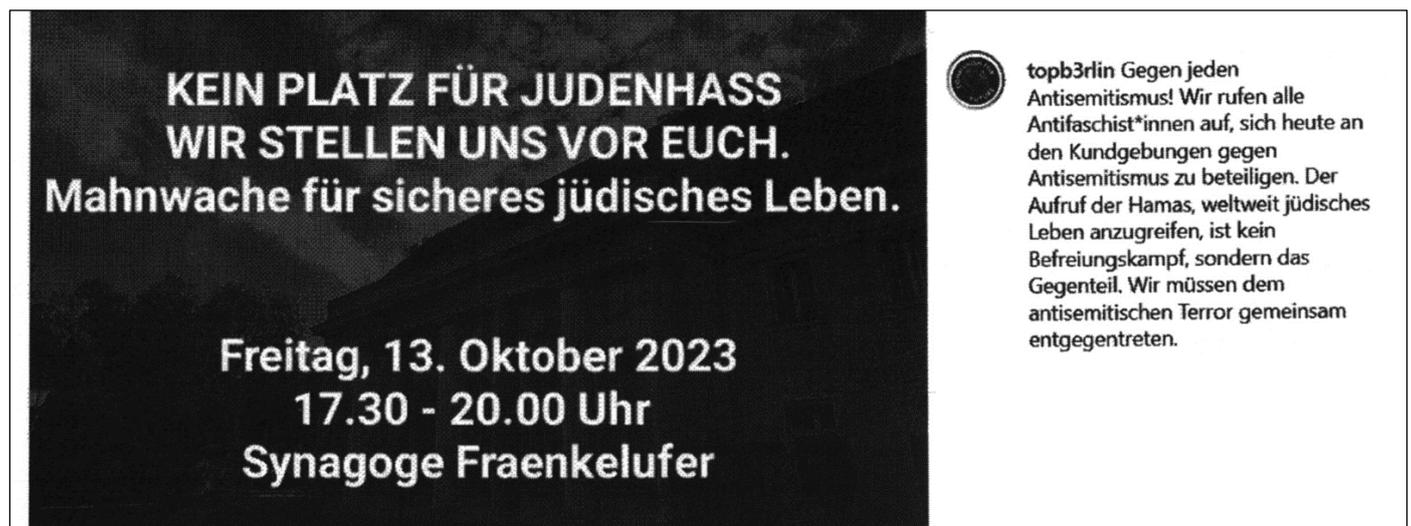
☐ Gewantifa-Flugblatt Nr. 63, März 2022:

Stellungnahme aus Südafrika gegen die grundfalsche Bezeichnung von Israel als Apartheidstaat: „Stehlt uns nicht das Wort Apartheid!“

Jahren bei dem antisemitischen Terror Anschlag in Halle ermordet wurden. Unsere Gedanken sind bei den Überlebenden, die nur durch die Holztür der Synagoge gerettet wurden. Unsere Gedanken sind bei den unschuldigen Zivilist*innen in Gaza, die in diesem Krieg sterben und leiden. Aber heute sind unsere Gedanken und Herzen insbesondere bei den über 700 ermordeten Israelis, den Verletzten, den verschleppten Geiseln und ihren bangenden Familien und Angehörigen.

Am Jahrestag des antisemitischen Anschlags von Halle stehen wir hier in voller Solidarität mit allen Jüd*innen in Israel und weltweit. Antifa bedeutet für uns der bedingungslose Kampf gegen jeden Antisemitismus.

Quelle: [HTTPS://ANTIFA-BASISGRUPPE.ORG](https://antifa-basisgruppe.org)



**KEIN PLATZ FÜR JUDENHASS
WIR STELLEN UNS VOR EUCH.
Mahnwache für sicheres jüdisches Leben.**

**Freitag, 13. Oktober 2023
17.30 - 20.00 Uhr
Synagoge Fraenkelufer**

topb3rlin Gegen jeden Antisemitismus! Wir rufen alle Antifaschist*innen auf, sich heute an den Kundgebungen gegen Antisemitismus zu beteiligen. Der Aufruf der Hamas, weltweit jüdisches Leben anzugreifen, ist kein Befreiungskampf, sondern das Gegenteil. Wir müssen dem antisemitischen Terror gemeinsam entgegentreten.

So wie die Kundgebung am 9. Oktober 2023 in Frankfurt halten wir auch die Solidaritätsaktion von TOP Berlin (Teil von Ums Ganze) für vorbildlich – viel zu selten unter antifaschistischen, antirassistischen und gewerkschaftlichen Kräften.

Plakate

Durch ein rassistisches Nazi-Massaker in Hanau am 19.2.2020 ermordet!



Vili Viorel
Păun



Said Nesar
Hashemi



Fatih
Saraçoğlu



Sedat
Gürbüz



Gökhan
Gültekin



Kaloyan
Velkov



Hamza
Kurtović



Mercedes
Kierpacz



Ferhat
Unvar

Nichts vergeben! Nichts Vergessen!

Kontakt: GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion
c/o Jugendzentrum in Selbstverwaltung, Postfach 12 19 65, 68070 Mannheim
Unsere Flugblätter und Broschüren sind im Internet unter: gewantifa.wordpress.com - E-mail: gewantifa@yahoo.de

Nazi-Morde seit 1989

Über 400 Nazi-Morde erwiesen, Hunderte werden noch „untersucht“

1989: Frank R. in Essen - 12.5. Ufuk Şahin in Berlin - 27.7. Obdachloser in Gelsenkirchen - August Birgit Meier in Lüneburg - **1990:** 7.1. in Berlin der pakistanische Student Mahmud Azhar - 27.7.: obdachloser Mann in Gelsenkirchen - 7.10. Andrzej Frateczak in Lübbenau - 21.10. der 23jährige Eberhard Arnold in Ludwigsburg - 17.11. ein Äthiopier in Berlin - 17.11. Ercan S.in Kempen - 11.12. Klaus-Dieter Reichert in Berlin - 24.11. Amadeu Antonio Kiowa aus Angola in Eberswalde - 28.12. der 17jährige Kurde Nihat Yusufoglu in Hachenburg im Westerwald - 31.12. in Flensburg ein 31 jähriger Obdachloser - **1991:** Jugoslawe in Berlin-Neukölln - 1.1. Alexander Selchow in Rosdorf 6.1. Lothar Fischer in Flensburg - 23.2. ein Mann aus Afghanistan in Sachsen - 31.3. Jorge Joao Gomodai in Dresden - 13.4. A. Rustanow in Rathenow - 1.6. ein Gerhard Sch. in Leipzig - 4.6. Helmut Leja bei Käsdorf - 7.7. Jonny Braun in Gelnhausen - 16.6. Agostinho Comboio in Friedrichshafen - 19.9. in Saarlouis Samuel Kofi Yeboah aus Ghana bei Brandanschlag - 21.9. Wolfgang Auch in Schwedt - 12.11. Mete Ekşi in Berlin -1.12. Gerd Himmelstädt in Hohenselchow - 10.12. ein Mann aus Rumänien in München - 14.12. Timo Kähle in Meuro - **1992:** 5.1 Mann aus Nigeria in Augsburg - 5.1. Ingo Ludwig in Klein-Mutz bei Gransee - 11.1. ein Mann in Hannover - 31.1. eine dreiköpfige Familie aus Sri Lanka bei in Lampertheim (Hessen) - 23.2. Blanka Zmigrod in Frankfurt/Main - 4.3. Matthias Knabe in Gifhorn - 6.3. ein Mann aus der Türkei in Reilingen bei Mannheim - 11.3. Melanie Harke in Schwedt - 15.3. Dragomir Christinel aus Rumänien in Saal bei Rostock -22.3. Gustav Schneeclaus in Buxtehude - 19.3. der obdachlose Sinto Ingo Firmem in Flensburg - 4.4. Erich Bosse bei Brandanschlag in Hörstel - 24.4. Nguyen Van Tu in Ostberlin - 25.4. Peter Konrad aus Potsdam totgeschlagen - 11.5. Thorsten Lamprecht in Magdeburg - 29.6.: Grigore Velcu und Eudache Calderar in Nadrensee - 1.7. der Obdachlose Emil Wendtland in Neurruppin - 8.7. Sadri Berisha ein Kosovo-Albaner Nähe Stuttgart - 1.8. der Obdachlose Dieter Klaus Klein in Bad Breisig - 3.8. der Erntehelfer Ireneusz Syzderski in Stotternheim - 24.8. der Obdachlose Frank Bönsich in Koblenz von Nazi erschossen - 5.9. der Obdachlose Günter Schwannecke in Berlin-Charlottenburg - 10.10. Waltraud Scheffler in Geierswalde - 19.10. ein 37jähriger Peruener in Westberlin - 23.10. Nigerianer in Frankfurt (Oder) - 7.11. Rolf Schulze aus Brandenburg - 13.11. Karl-Hans Rohn, weil die Nazi ihn für einen Juden hielten - 21.11. in Wilfrath der Jude Alfred Salomon - im November in Königswusterhausen zwei Antifaschisten tot aufgefunden (nachdem Nazi-Drohbriefe eingegangen waren) - 21.11. Silvio Meier aus Ostberlin - 23.11. bei Brandanschlag in Mölln: Yeliz Arslan (10), Bahide Arslan (51), Ayşe Yilmaz (14) - 6.12. ein kroatischer Arbeiter bei Brandanschlag in Jänschwalde - 15.12. Bruno Kappi in Weidenau (Siegen) - 15.12. Mensch mit Behinderung in Gießen - 17.12. Gamal Hegab aus Ägypten in Berlin - 18.12. Hans-Jochen Lommatzsch in Oranienburg - 27.12. Şahin Çalışır bei Meersbusch - **1993:** 7.1. in Wetzlar tritt Nazi einen Obdachlosen tot - 15.1. in Erfurt stolzen zwei Nazis einen Mann vor Auto - 18.1. Karl Sidon in Arnstadt - 22.1. die Antifaschistin Kerstin Winter in Freiburg durch Nazi-Paketbombe ermordet - 22.1. ein Mann aus Rumänien in Staßfurt - 23.1. ein Puma in Schlotheim - 24.1. Mario Jödecke in Schlotheim - 3.2. der Antifaschist Olaf H in Suhl - 22.2. Mabala Mavinga in Hangelsberg - 22.2. ein Mann aus Zaire bei Fürstenwalde - 25.2. Mike Zerna in Hoyerswerda - 9.3. Mustafa Demirel aus der Türkei in Mühlheim/Ruhr - 12.3. Hans Peter Zarse in Uelzen - 29.3. Friedrich Maßling in Bad Segeberg - 24.4. Matthias Lüders in Obhausen - 29.4. Sandro Beyer in Sondershausen - Belaid Bayal stirbt 2000 an den Spätfolgen eines Nazi-Überfalls vom 8. Mai 1993 - 1.5. Yilma Wondwossen B. in Berlin - 20.5. ein Mann bei Brandanschlag in Coburg - 21.5. ein 20jähriger Mann in Göttingen - 26.5. Jeff Dominiak (deutsch-ägyptischer Hauptdarsteller in einem Film)in Waldeck - 29.5. bei Brandanschlag in Solingen: Gürsün Ince, Hatice Genç, Gülüstan Öztürk, Hülya Genç und Saime Genç aus der Türkei -5.6. der Obdachlose Horst Hemmersdorf in Fürstenwalde - 10.6. ein Arbeiter aus Mosambique bei Brandanschlag in Dresden - 15.6. sechs Menschen bei einem Brandanschlag in Siegburg - 17.6. der Kurde Abdi Atalan in Duellmen - 20.6. Hung Va Quang in Berlin - 21.6. Angela S in Berlin Kreuzberg - 21.6. Dario S. in Berlin-Kreuzberg - 28.6. ein Geflüchteter aus Rumänien in Mühlhausen - im Juni Bernd Z. in Oranienburg - 5.7. Kreis Pasewalk: Zwei Jäger erschießen angeblich „irrtümlich“ zwei „illegal“ einreisende Flüchtlinge - 16.7. Obdachloser in Marl - 28.7. Hans-Georg Jacobson in Strausberg - 16.7. 33jähriger Obdachloser als „Judasau“ beschimpft und erschlagen, in Marl - 22.7. ein 16 Jahre alter Schüler in Uelzen - 28.7. Hans-Georg Jakobsen nahe Strausberg - 19.9. Horst T. in Werneuchen bei Bernau - 5.10. dreiköpfige Familie (Vater aus Sri Lanka) bei Brandanschlag in Bad Wildungen - 10.10. ein Obdachloser aus der Türkei im Obdachloser in Marl - 7.11. Kolong Jamba im Zug von Hamburg nach Buchholz - 19.11. ein Mann in Zittau - 7.12. ein Mann aus Nigeria in Osnabrück - 7.12. Bakry Singateh in Hamburg-Buchholz - 25.12. Ein Mann aus der Türkei bei Brandanschlag in Kaltenkirchen - im Verlauf des Jahres ein Obdachloser in Bad Segeberg - **1994:** 26.1. die 61jährige Roma Raina Jovanovic und die 11jährige Jasiminka in Humboldt-Gremberg - 1.2. unbekannter Flüchtling aus Zaire auf deutschem Frachtschiff über Bord geworfen - 3.2. Horst Scharlach in Berlin - 4.2. Wolfgang O. in Berlin-Weißensee - 11.2. Obdachloser in Hamburg-Neugraben - 18.2.: Ali Bayram in Darmstadt - 16.3. Ante B., Ljuba B., Zuzanna M., Athina S., Kristina S., Nebahat S. und Aynül S. bei Brandanschlag in Stuttgart - 20.4. eine Frau aus der Türkei bei Brandanschlag in Göttingen - 20.4. Albaner in Gieboldshausen - 5.5.: Eberhardt Tennstadt in Quedelburg - 28.5. Klaus R. in Leipzig zu Tode geprügelt - 15.6. Rumäne in Kyritz - 22.6. der 9jährige Esam Chandin bei Brandanschlag in Bochum - Juni Mohamed Badaoui in Bochum - 20.7. Vietnamesin in Berlin-Lichtenberg - 23.7. Beate Fischer in Berlin-Reinickendorf - 26.7. Jan Wnenczak in Berlin - 3.8. Vietnamesin in Leipzig - 6.8. Gunter Marx in Velten erschlagen - 27.8. Obdachlose in Berlin - 27.9. Farid Boukhit aus Algerien an den Verletzungsfolgen vom Nazi-Pogrom in Magdeburg am 12.5. - 28.9. Burkujie Haliti und Navgim Haliti in Herford -30.9. zwei Geflüchtete in Völklingen - 14.10. Alexandra Rousi in Paderborn - 6.11. der 18jährige Piotr Kania in Rothenburg an der Fulda - 8.11. eine 18jährige Antifaschistin in Rotenburg - 20.11. Michael Gäbler in Zittau - 24.12. zweiköpfige Familie aus der Türkei in Sengenthal-Reichertshofen - **1995:** 4.1. zwei kosovo-albanische Mädchen in Zell bei einem Brandanschlag - 8.1. eine Serbin und ihre drei Kinder bei einem Brandanschlag in Mellendorf bei Hannover - 5.2. der Obdachlose Horst Pulter in Velbert - 23.2. Guido Zeidler in Henningsdorf - 25.5. Peter T. bei Hohenstein/Ernstthal - 16. 6. Dagmar Kohlmann in Altena - 29.8. zwei Geflüchtete aus Ghana und Tschad bei Brandanschlag in Ulm - 5.9. ein Deutscher und Frau aus der Türkei bei Brandanschlag in Lübeck - 7.9. Klaus-Peter Beer in Amberg -15.10. drei türkische Menschen in Karlsruhe - November Michael Silbermann und Sven Silbermann in Dresden - 17.12. Gerhard Helmut B. in Leipzig - 19.12. K. C. Shiva - 24.12. drei Kinder bei Brandanschlag auf Flüchtlingsunterkunft in Bergkamen - 29.12.: Sanjib Kumar Shrestha in Oelde - 30.12.: Horst K. in Leipzig-Grünau - Außerdem Dagmar K. und drei weitere Menschen im Laufe des Jahres - **1996:** 18.1. 10 Menschen bei Brandanschlag in Lübeck: Monica Maiamba Bunga, Nsuzana Bunga, Françoise, Christine und Miya Makodila, Christelle Makodila Nsimba, LegrandMakodila Mbongo, Jean-Daniel Makodila Kosi, Rabnia El Omari und Sylvio Bruno Cornlan Amoussou - 3.2. Patricia Wright in Bergisch Gladbach - 15.2. der Antifaschist Sven Beuter -7.3. Reinhard Wojciechowski in Bremen- 15.3. Martin Kemming in Rhade - 8.5. Bernd Grigol in Leipzig-Wahren - Juni Student in Lübeck - 11.7. Boris Morawek in Wolgast - 19.7. Werner Weickum in Eppingen - 1.8. Andreas Götz in Eisenhüttenstadt - August Mann von 6 Nazis in Heilbronn ermordet - 23.10. Achmed Bachir in Leipzig - im Laufe des Jahres Mann aus der Ukraine in Menden-Lendrigsen - **1997:** 1.1. Horst D. in Greifswald - 31.1. Phan Van Toau aus Vietnam in Fredersdorf so schwer verletzt, dass er drei Monate später stirbt - 9.2. Frank Böttcher in Magdeburg - 13.2. Antonio Melis in Caputh - 23.2. Stefan Grage in Hornbek - 31.3. Fadime Demir, Serpil Demir und weiterer Mensch in Krefeld - 17.4. Olaf Schmidke und Chris Daniel in Berlin-Treptow - 22.4. Horst Gens in Sassinitz - 8.5. Augustin Blotzki in Königs-Wusterhausen 4.6. Bektaş Herval in Friedrichshafen - Juni geflüchteter Algerier in Leipzig - 23.8. ein 45jähriger Mann in Otlow - 4.9. Rolf Baginski in Nordhausen - 23.9. Matthias Scheydtt in Cottbus - 27.9. Georg Jürgen Uhl in Cottbus - 14.10. der 59jährige Rentner Josef Anton Gera - 17.11. Horst Meyer in Anklam - **1998:** 26.3. die Antifaschistin Jana Georgi (14 Jahre) in Saalfeld - Juli: Nazi-Überfall auf Nuno Lourenço, an dessen Folgen er am 29.12. stirbt - 30.8. Ernst Fisk in Angermünde - 3.12. Bewohner einer Unterkunft für Obdachlose in Berlin-Schöneberg - **1999:** Februar zwei Heimbewohner in Bestensee-Pätz - 17.3. der Frührentner Egon Efferts - 1.7. Erol İspir in Köln - 9.8. der Obdachlose Peter Deutschmann in Eschede - 15.8. Carlos Fernando in Kolbermoor - 1.10. der Auszubildende Patrick Thürmer in Hohenstein-Ernstthal - 6.10. Kurt Schneider in Berlin-Lichtenberg von vier Nazis zu Tode gequält - 8.10. Hans-Werner Gärtner in Löbejün - 17.10.: Josef Anton Gera in Bochum - 1.11. Daniela Peyerl, Karl-Heinz Lietz, Horst und Ruth Zillenbiller in Bad Reichenhall - 29.12. Jörg Danek in Halle - **2000:** 31.1. der Obdachlose Bernd Schmidt von zwei Nazis drei Tage lang zu Tode geprügelt - 17.3. Slovo Ignjatovic in Berlin - 29.4. Helmut Sackers in Halberstadt - 25.5. Dieter Eich in Berlin - 31.5. der Antifaschist Falko Lüdtko in Eberswalde - 11.6. Alberto Adriano aus Mocambique in Dessau - 14.6. Thomas Goretzki in Dortmund - 24.6. der Obdachlose Klaus-Dieter Gerecke - 9.7. Jürgen Seifert in Wismar - 27.7. Ugebornes in Düsseldorf-Wehrhahn - 27.7. der Obdachlose Norbert Plath - 15.8. Jana Gundula Kling in Greifswald - 9.9. Enver Şimşek. in Nürnberg - 12.9. Malte Lerch in Schleswig - 5.10. Obdachloser in Freiberg - 8.10. Aysel Özer und Seydi Vakkas Özer in Neu-Isenburg - 4.11. Belaid Bayal in Belgiz an den Folgen eines Überfalls vom 8.5.93 - 25.11. Eckhardt Rütz in Greifswald - **2001:** 26.3. Fred Blanke in Grimmen - 25.3. Willi Worg in Milzau - 22.4. Mohammed Belhadj bei Jarmen - 24.5. Axel Ulbricht in Bad Blankenburg - 13.6. Abdurrahim Özüdoğru in Nürnberg - 27.6. Süleyman Taşköprü in Hamburg - 6.7. Frank H. in Witten - 9.8. Dieter Manzke in Dahlewitz - 9.8. Klaus-Dieter Harms in Wittenberge - 29.8. Habil Kılıç in München - 9.9. Arthur Lampel in Bräunlingen - 9.9. Yvonne Polzin in Walow-Strietfeld - 6.11. Ingo Binsch in Berlin - **2002:** 23.5. Kajrat Batesov in Wittstock - 15.5. der geistig und körperlich Behinderte Klaus Dieter Lehmann in Neubrandenburg - 1.6. Ronald Masch bei Neu Mahlisch - 30.6. Christa W. in Wurzen - 12.7. Marinus Schöberl (17 Jahre alt) in Potzlow - 9.8. Ahmet Şarkal in Sulzbach - 27.11. Zygmunt Rundnicha in Altdorf - 7.12. Wolfgang H in Stralsund - **2003:** 27.1. Hartmut Balzke in Erfurt - 21.3. Andreas Oertel in Naumburg - 27.3. Jeremiah Duggan in Wiesbaden - 29.3. Enrico Schreiber in Frankfurt/Oder - 20.4. Günter T. in Riesa - 10.7. Gerhard Fischhöder in Scharnebeck - 4.10.: Thomas K. in Leipzig - 7.10. Hartmut Nickel, Mechthild Bucksteeg und Alja Nickel in Overath - 6.12. Petros und Stefanos C. in Kandel - 20.12. Viktor Filimov (15), Aleksander Schleicher (17) und Waldemar Ickert (16) in Heidenheim - **2004:** 21.1. Oleg Valger in Gera/Bieblach-Ost - 30.1. Martin Görge in Burg - 25.2. Mehmet Turgut in Rostock - 5.6.: Edgar R. in Güsten - **2005:** Januar Obdachloser mit Behinderung in Stuttgart - 18.2. Obdachloser in Magdeburg - 28.3. Thomas Schulz in Dortmund - 9.6. Ismail Yaşar in Nürnberg - 15.6. Theodoros Boulgarides in München - 1.7. ein Mann in Essen - 26.11. Tim Maier in Bad Buchau - **2006:** 1.3. Fevzi Ufuk in Rheda-Wiedenbrück - 4.4. Mehmet Kubaşık in Dortmund - 6.4. Halit Yozgat in Kassel - 6.5. Andreas Pietrzak in Plattling - 10.7. Jürgen G. in Cottbus - September Hans-Jürgen Sch. in Frankfurt/Oder - **2007:** 1.1. Andreas F. in Wismar - 14.7. M.S. in Brijahe - 24.7. ein Obdachloser in Blankenburg/Harz - 7.9. Jenisa Muja in Hannover - 7.10.: Holger Urbaniak in Frankfurt/Oder - **2008:** 3.2. Ilyas Calar, Kennan Kaplan, Karanfil Kaplan, Dilara Kaplan, Döne Kaplan, Hülya Kaplan, Medine Kaplan, Belma Özkaplı in Ludwigshafen - 20.2. Bianca B. in Leer - 26.4. Peter Siebert in Memmingen - 22.7. Bernd Köhler in Templin - 23.7. K.H. Teichmann in Leipzig - 1.8. Hans-Joachim Sbrzesny in Dessau - 6.8. der Geflüchtete Nguyen Tan Tung in Berlin - 16.8. Rick Langenstein in Magdeburg - 24.8. Marcel Wisser in Bernburg - **2009:** 17.1. Lars Rehbeil in Ilmenau - 1.7. Marwa El-Sherbini in Dresden. - 3.10. Andy Schubert in Limburg - **2010:** 14.5. Sven M. in Hemer - 24.10. Kemal Kilade in Leipzig - **2011:** 9.3. Kestutis V. in Wiesbaden - 27.3. Duy Doan Phm in Neuss - 27.5. André Kleinau in Oschatz - 4.10. Mühittin L. in Laichingen - **2012:** 5.4. Burak Bektaş in Berlin-Neukölln - 17.6. Klaus-Peter Kühn in Suhl - 30.9. Karl Heinz Lieckfeldt in Butzow - 31.10. Andrea B. in Hannover - **2013:** 18.7. Konstantin Moljanov aus Kasachstan in Kaufbeuren - **2014:** 14.3. der 5 Jährige Dano in Herford - 20.10. Charles Werabe aus Ruanda in Limburg - **2015:** 20.9. Luke Holland in Berlin - **2016:** 1.2. Jim Reeves in Berlin-Charlottenburg - 22.7. Sevda Dağ, Chosein Daizik, Selcuk Kılıç, Giuliano Josef Kollmann, Can Leyla, Janos Roberto Rafael, Armela Sehashi, Sabina Sulaj und Djiamant Zbergaja starben bei einem Nazi-Anschlag in München - 10.9. Klaus B. in Waldbröl - 20.9. Eugenio Botnari in Berlin-Lichtenberg - 20.10. Daniel Ernst in Georgsmünd - 13.11. Obdachloser in Köln - Beate W. und Elke W. in Gersthofen - **2017:** 1.3. Ruth K. in Döbeln - 14.4. Shaden M. in Cottbus - 7.5. Ramona Sorce in Homburg/Saar - 23.3. Atilla Özer in Köln infolge des Nagelbombenanschlags 2004 - 8.12. Christian Sonnemann in Kattlburg-Lindau - **2018:** 5.2. zwei Menschen in Plauen - 1.4. Bilal A. in Bergisch Gladbach - 17.4. Philipp W. in Neunkirchen - 18.4. Christopher W. in Aue - **2019:** 26.4. William Tonou-Mboda in Hamburg-Eppendorf - 2.6. Walter Lücke in Isth - 20.7. Mann in Erfurt - 9.10. Jana Lange und Kevin Schwarze in Halle - **2020:** 12.2. Mario K. in Altenburg - 19.2. Ferhat Unvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Said Nesar El Hashemi, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüzlü, Kalojan Velkov, Vili Vioerl Pään, Fatih Saraçoğlu starben bei einem Nazi-Anschlag in Hanau - 7.4. Arkan Hussein Khalaf in Celle - 16.5. Ibrahim Demir in Dortmund - 14.7. Noël Martin starb infolge der Spätfolgen nach einem Anschlag von 1996 in Mahlow - **2021:** 18.9. Alexander W. in Idar Oberstein - 4.12. Linda Richter, Leni Richter, Leni Richter, Rubi Richter in Senzig - **2022:** 24.1. Studentin in Heidelberg **2023:** 25.1. Yazy Almiah in Berlin/Französisch Buchholz - 9.3. siebenfaches Nazi-Massaker in Hamburg (Namen nicht veröffentlicht)

Nichts vergeben, nichts vergessen!

Tote durch rassistische Polizeigewalt seit 1990

Mehr als 200 Todesfälle erwiesen

2022: 09.02. Name unbekannt, Hamburg 06.01.: Name unbekannt, Bonn **2021:** 01.11. Georgios Zantiotis, Wuppertal 04.10. Kamal Ibrahim Harsefeld 07.09. Elyas H., Werbellinsee 24.08. Abdul I., Groß-Gerau 28.05. Omar K. Hamburg 09.05. Name unbekannt, Berlin Tegel 03.06. Qosay Sadam Khalaf, 12.03. Sivan, Weil im Schönbuch **2020:** 16.10. Name unbekannt, 16.08. Name unbekannt, 01.01. Name unbekannt, 23.07. Ferhat Mayouf, 07.07. Name unbekannt, 20.06. Mamadou Alpha Diallo, 18.06. Mohamed Idrissi, 10.06. Name unbekannt, 0306. Sailou Hydrara, 27.03. Mariusz Krischan, Berlin 17.03, Name unbekannt, Bruchsal 14.02. Mohamed S., Berlin 06.02. Name unbekannt, Garbsen (Niedersachsen) 05.01. Mehmet B., Gelsenkirchen **2019:** 28.12. Name unbekannt, Stuttgart 02.11. Name unbekannt, Hoppstädten-Weiersbach 19.08. Name unbekannt, 17.08. Aman Alizada, Stade, 20.07. Sadnia Rachid, Erfurt 22.06. Name unbekannt, Kiel 18.06. Adel B., Essen 14.06. Name unbekannt, Bayenfurt (Baden-Württemberg) 26.04. William Tonou Mbobda, Hamburg 26.02. Rooble Warsame, Schweinfurt 21.02. Name unbekannt, 26.01. Name unbekannt, Stuttgart 23.01. Name unbekannt, Stuttgart, 12.01. Aristeidis L. 31.12. Name unbekannt, **2018:** 31.12. Name unbekannt München, 31.12. Name unbekannt Niedersachsen, 28.12. Name unbekannt, 27.12. Aristeidis L., Berlin 26.10. Name unbekannt 17.09. Amad Ahmad, Kleve 29.06. Name unbekannt, 04.06. Name unbekannt, 30.05. Mahmood J., bei Flensburg 01.05. Faraidun Salam Aziz. 29.04. Name unbekannt, 13.04. Matiullah Jabarkhil, Fulda 10.04. Name unbekannt, Bremervörde 01.03. Bekir B., Neubrandenburg 09.02. Hamid P., Wuppertal 22.01. Name unbekannt, Darmstadt, 3.1. Name unbekannt **2017:** 29.12. Name unbekannt, Hannover 10.10. Name unbekannt, 28.06. Reza F., 06.06. Name unbekannt, 01.06. Abdullah K., 27.04. Michael Haile, Essen 16.03. Name unbekannt, 19.02. Name unbekannt, Herten, **2016:** 16.10. Savas K. 12.10. Dschaber a.-B. Asseged A., Ort unbekannt genaues Datum unbekannt, Name unbekannt, Bielefeld genaues Datum unbekannt, Jaber A., Leipzig 27.09. Hussam Fadi, Berlin 06.08. Name unbekannt, Heidelberg 18.07. Name unbekannt, bei Würzburg 13.07. Amos Thomas, Erharting, 19.04. Katip A., 11.04. Name unbekannt, Wulkow, 11.03. Name unbekannt, bei München 02.03. Name unbekannt, 19.02. Jaja Diabi, Hamburg, **2015:** 19.10. Name unbekannt, Uelzen, 15.07. Name unbekannt, bei Passau 04.07. Iljaz M., Zwickau, 11.3. Grigorij S., Memmingen **2014:** 04.12. Name unbekannt, Nordfriesland 31.08. Constantin M., 09.08. Rasmane Koala, 25.07. André B. 24.05. Muslim H., Landshut **2013:** 23.02. José C., Wehlheiden **2012:** 26.11., Name unbekannt, München, 14.10., Name unbekannt, München 16.09. Januz W., Kassel, 17.08. Name unbekannt, Nürnberg, 07.07. Ousman Sey, Dortmund, 13.02. Barry Bubaker, Hamburg, **2011:** 21.10. Name unbekannt, Neumünster 19.05. Christy Schwundek, Frankfurt a.M. 08.02. Name unbekannt, München **2010:** 10.07. Name unbekannt, Tonna, 02.07. Slawik C., Hannover 16.04. Yeni P., Hamburg 03.07. David M., Hamburg 28.02. Slieman Hamade, Berlin **2009:** 25.08. Mahmud O., Nürnberg **2008:** 31.12., Name unbekannt, Rottenburg, genaues Datum unbekannt, Dennis Jockel, Berlin, 14.10. D. V. Q., Bautzen 16.07. David Sargarian, Nürnberg 15.07. Ibourahima K., Bremen, 05.03. Adem Özdamar, Hagen, 01.01. Mohamed M., Berlin **2007:** 02.10. Name unbekannt, Löhne 27.06. Mustafa Alçali, Frankfurt a.M., 27.06. Tibor C., Hamburg 14.05. Name unbekannt, Hagen **2006:** G.Y., Niedersachsen (genauer Ort unbekannt) 01.12. Name unbekannt, Zell am Main, 29.10. Asseged A., München 08.03. Name unbekannt, Gersfeld 07.05. Xiao Z., Neuss 14.04. Dominique Kouamadio, Dortmund, 29.01. Name unbekannt, **2005:** 21.10. Michail S., Hamburg 05.04. K.P., München 07.01. Oury Jalloh, Dessau 07.01. Laye-Alama Condé, Bremen **2004:** 27.09. Novica M., Büren 11.04. Name unbekannt, Hamburg **2003:** 15.03. Name unbekannt, Hamburg **2002:** 24.05. Name unbekannt, Rathenow 30.10. Mario Bichtemann, Dessau **2001:** 31.12. Name unbekannt, Passau 12.12. Achidi John, Hamburg 12.12. Michael N., Hamburg 19.07. Nguyen Thi Nga, Mespelbrunn 14.07. N'deye Mareame Sarr, Aschaffenburg, 18.04. Name unbekannt, Sebnitz, 26.01. John Amadi, Düsseldorf, **2000:** 31.12. Name unbekannt, Leipzig, genaues Datum unbekannt, Name unbekannt, Chemnitz, 31.12. Name unbekannt, 08.12. Arumugasamy S., Hannover, 01.11. Name unbekannt, Reitzenhain 30.08. Altankhou Dagwasoundel, Berlin 05.06. Naimah H., Frankfurt a.M., 16.05. Name unbekannt, Kassel; Januar 2000, Artur M., Mühlhausen (Thüringen) 03.01. Nelson Quinones-Palcios, Mannheim **1999:** 10.12. Zdravko Nikolov Dimitrov, Braunschweig 30.08. Rachid S., Büren 19.08. Ousmane Sow, Düsseldorf (Abschiebeflug) 28.05. Aamir Ageeb, Frankfurt a.M. (Abschiebeflug) 23.03. Veluppilai B., Moers, 31.01. E.L., München 12.01. H. Merkebu G, Lübbecke 01.04. Berzan Öztürk (genannt Murad), Stuttgart **1998:** genaues Datum unbekannt, Tesfa B., München genaues Datum unbekannt, Harrinder S.C., Halle 01.06. Hasan A., Lingen 02.05. Nouredine E.A., Kronach **1997:** 08.12. Hans-Jürgen Rose, Dessau, 07.11. Akim, Bremen 26.07. Mihai Sandu, Oldenburg 04.07. Name unbekannt, Longuich (Rheinland-Pfalz) 09.06. F.F., Augsburg 31.05. Name unbekannt, Halle 08.02. Name unbekannt, Fürstenwalde **1996:** 29.12. Salko L., Berlin 24.11. Alfa B.S.T., Lörrach 14.11. Bahri Yaradan 15.07. Juri P., Erding 06.06. Jude A., Hamburg 26.05. Name unbekannt, Kassel, 26.05. Mohamed B (Auch Farid S.), Kassel, 31.1. Name unbekannt, Kassel, **1995:** 16.11. Name unbekannt, Dresden, 05.11. Esser F., Hamburg 25.08. Name unbekannt, Frankfurt a.M. 22.08. Name unbekannt, Frankfurt a.M. 16.08. Louis L., Wolfenbüttel. 16.07. Name unbekannt, Wehlheiden (Kassel), 17.06. Vo Xuan C., Berlin, 13.06. Moses G., Halle 11.06. Mapasi J., Volkstedt (Sachsen-Anhalt) 04.05. Name unbekannt, Kassel 08.04. Gibrel K., Hamburg 06.04. Name unbekannt, 12.03. El K., Wiesbaden 26.02. Abijou T., Würzburg 02.03. Sammy N., München 25.02. Name unbekannt, Trebnitz (Brandenburg) 20.01. Amar T., Wittlich **1994:** Genaueres Datum unbekannt, Name unbekannt, Thüringen Name unbekannt, Freiburg 31.12. Name unbekannt, 16.10. Abdullah J., Ludwigsburg 30.08. Kola Bankole, Frankfurt a.M. (Abschiebeflug) 25.07. Name unbekannt, Bayern (genauer Ort unbekannt) 25.07. J.K., Wasserburg (Bayern) 03.07. Name unbekannt, Bützow (Mecklenburg-Vorpommern) 30.06. Halim Dener, Hannover 29.06. Name unbekannt, Vechta 15.06. Name unbekannt, Kyritz (Brandenburg) 02.06. Zhou Z. G., Halle 09.05. Name unbekannt, Dresden 05.05. Owusu M., München 16.03. Name unbekannt, Bad Endorf (Bayern) 25.02. Christian P. **1993:** 25.12. Emanuel T., Herne (NRW) 08.12. Emmanuel T., Regensburg, 10.11. Mihail B., Landkreis Schwandorf (Bayern) 15.10. Massivi D.L., 23.07. Nazmieh C., Berlin, 30.06. Andreas Romano, Schönenberg-Kübelberg (Rheinland-Pfalz) 06.05. Miroslawa Kolodzisjska, Frankfurt a.M. 23.04. Name unbekannt, Eislingen (Baden-Württemberg) 11.03. Name unbekannt, Hamburg 03.03. Name unbekannt, Dinslaken (NRW) 22.01. Lorin Radu, Straßfurt (Sachsen-Anhalt) **1992:** 14.04. Name unbekannt, Bielefeld

Stand: 25. April 2022

Quelle: doku.deathincustody.info

Die Recherche wird laufend ergänzt. Für Fälle, die nicht in der Liste vertreten sind, wendet euch an: death-in-custody@riseup.net

Kontakt: Gewerkschafter*innen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion c/o Jugendzentrum in Selbstverwaltung, Postfach 12 19 65, 68070 Mannheim – E-Mail: gewantifa@yahoo.de, Unsere Flugblätter und Broschüren sind auch im Internet unter: <http://gewantifa.wordpress.com>

***Eine klare Stellungnahme der
Solidarität mit Lina E. aus Australien:***

„Richter und Henker

Wenn wir vor 90 Jahren (1933) etwas mehr Lina E.s gehabt hätten und weniger Scharfrichter, dann wären nicht Millionen auf Schlachtfeldern dahingemetzelt und im KZ ermordet worden. Und Deutschland wäre nicht vom Land der Dichter und Denker zum Land der Richter und Henker mutiert. Manche – wie Lina E. – haben aus der Geschichte gelernt. Andere etwas weniger.“

Thomas Klikauer, Sydney (AUS)

Quelle: FR Juni 2023

Kontakt und Bestelladresse: Gewerkschafter*innen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion
c/o Jugendzentrum in Selbstverwaltung, Postfach 12 19 65, 68070 Mannheim – E-Mail: gewantifa@yahoo.de

Unsere Flyer, Plakate und Broschüren sind im Internet unter: <http://gewantifa.wordpress.com>,
erreichbar auch über die labournet-Startseite

George Floyd am 25.5.2020 von rassistischer Polizei ermordet!



Gegen rassistische Morde durch Polizei und Nazis sind militante Massenkämpfe auch in Deutschland die richtige Antwort!

Kontakt: GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion
c/o Jugendzentrum in Selbstverwaltung, Postfach 12 19 65, 68070 Mannheim
Unsere Flugblätter und Broschüren sind im Internet unter: gewantifa.wordpress.com - E-mail: gewantifa@yahoo.de

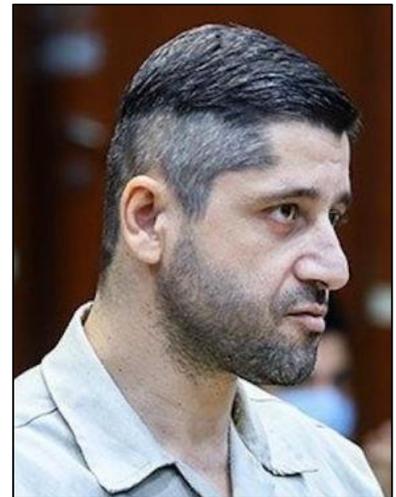
„Es lebe die Freiheit. Es leben die Völker der Welt.“

Seyed Mohammad Hosseini, 39, Arbeiter, Iran:

Letzter Brief vor seiner Hinrichtung am 7. Januar 2023

„Salam an alle Menschen der Welt, ich bin Mohammad Hosseini, ein Gefangener in einem der gefürchteten Gefängnisse der iranischen Regierung. Ein Mann, der niemanden hatte – keine Mutter, keinen Vater oder Familie – jedoch ein Freund aller Güter dieser Erde war.

Nach Tagen und Nächten des Widerstands unter schwerer Folter zwangen sie mich, die Lüge zu gestehen, die sie wollten und das Verbrechen zu bekennen, das ich nicht begangen hatte. In der Dämmerung des morgigen Tages, am Fuße des Galgens, werde ich ein letztes Mal gen Himmel blicken, den letzten Stern sehen und mit meiner ganzen Kraft rufen: **„Zan, Zendegi, Azadi – Frau, Leben, Freiheit“**.



Ich werde schreien im Namen der Gerechtigkeit und in der Hoffnung auf eine Welt ohne Gewalt. Eine Welt, die die Natur liebt und die für alle Kinder der Welt sicher ist. Für mich, der sein ganzes Leben zutiefst einsam war, in einem Land, in dem arbeitende Kinder keine Gerechtigkeit erfahren haben, ist mein letzter Wunsch, dass die Welt ein Ort ist, an dem alle Kinder Kinder sein können, und dass sie die Liebe zum Menschen und der Natur verinnerlichen, und alle Geschöpfe dieses schöne Leben lieben. Und für diese Liebe, die alles ist, was ich nach diesem kurzen, schmerzhaften Leben noch besitze, schrie ich auf den Straßen, um an der Seite der Studierenden meines Landes zu stehen, die unter Schlagstöcken und Kriegsgeschossen, „Zan, Zendegi, Azadi“ riefen. Kinder, die jahrelang dazu gezwungen wurden und nichts anderes konnten, als der ganzen Welt den Tod zu wünschen, diese Kinder, die aber jetzt die Botschafter der Liebe, der Güte, der Freiheit und der Gleichheit für alle Menschen sind, mit der Sehnsucht nach Frieden, nach einer gewaltfreien Heimat und Welt.

Ich wollte sagen, dass ich für die Freiheit der Frauen meines Landes mein Leben geben werde und wisset, wenn mein Körper eine Fahne im feurigen Sonnenaufgangswind geworden ist, dass ein Mann beim letzten Atemzug rief: Es lebe die Liebe. Es lebe die Freiheit. Es leben die Völker der Welt.“

Verstärken wir die Solidarität mit den kämpfenden Frauen und allen Unterdrückten im Iran!

Kontakt: Gewerkschafter*innen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion

c/o Jugendzentrum in Selbstverwaltung, Postfach 12 19 65, 68070 Mannheim – E-Mail: gewantifa@yahoo.de

Unsere Flugblätter und Broschüren sind auch im Internet unter: <http://gewantifa.wordpress.com>

Übersicht über Broschüren 2020-2023

Zur Strategiekonferenz 2020: Für eine kämpferische
Gewerkschaftspolitik am 25./26.1.2020 in Frankfurt/M.

Den DGB „erneuern“? Aus den DGB-Gewerkschaften austreten?

Vor allem selbstständig kämpfen!

Den ökonomischen Kampf
und den Kampf gegen Nazis, gegen
Dummheit und Reaktion führen!

Positionen und Stellungnahmen von Gewantifa

Herausgegeben von

GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam
gegen Dummheit und Reaktion

Januar 2020

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	S. 3
Gegen das vom DGB zusammen mit dem Kapitalistenverband BDA initiierte Streikverhinderungsgesetz kämpfen!	S. 6
Den Kampf gegen jeglichen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus führen, gerade auch in den Gewerkschaften!	S. 8
Wir sind nicht Opel, Schaeffler. ... Wir hassen die reaktionäre Idee der Betriebsgemeinschaft	S. 12
Bei sozialen Protesten und überall jede Teilnahme von Nazis bekämpfen!	S. 14
GewerkschafterInnen und Antifas gemeinsam gegen die Bundeswehr und ihre Kumpane in den Gewerkschaften!	S. 16
Die Ereignisse im DGB-Haus in München im September 2013 zeigen, wie die DGB-Führung zum Kampf der Flüchtlinge steht: „Vom ersten Tag an versuchte der DGB uns zu räumen“	S. 20

Methoden der Vertuschung von Naziverbrechen



- I. Vertuschung der NSU-Morde und des
NSU-Netzwerks
- II. Vertuschung des neunfachen Nazi-Mords
in München 2016
- III. Vertuschung von Morden in Gefängnissen:
Oury Jalloh und Ahmad Amad
- IV. Vertuschung der Nazi-Netzwerke im
Staatsapparat: „Hannibal“ und „NSU 2.0“
- V. Vertuschung rassistischer Brandanschläge:
Beispiel Neunkirchen 2018

Herausgegeben von:
GewerkschafterInnen und Antifa
gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion

2. Auflage Februar 2020

Inhaltsverzeichnis

Überblick über Methoden zur Vertuschung von Naziverbrechen und deren Systematik	3
I. Vertuschung der NSU-Morde und des NSU-Netzwerks	7
Wir klagen an! Anklage des Tribunals „NSU-Komplex auflösen“	8
Der vergessene Mordanschlag des NSU in Nürnberg am 23. Juni 1999	23
NSU-Mordanschlag 2001 auf Djavad M. in der Probststeiße in Köln	27
NSU-Mord-Anschlag in der Keupstraße 2004 in Köln	28
Aufklärung erst im Jahr 2134?	30
„Dieses Urteil ist ein Schlag ins Gesicht für die Angehörigen der vom NSU Ermordeten und die Überlebenden des NSU-Terrors.“	32
II. Vertuschung des neunfachen Nazi-Mords in München 2016	33
Vertuschte Fakten und Zusammenhänge des neunfachen Nazi-Mords in München 2016	34
Nazi-Morde benennen	36
Trauer von Angehörigen und FreundInnen um die neun vom Nazi Sonboly ermordeten Opfer	39
III. Vertuschung von Morden in Gefängnissen: Oury Jalloh und Ahmad Amad	41
Anzeige wegen Mordes im Fall Oury Jalloh	42
Chronologie im Fall Oury Jalloh	48
Gezielte Repression gegen die „Initiative in Gedenken an Oury Jalloh“ – Eine (unvollständige) Chronik	53
Prozesserklärung eines angeklagten Aktivisten	57
Gründung einer unabhängigen internationalen Untersuchungskommission im Fall Oury Jalloh	59
Forderungen der Internationalen Kommission zur Aufklärung der Wahrheit über den Fall Oury Jalloh	61
Demoaufruf zum 14. Todestag von Oury Jalloh am 7. Januar 2019 in Dessau / Sachsen-Anhalt	62
Warum musste Amad Ahmad sterben? Wir fordern Aufklärung jetzt!	64
IV. Vertuschung der Nazi-Netzwerke im Staatsapparat: „Hannibal“ und „NSU 2.0“	66
Der Hannibal-Komplex – Ein militantes, rechtes Netzwerk in Bundeswehr, Geheimdiensten, Polizei und Parlamenten	67
NSU 2.0 & Anschläge auf linke Häuser	71
V. Vertuschung rassistischer Brandanschläge: Beispiel Neunkirchen 2018	73
Brandstiftung mit Todesopfer: Motiv Rassismus	74

Bestellen und
weiterverarbeiten!
(Anlage: 20.000)

Kritik an der MLPD:

Deutscher Nationalismus mit kommunistischer Maskerade!

von Golda und Alina

mit Unterstützung des
Roten Kängurus



Nachdruck von:
Gewerkschafter*innen und Antifa gemeinsam
gegen Dummheit und Reaktion (Gewantifa)

Juni 2020

Inhalt

Vorbemerkung von Gewerkschafter*innen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion	3
Kritik an der MLPD: Deutscher Nationalismus mit kommunistischer Maskerade! Von Golda und Alina	5
Einleitung Warum wir die Kritik an der MLPD verfasst haben	6
1. Feindbild „Antideutsche“ – Die Methode der Unterstellung.....	7
2. Realitätsverlust und Größenwahn einer deutschen Spießorganisation und Hetze gegen Militanz	8
Realitätsverlust und Größenwahn	8
Hetze gegen Militanz	9
3. MLPD-Varianten der Judenfeindschaft:.....	10
Judenfeindschaft und Shoah –kein Thema im MLPD-Programm	10
Die Heuschrecken-Metapher.....	10
BDS.....	11
„Antisemitismus“ bei den Linken gibt es nicht?	13
4. Deutscher Nationalismus.....	14
Die MLPD als Partei der „Wiedervereinigung“.....	14
5. Bombardierung Dresdens 1945 und deutsche Kriegsgefangene	16
Dresden Februar 1945.....	16
Deutsche Kriegsgefangene.....	18
Und zuletzt: Wenn die MLPD-Spießer sich besonders „volksnah“ geben und feiern, wird's grausam.....	19
„Menschen für Stefan“	19
Karnevalsverein MLPD.....	19
Die MLPD in „Superstimmung“ beim deutsch-nationalistischen WM-Spektakel 2006	20
Die MLPD feiert das „Wunder von Bern“ 1954	20
Die MLPD und die Polizeiwache „Horst“: In guter Nachbarschaft.....	21
<i>Vom Roten Känguru im Internet gefunden: „Antideutsche“? Wat is dat denn?</i> (Von NDM) Anmerkungen zur praktischen Bedeutung eines Kampfbegriffs.....	22
Gewantifa: Zu den jüdenfeindlichen antisraelischen Kräften von BDS und FOR	25

Nazi-Morde und Antiziganismus

**Solidarität mit den von den Nazis
Verfolgten – gerade auch mit den
Sinti und Roma!**

Herausgegeben von:
Gewerkschafter*innen und Antifa gemeinsam
gegen Dummheit und Reaktion

August 2021

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Flugblatt, Juni 2020: In Göttingen und anderswo: Die unter dem Vorwand von „Corona“ betriebene rassistische Hetze und Polizeistaatsgewalt bekämpfen	5
Flugblatt, August 2018: Zur antiziganistischen „Rattenproblem“-Hetze des Duisburger SPD-Bürgermeisters: Den aktuellen Antiziganismus gegen Sinti und Roma bekämpfen!	7
Auszug aus der Broschüre „Dokumentation einer antifaschistischen Veranstaltungsreihe“ (2014): Antiziganismus – eine ungebrochene Tradition in Deutschland	9
<u>Anhang</u> Auszüge aus der Broschüre (2012): Das Nazi-Pogrom 1992 in Rostock gegen Roma und VietnamesInnen	16

Ein großartiger internationalistischer Streik-
kampf und wie er niedergeschlagen wurde:

Der Ford-Streik in Köln 1973



Wer kämpft, kann
verlieren, wer
nicht kämpft, hat
schon verloren!



Herausgegeben von:
Gewerkschafter*innen und Antifa gemeinsam Gegen Dummheit und Reaktion
2. Auflage September 2021

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung zur Hetze von „Bild“: Jedes Wort eine Lüge	3
Einleitung Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren	5
I. Die besondere Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter*innen aus anderen Ländern bei Ford-Köln 1973	6
II. Verlauf des Ford-Streiks vom 24.8.-31.8.1973	10
Freitag, 24.8.: Streikbeginn und drei Forderungen	12
Montag, 27.8.: Wahl einer Streikleitung: „Das Streikkomitee“ und erste Werksbesetzung	13
Dienstag, 28.8.: Medien-Hetzkampagne gegen die Streikenden setzt ein, erster Polizeiangriff und versuchte Verhaftung des Streikkomitees	17
Mittwoch, 29.8.: Kraftprobe, Spaltung und offene Hetze	19
Donnerstag, 30.8.: Die gewaltsame Zerschlagung des Streiks	21
Freitag, 31.8.: Betriebsrat verkündet die faulen Verhandlungsergebnisse	24
Nach der gewaltsamen Zerschlagung des Streiks	25
Ein Artikel von am Ford-Streik Beteiligten (2020): Das Gesicht des Ford-Streiks – Baha Targün war 1973 ein Streikführer in den Ford-Werken. Jetzt ist er gestorben	27

Mükemmel enternasyonalist bir grev
mücadelesi ve bu grev nasıl ezildi:

Köln'deki 1973 Ford-Grevi



Mücadele eden
kaybedebilir,
mücadele etmeyen
baştan kaybetmiştir



Yayınlayan:
Gewerkschafter*innen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion
Nisan 2021
2 Euro

İçindekiler

“Bild” gazetesinin kışkırtması üzerine ön açıklama: Her kelimesi bir yalan	3
Önsöz: Mücadele eden kaybedebilir, mücadele etmeyen baştan kaybetmiştir	5
I. 1973 Ford-Köln'de diğer ülkelerden gelen kadın ve erkek işçilerin özel olarak sömürülmesi ve baskı altında tutulması	6
II. 24.8.-31.8.1973 tarihleri arasındaki Ford-grevinin seyri	10
Grevin sebebi: Türkiye'den gelen 500 kadın ve erkek işçilerin işten çıkarılması	10
24.8. Cuma: Grevin başlaması ve üç talep	12
27.8. Pazartesi: Bir grev yönetiminin seçimi: “Grev Komitesi” ve ilk fabrika işgali	13
29.8. Çarşamba: Güç gösterisi, parçalama ve açık kışkırtma	19
30.8. Perşembe: Grevin şiddet zoruyla ezilmesi	21
31.8. Cuma: İşçi temsilciliği, yaptığı çürük pazarlık sonucunu ilan etti	24
Grev zorla bastırıldıktan sonra	25
Ford grevine katılanların bir yazısı:	27
Ford grevinin yüzü (2020) Baha Targün 1973'teki Ford işletmesindeki grevin önderlerinden biriydi – O, şimdi öldü	27

Solidarität mit den Migrantinnen, die gegen extreme Ausbeutung, Rechtlosigkeit und Rassismus kämpfen!

Stellungnahmen von Gewantifa

- Solidarität mit den Gorillas-Arbeiter*innen, die gegen ihre fristlose Entlassung wegen Teilnahme an einem „wildem Streik“ kämpfen
- Der Tod Refat Süleyman im Oktober 2022 - kein Einzelfall: Solidarität mit den Protesten migrantischer Arbeiterinnen gegen mörderische Arbeitsbedingungen bei ThyssenKrupp
- Solidarität mit den gerechten Kämpfen gegen verschärften Sozialabbau und für höhere Löhne! Kein Fußbreit den Nazifaschisten und ihren Helfern!
- Den DGB „erneuern“? Aus den DGB-Gewerkschaften austreten? Vor allem selbstständig kämpfen! Den ökonomischen Kampf und den Kampf gegen Nazis, gegen Dummheit und Reaktion führen!

Anhang:

Wichtige Erfahrungen des 9 Monate dauernden Streiks bei Neupack 2012/2013

Herausgegeben von
Gewerkschafterinnen und Antifa gemeinsam
gegen Dummheit und Reaktion
Juni 2023

Inhalt

Vorbemerkung	S. 3
Solidarität mit den Migrantinnen, die gegen extreme Ausbeutung, Rechtlosigkeit und Rassismus kämpfen!	S. 4
Solidarität mit den Streikaktionen der Gorillas-Rider!	S. 8
Solidarität mit den Gorillas-Arbeiterinnen, die gegen ihre fristlose Entlassungen Teilnahme an einem „wildem Streik“ kämpfen: „Ohne unser Recht auf verbandsfreien Streik ist unsere Arbeit nicht mehr als moderne, durch Richterrecht legitimierte Sklaverei“	S. 12
Der Tod von Refat Süleyman im Oktober 2022 - kein Einzelfall: Solidarität mit den Protesten migrantischer Arbeiterinnen gegen mörderische Arbeitsbedingungen bei ThyssenKrupp	S. 16
Solidarität mit den gerechten Kämpfen gegen verschärften Sozialabbau und für höhere Löhne! Keinen Fußbreit den Nazifaschisten und ihren Helfern!	S. 20
Den DGB „erneuern“? Aus dem DGB austreten? Vor allem selbstständig kämpfen! Den ökonomischen Kampf und den Kampf gegen Nazis, gegen Dummheit und Reaktion führen!	S. 22
Anhang Wichtige Erfahrungen des 9 Monate dauernden Streiks bei Neupack 2012/2013	S. 26

**Gewerkschafterinnen und Antifa gemeinsam
gegen Dummheit und Reaktion**

Kritische Solidarität und gegenseitige Unterstützung **Gewantifa**

**Flugblätter
2003 bis 2013**



- Gemeinsam gegen Nazis kämpfen, gemeinsam gegen Nationalismus, Chauvinismus, Rassismus und Antisemitismus
- Positionen gegen Bundeswehr und deutschen Militarismus
- Arbeitskämpfe und andere Kämpfe
- Debatten innerhalb von Linken und Gewerkschafterinnen

Dezember 2013

**GewerkschafterInnen und Antifa gemeinsam
gegen Dummheit und Reaktion**

Kritische Solidarität und gegenseitige Unterstützung

Gewantifa

Flugblätter

2014 bis 2019



- **Gemeinsam gegen Nazis kämpfen, gemeinsam gegen Nationalismus, Rassismus und Judenfeindschaft**
- **Positionen gegen Bundeswehr und deutschen Militarismus**
- **Arbeitskämpfe und andere Kämpfe**
- **Debatten innerhalb von Linken und GewerkschafterInnen**

September 2019

Kontakt: Gewerkschafter*innen und Antifa gemeinsam gegen Dummheit und Reaktion
c/o Jugendzentrum in Selbstverwaltung, Postfach 12 19 65, 68070 Mannheim, eMail: gewantifa@yahoo.de
Unsere Flugblätter und Broschüren sind auch im Internet unter: <http://gewantifa.wordpress.com>